

☆ NEUE INTERNATIONALE BIBLIOTHEK ☆

GUNNAR
MYRDAL

Warnung

VOR

FRIEDENS-
OPTIMISMUS

☆ EUROPA VERLAG ZÜRICH/NEW YORK ☆

NEUE INTERNATIONALE BIBLIOTHEK

Band 1

Gunnar Myrdal / Warnung vor Friedensoptimismus

Die schwedische Originalausgabe erschien 1944
bei Albert Bonniers Förlag A. B. Stockholm
unter dem Titel:

VARNING FÜR FREDSOPTIMISM

Deutsche Übertragung von Verner Arpe

Alle Rechte in deutscher Sprache vorbehalten.
© 1945 by Europa Verlag A.G. Zürich.
Schutzumschlag: Rolf Bangerter
Gedruckt in der Druckereigenossenschaft Aarau
Printed in Switzerland

Eingescannt mit ABBYY Fine Reader

ZUM GELEIT

Mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands endete ein Zeitalter. Sein historisches Vermächtnis bildet die Einsicht, dass nur auf dem Fundament der Demokratie eine neue Gesellschaftsordnung errichtet werden kann, welche die von Franklin D. Roosevelt formulierten Vier Freiheiten zu gewährleisten vermag. Die Gesellschaftswissenschaft steht vor der entscheidenden Aufgabe, die Triebkräfte der Entwicklung freizulegen, um ihnen den Weg zum gemeinsamen Ziel zu weisen.

Zweck der *Neuen Internationalen Bibliothek* ist es, wesentlichen Studien zur Gesellschaftskritik eine angemessene Verbreitungsmöglichkeit zu bieten. Der Herausgeber respektiert das Recht der Autoren auf freie Meinungsäußerung, ohne sich mit den vertretenen Anschauungen zu identifizieren.

Juni 1945.

Europa Verlag Zürich

ZUR DEUTSCHEN AUSGABE

Seitdem dieses Buch im schwedischen Original erschienen ist, ist bald ein Jahr vergangen. Viel ist in dieser Zeit geschehen. In mancher Beziehung sind die Ereignisse nach den hier ausgesprochenen Voraussagungen eingetroffen. In anderer Hinsicht sind sie davon abgewichen. Im Grossen und Ganzen steht jedoch das Bild der Nachkriegswelt unverändert da.

Die Umarbeitung von Büchern glückt nur selten. Der Verfasser verfügt gegenwärtig auch nicht über die nötige Zeit, um das Buch gründlich zu überarbeiten. Unter diesen Umständen schien es am richtigsten, den Text in seiner ursprünglichen Fassung vom Frühjahr 1944 stehen zu lassen. Nur einige ganz allgemeine Bemerkungen sollen hier eingefügt werden, um eingetretene Änderungen aufzuzeigen. Ich folge dabei der Kapiteleinteilung des Buches.

Alles deutet darauf hin, dass die Einstellung des amerikanischen Volkes zu den internationalen Problemen im Grossen und Ganzen unverändert geblieben ist, so wie sie im 1. Kapitel geschildert wird. Die Entwicklung der polnischen Frage, die innenpolitischen Reibungen in Italien, Griechenland, Frankreich, Belgien, der immer unverhülltere Interessenkampf zwischen Grossbritannien und der Sowjetunion um die Macht in Europa, Chinas fortgesetzte Desintegration, die steigende Unzufriedenheit in Südamerika usw. haben dem Zweifel und dem Pessimismus der Amerikaner weitere Nahrung gegeben. Die Konferenz in Dumbarton Oaks resultierte zwar, in einer sehr allgemeinen Skizze zu einer neuen internationalen Sicherheitsorganisation, enthüllte aber gleichzeitig grundlegende Meinungsverschiedenheiten zwischen den «Grossen Vier». Währenddem verfolgt man die «realistische Politik» weiter, die im 2. Kapitel geschildert wird, indem man die internationale Demokratie beiseitelegt und jede Entscheidung in den Händen der Grossmächte konzentriert. Die Unruhe wächst im «Klub der Missvergnühten» und auch in dem prinzipiell demokratischen Amerika.

Die ökonomische Lage, die im III. Teil analysiert wurde, ist im grossen Ganzen unverändert und wird es wahrscheinlich auch während der

Dauer des Europakrieges bleiben. Der Lohn- und Preisindex ist weiterhin um einige Prozent gestiegen, die Kaufkraftspannung ist noch etwas grösser, wie auch das Sparvolumen. Ein etwas grösserer Teil des USA-Budgets wird jetzt durch Steuern aufgebracht, aber man berechnet die Nachkriegs-Staatsschuld mit noch grösseren astronomischen Zahlen. All diese kleinen Verschiebungen rütteln jedoch nicht an den Hauptrelationen. Die wichtigste Veränderung ist tatsächlich, dass Geschäftsleute und Nationalökonomien die Nachkriegsprobleme nicht mehr so optimistisch betrachten wie vor einem Jahre. Gleichzeitig muss gesagt werden, dass die ökonomische Nachkriegsplanung nur sehr geringe Fortschritte gemacht hat. Zu einer wesentlichen Veränderung der Prognose für die Konjunkturentwicklung nach dem Kriege in Amerika ist kein Anlass vorhanden (siehe 7. Kapitel).

Die Fortschritte der internationalen Wirtschafts-Verhandlungen liegen mehr im Formellen und Propagandistischen als auf sachlichem und politischem Gebiet. Die Sachverständigenkonferenz in Bretton Wood führte zwar zu einer Einigung über einen Valutaplan, der sich sehr an den Kompromissplan anlehnt, der im 9. Kapitel kurz gestreift wird. Zum Teil wurde aber unterstrichen, dass dieses Übereinkommen für die verschiedenen Staaten politisch nicht bindend sei, zum Teil dass der ganze Plan mit Rücksicht auf den Zustand entworfen wurde, der herrschen solle, wenn die Welt wieder «normal» aussehe. Für die Lösung des aktuellen Problems, wie zur Verhinderung eines ökonomischen Chaos' die internationalen Geld- und Valutaverhältnisse in der Übergangszeit geordnet werden sollen, besteht überhaupt kein Plan. In sachkundigen Kreisen hat das Bretton-Woods-Übereinkommen ausschliesslich akademisches Interesse, wenigstens für die nächsten fünf Jahre. Die in diesem Buche gemachte Voraussage, dass die Wahrscheinlichkeit eines politischen Ergebnisses der Valutaverhandlungen während des Jahres 1944 nicht grösser als zehn Prozent sei, kann heute mit gutem Gewissen auch für das Jahr 1945 aufrechterhalten werden. Die internationale Investitionsbank in der hier mit anspruchslosen Proportionen entwickelten

Form, die im 10. Kapitel geschildert wird, hat offenbar grössere Aussicht, verwirklicht zu werden.

Die Verhandlungen über internationale Rohstoffkartelle scheinen einem praktischen Resultat nicht näher gekommen zu sein (11. Kapitel). Die Hoffnungen auf ein grosses Freihandelsübereinkommen, eine Ökonomische «Magna Charta» (12. Kapitel), scheinen beinahe begraben zu sein. Die relativ sehr vorsichtige Prognose, die im 13. Kapitel über die UNNRA gestellt wurde, war offenbar trotzdem zu optimistisch. Es ist immer deutlicher geworden, dass die Obstruktion kleiner und grosser Staaten die UNNRA daran hindern wird, während der Wiederaufbauzeit die wichtige Funktion vollständig und tatsächlich zu erfüllen, für die sie geschaffen wurde. Das Internationale Arbeitsamt (14. Kapitel) hielt seine geplante Konferenz im Sommer ab, aber in realpolitischer Beziehung richtete es kaum etwas aus.

Das Schicksal des Völkerbundes ist nun durch das Übereinkommen von Dumbarton Oaks endgültig besiegelt, wo die Schaffung einer neuen internationalen Sicherheitsorganisation geplant wurde. Aber leider demonstriert dieses Übereinkommen vor der ganzen Welt, dass in den wichtigsten politischen Fragen keine konstruktive Einigkeit erzielt werden konnte.

Im schwedischen Original dieses Buches enthält der V. Teil über «Schwedens Interesse» drei Kapitel, von denen nur das erste in die deutsche Fassung übernommen wurde. Es kann für die Schweiz, die ja während des Krieges und in der kommenden Nachkriegszeit eine ähnliche Stellung wie Schweden einnimmt – politisch, kulturell, ideologisch und ökonomisch – von Interesse sein zu studieren, wie wir in Schweden unsere Einstellung zu den Weltproblemen zu definieren suchen.

Die in der Einleitung zur schwedischen Ausgabe genannten früheren Schriften über Amerika von Alva und Gunnar Myrdal sind in einer deutschen Bearbeitung von Prof. Walter A. Berendsohn unter dem Titel «Kontakt mit Amerika» im Bermann-Fischer-Verlag, Stockholm, 1944, erschienen.

Dezember 1944.

Gunnar Myrdal

EINLEITUNG

Dieses Buch ist eine «hartgesottene» Analyse, wie sich die Amerikaner ausdrücken. Ich habe versucht, mit den Augen zu sehen, mit dem Gehirn zu denken und dann mit grösster Aufrichtigkeit zu schreiben. In kürzester Form habe ich ein völlig wahrheitsgetreues Bild darüber zu Papier bringen wollen, wie sich für einen kritischen Beobachter des Washingtoner Horizontes die Aussichten auf den Frieden gestalten, der uns mit jedem Tage näher rückt.

Ich glaubte, es sei meine Pflicht, vor zwei grossen Illusionen zu warnen:

dass es den Amerikanern glücken wird, nach dem Kriege ihr Wirtschaftsleben zu stabilisieren, und

dass es den Amerikanern und Engländern glücken wird, für sich selbst, für uns und die Welt eine befriedigende internationale Wirtschaftsordnung aufzubauen.

Meiner Meinung nach deutet alles darauf hin, dass Amerika nach dem Kriege in eine sehr unruhige Wirtschaftsentwicklung steuert, die sehr bald in eine Depression mit Massenarbeitslosigkeit verfallen wird. Weiter sind leider die Möglichkeiten sehr gross, dass all die schönen Pläne für die Befreiung und Stabilisierung der Weltwirtschaft nur leere Versprechungen bleiben, so dass die internationalen Probleme im Wesentlichen ungelöst sein werden, wenn der Friede hereinbrechen wird. Das würde zu einer Weltwirtschaftsordnung führen, die schlimmer wäre als jene, die vor dem Kriege bestand.

Diese Worte könnten da und dort als unfreundliche Äusserung über die Amerikaner und Engländer aufgefasst werden. Es liegt dem Verfasser deshalb daran zu bekennen, dass er nach vielen Jahren Aufenthaltes in Amerika und nach langjährigem Studium der inneramerikanischen Verhältnisse und Missverhältnisse dieses Land nächst seinem Vaterlande am meisten liebt. Die amerikanische Kultur hat ihm tiefe Eindrücke hinterlassen, die nicht ohne Folgen geblieben sind für seine wissenschaftliche Einstellung, seine Lebensgewohnheiten und seine Lebensanschauung. Es ist etwas Wahres an der Behauptung, dass er ein halber

Amerikaner sei, was ihn jedoch nie gehindert hat, ein ganzer Schwede zu sein.

Über Amerika glaubt er jetzt genau gleich zu schreiben, wie wenn er ein amerikanischer Nationalökonom wäre mit dem entsprechenden Ausblick auf die Probleme. Er würde dieses Buch für völlig verfehlt ansehen, wenn er in seiner Kritik der amerikanischen Verhältnisse und Politik nicht vermocht hätte, den Leser in sympathischer Weise verstehen zu lassen, wie alles gekommen ist und warum man gerade so gehandelt hat. Dass er Amerika schaden wollte, wäre ein beinahe ebenso absurder Gedanke, wie wenn er seine Hand gegen sein eigenes Volk erheben wollte.

Die sehr menschlichen Engländer lernte er schon als junger Student gründlich kennen und schätzen, als er insgesamt beinahe zwei Jahre in dem behaglichen England verbrachte. Seitdem ist seine Verbindung mit englischer Wissenschaft und Kultur nicht unterbrochen gewesen. Vor dem Kriege und während des Krieges hat er konstatieren können, dass seine Gefühle für die Engländer bedeutend wärmer waren, als sie es durchschnittlich in Amerika sind, selbst in dessen Kulturkreisen. Hier in Schweden gehört er natürlich zu der Gruppe Menschen, die in ihrer ganzen Einstellung westlich orientiert sind.

Für die Sowjetunion, die in dem amerikanischen Drama, das hier aufgerollt werden soll, auch flüchtig berührt wird, hat der Verfasser stets ein lebhaftes und positives Interesse gehabt. Als sehr junger Mensch erlebte er die ganze Begeisterung der liberalen abendländischen Kultur für die russische Revolution. Er ist demnach entsetzt gewesen über die ab und zu wiederkehrenden Terrorwogen und über den allgemeinen Mangel an individueller Freiheit und Demokratie in der neuen, grossen, kollektivistisch orientierten Weltmacht. Er hat in Schweden zu jener Gruppe Intellektueller gehört, die jedoch in Bezug auf Sowjetrußland ihre Hoffnungen niemals aufgegeben haben, und er hegt sie noch. Anlässlich einer dreiwöchigen Reise durch Rußland und Sibirien, im Frühjahr 1941, war er begeistert über die warmen, menschlichen Gefühle in der Sowjetunion. Immer noch ist Rußland für ihn ein Rätsel. Aber er will an die Sowjetunion glauben, nicht nur an ihre zukünftige Macht, sondern

an die Kraft ihrer internationalistischen, demokratischen Ideale.

Der Verfasser gehört zu denen, welche den Fascismus und den Nationalsozialismus von Anfang an gehasst und nie ein Geheimnis daraus gemacht haben: also die ganze lange Zeit, als so viele anständige Menschen – und sogar Churchill – Mussolini dafür priesen, dass die italienischen Züge pünktlich gingen, als späterhin Personen in sehr hoher Stellung in Grossbritannien und Amerika darauf spekulierten, dass Hitler dazu getrieben werden könnte, Stalin anzugreifen und dem russischen Kommunismus ein Ende zu bereiten, und als zuletzt hier in Schweden ein Teil der akademischen Jugend in ihrer Krähwinkelpolitik des Mittelstandes in Antisemitismus machte. Er hat somit nicht das zu erleben brauchen, was in Norwegen und Dänemark geschehen ist, nicht einmal das, was sich früher in Österreich, in der Tschechoslowakei und in Polen ereignet hat, um die Nationalsozialisten als Übeltäter zu klassifizieren.

Mit zielbewusster Absicht suchte er sich einen Platz an der Spitze der Liste jener, die liquidiert werden sollten, wenn die Deutschen einzögen. Er fühlt sich jedoch nicht zum Vansittartismus hingezogen, heute weniger denn je. Er gehört zu denen, die im Gegenteil die besondere Verpflichtung der wahren Kulturmenschen empfinden, jetzt die Schilde umzudrehen und die eigenen schwachen Kräfte zur Verteidigung der von den Nationalsozialisten zertretenen deutschen Kultur einzusetzen, die beim Untergang der Nationalsozialisten in Gefahr ist, von der vielleicht blinden Rache der Gegner erfasst zu werden.

Die Einigung des Nordens ist dem Verfasser stets eine selbstverständliche Bestrebung gewesen, abgesehen von ökonomischen und militärischen Gründen auch aus kulturellen. Im Grunde genommen hat er ungefähr dasselbe Vaterlandsgefühl für Äbo, Glommensdalen oder Roskilde wie für Hämösand, Västmanland oder Lund.

Der Verfasser hat in der eigentlichen Einleitung zu diesem in der Fortsetzung ziemlich gefühlskalten Buch diese persönlichen Erklärungen

abgeben wollen, damit völlige Klarheit herrsche über die Bewertung und Begründung seiner gelegentlichen Äusserungen über das Interesse Schwedens und der Welt. Durch Studien hat der Verfasser versucht, seine Wunschgedanken zu kontrollieren, aber er hat durchaus nicht seine Ideale fallen lassen. Die Darstellung hat keine zynische Absicht.

Der Verfasser betont, dass er in seinem Herzen ebenso bekümmert ist über das, was er vorzubringen hat, wahrscheinlich noch mehr als der Durchschnittsleser. Aber für den Berufsmenschen ist es eine Ambition, das Messer mit der gleichen sicheren Hand führen zu können, einerlei, ob er in lebendiges Menschenfleisch schneidet oder in ein totes Kaninchen.

Das Buch hat somit die bestimmte Aufgabe, Illusionen zu zerstören. Das Bild der Nachkriegswelt, wie es aus den hier wiedergegebenen Informationen entstehen wird, ist nicht besonders hell und hoffnungsvoll. Wie sollte es das auch sein können nach diesem langen, schrecklichen Krieg, der in allen Ländern die Nerven und die Moral so schwer geschädigt hat?

In Schweden leben wir allzu sehr in einem leichtsinnigen Friedensoptimismus, der auf die öffentlichen Diskussionen abgefärbt hat. Leider gilt dies nicht zuletzt für viele der Ausführungen seitens der Friedensfreunde, die unser Volk auf einen würdigen Einsatz im internationalen Leben der Nachkriegszeit vorbereiten wollen.

Aber nicht nur diese Gruppe, sondern fast die ganze Nation ist allzu glücklich und gedankenlos von der britischen und amerikanischen Propaganda gefangen. Allzu viel von dem, was im Lande – auch in Fachzeitschriften – über die verschiedenen Pläne zum Wiederaufbau der Welt geschrieben wird, besteht aus einer ziemlich kritiklosen Wiedergabe dessen, womit die Propaganda uns gefüttert hat. Es ist, als ob wir unseren Sinn für historische Problematik, unser Vermögen, uns ein selbständiges politisches Urteil zu bilden, verloren hätten.

Nicht zum mindesten vom Auslande, von England und Amerika aus, muss diese unsere Einstellung ein wenig einfältig erscheinen. Der Respekt vor unserem Urteil und unserer Wachsamkeit wird verringert, was in dieser harten Zeit für das Land gefährlich ist. Es ist fraglich, ob man

da wirklich einen so vollständigen Erfolg seiner Propaganda erwartet und angestrebt hat. Was man in den grossen Demokratien wünschen muss, ist, in Ländern wie Schweden, eine zwar allgemein wohlwollende, aber doch kundige, selbständige und kritische Meinung. Das Risiko schwerer Rückschläge, wenn die Illusionen am Ende doch platzen, ist ja sonst selbstverständlich.

Es verdient beachtet zu werden, dass die Amerikaner ihre populäre Propagandazeitschrift in Schweden «Kontakt mit der Welt» eingehen liessen und uns stattdessen in unverfälschtem Abdruck die lebendige und erfrischend respektlose Wochenzeitschrift «Time» gaben, die sich übrigens gerade jetzt die besondere Aufgabe gestellt hat, die Zweifel der amerikanischen öffentlichen Meinung zu spiegeln und die Allgemeinheit kritisch wachzuhalten gegen den Friedensoptimismus.

Aber abgesehen davon, wie es von aussen wirkt, muss doch aus rein schwedischen Gesichtspunkten heraus die unbefangene optimistische Einstellung unseres Volkes den Friedensproblemen gegenüber schädlich und vielleicht gefährlich wirken. Der Druck auf unsere Nation wird hart sein und von Woche zu Woche wechseln. Wir werden alles brauchen, was wir nicht nur an gesunden Nerven, sondern auch an unbeirrt kritischem Urteil mobilisieren können. Die Möglichkeit, eine zielbewusste und geschickte Aussenpolitik zu führen, die Schwedens Interessen im höchsten Grade wahrt, wird geringer, wenn die öffentliche Meinung unkundig und irreführt ist. Die damit eng verbundene Möglichkeit, zum Nutzen der Menschlichkeit nach unseren Kräften etwas Positives auszurichten, wird damit ebenfalls aufs Spiel gesetzt.

Es ist leicht zu erklären, wie dieser kritikarme Friedensoptimismus in Schweden entstanden ist. Jahrelang lebte unser Volk unter dem beinahe hypnotisierenden Schreck, dass es unser Schicksal sei, in Hitlers unheimliche «Neuordnung» eingegliedert zu werden. Für diejenigen unter uns, die mit Amerika engen und ständigen Kontakt hatten, war es zu jener Zeit eine vaterländische Pflicht, den Mut unserer Landsleute vor dieser Gefahr zu stärken, indem wir berichteten, was wir sicher wussten,

nämlich, dass Amerika Grossbritannien nicht untergehen lassen würde, dass Amerika sein phantastisches Rüstungsprogramm würde durchführen können und dass Amerikas Einsatz am Ende den Krieg entscheiden würde.

Zu dieser Zeit war es auch wichtig, die Schweden den Pulsschlag der grossen amerikanischen Demokratie fühlen zu lassen und sie von der politischen Glaubensgemeinschaft mit dem amerikanischen Volke zu überzeugen. Manches Vorurteil und viel dumme Wichtigtuerei hatten bis dahin unseren Blick für die Bedeutung der amerikanischen Ideale in der Geschichte dieses Landes und möglicherweise der ganzen Welt getrübt. Es war damals auch wichtig, unseren Blick zu schärfen für all die Kraft, die das britische Volk entwickelte in seiner heldenmütigen Unbeugsamkeit vor der tödlichen Drohung und später in seinem Willen, die eigene Nation wieder aufzubauen und zu reformieren. Wir haben allen Grund nicht so bald zu vergessen, was wir damals von Amerika und England lernten und was das für unsere eigene Verteidigungsmoral bedeutete.

Da jetzt jedoch der Alpdruck, der auf unserem Volke lastete, nachlässt, empfinden alle eine Erleichterung, die ganz unerhört ist. In der Freude darüber, dass der Sieg anscheinend den Nationen gehört, mit denen wir uns in Kultur und Lebensanschauung so verwandt fühlen, sind wir zu der leichtsinnigen Wahnvorstellung geneigt, dass das Tausendjährige Reich beginne, wenn nur Hitlerdeutschland endlich Zusammenstürze. Die Propaganda von Westen und all die glänzenden Nachkriegspläne zum Wiederaufbau der Welt sind uns eine ganze Zeitlang während unserer schweren Bedrückung eine notwendige und stärkende Quelle gewesen, genau wie den Engländern und Amerikanern selbst. Jetzt glauben wir, dass die Pläne verwirklicht werden sollen.

Was notwendig ist, ist eine Ernüchterung. Wir müssen lernen zu verstehen, dass wir und die Welt vor weiteren grossen Schwierigkeiten stehen. Die Menschheit wird krank sein, wenn der Krieg vorüber ist. Der Nationalismus wird fast überall ausgeprägter sein denn je. Die Menschen hassen mehr als sie lieben. In allen kriegführenden Nationen wird der

eigentliche Staatsorganismus – und alle Institutionen von der Familie an aufwärts – schwer geschädigt sein. In den okkupierten Ländern ist die Rechtsordnung zerbrochen gewesen. Dort, wie in allen kriegsführenden Ländern, sind Schulen geschlossen gewesen und Heime aufgelöst. Mehrere Jahrgänge junger Menschen werden schlecht erzogen sein und durch das blutige Handwerk des Krieges teilweise verwildert. Die Zerstörung der Nerven und Moral wird viel schwerer zu reparieren sein als die materiellen Schäden. Es ist eine gefährliche Torheit zu glauben, dass in irgendeinem Lande dieser barbarische Krieg die Menschen wirklich besser oder auch nur klüger gemacht habe.

Aller Wahrscheinlichkeit nach gehen wir in den meisten Staaten einer Zeit der tiefsten Unruhe, der ökonomischen Krisen und politischen Erschütterungen und internationalen Spannungen zwischen Nationen entgegen, die vielleicht nur auf Grund der Erschöpfung ihrer Völker eine Zeitlang daran gehindert werden, in neue Kriege auszubrechen. Wir sollten sehr zufrieden sein, wenn das, was nach dem Sturz Hitlerdeutschlands kommt, etwas besser als Krieg ist und wenn wir die Hoffnung auf eine Entwicklung in der rechten Richtung haben dürfen und dazu die Freiheit, für diese Entwicklung zu arbeiten.

Was wir Schweden lernen müssen, ist, dass die Arbeit für das Gute auf Erden zeitraubende Mühe kostet, die sich über Jahrzehnte und Generationen erstreckt. Eine sichere und friedliche Welt bekommt man nicht geschenkt als Dank für die politischen und moralischen Sünden, welche in der gleichen Generation den Ausbruch eines zweiten Weltkrieges herbeigeführt haben.

Weiter müssen wir etwas lernen, das noch mehr zu Herzen zu nehmen ist: dass es doch eine Art billigen Mutes ist, der – um sich aufrecht erhalten zu können – einen optimistischen Glauben an einen baldigen Erfolg braucht. Der Mut, den man in der Nachkriegszeit braucht, ist der Mut der Verzweiflung, so wie man ihn jetzt während des Krieges brauchte. Was wir in unserem Ehrgeiz unserem Volke wünschen sollten, ist, dass es viele junge Menschen erzöge, die gleichzeitig Träumer und Realisten sein können, Menschen mit brennenden Herzen und kalten, ausgeglichenen Gehirnen.

Die Welt ist nie so arm und eng, dass sie dem Kampf für das Rechte und Vernünftige nicht Platz liesse. Aber der Sieg in diesem Kampf ist nicht garantiert, am allerwenigsten in der kurzen Sicht des privaten Menschenlebens. Und der Kampf wird darum nicht wirksamer geführt, indem man sich mit Einfalt wappnet. Im Gegenteil, wir müssen den Streitern für das Gute mehr Einsicht und durchdringenden Verstand wünschen. Ihr Mut ist sonst nur Dummdreistigkeit im eigentlichen Sinne des Wortes, und all ihre Bestrebungen wären völlig vergebens.

Zwischen dem Verfasser und dem Leser müssen noch einige andere Beziehungen geklärt werden. Dieses Buch folgt keiner irgendwie gear teten parteipolitischen Richtung. Es ist meine Überzeugung, dass eine solche Bindung falsch angebracht und irreführend wäre, sowohl da es gilt, durch Beobachtungen und Reflexionen ausländische Tatsachen festzustellen, als auch da es gilt, mit Weisheit unsere eigenen aussenpolitischen Richtlinien festzulegen. Wenn ich hier im weiteren Verlaufe von Schwedens Interessen sprechen werde, meine ich wirklich unser aller Interesse –das der Sozialdemokraten und der Männer von der Rechten, das der Bauern, Arbeiter, Industriellen und Intellektuellen. In den weltumspannenden Problemen, um die es hier geht, spielen Interessennuancen verschiedener schwedischer Sozialgruppen praktisch keine Rolle. Es wäre ein grosser Vorteil, wenn wir während der kommenden ersten Jahre verstehen wollten, dass wir in der Aussenpolitik eng verbunden sind, ganz abgesehen von unseren innenpolitischen Divergenzen.

In diesem Zusammenhang sei der Leser auch davor gewarnt, aus dem, was hier über Amerika gesagt wird, in Bezug auf die Verhältnisse in unserem eigenen Lande übereilte Schlüsse zu ziehen. Die ökonomische Entwicklung in Amerika ist z.B. ganz andersartig als jene Schwedens und lässt daher keine direkten Parallelen zu. Die Ausdrücke «reaktionär», «konservativ» und «liberal» bedeuten, wenn sie von amerikanischen politischen Gruppen und Personen angewandt werden, aus ähnlichen Gründen etwas anderes, als wenn sie in Schwedens innerpolitischer Diskussion gebraucht werden.

Wenn ich hervorgehoben habe, dass ich die Interessen unserer Nation in der internationalen Politik vom praktischen Gesichtspunkt aus als eindeutig bestimmt betrachte, so heisst das natürlich nicht, dass ich überzeugt bin, in jeder Beziehung diese Interessen selbst richtig festgestellt zu haben oder im Übrigen sachlichen Irrtümern entgangen zu sein. Die Erfahrung zeigt, dass in allen Büchern Fehler stecken, und ein Autor, der die Freiheit des Geistes und die Macht der Wahrheit stets am stärksten spürt, wenn er selbst dazu gebracht wird, die Meinung zu ändern, begrüsst eine Kritik.

In Bezug auf die Unterlagen zu diesem Buch sei gesagt, dass sie im Verlaufe von Studien aus in Amerika zugänglichen Quellen und auf Grund von Gesprächen mit amerikanischen Kollegen und Sachverständigen gesammelt worden sind. Ich bin dabei natürlich nicht als Diplomat auf getreten, sondern als Sozialforscher und in gewissem Masse als schwedischer Politiker. Nach viel jährigen Studien in Amerika bin ich im Übrigen nicht mehr besonders anonym in jenen Kreisen, um die es hier geht. Ich habe in den Gesprächen klargelegt, dass es meine Absicht sei, nach meiner Rückkehr nicht nur dem Aussenministerium, sondern auch der schwedischen Öffentlichkeit, und womöglich auch der amerikanischen, die Resultate meiner Studien in Form eines Buches bekanntzugeben. Die mir in Gesprächen anvertrauten Auskünfte, deren Veröffentlichung der Kriegführung schaden könnte oder welche sonst geheim gehalten werden müssen, sind in dieser Schrift nicht mitgeteilt worden. Sie wurden nur als Unterlage für die Beurteilung von Angaben anderer Art benutzt. In allem Wesentlichen liegt das Neue in meiner Analyse nur in den Schlüssen, zu denen ich bei der Zusammenstellung von allgemein zugänglichen Daten gekommen bin.

Betreffs der Einstellung der amerikanischen öffentlichen Meinung zu verschiedenen Fragen habe ich das vollständige Material der Antworten durchgehen können, die während der Kriegsjahre auf die Fragen der verschiedenen Institute für die Erforschung der öffentlichen Meinung auf dem Gebiet der internationalen sowie sozialen, ökonomischen und in-

nenpolitischen Probleme eingegangen sind. Ich brauche nur anzudeuten, dass die amerikanischen Methoden zur Erforschung der öffentlichen Meinung für allgemeine Äusserungen eine weit zuverlässigere wissenschaftliche Unterlage bieten als vorläufig die schwedischen. Dies beruht auf zahlreichen Umständen: Die amerikanischen Untersuchungen werden schon seit längerer Zeit durchgeführt und es sind dabei grössere Erfahrungen gesammelt worden; seit Langem standen grössere personelle und materielle Möglichkeiten zur Verfügung, so dass für die Untersuchungstechnik und -kritik mehr Mühe angewandt werden konnte, und vor allem wurden bei verschiedenen Gelegenheiten regelmässig mehrere ähnliche Fragen gestellt, wobei die darauf erteilten Antworten bei der Ausdeutung gesamthaft berücksichtigt werden können.

Das zentrale Thema des Buches ist Amerikas augenblickliche Einstellung zu den internationalen Problemen. Ich erlaube mir, auf meine Schrift «Amerika mitten in der Welt» (1943) hinzuweisen, die Amerikas Einstellung zu den gleichen Problemen während der nationalen Krise schildert, die durch die Pearl-Harbor-Katastrophe hervorgerufen wurde. Diese auffallende Epoche war kurz. Wie man jetzt klar erkennt, erreichte sie ihr Ende durch die Novemberwahlen 1942. Historisch bedingt sie jedoch immer noch alles politische Geschehen in Amerika. Wenn «Amerika mitten in der Welt» nicht geschrieben worden und meinem Leserkreis nicht zugänglich wäre, würde ich mich genötigt sehen, das Buch jetzt zu schreiben, damit es als Hintergrund und Einleitung dienen könnte zu dem sonst ziemlich unvermittelt wirkenden Querschnitt durch Amerikas politischen Zustand im Winter 1943-44, der hier auf gezeigt werden soll.

Es möge mir auch gestattet sein, auf die von mir und Alva Myrdal im Jahre 1941 herausgegebene Arbeit «Kontakt mit Amerika» hinzuweisen. In dieser Arbeit, die wir im Grossen und Ganzen noch immer für völlig aktuell halten, wird u.a. Rechenschaft abgelegt über gewisse bedeutungsvolle allgemeine Züge in der amerikanischen Kultur, welche in der Geschichte der Nation ideologisch tief verwurzelt sind.

- Gewisse Teile dieses Buches beruhen auf Manuskripten zu zwei Vor-

trägen über «Die ökonomische Entwicklung in Amerika und die Konjunkturaussichten» vor der Nationalökonomischen Vereinigung am 9. März 1944, und über «Die internationalen Verhandlungen in Washington über ökonomische Nachkriegsprobleme» im Schwedischen Bankverein am 29. März 1944.

Mein treuer Begleiter und Mitarbeiter auf dieser Studienreise, cand. jur. Tore Browaldh, ist mir bei der Bearbeitung des Materials behilflich gewesen.

April 1944.

G.M.

I.

DIE AUSSENPOLITIK

DIE EINSTELLUNG DES VOLKES

Praktisch genommen sind sich alle Amerikaner darüber einig, dass der Krieg auf die wirkungsvollste Weise schonungslos zu Ende geführt werden muss. Mit dem Ende des Krieges meint man einen vollständigen Sieg über die Achsenmächte. Man ist nicht bereit, mit Deutschland einen Kompromiss anzuerkennen.

Es ist allerdings wahr, dass sich noch im März des Jahres 1944 in der Carnegie Chamber Music Hall dreihundert Personen sammeln konnten, um «Peace Now» – mit Hitler und den Japanern einen sofortigen generösen Frieden zu fordern. Es ist auch wahr, dass einige hundert Faschisten und Nationalsozialisten von recht bunter Beschaffenheit wegen verrätherischer Tätigkeit im Gefängnis sitzen und dass weit mehr überall in der grossen Demokratie frei herumlaufen. Ein weibliches Mitglied des Kongresses, das am Tage nach Pearl Harbor allein gegen den Krieg stimmte, steht hin und wieder auf im Repräsentantenhaus, um Roosevelt ernsthaft vorzuwerfen, dass er Amerika bewusst in den Krieg geführt hätte. Hunderttausende alter verstockter Isolationisten denken im Stillen genauso. Aber all dies sind doch nur Ausnahmen, welche in einem freien Land, das nicht diktatorisch regiert wird, die Regel bestätigen.

Alle Fragen über den Krieg als solchen stehen deshalb ausserhalb der politischen Diskussion. Amerika ist mit im Kriege und gedenkt ihn zu Ende zu führen und damit basta. Die einzige Kritik in Bezug auf den Krieg, die in Amerika erfolgreich angeführt werden kann, besteht in Vorwürfen gegen die Regierung, dass ihre Anordnungen in gewisser Hinsicht nicht wirksam genug sind. Wie aus den Untersuchungen über die öffentliche Meinung hervorgeht, vertritt die weit überwiegende Majorität des amerikanischen Volkes die Ansicht, dass der Präsident in der Führung des Krieges geschickt und erfolgreich war, ganz abgesehen davon, wie es sonst über ihn und seine Regierung denkt. In dieser Beziehung ist die Meinung eher fester als vor anderthalb Jahren – ein Vergleich in der Zeit, der für den Verfasser natürlich ist, da er das vorletzte Mal Amerika Anfang September 1942 verliess.

Was dagegen die internationalen Nachkriegsprobleme betrifft, so scheint allgemein eine bedeutsame Verschiebung der öffentlichen Meinung eingetreten zu sein. Zwar zeigen die Untersuchungen über die öffentliche Meinung eine unverändert positive Einstellung gegenüber ganz allgemein formulierten Fragen über internationale Zusammenarbeit nach dem Kriege. Die Amerikaner sind immer noch ebenso daran interessiert, dass eine Art internationaler Organisation zustande kommt, dass neuen Kriegen wirksam vorgebeugt wird usw. Prinzipiell genommen ist der Isolationismus weiterhin vollkommen geschlagen. Aber je spezifischer die Fragen formuliert werden, desto zweifelnder wird die Einstellung der Amerikaner.

Im Allgemeinen könnte man die in der öffentlichen Meinung eingetretene Verschiebung so charakterisieren, dass *die Einstellung zu den Problemen des Friedens jetzt unsicherer, unklarer und auch verwirrter und gleichzeitig ängstlicher, mit einem Einschlag von Pessimismus, ist*. Vor anderthalb Jahren, nach der Pearl-Harbor-Katastrophe, befand sich Amerika noch in dem grossen nationalen Erwachen. Diese grosse Meinungskrise folgte dem psychologischen Muster in Norbecks «Theologie» und hatte den Charakter einer gewaltigen, die ganze Nation umfassenden «Bekehrung» vom Isolationismus, mit zerknirschem Herzen, dem Lippenbekenntnis und dem feierlichen Fassen der besten Vorsätze für die Zukunft. Wie jeder Bekehrung lag ihr Optimismus zu Grunde. Amerika sollte nach dem Kriege die Führung übernehmen und eine neue Welt mit politischer, sozialer und ökonomischer Sicherheit für alle Völker und Freiheit und Gerechtigkeit für alle Staaten schaffen.

Als Ursache zu der Meinungsverschiebung steht am Anfang all das, was damit zusammenhängt, dass der Krieg in Amerika zum Alltag geworden ist. Die Kriegsverluste an Soldaten sind zwar immer noch unbedeutend und spielen kaum eine grössere Rolle für die Meinungsbildung. Sie entgehen der allgemeinen Aufmerksamkeit umso mehr, als in diesem gewaltigen Lande die Listen der Gefallenen und Vermissten ja nur mit dem Interesse der Zeitungsleser rechnen können, wenn sie lokal veröf-

fentlicht werden. Und dann sind es ja keine Listen, sondern nur vereinzelte Unglücksfälle. Die Kriegsverluste sind z.B. immer noch viel geringer als die Anzahl der Unglücksfälle in der Kriegsproduktion oder die normale Ernte an Autounfällen. Aber man erwartet grosse Kriegsverluste, und sie werfen ihre Schatten voraus und schaffen Unruhe in fast allen Heimen.

Beinahe elf Millionen junger Männer sind für die Kriegsmacht mobilisiert worden. Die Sorge um ihr Schicksal findet ihren Ausdruck in der Fürsorge der ganzen Nation für «the boys». Sie sollen das Beste von allem haben. Das feinste Tuch soll für ihre Uniformen gespart werden. Sie sollen am «thanksgiving day» vor allen anderen Truthahn bekommen. Wenn sie zurückkommen, sollen sie anständige Abschiedsprämien, Vorzugsrechte bei Anstellungen und reichliche Stipendien für weitere Ausbildung erhalten.

Wenn die Nachtclubs weit geöffnet haben und in Bezug auf Whisky keine Einschränkungen geduldet werden, dann ist die Motivierung ständig, dass «the boys want a good time», bevor sie in den Krieg ziehen. Sogar die Leichtfertigkeit hat einen neuen Glanz bekommen, wenn es sich um Soldaten handelt. Die Jugendführer sind ernsthaft bekümmert, weil überall im Lande halbwüchsige Mädchen ihre Tugend auf dem Altar des Vaterlandes in Form eines unbekanntem Soldaten opfern wollen.

Die Familienbeziehungen in einem kriegführenden Lande sind überhaupt ein beunruhigendes Problem, wengleich nicht so viel darüber gesprochen wird. Viele der Mobilisierten sind verheiratet, und jetzt werden auch Väter zum Kriegsdienst herangezogen. Den jungen Frauen fehlen ihre Männer, und über der Allgemeinheit liegt ein leicht dumpfer Nebel von unbefriedigtem Geschlechtstrieb. Dieses Phänomen gehört zu dem Opferwesen der modernen abendländischen Kultur – auch in normalen Zeiten –, aber nun hat es sich zugespitzt zu einer milden Hysterie. Es herrscht deshalb Unruhe in den Heimen und in den Soldatenlagern.

Weiter ist eine gewaltige Verlagerung und Erweiterung der Produktion eingetreten, die nun beinahe bis zur Hälfte Kriegszwecken dient. Die Massenarbeitslosigkeit ist ausgerottet, und die Arbeitszeit ist verlängert.

Auf dem ganzen Kontinent haben grosse Volksverschiebungen stattgefunden, die neue Konfrontationen von Rassen und Kulturen geschaffen haben. In allen Kriegsproduktions-Zentren herrschen schwierige Wohnungsverhältnisse. Auf dem Warenmarkt treffen die Amerikaner nun Rationierungsmassnahmen und Preissteigerungen. Viele Bedarfsartikel sind nicht zu haben. Das Problem der gerechten Verteilung taucht ständig auf. Alle haben Arbeit, und der Verdienst ist für die meisten gut. Aber es sticht in die Augen, dass gewisse Kreise am Kriege verdienen.

All diese sozialen Veränderungen müssen natürlich in vielen Fällen aufreizend sich auswirken. In Amerika werden sie nicht aufgewogen durch das allgemein geteilte Gefühl einer drohenden grossen Gefahr für die Existenz der Nation. So viel von der psychologischen Grundlage des Isolationismus ist ja doch übriggeblieben, dass der Krieg leicht ein wenig unreal wirkt in Amerika. Er wird in fernen Ländern geführt und hat seinen Ursprung in Verhältnissen, von denen man im Allgemeinen nicht das Gefühl hat, dass sie mit dem Leben in Amerika in direktem Zusammenhang stehen.

Die Reklame hat mächtig dazu beigetragen, den Krieg für die Amerikaner unreal zu machen. Der Krieg ist in Submission genommen worden von den Männern der Reklame. In gewisser Masse arbeiten sie direkt für die Regierung oder andere öffentliche Organe. Die Kriegspropaganda wird aber hauptsächlich von den grossen Industrien und Geschäftshäusern finanziert. Es liegt ihnen daran, dem kaufenden Publikum ihre Namen und Zeichen in Erinnerung zu halten, während sie gleichzeitig dazu beitragen, die Kriegsmoral hochzuhalten, indem sie Standardargumente anführen, warum man Obligationen kaufen sollte oder Blut hergeben, um den Krieg zu gewinnen. Sie können es jetzt auch so billig machen, weil die Steuern gewaltig hoch sind und die Kosten für die Annoncen von der Einkommensberechnung abgezogen werden dürfen.

Dieses nie verstummende Trommelfeuer von wissenschaftlich ausgeklügelter Reklame trägt sicher dazu bei, jedem Amerikaner zu jeder Stunde die Vorstellung vom Kriege lebendig zu erhalten. Wohin er sich

auch wendet – er kann den warnenden, mahnenden Stimmen der Reklame nicht entgehen. Sie begegnen ihm an den Häuserwänden, in den Zeitungen, im Radio. Aber es liegt etwas Stereotypes in diesen Stimmen, und sie haben falsche Obertöne. Ohne Zweifel hat die Inanspruchnahme der Verkaufsreklame für die Stärkung der Kriegsmoral dazu beigetragen, der ganzen Vorstellung vom Kriege einen gekünstelten und kinoartigen Zug zu verleihen.

Wirklich ist jedoch die Sorge für die Soldaten, die einem nahe stehen. Wirklich sind auch all die kleinen Sorgen und all die stündlichen Irritationen. Die Unwirklichkeit des Krieges erhöht ihre beunruhigende Kraft.

Diese inneren sozialen Prozesse genügen jedoch nicht als Erklärung für die Entstehung der unsicheren und pessimistischen Einstellung zu den internationalen Friedens-Problemen in Amerika. Aber sie haben zweifelsohne den psychologischen Boden vorbereitet.

Vom Standpunkt der Amerikaner aus ist die aussenpolitische Entwicklung seit ein paar Jahren enttäuschend gewesen. Sie merken z.B., dass weder Grossbritannien noch die anderen Kolonien besitzenden europäischen Staaten geneigt sind, sich mit einer gründlicheren Reform des Kolonialimperialismus einverstanden zu erklären. Alle sind offenbar nur darauf eingestellt, wieder zu nehmen und zu behalten, was sie gehabt haben. In Amerika ist diese Feststellung weit beunruhigender, als aus der öffentlichen Diskussion hervorgeht.

Während der Zeit, als die Existenz der Engländer und jene der anderen Nationen auf dem Spiel stand, war der konservative Nationalegoismus verstummt. Dem Kriege konnte man da mit Leichtigkeit ein hohes gemeinsames Ziel geben. Man konnte sich für eine neue und bessere Welt kämpfen sehen. Angesichts des nahenden Sieges richten sich jedoch offenbar alle Interessen darauf ein, wieder zu ihren wohlerworbenen Rechten und Privilegien zurückzukehren. Auch in Bezug auf die bewunderte und bewundernswerte Bereitwilligkeit der Engländer, mitten in der Zerstörung durchgreifende soziale Reformen zu planen, steigen

Zweifel auf in Amerika. In welchem Masse war der soziale Verbesserungseifer der Engländer zu jener Zeit nur eine Kompensation für die drohende Niederlage? Wieviel wird noch davon übrig sein, wenn der Krieg aus ist?

Ende 1942 führten die Russen weit drinnen in ihrem Machtbereich einen heroischen Verteidigungskampf. Es war ihnen geglückt, Hitlers Armeen aufzuhalten – erst vor Moskau und dann bei Stalingrad. Jetzt haben sie ihre Grenzen bereits überschritten. Sie verlangen eine Stimme bei den Friedensverhandlungen, die ihren Opfern entspricht. Und der Durchschnittsamerikaner fühlt instinktiv, dass für Amerika bedeutende moralische Kompromisse in Frage kommen können.

Es wird der amerikanischen öffentlichen Meinung allmählich klar, dass der Krieg im Stillen Ozean ein gefährlicher Krieg ist. Er wird in heissen Dschungeln geführt, Tausende von Meilen entfernt von der Heimat. Die Malaria und alle anderen tropischen Krankheiten wirken verheerend. Die Japaner sind gefürchtete Soldaten. Sie geben sich nicht lebendig gefangen, nicht einmal, wenn sie übermannt worden sind. Gefangene werden auf keiner Seite mehr gemacht. Die Amerikaner beginnen zu verstehen, dass dieser Krieg sehr langwierig und an Menschenleben sehr teuer werden kann, bevor die Japaner besiegt sind. Trotz Churchills periodischen Versicherungen vom Gegenteil haben die Amerikaner ausserdem das merkwürdige Gefühl, dass sie in diesem Kriege vielleicht die Hauptlast bis zum Schluss allein werden tragen müssen.

Mitten durch die offizielle Propaganda ahnen die Amerikaner auch, dass die südamerikanischen Republiken jetzt während des Krieges äusserst unzufrieden sind mit dem harten britisch-amerikanischen Regiment und dass sie die erste Gelegenheit benutzen werden, sich aus der Kontrolle zu grösserer Freiheit herauszuwinden.

Europas Nachkriegssituation erscheint den Amerikanern materiell, politisch und moralisch immer hoffnungsloser. Der Krieg in Italien ist relativ teuer gewesen und ging trotzdem langsam und schlecht. Die Amerikaner, die für die frohen Italiener stets Sympathie gehabt haben, sind

unangenehm berührt von der Tatsache, dass Italien während der Befreiung von Hitler und Mussolini so schwer zerstört und verheert wird. Sie empfinden ausserdem den steigenden Widerwillen Italiens gegen Amerika, Frankreich und andere europäische Länder.

Ohne Zögern muss man als eine wichtige Ursache der Meinungsverschiebung in Amerika auch Präsident Roosevelts eigentümliche Art nennen, sich seit mehr als anderthalb Jahren zurückzuhalten. Er führt die öffentliche Meinung nicht mehr in derselben Weise aktiv wie während der Jahre vor dem Kriege und der Jahre nach Pearl Harbor. Es ist jetzt sehr lange her, seit Roosevelt der Vision der Vier Freiheiten in einer neuen demokratischen Weltordnung nach dem Kriege so klaren, festen, beredten Ausdruck gab. Er spricht nurmehr selten. Und wenn er spricht, vermeidet er sorgfältig die grossen Fragen der Kriegsziele und der Friedensprinzipien.

Nächst dem Präsidenten wäre es der Vizepräsident Henry Wallace gewesen, der damals die Hauptverantwortung für die Formulierung der neuen weltpolitischen Ideale zu tragen gehabt hätte. Aber in dem Sommer 1943 zerschlug Roosevelt selbst Wallace' öffentliche Stellung. Im Zusammenhang mit einem persönlichen Konflikt zwischen Wallace und Jesse Jones, Secretary of Commerce, Amerikas Handelsminister – einem Konflikt, den wir besser verstehen werden, wenn wir auf die innenpolitische Entwicklung zu sprechen kommen – erteilte Roosevelt Wallace in aufsehenerregenden Formen einen persönlichen Verweis und setzte ihn als Chef des Boards of Economic Warfare ab. Wallace fährt zwar fort, Reden zu halten, meistens vor Arbeitern, aber er widmet nunmehr vorsichtigerweise sein Interesse mehr den innenpolitischen Problemen. Nach dem Geschehenen ist es jedenfalls allen klar, dass er nicht im Namen des Präsidenten oder der Regierung spricht.

Sumner Welles war der dritte amerikanische Staatsmann, dessen Reden früher in internationaler Richtung meinungsbildend waren. Er war Cordell Hulls nächster Mitarbeiter im State Department, dem amerikanischen Aussenministerium, und sprach mit der ganzen Autorität der Re-

gierung. Im Herbst 1943 ging er ab – weil seine Frau krank sei, wie man sagte – in Wirklichkeit aber, weil man seine Politik missbilligte.

Als Roosevelt auf diese Weise dem amerikanischen Volke seine eigene und die seiner nächsten Gesinnungsgenossen ideologische Führung entzog, beunruhigte dies die öffentliche Meinung tief. Mehr oder weniger bewusst fragen sich alle, was für eine Politik er dadurch vorbereite. Wo steht Amerika, was will Amerika aus dem Frieden machen?

Gewöhnlich erklären alte Freunde Roosevelts die grosse Veränderung als eine von ihm gewählte Taktik in dem Bestreben, Amerikas Teilnahme am Frieden zu sichern. Dies sei eine ganz andere und schwerere Aufgabe, erklärt man, als Amerika in den Krieg zu führen.

Roosevelt würde nach dieser Ansicht fürchten, Wilsons Irrtum zu begehen. Lieber als Amerika an der Friedensteilnahme durch idealistische Führung zu bewegen, würde Roosevelt wünschen, von der Forderung zur Friedensteilnahme seitens der öffentlichen Meinung getrieben zu werden, um dann in einem günstigen Augenblick wieder die Führung zu übernehmen und Amerika in die neue internationale Ordnung einzugliedern.

Es ist jedoch fraglich, ob Roosevelt nicht dadurch Wilsons Irrtum wiederholt. Bisher ist es ihm geglückt, die öffentliche Meinung zu beunruhigen und ihren Hang zum Glauben an den Frieden abzuwenden. Wilsons grösster Irrtum war nicht, dass er zu viel idealistische Appelle erliess, sondern dass er damals – wie Roosevelt heute – mit dem Kongress und der öffentlichen Meinung nicht genügend Kontakt aufrechterhielt.

Eine andere Deutung der Politik Roosevelts ist, dass er bei den Verhandlungen mit Grossbritannien und der Sowjetunion es für umso vorteilhafter ansehe, je weniger die amerikanische Regierung an Prinzipien gebunden dastehe. Aber es stellt sich dann die Frage, wie er das amerikanische Volk dazu bringen will, die Resultate solcher Verhandlungen zu akzeptieren.

Eine dritte Erklärung ist, Roosevelt sei persönlich so stark durch die eigentliche Kriegsführung absorbiert, dass er für Friedenspläne nicht genügend Zeit habe. Roosevelt müsste demnach seinen Tag mit Kriegskar-

ten und Frontrapporten zubringen, weil er in der Führung des Krieges gern eine Rolle spielen will. Eine vierte Erklärung, welche die dritte ergänzt, wäre, dass Roosevelt alt geworden sein soll, verbraucht, skeptisch und zynisch in Bezug auf den Friedensschluss.

Der Aussenstehende kann die Wahrscheinlichkeit der verschiedenen Erklärungen nicht zuverlässig beurteilen. Was er beobachten kann, ist, während der letzten Zeit, Roosevelts grosse Verschlossenheit in der Frage der Kriegsziele und die sich daraus ergebenden ernsthaft beunruhigenden Wirkungen auf das amerikanische Volk.

Die Einstellung zu den Nachkriegsproblemen der Welt ist in Amerika nicht nur unklarer, ängstlicher und pessimistischer geworden, sondern auch vom nationalen Standpunkt aus, was natürlich ist, engherziger. In wachsendem Masse bemerkt der Amerikaner bei seinen Alliierten egoistische Ziele. Es wächst das Gefühl, dass Amerika ökonomisch ausgenutzt wird.

Man hatte lange vorausgesagt, dass nach der Überwindung des pazifistischen Isolationismus die Gefahr für dessen Umwandlung in den Imperialismus bestände. Die grosse Masse der Amerikaner ist jedoch weiterhin anti-imperialistisch, auch was das eigene Land betrifft. Aber der steigende Verdacht, dass Grossbritannien geschickt und vorausschauend seine und des Imperiums Interessen auf Kosten Amerikas wahrnimmt und dass die Sowjetunion eine harte, egoistische Politik führt, nutzt langsam den neugewonnenen Internationalismus in Amerika ab.

Der Stolz über die gewaltige Kriegsproduktion vermischt sich mit der Unruhe, dass das ganze Pacht- und Leihgesetz zu generös gehandhabt wird. Das humanitäre Interesse für eine wirksame internationale Hilfsorganisation vermischt sich mit der Besorgnis, dass eine weltumspannende WPA (Work Progress Administration) vorbereitet wird mit Amerika in der Stellung des Steuerzahlers. Die Pläne grosser Investitionen zum Wiederaufbau Chinas werden gradweise heruntergeschraubt durch eine eher pessimistische Einstellung zu der Frage, in welchem Masse das volkreiche China sich nach dem Kriege wirklich sammeln kann um eine feste Regierung, welcher es gelingen wird, die Inflation zu

stoppen, die Korruption zu beseitigen und vor allem den weiteren Bürgerkrieg zu verhindern, so dass für eine geordnete Geschäftstätigkeit einigermaßen vernünftige Bedingungen vorhanden sein werden.

Eine kleine Episode, die dieses Gefühl des Amerikaners ausgezeichnet illustriert, dass sein Land im Begriff ist, der «Weihnachtsmann für die ganze Welt» zu werden, spielte sich ab, als wir auf dem Flughafen in New York landeten und von Journalisten umschwärmt wurden, die ein Interview haben wollten, dem ich jedoch durch Höflichkeit entging. Einer trat vor und fragte: «Just tell me one thing. How much lease-lend has Sweden got?» (Wieviel Unterstützung hat Schweden nach dem Pacht- und Leihvertrag bekommen?)»

Der Shylock-Komplex befindet sich im Wachsen. Es wird schon wieder zu einer fixen Idee bei den Amerikanern, dass Amerika seine Gaben an die ganze Welt freigiebig verschenkt. Amerika ist generös und gutgläubig, die Ausländer sind listig und rücksichtslos egoistisch. Die gefährliche Kraft dieser Idee wird nicht dadurch gemindert, dass ja faktisch genügend Wahrheit darin liegt, um sie glaubwürdig zu machen.

Eine andere Frage ist: Als Roosevelt Ende August 1943 dem Kongress den elften Rapport über das Pacht- und Leihgesetz erstattete, enthielt der Bericht eine versteckte Andeutung, dass diese Schulden von den Alliierten Amerikas nicht zurückgezahlt zu werden brauchten. Die Reaktion des Kongresses und der Öffentlichkeit war jedoch so unvoreilhaft, dass Roosevelt einen schnellen Rückzug antreten musste. Dies geschah in der eigentümlichen Form, dass er erklärte, von dem umstrittenen Abschnitt keine Kenntnis gehabt zu haben und dass dieser sich durch die Nachlässigkeit eines Sekretärs eingeschlichen haben müsste. In der korrigierten Botschaft, die an Stelle der ursprünglichen übergeben wurde, war der Text auch frei von allen missliebigen Andeutungen.

Alle Sachverständigen meinen natürlich, dass nicht nur die Nettokredite von Amerikas Seite nach dem Pacht- und Leihgesetz, sondern auch die alten Darlehen vom ersten Weltkrieg gestrichen werden müssten. Aber die öffentliche Meinung lässt das zur Zeit nicht zu. Eine allgemeine

Abschreibung wäre in der Woche nach Pearl Harbor wahrscheinlich möglich gewesen, wenn Roosevelt damals kräftig die Führung übernommen hätte, ja, im Monat darauf oder vielleicht im Jahre danach. Aber jetzt ist sie nicht möglich.

Man kann darüber spekulieren, warum Roosevelt diese Abrechnung nicht durchführte, solange sie möglich war. Es ist einleuchtend und vielleicht wahrscheinlich, dass Roosevelt es absichtlich unterliess, um nach dem Kriege auf die Mitalliierten einen Druck ausüben zu können. Es ist glaubhaft, dass er diese Abrechnung aufgeschoben hat, um sie international und nicht im nationalen Sinne auszunutzen. Aber das spricht durchaus nicht gegen die Tatsache, die ich illustrieren wollte, dass nämlich die öffentliche Meinung Amerikas in nationalen Belangen engherziger geworden ist.

Ein drittes Indiz konnten wir während der Atlantic-City-Konferenz in den offenbaren Anstrengungen erblicken, den Amerikanern glaubhaft zu machen, dass die internationale Hilfsaktion ein sehr billiges Geschäft werden würde. Sie sollte Amerika eine oder anderthalb Milliarden Dollars weniger kosten als Herbert Hoovers Hilfsaktion nach dem letzten Weltkriege. Das ist sicher eine gewaltige Unterschätzung, aber sie hatte ihren politischen Zweck: die UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) für den Kongress und die amerikanische öffentliche Meinung akzeptabel zu machen.

Die Veränderungen in der Einstellung der amerikanischen öffentlichen Meinung gegenüber besonderen fremden Nationen verdienen grösste Aufmerksamkeit. Es gibt in Amerika eine historische und soziale Grundlage zu einer gewissen Reizbarkeit im Verhältnis zu Grossbritannien. Im Jahre nach Pearl Harbor war sie auf ein Minimum gesunken. Jetzt befindet sie sich offenbar wieder in langsamem Ansteigen. So wie in dem ganzen Komplex der Einstellung gegenüber internationalen Fragen, handelt es sich doch am ehesten um eine Labilität in der Haltung, verbunden mit Unruhe und Pessimismus samt einigem Misstrauen. Und

es kann natürlich zwischen diesen beiden Ländern niemals ein Krieg in Frage kommen, nur mangelhafte Zusammenarbeit beim Aufbau des Friedens.

Auch unter den Politikern und Experten in Washington herrscht eine gewisse Unsicherheit in der Einstellung zu den Engländern. Die Zusammenarbeit an den Nachkriegsproblemen ist nicht die allerbeste. Auch diejenigen, welche den Briten in ihrer Sympathie am nächsten stehen, klagen oft darüber, dass diese die Aufgabe für ihre amerikanischen Freunde so schwer machen, weil sie allzu sehr ihre eigenen Interessen im Auge haben. Ich habe mitunter die zugespitzte Behauptung gehört, die Briten seien durch den Krieg so bedrängt und verarmt worden, dass es ihnen schwer werde, in ihren internationalen Geschäften richtige Gentlemen zu sein.

Allgemeiner wird darüber geklagt, dass sie ihre Karten nicht ganz offenhalten. Ein üblicher amerikanischer Scherz, der von Seiten der Amerikaner viel Ernst enthält, ist die Behauptung, dass die Briten anfangen, den Russen ähnlich zu werden. «They have a policy» – sie treiben eine Politik. Ihre Regierung instruiert sie darüber, was sie sagen sollen und was nicht. Deshalb spielen sie eine Rolle, statt frei ein Problem zu diskutieren.

Für den Zuschauer ist es auch ganz offenbar, dass ein durchschnittlicher Repräsentant Grossbritanniens es durchaus nicht versteht, wie man die Amerikaner nehmen muss. Es ist übrigens eine allgemeine Beobachtung, dass es uns manchmal besonders schwer fällt, mit unseren Nächsten umzugehen. Die Amerikaner verlassen sich am liebsten auf offene Menschen, die ihre eigene Meinung sagen, selbst wenn sie nicht mit jener der Regierung übereinstimmt. So ist das Volk auf seinem grossen unabhängigen Kontinent geworden, wo man die Diplomatie verachtet. Sie misstrauen zugeknöpften und verschwiegenen Personen, die sich zu kompromittieren fürchten und heikle Themen höflich vermeiden.

Das Tragische an dieser weltwichtigen Relation zwischen den beiden grossen angelsächsischen Nationen ist nun, dass die Briten in wichtigen Fragen keine «policy» haben, obgleich die Amerikaner es glauben. Hin-

ter der grossen Verschwiegenheit verbirgt sich meistens nichts. Sie können keine bestimmte Linie haben, weil diese letzten Endes so sehr von den Ereignissen in Amerika abhängig ist und von dem Standpunkt, den die Amerikaner in einer Frage schliesslich einnehmen.

Ich habe weiter unten in diesem Buch Gelegenheit nachzuweisen, dass die zwischen den Briten und Amerikanern über verschiedene ökonomische Nachkriegsprobleme geführten Verhandlungen bisher nicht allzu erfolgreich waren. Die Zusammenarbeit in der eigentlichen Kriegführung, worüber ich sehr wenig weiss, ist offensichtlich besser. In der ganzen unmittelbar praktischen Politik herrscht offenbar eine Tendenz zu immer vollständigerem «mixing up».

Unter günstigeren Bedingungen, falls sie eintreffen, ist es vielleicht möglich, dass auch in den Nachkriegsverhandlungen allmählich ein idealer Kontakt hergestellt werden kann und dass die amerikanische öffentliche Meinung an eine weitsichtige vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Grossbritannien gewöhnt wird. Aber in dieser Richtung entwickelt sich die Tendenz nicht gerade jetzt.

Die Einstellung zur Sowjetunion ist ein noch komplizierteres Problem. Diese Tatsache ist für die Gestaltung des Friedens äusserst schwerwiegend. Zunächst werde ich mir erlauben, eine Analyse der Entwicklung bis zur Epoche der nationalen Krise abzudrucken. Ich schrieb sie im Herbst 1942 und zitiere aus meinem Buch «Kontakt mit Amerika»:

«Die Einstellung Amerikas zu Sowjet-Russland hat in den letzten Jahren eine dramatische Wandlung durchgemacht, die für die Zukunft der Welt von unerhörter Bedeutung ist. Das Misstrauen und der Widerwille gegen Russland waren im Anfang der dreissiger Jahre wahrscheinlich sogar noch grösser als in Europa. Dazu trug die Existenz einer kommunistischen Partei sehr viel bei, die von Moskau ihre Befehle empfing. Die spätere Volksfrontpolitik begegnete in Amerika im grossen Ganzen starkem Misstrauen und hatte geringen Erfolg. Die Kultur Amerikas ist jedoch umfassender als die der meisten einzelnen europäischen Länder und daher auch reicher an mannigfachen Sonderelementen. Es gab daher

viel mehr amerikanische Persönlichkeiten, die dem russischen Experiment starkes Interesse entgegenbrachten und seinen Verlauf gründlich kannten, dazu eine umfangreiche, teilweise sympathisierende Russland-Literatur. Aber im Allgemeinen war der Durchschnittsamerikaner gegenüber Sowjet-Russland doch unfreundlich eingestellt.

Nach dem Hitler-Stalin-Pakt zu Beginn des zweiten Weltkrieges steigerte sich diese Abneigung zur Feindschaft, die überstürzte Schwenkung der amerikanischen Kommunisten vergrösserte die Feindseligkeit. Der russisch-finnische Winterkrieg festigte Amerikas Gegnerschaft gegen Sowjet-Russland noch mehr. Roosevelt hatte damals wahrscheinlich recht, als er erklärte, dass 98 Prozent der Amerikaner mit Finnland sympathisierten und Russland verurteilten.

Der Überfall Hitlers auf den Bundesgenossen im Juni 1941 löste in Amerika gemischte und verwirrte Gefühle aus. Es war in dieser Lage nicht nur weitblickend, sondern auch eine mutige Tat, als Roosevelt sofort dem Beispiel Churchills folgte und Russland die volle Unterstützung Amerikas zusagte. Der Präsident hatte damals bei Weitem nicht die ganze Nation hinter sich. Aber der heroische, geschickte und unerwartet erfolgreiche Verteidigungskampf der Russen erweckte bald die Bewunderung der Amerikaner. Endlich war Hitler auf eine Nation gestossen, die gut gerüstet war und sich gut schlug. Inzwischen trieb Amerika dem Krieg immer näher. Nach Pearl Harbor war die Lage klar: Nur der russische Widerstand verschaffte Amerika Zeit, seine eigene Kriegsmacht aufzubauen. Russland opferte am meisten für die schliessliche Überwindung Hitlers.

Deshalb wurden die Russen in Amerika die Helden des Krieges. Eine grosse Welle der Aufklärung ging über das Land. In allen politischen Lagern, selbst den konservativen, stieg die Freundschaft höher, als man es sich je hätte träumen lassen. Stalin mit seinem anspruchslosen und ein wenig scheuen Lächeln wurde zur dritten populären Gestalt neben Roosevelt und Churchill, ein Symbol des kämpfenden Anti-Nationalsozialismus. Litwinow, der daheim zur Machtlosigkeit verdammt worden

war, als Chamberlains Münchenpolitik Russland ausgeschaltet und isoliert hatte, wurde nun von den Russen als Gesandter nach Washington geschickt. Kein Diplomat ist in Amerika so umjubelt worden wie er.

Wir wollen Russland einen Augenblick mit amerikanischen Augen betrachten. Das neue Russland ist durch eine Volksrevolution entstanden wie einst Amerika. Das russische Volk ist gross und es besteht wie das amerikanische aus einem Gewimmel von mannigfaltigen, verschiedenartigen Menschenrassen und Kulturgruppen, und es ist stolz darauf. Es wird zusammengehalten durch eine nationale Ideologie, die doch aus allgemein menschlichen Idealen besteht. Es fühlt sich auserwählt, ein neues Gemeinwesen aufzubauen, das es in gewaltigem Umfang plant. Das russische Volk bewohnt, wie das amerikanische, grosse Teile des Erdballs, die unerschöpfliche natürliche Hilfsquellen bergen. Die moderne Technik und die kühn aufwärts steigenden Produktionskurven gehören zur russischen Romantik wie zur amerikanischen. Russland hat ebenso gute Gründe, mit einer grösseren Zukunft als Vergangenheit zu rechnen wie Amerika, aber zum Unterschied von den alten Nationen Europas hat Russland seine Geschichte noch vor sich.

Russland fesselt die Phantasie der Amerikaner. Auf gleiche Weise wie China und Indien gewinnt Russland in Amerika ein mythisches Prestige der Möglichkeiten. Von Russland können die Amerikaner etwas erhoffen, während sie bedrückt sind, wenn sie an Europa denken, an das zersplitterte, hoffnungslose, sich selbst zerstörende Europa.

Der Ausländer stellt sich natürlich ein wenig ironisch zu dem raschen Meinungswechsel der Amerikaner gegenüber Russland und erinnert seine amerikanischen Freunde gern daran, dass Russland durch seine Aussenpolitik den Demokratien der Welt sehr handgreifliche Gründe zum Missvergnügen geliefert hat. Aber die Amerikaner haben eine Antwort bereit. Sie sagen, dass Russlands Handlungsweise bestimmt war durch sein Misstrauen gegen die grossen Demokratien und durch die Furcht, dass sie Russland an Hitler ausliefern wollten. Sie meinen, dass dieses Misstrauen gute Gründe hatte. Der Pakt mit Hitler, der Russland

Atemraum zur Aufrüstung gab, war die logische Antwort auf Chamberlains Münchener Übereinkommen, das ja nicht nur die Tschechoslowakei preisgab, sondern auch, Hitler zu Gefallen, Russland völlig ausschaltete. Es ist keine kommunistische Erfindung, sondern eine ganz offenbare Wahrheit, dass die vorherrschenden politischen Kräfte in den grossen Demokratien und besonders in England den Kommunismus mehr fürchteten als einen deutschen Überfall auf Sowjet-Russland.

Die Amerikaner sind der Meinung, dass man ohne Einbeziehung Russlands in die internationale Zusammenarbeit unter gemeinschaftlicher Verantwortung eine zukünftige sichere Weltordnung nicht aufbauen kann. Man muss Russland Vertrauen schenken. Sie glauben sogar, dass die Waffenbrüderschaft im Kriege und eine enge Zusammenarbeit nachher in Russland eine Entwicklung in der Richtung auf eine künftige Demokratie einleiten kann. Der russische Kommunismus ist doch im Gegensatz zum deutschen Nationalsozialismus grundsätzlich rationalistisch und humanitär. Die Ideale des Sowjet-Sozialismus, wenn auch bisher nicht seine Praxis, sind demokratisch. Russland hat sogar die demokratischste Verfassung der Welt. Die grosse Chance der Menschheit ist gegenwärtig, dass die Amerikaner durch die Vernichtung des Nationalsozialismus und die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den grossen Demokratien Sowjet-Russland von der Furcht befreien und ihm erlauben, seine demokratischen Ideale zu verwirklichen.»

Dieser hier geschilderte Anschauungsprozess hat sich weiter entwickelt und stabilisiert. Der amerikanische Kommunismus hat weiterhin an Bedeutung verloren. Die Kommunistische Partei hat sich kürzlich in einen «Bildungsverband» verwandelt. Die Sowjetunion hat neue und mächtige Beweise ökonomischen Organisationsvermögens und der Kriegstauglichkeit gegeben. Die Sympathie für die Sowjetunion besteht auch jetzt und ist in gewisser Weise gefestigt. Aber mit ihren Erfolgen und der wachsenden Macht tauchen für den Durchschnittsamerikaner viele ängstliche Fragen auf.

Fünf oder vielleicht zehn Prozent, aber nicht mehr, des amerikani-

schen Volkes sind so von Bewunderung für die Sowjetunion ergriffen und so bereit, deren vermeintlichen Interessen zu dienen, dass sie fähig sind, praktisch genommen halb Europa an die Sowjetunion zu verkaufen. In jenen Kreisen wird eine systematische Pro-Sowjetpropaganda getrieben. Vor allem hebt man hervor – und schiebt dabei den momentanen Mangel an Demokratie und privater Freiheit beiseite –, dass die Sowjetunion beispielhaft ist in ihrer Behandlung der Minoritäten und fremden Völker und Rassen.

Diese quantitativ unbedeutende Gruppe ist potentiell mächtig, weil sie so viele schreibende und sprechende Intellektuelle umfasst. Sie hat den amerikanischen Liberalismus in seiner historischen Rolle – die amerikanischen Ideale für das Volk aufrechtzuerhalten – bereits ernsthaft geschwächt. Die Bewunderung für die Sowjetunion tendiert allgemein dahin, die Menschen zu der Einsicht zu bringen, dass der Zweck die Mittel heiligt und dass Macht vor Recht geht. Die hier gemeinte – wenn auch noch schwache – Tendenz zur Auflockerung des amerikanischen liberalen Idealismus kann sich als eine der wichtigsten und verhängnisvollsten Erscheinungen erweisen, die jetzt in Amerika zu Tage treten.

Im reaktionären, imperialistischen Lager gibt es ausserdem eine vielleicht ebenso grosse Gruppe, welche die Gelegenheit begrüsst, Geschäfte auf Kosten Europas zu machen.

Aber die grosse Masse der Amerikaner (80-90 Prozent) ist weder sowjettreu noch zynisch imperialistisch. Die Herzen dieser Amerikaner sind gespalten. Und darin liegt eine hauptsächliche Ursache zu der allgemeinen Verschiebung der Einstellung gegenüber den Friedensproblemen, die in diesem Kapitel diskutiert werden.

Auf der einen Seite ist der gewöhnliche Amerikaner erfüllt von Bewunderung für den Kriegseinsatz der Sowjetunion und von Sympathie und Glückwünschen für die weitere Entwicklung Russlands. Er sucht nach allen Zeichen einer Entwicklung in Russland, welche persönliche Freiheit und politische Demokratie gewährleistet. Er sieht die Notwendigkeit einer aufrichtigen Zusammenarbeit mit den Russen nach dem

Kriege und er ist bereit, alles Angemessene zu tun, um eine zufriedenstellende Verständigung zu erreichen. Das ist das Resultat der Entwicklung der öffentlichen Meinung, wie sie mit Hitlers Angriff auf die Sowjetunion im Sommer 1941 begann. Auf der anderen Seite fürchtet er sehr, dass die Russen nationalistische Forderungen stellen werden, die den Prinzipien der Atlantic Charter widersprechen – d.h. den amerikanischen Idealen.

Diese Unruhe war sehr augenscheinlich in den Wochen vor der Moskalkonferenz, die man in Amerika als eines der grössten politischen Ereignisse seit Pearl Harbor ansah. Bei seiner Rückkehr wurde Mr. Hull von allen Seiten mit einer unerhörten Begeisterung empfangen. Die Erklärung liegt nach meiner Ansicht darin, dass die grosse Masse der Amerikaner, deren zwiespältige Einstellung gegenüber Sowjet-Russland oben angedeutet wurde, darüber glücklich war, dass Hull, was alle wünschten, mit den Russen den Kontakt erreicht zu haben schien, ohne dass er die Prinzipien der Atlantic Charter deswegen preisgab, was die meisten innerlich gefürchtet hatten. Es gab also immer noch eine Hoffnung.

Die Randstaaten haben in der amerikanischen öffentlichen Meinung eine stärkere Stellung als wir gewöhnlich annehmen. In Amerika leben ungefähr drei Millionen Polen, die im Kongress zehn Vertreter haben. Sie werden ausserdem immer noch von der grossen Zahl der Katholiken gestützt. Auch ausserhalb des Kreises der Katholiken gibt es viel Sympathie für Polen. Wie die letzten Monate auf die amerikanische öffentliche Meinung eingewirkt haben, kann ich nicht wissen. Aber aus allem, was man erfährt, schliesse ich, dass die Sympathie ungefähr unverändert ist. Finnlands Stellung – und sogar die der baltischen Länder – war noch so spät wie im Winter 1943-44 ebenfalls bedeutend stärker, als wir gewöhnlich zu hoffen wagen. Die Amerikaner sehen diese Probleme vielfach wie wir Schweden.

All dies bedeutet durchaus nicht, dass Roosevelt nicht gezwungen werden kann, bei dem Übereinkommen mit Sowjetrussland an den Prinzipien der Atlantic Charter zu rütteln. Es bedeutet auch nicht, dass die amerikanische Meinung sich damit nicht abfinden wird. Aber es bedeu-

tet, dass Roosevelt guten Grund hat, sein Äusserstes zu tun, um es zu vermeiden und dass er in jeder Beziehung Grund hat, Formen zu finden, die im schlimmsten Falle Tatsachen verdecken, und dass er die Ausführung so lange wie möglich hinausschiebt, jedenfalls bis nach den Wahlen im Herbst.

Ich sehe jetzt eine Möglichkeit für eine Rückkehr Amerikas zu einer Art Isolationismus – mit stärkerer militärischer Verteidigung und mit gewissen imperialistischen Einschlägen –, die ich vor anderthalb Jahren nicht sah. Diese Möglichkeit liegt in der Demoralisierung der amerikanischen öffentlichen Meinung, die einem Weltübereinkommen folgen würde, das offensichtlich gegen die Atlantic Charter, d.h. letzten Endes gegen die amerikanischen Ideale verstösst.

Die Atlantic Charter vom Sommer 1941 war natürlich in gewissem Sinne nur ein Propagandamanifest, ausstudiert, um das amerikanische Volk – entgegen seinem Vorsatz – willens zu machen, in den Krieg gegen Hitler einzutreten. Aber in einem anderen Sinne ist dies durchaus nicht ein «nur». Es bedeutet nämlich, dass das Dokument auf den lebendigen amerikanischen Idealen aufgebaut wurde. Wenn jetzt nicht nur die «London Times» unter ihrer neuen Leitung, die uns mitunter zu viel vom Nationalsozialismus gelernt zu haben scheint, sondern sogar Churchill und Eden die Prinzipien der Atlantic Charter umdeuten, sodass sie besser in die realpolitischen Rücksichten passen, dann ist das amerikanische Volk tief verletzt und ernsthaft beunruhigt. Bis jetzt wenigstens hat noch kein amerikanischer Staatsmann sich so an heiligen Dingen zu vergreifen gewagt.

Amerika kann dazu gebracht werden, gegen sein Gewissen zu handeln, aber das hat dann sehr wahrscheinlich den Effekt, dass die Nation verärgert von ihren Mitschuldigen in der Weltpolitik abrücken wird. Es darf nicht vergessen werden, dass es in der Entstehung des Isolationismus der zwanziger und dreissiger Jahre ein sehr wichtiges moralisches Element dieser Art gab. Wenigstens in Bezug auf Amerika ist diese Art «Realismus», die nicht beachtet, dass die Ideale wichtige psychologische Realitäten sind, eine sehr gefährliche Illusion.

Roosevelt und das State Department wissen das natürlich. Die Schwäche ihrer Position bei den Verhandlungen mit den Russen liegt darin, dass Amerika nicht bereit ist, hinter seine Forderungen in Europa seine Macht zu setzen. Es ist zu erwarten, dass die amerikanische öffentliche Meinung für die nächsten Jahre keinen Krieg gegen die Sowjetunion mit irgendwelchen Zielen auf dem europäischen Kontinent gutheissen wird. Es wird der amerikanischen Regierung auch unmöglich sein, auf längere Zeit eine grössere Okkupationsarmee in Europa zu halten. Wenn der Krieg dort vorüber ist, wollen die Soldaten – wie voriges Mal – nach Hause, und die Eltern werden ihre Söhne wieder in der Heimat haben wollen. Gegen diese elementaren Volksforderungen kann in Amerika keine Regierung handeln. Was Amerika dagegen der Sowjetunion bieten kann, ist seine ehrliche Sympathie, vertrauensvolles Zusammenarbeiten im Osten wie im Westen, einen garantierten Frieden plus Techniker und Kapital für einen schnelleren Wiederaufbau in Russland.

In Bezug auf die Einstellung zu den feindlichen Völkern ist während des letzten Jahres kaum eine grössere Veränderung eingetreten. Es besteht immer noch kein eigentlicher Hass gegen Deutschland und die deutsche Kultur, ähnlich den Hassgefühlen, die sich während des ersten Weltkrieges geltend machten. Es wird jedoch immer schwerer, einen Unterschied zwischen den Nationalsozialisten und dem deutschen Volke aufrecht zu erhalten – in dem Sinne, dass das Volk ohne Schuld und Verantwortung sei. Die Vansittart-Richtung hat jedoch nur einen kleineren Teil der öffentlichen Meinung gewonnen. Die meisten Amerikaner nehmen eine bekümmerte, fragende Haltung ein gegenüber dem Problem, was man nach dem Kriege mit Deutschland machen soll. Pläne in Bezug auf aktive Umerziehungsexperimente werden im Allgemeinen mit grosser Skepsis aufgenommen.

Im Grossen und Ganzen ist Amerika natürlich konservativ eingestellt gegenüber den politischen Verhältnissen in Europa. Man fürchtet Revolutionen und Bürgerkriege. Wenn es Möglichkeiten gäbe, so würde man

sicher an der Etablierung verhältnismässig konservativer republikanischer Regierungen mitwirken. Das State Department ist zwar von liberaler und radikaler Seite stark kritisiert worden wegen seiner Tendenz, mit den Konservativen zusammenarbeiten zu wollen. Aber es ist glaubhaft, dass – mehr allgemein und abgesehen von der Politik in gewissen Fragen (z.B. der Darlan-Episode), die von anderen Gesichtspunkten aus kritisiert werden kann – die allgemeine öffentliche Meinung ungefähr die gleiche Einstellung hegt, wie sie der Politik des State Departments als Grundlage dient.

Schwedens Stellung in der amerikanischen öffentlichen Meinung ist ohne Zweifel während des letzten Jahres bedeutend besser geworden. Dazu haben die Aufhebung des Transitverkehrs (von deutschen Soldaten im Urlaub zwischen Norwegen und Deutschland. Anm. des Übersetzers) und andere Umstellungen in unserer Aussenpolitik während des letzten Jahres beigetragen. Da die Zusammenarbeit innerhalb der Vereinigten Nationen mit den anderen kleinen europäischen Staaten aus natürlichen Gründen nicht ohne Reibungen vor sich gehen kann, wird Schweden ganz einfach auch dadurch in seinem Werte steigen, weil es ausserhalb steht. Dies ist eine Tendenz, die in gewissem Masse die eigentliche Haupttendenz aufwiegt, welche natürlich im Gegenteile dahin geht, dass man uns misstraut und beneidet, weil wir uns ausserhalb des Krieges halten.

Wir dürfen uns nicht vorstellen, dass Schwedens Stellung gut ist in der amerikanischen öffentlichen Meinung. Sie ist nur wesentlich besser als früher. Noch im Sommer und Herbst 1942 wurde Schweden ganz allgemein als ein deutscher Vasall angesehen. Und noch immer ist in weiten Kreisen mit dem Namen Schweden etwas Dubioses und Verdächtiges verbunden.

Je nachdem wie drüben die Achtung vor uns steigt, ist es eher unsere Gewandtheit und Geschicklichkeit, die man schätzt. Dieselbe Vorstellung über uns liegt jedoch auch der Antipathie gegen uns zu Grunde. Man verdächtigt uns, dass wir am Frieden verdienen wollen, wie auch

die Amerikaner ganz allgemein die falsche Vorstellung haben, dass wir am Kriege verdient hätten. Diese Situation ist in gewissem Grade ein Dilemma für die schwedische Politik. Wir wollen ja unsere Probleme geschickt lösen und unsere Interessen wahren, und wir wollen auch wegen unserer Geschicklichkeit angesehen werden.

Es ist meine Überzeugung, dass Schwedens Stellung in der amerikanischen öffentlichen Meinung auf die Dauer davon abhängt, ob wir geschickt genug sind. Und da ich in dieser Beziehung relativ optimistisch bin, gleichzeitig aber doch recht schwarz sehe in Bezug auf die Entwicklung im übrigen Europa und auf die Einstellung der Amerikaner zu diesen Ländern während der ersten Nachkriegszeit, möchte ich prophezeien, dass – wenn alles gut geht – Schweden zwei Jahre nach dem Kriege wieder das Land werden wird, welches in Amerika den höchsten Goodwill hat.

Es darf nicht verschwiegen werden, dass die Norweger in Amerika uns in der amerikanischen öffentlichen Meinung grossen Schaden zugefügt haben – und dass sie es teilweise noch immer tun. Man muss fast täglich hören, was für besonders unvorteilhafte Behauptungen und – oft gänzlich falsche – Urteile von Norwegern in offizieller Stellung über uns gefällt worden sind. Schweden an ausländischen Höfen zu verleumden erinnert an die norwegische Diplomatie von 1905. Gegenüber Finnland spielen die Norweger in Amerika oft kriegführender Staat. Gewisse Norweger nehmen Abstand von dieser Art, besonders in Bezug auf Schweden. Aber nur wenige sind uns wirklich freundlich gesinnt.

Es fällt einem alten Freunde nordischer Einigkeit schwer, diese Sätze niederzuschreiben. Aber ich glaube, wir sind in der Geschichte des Nordens an einen Punkt gekommen, da nichts anderes als vollständige Offenheit – auch von schwedischer Seite – das gute Verhältnis auf der skandinavischen Halbinsel in Zukunft wiederherstellen kann.

Nicht zum wenigsten auf Grund ihrer inneren Uneinigkeit und ihrer – übrigens ja sehr begreiflichen – Unzufriedenheit mit der Politik innerhalb der Vereinigten Nationen geniessen jedoch nunmehr die Norweger selbst

nicht überall das beste Ansehen in der amerikanischen öffentlichen Meinung. Letzten Endes schaden sie durch ihre ständige Verleumdung Schwedens dem ganzen Norden einschliesslich sich selbst. Von den Amerikanern kann man im Allgemeinen nicht erwarten, dass sie einen Unterschied zwischen Schweden und Norwegen machen, ebenso wenig wie wir im Allgemeinen die Staaten in Neu-England unterscheiden können oder gar, richtig klar, das Amerika des Südens und des Nordens. Das Resultat der Verleumdung seitens der Norweger ist deshalb nur, dass der ganze Norden für die Amerikaner als ein Balkan dasteht – mehr, als wir es trotz allen Unglücks eigentlich sind.

Die Wirkungen der norwegischen Verleumdung sind keineswegs etwa nur auf Washington beschränkt. Die Norweger haben einen lebhaften Kontakt mit den Skandinaviergegenden aufrechterhalten, und was hier von Washington gesagt wird, gilt leider grossenteils für die öffentliche Meinung überhaupt. In den Erinnerungen an die Unionsauflösung – die in den Skandinaviergegenden Amerikas viel lebendiger sind als bei uns zu Hause – lag der Grund, auf den man bauen konnte. Genauso verhält es sich mit der Kluft zwischen «Weissen» und «Roten» Finnen in Amerika, die ja noch lange bestand, nachdem in Finnland die Versöhnung schrittweise eingetreten war.

Die Haltung der Dänen war das genaue Gegenteil von jener der Norweger. Die Dänen selbst haben eine schwere Stellung in Amerika gehabt, besonders bis zu den Unruhen und der vollständigen Okkupation ihrer Heimat im Herbst 1943. Im Grunde genommen haben aber die Dänen weniger Selbstvorwürfe und innere Gewissensprobleme mit sich auszumachen gehabt und sind darum auch weniger versucht, ihre Unlust durch Aggressivität gegen die Brudernationen abzuleiten.

Die Finnen in Amerika haben sich während des letzten Jahres völlig still verhalten müssen und konnten für die öffentliche Meinung über Schweden und den Norden keine Rolle spielen. Früher waren sie dort recht gefährlich für uns, wengleich nicht wie die Norweger, sondern dadurch, dass sie ständig versucht waren, gegen die Kritik in der öffentlichen Meinung Schweden wie einen Schild vor sich herzuschieben.

Wir Schweden konnten die Finnen niemals widerlegen, denn einem sich in Not befindenden Nachbarn fällt man ja nicht in den Rücken. Den Norwegern konnten wir auch nicht antworten, selbst wenn wir recht hatten. Wir konnten es uns nicht leisten, in Amerika mit den Norwegern zu streiten. Wir hatten auch nicht das Herz dazu, denn es ist doch letzten Endes Norwegen, das leidet. Wir haben unsere Rundfunknachrichten von allem gereinigt, das wie eine Entgegnung auf die Verleumdung der Norweger hätte wirken können. Bei jeder Gelegenheit, die sich uns bot, haben wir versucht, nicht nur Schwedens Interessen zu dienen, sondern denen des ganzen Nordens.

Wir mussten nach beiden Seiten eine uneigennützigte Geduld zeigen. Gerade in dieser Zeit der Zersplitterung des Nordens hatten wir uns der ideellen Einheit des Nordens zu erinnern. Dieser Standpunkt war nicht nur klug, er war selbstverständlich. Er war ebenso selbstverständlich, wie es natürlich ist, dass man im Auslande keine Parteipolitik treibt, wenn die Heimat in Gefahr ist – und auch sonst nicht.

Auf kurze Sicht verloren wir vielleicht durch diese Politik gewisse Möglichkeiten, Schwedens Sache vor den Amerikanern richtig darzulegen. Aber es hätte kaum geschehen können, ohne dass wir gleichzeitig unseren Nachbarländern und indirekt uns selbst geschadet haben würden. Auf lange Sicht hat diese Haltung uns unerhört gestärkt, wo die Ungeduld über das viele Intrigieren und Verleumden unter den verschiedenen europäischen Nationen natürlich im Wachsen begriffen ist.

Diese Politik der öffentlichen Meinung in Bezug auf den Norden ist ein kleines Detail in unserer Aussenpolitik während der Kriegsjahre, auf das wir Schweden stolz und zufrieden sein können. Unser alter erfahrener Gesandter in Washington, Wollmar Boström, hat in dieser Frage von Anfang an eine ganz klare Linie verfolgt. Er hat auch mit einer fast völligen Einigkeit unter allen Schweden in Amerika rechnen können – sowohl in öffentlicher wie privater Stellung. Wir können nun sehen, dass diese feste und geduldige Politik angefangen hat Früchte zu tragen.

DAS DILEMMA DER GROSSMACHTPOLITIK

Es mag angebracht sein, anschliessend an die Analyse der Einstellung der amerikanischen öffentlichen Meinung zu den internationalen Problemen, die internationalen Verhandlungen zu berühren, die jetzt in Bezug auf die ökonomischen Nachkriegsprobleme geführt werden. Der nähere Verlauf und die bisherigen Resultate dieser Verhandlungen sollen systematischer in einem späteren Kapitel dieses Buches behandelt werden. Bis auf Weiteres sind wir nur im allgemeinen Rahmen der Verhandlungen und an ihrem generellen Typ als internationale Beziehungen interessiert. Diese Verhandlungen wie auch die noch heikleren Verhandlungen über das zukünftige internationale Sicherheitssystem folgen der Linie, die man in Amerika die neue «realistische Politik» zu nennen pflegt.

Für den Anfang ist es wichtig, nicht zu vergessen, dass Washington für die internationalen Verhandlungen über die ökonomischen Nachkriegsprobleme jetzt unbestrittenes Zentrum geworden ist. Seit Amerikas Eintritt in den Krieg im Herbst 1941 ist es offenbar amerikanische Politik gewesen, die Verhandlungen konsequent von London nach Washington hinüberzuziehen. Was London behalten darf, ist höchstens eine internationale Nachkriegsplanung, die der «Region» Europa gilt.

Innerhalb Washingtons hat das State Department, das Aussenministerium der Vereinigten Staaten, zielbewusst nicht nur die internationalen Verhandlungen, sondern auch die ganze vorbereitende Ermittlungs- und Planungsarbeit an sich gezogen. Anfangs des Krieges gab es eine ganze Menge improvisierter Verwaltungsstellen, die – wie viele der regulären Verwaltungsorgane – selbständige Abteilungen für internationale Wirtschaftsfragen hatten. Sie sind nun nach und nach von dieser Tätigkeit entbunden oder in das State Department eingeordnet worden. Dies bedeutete zweifellos eine erhebliche Rationalisierung.

Das State Department hat zu diesem Zweck seinen Expertenstab stark erweitert. Mehrere unabhängige wissenschaftliche Institute, wie z.B. das «Institute of International Studies» der Yale-Universität und das «Council on Foreign Relations» in New York, sind ebenfalls engagiert worden,

um für das Department zu arbeiten. Eine Ausnahme von dieser Zentralisierung bilden in gewissem Sinne die Valutafragen, welche weiterhin eifersüchtig vom Finanzdepartement, The Treasury, überwacht werden.

Der formelle Rahmen für die Verhandlungen wird von der immer noch recht konturlosen internationalen Organisation «Die Vereinigten Nationen» gebildet. In Wirklichkeit erfolgen jedoch die entscheidenden Verhandlungen-zwischen den Grossmächten. Soweit man auf die Etikette hält, spricht man von den «Grossen Vier» und meint bei der Aufzählung der Grossmächte der Nachkriegszeit neben den Vereinigten Staaten, Grossbritannien und der Sowjetunion auch China. China hat diesen Platz bekommen auf Grund der Sympathie und des schlechten Gewissens der Amerikaner, auf Grund seiner bevölkerungsmässigen Bedeutung und vor allem auf Grund der politischen Wichtigkeit, eine farbige Nation in der Weltregierung repräsentiert zu sehen. Aber China ist allzu schwach und zersplittert und allzu sehr mit seinen eigenen Sorgen belastet, als dass es bei den Verhandlungen eine bedeutendere Rolle spielen könnte. Die «Grossen Vier» werden daher häufig reduziert auf die «Grossen Drei».

Bei den Wirtschaftsverhandlungen hat die Sowjetunion sich bisher sehr uninteressiert und abwartend verhalten. Wir erinnern uns vielleicht, dass eins der Resultate der Moskaukonferenz war, dass die Sowjetunion gnädig versprach, einen Valutaexperten zu bestimmen, der an den Diskussionen über die Valutastabilisierung teilnehmen sollte. Diese Diskussionen waren damals schon seit mehr als einem halben Jahre im Gange, aber die Sowjetunion hatte sich bis dahin damit begnügt, sie zu «beobachten».

Die Zurückhaltung, welche die Sowjetunion bei diesen Verhandlungen übte, hat natürlich Verwirrung und Unruhe hervorrufen müssen. Sachlich konnte zwar die Interesslosigkeit der Sowjetunion möglicherweise als weniger bedeutend erklärt werden. Ihr Anteil am Welthandel war ja vor dem Kriege sehr gering und wird wohl auch nach dem Kriege kaum sehr gross sein.

Das staatsmonopolistisch organisierte Russland kann sich ja ausserdem ohne Schwierigkeit jedem beliebigen Valutasystem oder jedem beliebigen internationalen Zoll- und Handelsübereinkommen anschliessen. Diese werden ja entweder nicht auf die Sowjetunion anwendbar sein oder doch in jedem Falle ohne Wirkung auf ihr zentrales preis- und quantitätsregulierendes inneres ökonomisches System. Aber selbst wenn man all dies sagen kann, so ist es natürlich von politischen Gesichtspunkten aus eine Notwendigkeit, auch die Sowjetunion an den Verhandlungen zu engagieren.

Das allgemeine Muster für den Verlauf der Verhandlungen ist folgendes: Nachdem durch Verhandlungen zwischen den Grossmächten gewisse Richtlinien ausgearbeitet sind – bisher in erster Linie zwischen den Vereinigten Staaten und Grossbritannien –, werden die kleineren Brüder der Gemeinschaft darüber informiert, so dass sie Gelegenheit haben, ihren Standpunkt klarzulegen – jeder für sich, in regionalen Gruppen oder in allgemeinen Konferenzen. Die Grossmächte bestimmen dann, welche Rücksichten sie auf die Klagen zu nehmen bereit sind. Dann beschliessen sie. Eine internationale Organisation wird geschaffen, und eine Konferenz kann einberufen werden. Bisher hat sich der Verlauf nur in Bezug auf die Organisation des internationalen Hilfswerkes durch die UNRRA so abgewickelt. Aber die Anwendung des gleichen Musters wird auch für die Lösung anderer Probleme geplant, wenn man auch noch nicht so weit gekommen ist.

Wir erinnern uns, dass Hitler zur Zeit seiner Macht sein Bestes tat, um so viele unschuldige Staaten wie möglich zu kompromittieren, indem er sie mit Lockungen und Drohungen in seine «Neuordnung» hineinzuziehen suchte. Wir Schweden hatten ja die grösste Mühe, um von diesen «europäischen» Verhandlungen fernzubleiben. Hitlers Gegner folgen der ganz entgegengesetzten Taktik. Man beachtet nämlich mit äusserster Konsequenz die Regel, dass neutralen Staaten nicht erlaubt werden soll, irgendwie an den Verhandlungen teilzuhaben.

Es besteht zwar die Absicht, dass sie, wie die Feindmächte, in Zukunft Mitglieder der internationalen Organisationen werden sollen – nach ei-

ner gewissen Karenzzeit und nach einer Prüfung ihrer Würdigkeit. Mitunter geht geradezu recht deutlich hervor, dass sie dazu gezwungen sein sollen. Aber sie sollen keinen Anteil am eigentlichen Aufbau der Organisationen haben. Man will ihnen keine Möglichkeit geben, im Stadium der Entwürfe ihren Standpunkt geltend zu machen. Bei der Besetzung strategischer Posten in den internationalen Organisationen will man darauf achten, dass auch ihr zukünftiger Einfluss schwach sein wird.

Im Grunde genommen ist dies eine der wenigen Angelegenheiten, worüber sich die grossen und kleinen Mächte innerhalb der Vereinigten Nationen wirklich herzlich einig sind. Das Motiv der Grossmächte, sich streng an diese Regel zu halten, ist natürlich in erster Linie das Interesse, den Zusammenhalt und die Disziplin innerhalb der Vereinigten Nationen zu stärken und gegen die wenigen übrigbleibenden neutralen Staaten ein Druckmittel zu bewahren. Das Interesse der europäischen Kleinstaaten ist ganz offenbar, innerhalb der internationalen Organe für sich eine vorteilhafte Stellung zu reservieren als Entschädigung dafür, dass sie während des Krieges überfallen und okkupiert wurden und auch für all die Leiden, die danach über diese unglücklichen Völker hereingebrochen sind. Das ist menschlich, und wir sollten es verstehen. Für Schweden bedeutet das oben Gesagte, dass wir – wenn es uns wie bisher glücken sollte, nicht in den Krieg hineingezogen zu werden – nicht mit einer Einladung rechnen dürfen, an den Verhandlungen über die zukünftige internationale Ordnung teilzunehmen.

Diese Verhandlungsmethode trägt natürlich sehr deutliche Züge von Grossmachtimperialismus. Es ist allgemein bekannt, dass gewisse Kreise in England, die sich gelegentlich auch im Parlament haben hören lassen, den Kleinstaaten einen etwas grösseren Raum zuerkennen wollten und dass sie den alten, demokratischer auf gebauten internationalen Organisationen, dem Völkerbund und dem Internationalen Arbeitsamt, in der Friedensplanung mehr Platz einräumen wollten. Es ist auf der andern Seite bekannt, dass die Sowjetunion eifrig bestrebt war, eine Machtkonzentration auf die «Grossen Vier» zu verlangen.

Wir müssen die Entwicklung auch verstehen hinsichtlich der augenblicklich grossen Verhandlungsschwäche der Kleinstaaten. Die kleinen hoch zivilisierten Länder in Europa, welche die erbliche und ökonomische Aristokratie der Kleinstaaten bildeten, stehen entweder ausserhalb und sind isoliert und neutral wie Schweden und die Schweiz, oder sie sind von Hitler okkupiert und zerstört und werden jetzt von Exilregierungen repräsentiert, wie Norwegen und Holland, soweit sie nicht auf die feindliche Seite geraten sind wie Finnland. Die Konjunktur für die Wahrung unseres Typs von nationalen Haushalten und Kulturen ist gerade jetzt nicht günstig.

Washington hat, wie bereits gesagt, die Führung in der internationalen Nachkriegsplanung resolut übernommen. Aber Amerika stand ausserhalb des Völkerbundes und hat nicht die Erfahrungen der internationalen politischen Zusammenarbeit zwischen Gross- und Kleinstaaten geteilt, die wir andern in Genf doch trotz allem gesammelt haben. Amerikas eigene Erfahrungen betreffs der Beziehungen mit Kleinstaaten sind ja in recht hohem Masse beschränkt auf die geduldige Fürsorge des Hirten für die lateinamerikanischen Republiken.

Diese Nationen mögen eine grosse Zukunft haben und wir sollten im eigenen und im Interesse der Welt nicht versäumen, ihnen unsere wärmste Sympathie und unsere lebhaftesten Hoffnungen entgegenzubringen. Aber es ist natürlich eine Tatsache, dass sie noch keine westeuropäische Reife erreicht haben. Sie werden immer noch von Cliques und Diktatoren regiert. Die Demokratie ist für sie mehr ein Ziel als eine lebendige Wirklichkeit. Ihre Volks- und Naturreichtümer sind zum grossen Teil noch unerschlossen. Und sie sind abhängig. «Die Politik des guten Nachbarn» ist ein grosser Aktivposten auf der amerikanischen Gewissensrechnung. Zu einem wesentlichen Teil bedeutet sie, dass Amerika darauf verzichtet hat, die Interessen seiner Investierer imperialistisch mit Waffengewalt zu verteidigen. Aber diese Erfahrung hat keineswegs dazu beigetragen, den Amerikanern einen besonders grossen Respekt vor Kleinstaaten zu geben.

Zu den lateinamerikanischen «Schwesterrepubliken» kommen nun

innerhalb der bunten Kriegsgemeinschaft der Vereinigten Nationen alle okkupierten Staaten in Europa. Von vielen Exilregierungen dieser Staaten weiss die ganze Welt, dass sie nach dem Kriege in ihren Heimatländern nichts zu bedeuten haben werden. All diese Regierungen fürchten die Begegnung mit der Heimatfront. Alle sind abhängig. Als Partner in Verhandlungen über Nachkriegsprobleme haben sie alle eine recht zweifelhafte sachliche Kompetenz. – Weiter gibt es eine Handvoll neutraler Kleinstaaten von sehr wechselnder Beschaffenheit. Aber sie sollen prinzipiell kurzgehalten werden.

Dann sind da die britischen Dominions. Und es besteht kein Zweifel darüber, dass Staaten wie Neuseeland und Kanada in diesen Jahren bei den internationalen Verhandlungen das Banner der Kleinstaaten hochhalten. Eins der Dominions, nämlich Kanada, hat sich auf Grund seiner ökonomischen Bedeutung und aus anderen Gründen – u.a. der Abwesenheit anderer wirklicher Kleinstaaten am Verhandlungstisch – tatsächlich beinahe eine Grossmachtstellung verschaffen können. Kanada ist z.B. in The Combined Food Board vertreten und ist kürzlich auch zugelassen worden in den früher exklusiven britisch-amerikanischen Combined Raw Materials Board und Combined Production and Resources Board. Kanada spielt überhaupt eine führende Rolle in der Arbeit der internationalen Landwirtschafts- und Ernährungspolitik. Es hat auch nächst den Vereinigten Staaten und Grossbritannien den grössten Einfluss auf die Behandlung der Valutafragen gehabt.

Aber für die Amerikaner sind die Dominions nicht in erster Linie selbständige Staaten, sondern mündig gewordene Mitglieder des Britischen Imperiums. Ganz abgesehen davon, wie sich die Zukunft gestalten wird, sind diese Staaten jetzt während des Krieges bei den internationalen Verhandlungen meistens auch als britische Hilfstruppen aufgetreten. Von dem ausgezeichneten Gesandten Neuseelands in Washington, Mr. Walter Nash, hat man z.B. gesagt, dass er als Grossbritanniens Oberambassadeur fungiere, und man hat damit etwas anderes und etwas mehr als nur eine Bosheit über Lord Halifax sagen wollen.

Und so bleiben nur Grossbritannien, die Sowjetunion und das zerris-

sene China übrig. Die eigene Logik der Dinge führt ganz natürlich zu der neuen «realistischen Politik», zwischen diesen «Grossen» ein Überkommen zustande zu bringen. Unter ihnen kann China keinen lebhafteren Anteil nehmen. Die Sowjetunion hat sich bisher stolz verhalten. Grossbritannien ist am leichtesten zugänglich gewesen und ist auch kommerziell am wichtigsten. Grossbritannien befindet sich jedoch in einer besonders schweren finanziellen Situation. Die Leistungen müssen von den Vereinigten Staaten kommen, Darlehen müssen gegeben werden, Märkte müssen geöffnet werden. Amerika glaubt also Bedingungen stellen zu können. Grossbritannien antwortet, indem es mit einer inneren monopolistischen Planwirtschaft und einer damit erleichterten Manipulierung der äusseren Handels- und Valutapolitik droht. So ist die internationale Konstellation entstanden, die man jetzt in Washington studieren kann.

Man konnte sich den Ausgangspunkt für die Schaffung einer neuen, international demokratischen Weltordnung kaum ungünstiger denken. Im Prinzip und auf einer allgemeineren Ebene ist Amerika zwar auf eine weltumfassende internationale Organisation aller Staaten auf der Basis der Gleichberechtigung eingestellt. Diese Ideale sind im Bewusstsein des amerikanischen Volkes tief verankert, und Cordell Hull ergreift selten das Wort, ohne diesen Grundsätzen seine Reverenz zu erweisen. Er und alle anderen, die für die amerikanische Regierung sprechen, sind wahrscheinlich durchaus ehrlich. Es ist nur so ausserordentlich schwer, diese Ideale gerade jetzt zu verwirklichen. Der Grossmachtsimperialismus ist die einzige praktische Politik, wenigstens solange der Krieg dauert.

Die «realistische Politik» der Regierung begegnet mancher Kritik in Amerika. Sumner Welles, der kürzlich zurückgetretene Unterstaatssekretär im State Department, hat in Wort und Schrift unmittelbare Anstalten verlangt, um einen neuen demokratischen Völkerbund zu schaffen. Auch an anderen Stellen in Amerika folgt man der Entwicklung kritisch. Der Hinweis mag von Interesse sein, dass die neue Politik auch in denjenigen Gesinnungslagern Widerstand fand, die das Erbe des alten Isola-

tionismus angetreten haben. Diese sehen ganz natürlich in der realistischen Grossmachtpolitik Gefahren für die in Amerika gefürchteten «Allianzen» und «foreign entanglements».

Da ein reiner Isolationismus in Amerika gerade jetzt nicht gewahrt werden kann, ergibt es sich ganz von selbst, dass diese Gruppe stattdessen eine internationale demokratische Weltorganisation im Stile des Völkerbundes verlangt. Hier in Schweden gehen wir ganz selbstverständlich davon aus, dass die grosse internationale Gefahr nach dem Kriege der Isolationismus in Amerika ist. In der Hauptsache ist dies richtig. Aber wir sollten uns vielleicht damit vertraut machen, dass die Entwicklung der internationalen Politik Amerikas dahin gehen kann, dass die Isolationisten oder, richtiger gesagt, deren geistige Erben die besten Bundesgenossen der Kleinstaaten im Kampfe gegen einen erdrückenden Grossmachtsimperialismus werden.

Gerade jetzt während des Krieges ist es schwierig, eine demokratische internationale Politik in die Praxis umzusetzen. Auch die realistische Grossmachtpolitik hat immerhin ihre grossen praktischen Sorgen, ganz abgesehen von den ideellen Bedenken. Man braucht z.B. nur an die Handhabung der Kontrolle über knappe Rohstoffe und Tonnage während der Übergangsperiode zwischen dem Abschluss des Europakrieges und des Japankrieges zu denken.

Diese Kontrolle ist vom internationalen Standpunkt aus schon darum notwendig, um Ordnung und Gerechtigkeit in der Zuteilung zwischen solchen Staaten zu schaffen, die Valuta, Kredit und gute Nachbarn haben, und anderen, die nichts von diesen Dingen besitzen. Während des Krieges wird die Kontrolle von den Combined Supply Boards ausgeübt, wo nur Grossbritannien und die Vereinigten Staaten vertreten sind (ausser The Food Board und einigen anderen, an denen auch Kanada beteiligt ist). Es besteht die Absicht, dass diese Organe auch während der Periode zwischen dem Abschluss des europäischen und dem des asiatischen Krieges weiter fungieren sollen und im Grunde genommen, bis die Knappheitskrise überwunden sein wird.

Man muss aber damit rechnen, dass die südamerikanischen Staaten sich der Rohstoffkontrolle zu entziehen versuchen werden, sobald sie können. Als Angebotsländer können sie das internationale Kontrollbedürfnis nur schwerlich aufrichtig schätzen; dies umso mehr als die Kontrolle während des Krieges hauptsächlich die Aufgabe hatte, die Konkurrenz unter ihren Käufern zu unterdrücken und ihre Exportpreise und Exporteinkünfte niederzuhalten. Es liegt ihnen zum mindesten daran, die Verantwortung für die Ausübung der Kontrolle zu teilen.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass nur wenige Staaten in jeder Beziehung «klein» sind. Wir Schweden sind nicht «klein» auf dem Holzmarkt. Die meisten kleinen Staaten sind auf gewissen Gebieten «gross». Sie sind vor allem «gross» für ihre Nachbarn. Wenn die Kleinstaaten allgemein unzufriedener sind – und die Entwicklung ist aus natürlichen Gründen innerhalb der Vereinigten Nationen schon weit vorgeschritten und kann in vielen Zusammenhängen deutlich verfolgt werden –, dann sind sie geneigt, Parteien zu bilden und zusammenzuarbeiten. Während des Krieges kann ihre Opposition unterdrückt werden. Aussergewöhnliche Zwangsmittel werden leichter akzeptiert, wenn das gemeinsame Interesse so gross und so leicht zu definieren ist wie jetzt – und wenn so viele Kleinstaaten hilflos und gänzlich abhängig sind. Aber wie wird es nachher?

Auf den Gebieten der Seefahrt und des Frachtmarktes werden z.B. zwischen Angebot und Nachfrage nach Tonnage lange Zeit schwere Gleichgewichts-Erschütterungen herrschen. Eine internationale Regelung ist notwendig. Aber es ist kaum zu glauben, dass die Kontrolle befriedigend ausgeübt werden kann durch The Shipping Board, das ja nur Grossbritannien und die Vereinigten Staaten repräsentiert. Wenn Schweden einen Grund und eine Möglichkeit hat, gegen die Handhabung der Kontrolle zu opponieren, kann Norwegen sich aus Konkurrenzgründen nicht unbekümmert verhalten, und auch Holland nicht usw. – nicht einmal Grossbritannien, wenn der Stein der Obstruktion ins Rollen gekommen ist.

Man scheint sich der Folgerung nur schwer verschliessen zu können, dass das jetzige undemokratische und für die wirksame Kriegführung

aufgebaute Kontrollsystem Anlass zu unerhörten Reibungen geben muss – wenn es nicht überhaupt zerfällt –, sobald der Europakrieg zu Ende ist. Die Amerikaner sind nicht so dumm, dass sie das nicht sehr wohl begriffen. Wenn in der Folge nicht ein unleidliches internationales Zwangssystem herrschen soll – welches für das internationale Zusammenleben, so wie wenigstens die Amerikaner es anstreben, u.a. alle Aussichten auf eine neue Entwicklung einigermaßen freier Formen zerstören würde –, dann muss die direkte Grossmachtkontrolle so schnell wie irgend möglich von einem neuen Kontrollsystem abgelöst werden, welches freier ist, offener und aufgebaut auf normaleren internationalen Verhandlungen.

Aber wie sollte das zugehen? Soll man etwa alle lateinamerikanischen Diplomaten und alle die nervösen und intrigierenden Regierungsvertreter der okkupierten Länder in die Supply Boards hineinlassen? Es ist doch Krieg. Und nach dem Kriege droht ein Weltchaos! Das Problem ist wahrhaftig nicht leicht. Es ist durchaus nicht einfach für die Grossmächte, die mit der ganzen Macht dastehen und mit der ganzen Verantwortung für die weitere Entwicklung. Es ist viel leichter, ein Buch über ihre Sorgen zu schreiben.

So steht jedoch – wenigstens augenblicklich – der Grossmacht imperialismus als eine von den Verhältnissen erzwungene, praktische Notwendigkeit da – eine Art Parallele auf der internationalen Ebene zu «the white man's burden» innerhalb der Kolonialpolitik. Diese Parallele müsste für uns kleine Nationen ziemlich unbehaglich sein, wenn wir den Gedanken etwas weiterspinnen. Mit der «Bürde» folgen nämlich gewisse süsse Früchte: die Privilegien. Macht gibt wie immer Möglichkeiten, seine eigenen Interessen zu wahren oder zu unterdrücken. Das ist jetzt die grosse Gefahr des unerhörten Aufblühens des Grossmacht imperialismus während des langen Krieges. Auch in den grossen westlichen Demokratien werden Herrenvolksgewohnheiten angenommen. Es werden die wohl erworbenen und wohl verstandenen Interessen der Begüterten geschaffen. Moralische Unverletzbarkeiten werden niedergebrochen. Das internationale Recht wird abgenutzt.

Das beleuchtet interessenpsychologisch die zur Zeit auch in Amerika sehr deutlich in Erscheinung tretende ungerechte Geringschätzung der Kleinstaaten als Mitglieder der internationalen Familie. Tiefer gesehen bilden diese Wahnvorstellungen den eigentlichen Kern in der Ideologie der neuen «realistischen Politik». Vielen Amerikanern gelingt es, sich beinahe selbst zu überzeugen, dass gerade die Kleinstaaten für den Frieden eine ständige Gefahr bilden. Sie wiegen sich beinahe selbst in dem Glauben, dass die Grossmächte – natürlich mit Ausnahme von Deutschland und Japan – besonders gutmütig und friedlich, erwachsen und reif seien und deshalb Zusammengehen müssten, um das ganze Gefolge unruhiger Kleinstaaten zu überwachen.

Das ist natürlich ein rein wunschgetriebenes Illusionsdenken» Auf vergleichbarem Kulturniveau haben die Kleinstaaten immer eine bessere internationale Moral. Und dazu haben sie guten Grund. Sie sind in weit grösserer Masse dazu verurteilt, auf Recht und friedliche Zusammenarbeit zu vertrauen – ganz einfach, weil sie schwächer sind. Auch wenn Deutschland und Japan geschlagen sein werden, wird natürlich die Politik der Grossmächte die grosse Gefahr für den Weltfrieden bleiben.

Die Amerikaner mit ihrem unheilbaren Individualismus, ihrem Gefühl für «the under-dog» und ihrem ererbten Misstrauen gegen die Macht haben das innerlich immer verstanden. Und das ist die Erklärung, warum sie so sehr für die Freiheit und Unabhängigkeit aller Nationen eintreten. Diese Einsicht und diese internationale demokratische Einstellung war es, die Wilsons vierzehn Punkte erfüllte und ein Viertel Jahrhundert später vorschrieb, wie die Atlantic Charter aufgestellt werden sollte, um dem beabsichtigten Propagandazweck zu dienen, die Amerikaner auf den Eintritt in den zweiten Weltkrieg vorzubereiten.

Unter dem Druck der Verhältnisse ist nun die amerikanische Aussenpolitik von den amerikanischen Idealen ein wenig abgewichen. Diese Ideale sind jedoch so tief im Herzen des amerikanischen Volkes verwurzelt, dass das amerikanische Volk Halt gebieten würde, wenn die praktische Politik sich allzu sehr von den Idealen entfernen wollte. Amerika würde in einem solchen Falle der internationalen Politik aufs Neue den Rücken kehren.

Nicht zuletzt in diesem Punkte erweist sich die neue «realistische Politik» in Amerika bei einer kritischen Prüfung als unrealistisch und illusionsvermischt. Sie rechnet zu wenig mit den amerikanischen Idealen als harten Realitäten, was sie im Grunde genommen sind. Wer Amerika kennt, weiss, dass amerikanische Versuche, nach dem Kriege im Grossmachtsimperialismus mitzuspielen, nur halb und unausgereift sein werden.

Die neue Politik erscheint auch von einem anderen Gesichtspunkt aus unrealistisch. Zu ihrer Erklärung wird ununterbrochen gesagt, dass die Grossmächte «Einheiten» (units) seien. Indem man diese grossen Einheiten dazu bringt, sich in einer noch grösseren zu einigen, ist die Weltharmonie gesichert. Abgesehen von der offenbaren Schwierigkeit, die Politik der Grossmächte nach dem Kriege überhaupt auf eine gemeinsame Basis zu bringen oder gar einen offenen Konflikt zwischen den Grossmächten zu verhindern, ist der eigentliche Gedanke von den Grossmächten als Einheiten, gerade was Amerika betrifft, nur eine halbe Wahrheit, wenn überhaupt so viel. Die Sowjetunion wird ja durch eine Diktatur zusammengehalten. Grossbritannien wird vielleicht nach dem Kriege so arm und bedrängt und so vom Monopolismus gestempelt sein, dass es auch als eine Einheit zusammenhält, wenngleich ich es nicht glaube. Aber für Amerika wäre es undenkbar.

Das ist doch gerade die Kraft und der Reiz Amerikas, dass es frei, uneinig, bunt und zersplittert ist. Amerika ist die Menschheit in Miniatur und wird glücklicherweise niemals eine Einheit in dem Sinne, der hier gemeint ist. In Amerika wird das Volk das Recht aller Gruppen, sich gegen die Regierungspolitik stemmen zu können, verteidigen. In Amerika wird stets jedes beachtenswerte ausländische Interesse mit einem Auditorium rechnen können. In Amerika kann ein schwedischer Politiker, ein schwedischer Wissenschaftler, ein schwedischer Volksbildungsmann, ein Abstinenzler, ein Gewerkschaftler oder Geschäftsmann, ja, jeder beliebige Schwede, der mit seiner Umgebung vertraut ist und etwas zu sagen hat und weiss, wie er es sagen soll, ebenso erfolgreich die öffentliche Meinung breiter Kreise beeinflussen, als wenn er Amerikaner wäre.

Dies gehört zum Fundament der amerikanischen Demokratie. Dazu gehören auch alle Hindernisse und Sperren, die in der Verfassung für die Handlungsfreiheit der Regierung errichtet sind, besonders in ausserpolitischen Fragen. Deren Erhaltung wird zäh verteidigt werden. Die einzige Aussenpolitik, an der Amerika nach dem Kriege tatsächlich teilnehmen kann, ist deshalb ein demokratischer Internationalismus. Amerika ist nach innen und nach aussen zur Demokratie verurteilt.

Es ist möglich, dass solch eine Weltordnung nicht verwirklicht werden kann. Amerika wird dann in seinem Isolationismus ausserhalb stehen. Aber es ist eine reine Illusion, sich zu denken, dass die Regierung in Washington gemeinsam mit den Regierungen in London und Moskau eine Art autokratischer Weltregierung bilden könnte. Opponieren keine anderen, so werden die Amerikaner es selbst tun.

Nur noch eine Beobachtung in Bezug auf das allgemeine Milieu der internationalen Verhandlungen, die in Washington im Gange sind: Die hier umrissenen Verhältnisse schaffen natürlich eine goldene Zeit für jene Art Geheimdiplomatie, die Wilson abschaffen wollte. Nicht nur die Verhandlungen, sondern zum grossen Teil auch die Probleme, um die es geht, sind einer öffentlichen Diskussion vorenthalten. Die Bücher sind natürlich veraltet. Zeitungen und Zeitschriften erhaschen nur Stücke und lose Gerüchte. Die Probleme existieren nur in den laufenden Verhandlungen und in den vertraulichen Memoranden, die dabei entstehen.

Die Allgemeinheit – und dazu rechnet man auch die gesetzgebenden und letzten Endes machtbesitzenden Repräsentantenversammlungen – wird stattdessen mit Propaganda behandelt. Die Propaganda wird in den Dienst der Kriegführung gestellt: sie vergoldet und verfälscht. Es gilt, die Kriegsmoral in den eigenen Reihen aufrechtzuerhalten, diejenigen zu sich herüberzuziehen, die abseitsstehen, den Kriegswillen der Gegner zu schwächen. Der Glaube an das felsenfeste Einvernehmen innerhalb der Vereinigten Nationen in allen Fragen soll dabei als ein teures Kleinod bewahrt werden. Wenn aber die Propagandabluffer unter dem

harten Druck der Verhältnisse einer nach dem anderen entlarvt werden, dann wird allerdings eine Unruhe geboren, die wir mit nichts anderem beschwichtigen können als mit noch mehr und noch kühnerer Propaganda.

Es ist meine Überzeugung, dass eine der Folgerungen, die am klarsten hervortreten wird, wenn man die politischen Erfahrungen nach diesem Kriege summiert, diese ist: dass auf der einen Seite die Geheimdiplomatie, auf die man jetzt in Bezug auf die Nachkriegspolitik verfallen ist, und auf der anderen Seite die Propaganda, die man von der Verkaufstechnik gelernt hat, missglückt und im Grunde genommen direkt schädlich sind für die Erreichung der erstrebten Ziele. Die Menschheit hätte dann noch nicht gelernt, dass auch Offenheit und Wahrheit aus taktischen Gründen allen Kniffen überlegen ist. Vielleicht wird sie es niemals lernen.

II.

DIE INNENPOLITIK

KONSERVATIVES VORRÜCKEN

Wie bereits erwähnt, stehen in Amerika die Fragen über die Durchführung des Krieges beinahe ganz ausserhalb der politischen Diskussion. Die Regierung setzt im Kongress beinahe alle Anträge auf Staatsmittel ohne Kritik durch, wenn sie für die Kriegführung verwendet werden. Es gibt ein paar Kongresskomitees, die Zeugen aufrufen und Untersuchungen über die Kriegsentwicklung anstellen. Aber sie sind ziemlich frei von Parteipolitik, und ihnen dient nur der höchstmögliche Erfolg als Richtschnur!

Ausserhalb der eigentlichen Parteipolitik stehen im Wesentlichen auch die internationalen Nachkriegsprobleme. Es gibt in der amerikanischen Politik eine ganze Skala von Auffassungen, angefangen beim versteckten Isolationismus über alle Grade bis zum heroischen Internationalismus. Aber alle Anschauungen sind in beiden Parteien vertreten. Und in beiden Parteien sammelt sich die grosse Masse Menschen bis auf Weiteres zu der prinzipiell internationalistischen, aber praktisch sehr besorgten Einstellung, die ich in einem früheren Kapitel charakterisierte.

In der Republikanischen Partei gibt es eine etwas stärkere Verdichtung an verstecktem Isolationismus als in der demokratischen. Innerhalb der erstgenannten Partei hatte Wendell Willkie sich als Kämpfer gegen diese Kräfte hervorgetan. Er gehörte dabei dem extremen Flügel der Republikanischen Partei an. Aber noch immer fürchten die Führer der Republikaner, dass ihr Parteiname mit dem alten kompromittierenden Isolationismus in Verbindung gebracht werden könnte. Sie haben den Demokraten auch nicht gestatten wollen, dass sie von Roosevelts im Grossen und Ganzen populärer Aussenpolitik profitieren. Wenn daher die Republikaner sich zu Konferenzen versammelten, fassten sie Beschlüsse über internationale Zusammenarbeit und über Amerikas Verantwortung, an der Organisation eines gesicherten Friedens teilzunehmen, die genau so lauteten wie die Beschlüsse der Demokraten und wie die vagen Beschlüsse, welche in beiden Häusern des Kongresses gegen ganz kleine Minoritäten durchgesetzt wurden.

Die Einigkeit zwischen den beiden Parteien in der Stellungnahme zu den internationalen Nachkriegsproblemen, welche somit erreicht wurde, ist trotzdem – wie wir aus dem Vorhergehenden gesehen haben – nur eine Einigkeit, die sich auf eine sehr unbestimmte und allgemeine Einstellung beschränkt, zu der viel Zweifel, Unklarheit, Angst, Pessimismus und eine langsam steigende nationale Engherzigkeit gehören. Dies widerspricht nicht der These, dass der politische Kampf in Amerika jetzt – und wie man vermuten kann – durch die Präsidenten- und Kongresswahlen des Jahres 1944 im Zeichen der innenpolitischen Probleme steht.

Das bedeutet natürlich auch nicht, dass die innere politische Entwicklung in Amerika nicht die allerwichtigsten Wirkungen auf die zukünftige Gestaltung der internationalen Probleme haben wird. Zunächst hat die Innenpolitik eine entscheidende Bedeutung für die ökonomische Entwicklung in Amerika, welche ihrerseits wahrscheinlich entscheidend sein wird für die ökonomische und politische Gestaltung der ganzen Welt nach dem Kriege.

Amerika befindet sich zur Zeit in einem Stadium, da die Republikanische Partei erhöhte Macht bekommt. Die Wahl im November 1942 bedeutete, dass die Partei im Repräsentantenhaus 209 Mandate erreicht hat gegen 222 der Demokraten. Die Republikanische Partei hatte auch im Senat Erfolge. In den meisten Nordstaaten eroberten die Republikaner gleichzeitig die Regierungsmacht. In den Südstaaten, «the Solid South», existiert die Republikanische Partei wie bekannt praktisch genommen gar nicht.

Sowohl die Republikanische wie die Demokratische Partei haben in ihren Reihen Politiker von «konservativer» und «liberaler» Richtung. Die Demokraten der Südstaaten sind fast ausnahmslos nicht nur «konservativ», sondern «reaktionär» auf Grund historischer, sozialer und machtpolitischer Verhältnisse, deren nähere Erklärung hier zu weit führen würde. Die Demokraten der Nordstaaten dagegen sind im allgemeinen New-Deal liberal. Den Hauptanteil aller Stimmen der Demokratischen Partei

in den Nordstaaten bilden vor allem die Massen der Armen in den Grossstädten.

Die Republikaner bilden somit insofern eine homogenere Partei im Kongress, als fast alle republikanischen Kongressmitglieder aus den Nordstaaten kommen. Innerhalb der Partei bestehen zwar grosse Meinungsverschiedenheiten, aber nicht so grosse wie in der Demokratischen Partei, deren einer Flügel ja von den reaktionären Demokraten der Südstaaten gebildet wird.

Wenn wir von diesen letzteren absehen, muss bei einem Vergleich der Schwerpunkt der Republikanischen Partei nicht so wenig rechts von der Demokratischen Partei liegen. Dies erklärt sich teils aus der traditionellen Verbindung der Republikanischen Partei mit «big business», teils aus der Oppositionsstellung der Partei während des New Deal der dreissiger Jahre. Der Erfolg der Republikaner bei der Herbstwahl 1942, der ja in erster Linie bedeutete, dass viele Republikaner der Nordstaaten Demokraten der Nordstaaten verdrängten, führte daher im Kongress schon an und für sich zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse in konservativer Richtung.

Diese Bewegung wurde jedoch unerhört verstärkt aus zwei anderen Gründen. Erstens fiel innerhalb beider Parteien die Entwicklung zum Republikanismus mit einer Entwicklung zum Konservativismus zusammen, zum grossen Teil auf Grund relativ zufälliger lokaler Verhältnisse ohne grösseren Zusammenhang mit der politischen Einstellung der Wähler in staatspolitischen Fragen. Wenn man die Wahlergebnisse mehr im Einzelnen durchsieht, dann findet man nämlich, dass in den weitaus meisten Fällen konservative Politiker liberale Politiker schlugen, sowohl in der Kandidatennominierung beider Parteien wie auch in der Wahl. Diese Entwicklung begann schon während der Wahl 1938, als Roosevelts Versuch, seine Partei von Reaktionären zu säubern, im Grossen und Ganzen missglückte – und sie ist seitdem langsam vorgeschritten.

Zweitens – und diese Ursache ist noch wichtiger – wurden durch den republikanischen Wahlerfolg die reaktionären Demokraten der Südstaaten aus dem New-Deal-Gefängnis befreit, in dem sie seit der Wahl 1932

verwahrt wurden. Um überhaupt einen Einfluss zu haben, hatten sie ja mit Roosevelt und den Demokraten der Nordstaaten Zusammengehen müssen. Jetzt konnten sie gemeinsam mit der überwiegend konservativ eingestellten Republikanischen Partei wieder die Majorität im Kongress bilden – gegen Roosevelt. Diese Koalition ist es, die den Kongress seit dem Herbst 1942 beherrscht. Jetzt ist es Roosevelt, der in dem Gefängnis der reaktionären Demokraten der Südstaaten steckt.

Bedeutungsvoll für die Politik in Amerika während der Zeit, die seit jener Wahl verflossen ist, war weiter, dass man in Amerika das Wahlergebnis allgemein als ein Zeichen dafür ansah, dass das amerikanische Volk einen Wendepunkt erreicht habe und dass die öffentliche Meinung jetzt im Begriff sei, vom New-Deal-Liberalismus zum politischen Konservatismus überzugehen. In allen Wahl-Kommentaren liest man lange Erläuterungen über Reformmüdigkeit, Unzufriedenheit mit den hohen Steuern usw.

Nichts deutet darauf hin, dass man im Weissen Haus die Wahl nicht auf dieselbe Weise auslegte. Die Erklärung ist jedoch, was ich im nächsten Kapitel zu zeigen versuche, eine Fehldeutung oder doch auf alle Fälle eine sehr grosse Übertreibung. Das amerikanische Volk war früher nicht besonders reformliberal und ist im Grunde genommen jetzt nicht konservativer geworden. Das Wahlergebnis hatte viel einfachere und eher mechanische Ursachen.

Aber ein Politiker muss mit den Stimmen in der gesetzgebenden Versammlung rechnen, und Roosevelts Botschaft an den neuen Kongress im Januar 1943 war eine Overture zu politischem Konservatismus. In den Südstaaten war man jedoch mit Worten nicht zufrieden. Man verlangte, dass es zu Ende sein sollte mit New Deal.

Es wurde geradezu allgemein davon gesprochen, dass die Demokraten der Südstaaten sich lossagen und eine neue konservative Partei bilden würden. Diese Bewegung, welche von Gouverneur Jones in Louisiana und Gouverneur Dixon in Alabama geführt wurde, erreichte ihren Hö-

hepunkt im April 1943, als alle Gouverneure der Südstaaten eine Konferenz abhielten und öffentlich erklärten, in der Opposition gegen Roosevelt zu sein. Roosevelt musste den Gang nach Canossa antreten. Zwei Wochen nach der Konferenz der Gouverneure unternahm er eine mysteriöse Reise, die ihn nach den meisten Hauptstädten der Südstaaten führte. Während dieser Reise, die offiziell als eine harmlose Inspektion der Armeelager ausgegeben wurde, kam der Kompromiss zustande. Danach war es im Süden lange Zeit still um die Pläne, eine neue Partei zu bilden.

Roosevelt seinerseits hatte sich offenbar verpflichten müsse, dem New Deal ein Ende zu machen. Eine ganze Reihe der wichtigsten administrativen Organe des New Deal – z.B. the National Resources Planning Board, the National Youth Administration, the Work Progress Administration, the Civilian Conservation Corps – wurden ganz einfach abgeschafft. Andere – wie the Farm Security Administration, the Office of War Information, the Office of Price Administration – schrumpften durch eine starke Verminderung ihres Budgets zusammen.

Der grösste Teil der Beamten und Sachverständigen, die den wichtigsten Bestand des New Deal ausmachten, wurde von seinen Posten verdrängt. Soweit sie bleiben durften, wurde ihr Einfluss beschnitten. Die einzigen New Dealers, die praktisch genommen in einer hohen Stellung verblieben, waren Innenminister Ickes und Arbeitsminister Miss Perkins. Vizepräsident Henry Wallace, der ja von anderen Verwaltungsposten nicht abgesetzt werden konnte, als denen, die er neben seiner Vizepräsidentschaft innehatte, musste sich immer mehr mit dieser rein dekorativen Funktion begnügen.

Präsident Roosevelt selbst hielt keine liberalen Reden mehr. Er billigte alle Kongressbeschlüsse der konservativen Kongressmajorität – ausser einem Gesetz gegen die Gewerkschaften und gewissen Gesetzen, die im Begriff waren, die Inflationkontrolle unwirksam zu machen. Er ernannte einen konservativen Politiker von Südkarolina, James F. Byrnes, zum obersten Chef der ganzen administrativen Heimatfront. Ununterbrochen gab er zwei Konservativen in seiner Regierung, dem Handelsminister Jesse Jones und dem Aussenminister Cordell Hull, erweiterte

Funktionen und erhöhte Macht. Hulls nächster Mitarbeiter, Sumner Welles, der Roosevelts intimer Freund und Ratgeber war, musste gehen. Man sprach allgemein davon, dass Roosevelt, wenn er bei den Präsidentschaftswahlen von 1944 selbst kandidierte, Henry Wallace als «running mate» fallen lassen und stattdessen einen Konservativen der Südstaaten wie Byrnes oder Rayburn, den Sprecher im Repräsentantenhaus, wählen würde.

Schon früher hatte Roosevelt Frieden geschlossen mit «big business». Administratoren aus diesen Interesselagern regieren jetzt in ganz anderer Weise als früher Department of Commerce, War Production Board, War Manpower Commission, Office of Price Administration, Office of Economic Warfare, Lend-lease Administration, Office of the Coordinator for South American Affairs, War and Navy Departments u.a. wichtige Verwaltungsorgane.

Nach all diesen Veränderungen kann man kaum mehr behaupten, dass Roosevelt die Führung der amerikanischen Innenpolitik gegenwärtig noch in Händen hält. Seine Freunde betonen, dass diese Zugeständnisse notwendig waren, um im Staatsleben eine vollständige Stockung zu verhindern und vor allem, um die Nation für die Kriegsanstrengungen geeinigt zu halten. In der ganzen Staatsverwaltung herrscht eine Stimmung der Unlust, und vor allem arbeitet man unter der ständigen Furcht vor dem Kongress und seinen Untersuchungskommissionen.

Der Kongress ist weiterhin kleinlich misstrauisch und demonstriert seine Macht bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten. Das Resultat sind ewige Reibereien. Die Treasury wird besonders verfolgt. Die Vorschläge des Finanzministers Morgenthau werden abgewiesen oder missdeutet, sowohl wenn es um Steuern geht als auch um andere, preisregulierende Massnahmen.

EIN RÜCKBLICK AUF DIE WAHLEN VON 1944

Es bestanden gute Gründe anzunehmen, dass die Kongresswahlen im November 1944 einen mindestens ebenso republikanischen und darum – auf Grund der bereits berühmten Umstände – wenigstens ebenso konservativen Kongress ergeben würden wie den jetzigen. Diese Gründe können am besten dargelegt werden durch eine Analyse der Hauptursachen, die zu dem republikanischen Erfolg bei den Wahlen 1942 führten.

In der amerikanischen Innenpolitik kann man zwischen den beiden Parteien lange periodische Wellenbewegungen unterscheiden. Gerade jetzt befindet sich Amerika in einer Phase der politischen Konjunkturlage, mit der die Republikanische Partei wächst. Die treibende Kraft in dieser Bewegung ist die bekannte Neigung der Amerikaner, gegen die Partei zu stimmen, die an der Macht ist. Die Staats- und Kommunalpolitik ist oft in gewissem Sinne korrumpiert. Die früheren demokratischen Regierungen, vor allem in vielen grossen Metropolen, waren nicht frei davon. Sie waren somit für das alte amerikanische Spiel «Kick the rascals out» reif geworden.

Die gleiche Tendenz herrschte auch im Herbst. Wir befinden uns noch in der Phase, da die Republikaner vorwärts gehen. Die neuen republikanischen Regimes sind gewöhnlich noch nicht in solchem Grade für Korruption bekannt geworden und auch sonst nicht so unvolkstümlich, dass die Wähler für einen neuen Umschlag bereit wären.

Weiter ist bekannt, dass die Stimmen für Roosevelt und den New Deal in den dreissiger Jahren zu einem gewissen Teil «relief-votes» waren, womit gemeint ist, dass die Arbeitslosen für ihre Arbeitslosenunterstützung stimmten. Man darf nicht vergessen, dass Amerika zwischen zehn und zwölf Millionen Arbeitslose hatte, als der zweite Weltkrieg ausbrach. Im Herbst 1942 war diese Zahl auf ungefähr zwei Millionen gesunken. Es gab viel Arbeit, und die Löhne waren gut. Ein Teil jener, die vorher arbeitslos waren und für den New Deal gestimmt hatten, unterliess es jetzt zu wählen. Einige folgten der amerikanischen Tradition, gegen die Regierung zu stimmen.

Auch diese Ursache bestand im Herbst 1944. Es gab überhaupt keine Arbeitslosigkeit mehr.

Drittens müssen wir beachten, dass die Wahlbeteiligung im Jahre 1942 ungewöhnlich gering war, schwächer als seit Jahrzehnten. Eine geringe Wahlbeteiligung begünstigt im Allgemeinen die Republikanische Partei, die eine verhältnismässig grosse Zahl von Bürgern der Ober- und Mittelklasse umfasst. Aus vielen wahlstatistischen Untersuchungen verschiedener Länder geht hervor, dass die Klassen mit höherem Einkommen stets grössere Wahlbeteiligung aufweisen.

Geringe Wahlbeteiligung kommt normalerweise in jenen Jahren vor, in denen nicht gleichzeitig eine Präsidentenwahl stattfindet. Zum Teil wird die besonders schwache Wahlbeteiligung im Herbst 1942 auch mit dem Ausfall der «relief-votes» erklärt. Aber zum grossen Teil liegt die geringe Wahlbeteiligung an zwei eher mechanischen Faktoren.

Der erste Faktor ist die gewaltige innere Bevölkerungsbewegung, die durch die Kriegsmobilisierung der Industrie verursacht wurde. Dadurch hatten viele Kriegsarbeiter ihr Heimatrecht verloren. Die Bestimmungen über die Registrierung in den Wahllisten sind in den meisten Staaten relativ umständlich, und das Recht zur Registrierung ist oft an die Bedingung gebunden, dass der Wahlberechtigte eine gewisse Zeit seinen ständigen Aufenthalt in der neuen Heimat gehabt haben muss. Der andere Faktor ist die Kriegsmobilisierung. Die eingezogenen Soldaten konnten aus demselben Grunde gewöhnlich auch nicht wählen, ganz gleich ob sie ins Ausland geführt worden waren oder ob sie irgendwo in der Heimat in einem Trainingslager steckten.

Die Bevölkerungsbewegung hat auch nach 1942 nicht aufgehört. Die Zahl der Mobilisierten war im Herbst 1944 auf über elf Millionen angestiegen. Ein sehr grosser Teil der Soldaten weilte dann im Ausland.

Diese beiden mechanischen Faktoren begünstigen die Republikaner in den Nordstaaten. Durch Untersuchungen über die öffentliche Meinung ist nämlich nachgewiesen worden, dass die Arbeiter in den Kriegsindustrien und die Soldaten zum überwiegende Teil (65-75 Prozent)

New-Deal-Demokraten sind.

Die Resultate dieser Analyse sprechen dafür, dass wir bei der Kongresswahl dieses Herbstes zugunsten der Demokraten keine Veränderungen zu erwarten haben. Ein Vorbehalt in der Beurteilung dürfte jedoch aus folgenden Gründen motiviert sein.

Im Herbst 1942 enthielt sich Roosevelt ganz und gar einer Teilnahme an der Wahlkampagne. Er schien so völlig von den Problemen der Kriegführung beansprucht zu sein, dass er deshalb der Wahl überhaupt kein Interesse schenkte. Wollte Roosevelt das nächste Mal im Wahlkampf mitarbeiten und besonders, nachdem er sich als Präsidentschaftskandidat aufstellen liess, konnte dies zugunsten der Demokraten einen Einfluss auf das Wahlergebnis haben.

Die Wahl im Herbst 1942 fand ungefähr eine Woche vor dem Beginn der Afrika-Invasion statt. Viele haben gesagt, dass die Wahl zugunsten der Demokraten hätte beeinflusst werden können, wenn die Invasion früher gekommen wäre. In Bezug auf die Wahlen im Herbst 1944 muss man den Vorbehalt machen, dass die Kriegseignisse bis dahin und die Kriegslage in der einen oder anderen Richtung eine Wirkung haben konnten, die sich damals nicht überblicken liess.

Die Gewerkschaftsbewegung war im Herbst 1942 in ihrer Unterstützung für die Demokraten relativ gering. Es war möglich, dass die Verhältnisse im Herbst 1944 anders sein konnten. Der C.I.O. (Congress of Industrial Organizations) hat für politische Tätigkeit eine grosse Kriegskasse bereitgestellt. Die A.F. of L. (American Federation of Labor) dürfte für die Roosevelt-Richtung eine schwächere Stütze sein, seitdem jetzt Lewis, der in Opposition zu Roosevelt steht, mit den Grubenarbeitern zur A.F. of L. zurückgegangen ist.

Auf der anderen Seite muss hervorgehoben werden, dass in Bezug auf internationale Fragen die Entwicklung der öffentlichen Meinung zu Unruhe, Pessimismus und Engherzigkeit – wie oben ausführlich erklärt worden ist – stark zu Gunsten der Republikaner wirken muss. Tritt eine Schwenkung der öffentlichen Meinung in isolationistischer Richtung ein, dann steht Roosevelt natürlich trotz seiner starken Zurückhaltung

während des letzten Jahres kompromittierter da – und mit ihm auch die ganze Demokratische Partei. Die Republikanische Partei kann immer noch leicht zum Isolationismus umsatteln oder zu einem relativen Grad an Isolationismus, der dann der Einstellung des amerikanischen Volkes am besten entspricht. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es ein Zeichen der Entwicklung, dass Wendell Willkie, der bedeutendste anti-isolationistische Führer unter den Republikanern, in den allerletzten Monaten von der Möglichkeit völlig ausgeschlossen wurde, der Präsidentschaftskandidat der Partei zu werden.

Durch die Darlegung der Hauptursachen, die zu dem Erfolg der Republikaner im Herbst 1942 führten, haben wir bereits angedeutet, dass das Wahlresultat nicht auf einem bedeutungsvollen Umschwung der amerikanischen öffentlichen Meinung nach rechts beruht. Die Untersuchungen über die öffentliche Meinung ergeben ziemlich unzweideutig, dass das amerikanische Volk ungefähr dieselbe allgemeine politische Einstellung hat wie früher. Das Interesse für erweiterte Sozialversicherung und andere Hauptpunkte im New Deal-Programm steigt eher.

Ganz im Gegensatz zu dem, was die Ausländer sich vorstellen, sind die Amerikaner sehr «konservativ» im eigentlichen Sinne – was die tiefere politische Einstellung betrifft. Sie sind nicht für hastige Veränderungen. In einer Untersuchung über die öffentliche Meinung im April 1943 wurden die Interviewten gefragt, ob sie den New Deal vor dem Kriege billigten oder missbilligten. 49 Prozent der Befragten antworteten, dass sie den New Deal billigen, nur 30 Prozent missbilligten ihn, während 21 Prozent unsicher waren oder detailliertere Urteile abgaben.

Nimmt man zum Vergleich die Volksmeinung in Amerika, so ist die jetzige Kongresspolitik ohne Zweifel eine sehr kräftige Übertreibung nach rechts. Eine Erklärung dafür, wie dies möglich ist, wurde hier oben gegeben. In gleicher Weise war nach meiner Ansicht der New Deal der dreissiger Jahre eine starke Übertreibung nach links. Der Durchschnitts-Amerikaner war wahrscheinlich bei Weitem nicht so liberal wie Roosevelts Politik. Um diese aber durchzuführen, hatte dieser vielleicht ge-

schickteste Politiker der Welt damals eine Weltwirtschaftsdepression mit Massenarbeitslosigkeit zur Verfügung und nicht, wie jetzt, einen Weltkrieg auf dem Hals.

Soviel ist jedoch sicher, dass die Vereinigten Staaten während des Krieges nicht die starke Entwicklung der öffentlichen Meinung in radikaler Richtung erlebt haben wie z.B. Grossbritannien oder noch mehr Kanada. Man muss auch hervorheben, dass die öffentliche Meinung in einer besonderen Hinsicht sich sehr stark in der Richtung entwickelt hat, die man gewöhnlich als «rechts» bezeichnet, nämlich in Bezug auf die Einstellung zur Gewerkschaftsbewegung. Dies hat seinerzeit eine offensichtliche Bedeutung für den Prozess gehabt, durch den Roosevelt die Kontrolle über die amerikanische Innenpolitik verlor.

Die Gewerkschaftsbewegung war in zwei Organisationen zersplittert, als sie in die Kriegsperiode eintrat. Die ältere, die American Federation of Labor, ist eine konservative, zunftmässige, monopolistische und ziemlich korrumpierte Organisation gelernter Facharbeiter, während die andere, der Congress of Industrial Organisation, moderner und radikaler ist und eingestellt auf die Organisierung der Arbeiter der Grossindustrie.

Sowohl die A.F. of L. wie der C.I.O. haben unter Ausnutzung der gewaltigen Kriegskonjunktur ihre Mitgliederzahlen bedeutend erhöht. Die Gewerkschaftsbewegung ist jedoch nicht konsolidiert worden. Sie ist von der Einheit weiter entfernt als je. Vielleicht sind die meisten der neuen Mitglieder unzuverlässig. Die Gewerkschaftsbewegung ist auch nicht reformiert worden. Neben der grossen Mehrzahl demokratisch geleiteter, ehrenhafter Fachverbände umfasst besonders die A.F. of L. noch immer einen grossen Teil korrumpierter, diktatorisch geleiteter «racke-teering unions».

Die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes ist während des Krieges in grossen Volksschichten gewaltig unpopulär geworden. Dies betrifft auffallenderweise nur in geringem Masse die Unternehmerwelt, die sich im Gegenteil jetzt darauf eingestellt hat, dass Kollektivverträge und Fachverbände zum modernen Arbeitsmarkt gehören. Aber es betrifft den grossen Mittelstand der Städte, die unorganisierten Arbeiter und die Bauern.

Es betrifft ausserdem die Soldaten, die gegen alles reagieren, was sie in den Zeitungen über Spitzenlöhne in gewissen Kriegsindustrien und über Streiks zu lesen bekommen. Lewis, der Führer der Grubenarbeiter, trägt eine grössere Verantwortung für diesen gefährlichen Meinungsumschwung als irgendein anderer. Sein harter, erbitterter Kampf gegen die Regierung ist von der Presse aufgebauscht worden, die zu mehr als zwei Dritteln gegen die Gewerkschaftsbewegung ebenso feindlich wie gegen Roosevelts New Deal eingestellt ist. Vor allem die Behandlung der Streiks seitens der Presse ist in hohem Masse übertrieben gewesen. Im Grunde genommen ist es den Gewerkschaftsführern während des Krieges im Grossen und Ganzen gelungen, die Über-einkommen gegen Arbeitskämpfe loyal und erfolgreich einzuhalten. Unter den organisierten Arbeitern wächst nun eine bittere Aggressivität heran, die für die Nachkriegsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt nichts Gutes verheisst.

Der Hass auf die Gewerkschaftsbewegung unter den Soldaten ist ein besonders beunruhigender Faktor. Man rechnet damit, dass Amerika nach dem Kriege fünfzehn Millionen Veteranen aus verschiedenen Kriegen haben wird. Schon jetzt sind sie im Begriff, sich zu organisieren. Mit ihren nächsten Angehörigen werden sie auf die zukünftige Politik Amerikas einen entscheidenden Einfluss ausüben.

Die Republikaner profitieren ohne Zweifel von diesem Meinungsumschwung. Eine der volkstümlichsten Anklagen gegen Roosevelt und den New Deal war die ganze Zeit, dass die Regierung die Gewerkschaftsbewegung zu sehr begünstigt habe.

In seinem Kampf um die Führerschaft in der Republikanischen Partei ist Willkie ehrlich und weitblickend genug gewesen, auch seine Parteifreunde davor zu warnen, sich aus der steigenden Unpopularität der Gewerkschaftsbewegung politische Gewinne zu verschaffen. Er hob die Gerechtigkeit im Kampf der Arbeiter für einen mitbestimmenden Einfluss auf dem Arbeitsmarkt hervor, er betonte die Loyalität, welche die Mehrheit der Gewerkschaftsführer während des Krieges bewiesen hatte und auch die allgemeinen Vorteile für eine rationelle Gestaltung und Stabilisierung des Wirtschaftslebens infolge der Regelung des Arbeits-

marktes durch Kollektivübereinkommen. Willkie hob hervor, dass es im höchsten Grade kurzichtig und gefährlich sei für eine Partei, welche die Regierungsmacht erstrebe, sich der unzuverlässigen und reaktionären Kampagne gegen die Gewerkschaftsbewegung anzuschließen.

Das war weise gesprochen von Willkie. Da aber leider der Wind der öffentlichen Meinung weht, steigerte es seine Volkstümmlichkeit nicht, am allerwenigsten unter den republikanischen Wahlbossen. Wenn Willkie als Präsidentschaftskandidat der Republikaner geschlagen wurde, so zeugt dies nicht nur von der steigenden Strömung gegen den Isolationismus, sondern auch von der jetzigen Rolle der Gewerkschaftsbewegung als Sündenbock für das Unruhe- und Unlustgefühl der Nation. In diesem wichtigen Punkte ist die Entwicklung der aussenpolitischen Auffassungen der Amerikaner zu einem gesteigerten Nationalismus verbunden mit einer Entwicklung zu innenpolitischer Reaktion.

In noch einer wichtigen Beziehung hat die Entwicklung in Amerika zu verschärften Gegensätzen geführt, nämlich was das Verhältnis zwischen Weissen und Neger betrifft. In den Südstaaten herrscht Unruhe unter der relativ ruhigen Oberfläche. Die Weissen sind entschlossen, das Kastensystem mit Härte wiederherzustellen, welches unter dem Druck der Kriegsverhältnisse etwas aufgelockert wurde. In den Nordstaaten sind die Neger diesmal – wie während des vorigen Krieges – an viele Arbeitsplätze gekommen, von denen sie vorher ferngehalten wurden. Wenn sich nach dem Kriege die Arbeitslosigkeit ausbreiten wird, müssen wir leider – wie nach dem vorigen Kriege – mit blutigen Rassenkriegen rechnen, sowohl in den Südstaaten wie in vielen Gegenden in den Nordstaaten. Dies scheint dem Beobachter leider jetzt ganz klar.

Ein relativ zufälliger Faktor hat stark dazu beigetragen, das Gemeinschaftsgefühl der Neger mit der Nation zu verringern und ihre Unzufriedenheit zu steigern. In diesem Kriege ist es den Negern nicht erlaubt worden, als kämpfende Truppe teilzunehmen, höchstens in geringem Masse für Propagandazwecke.

Die Mehrzahl der alten Offiziere sind Weisse aus den Südstaaten, und viele von ihnen sehen ungern Waffen in den Händen der Neger. Aber so lagen die Verhältnisse auch im vorigen Kriege, und doch wurden damals gewisse Negerregimenter an die Front geschickt, wenngleich sie auch damals meistens in Arbeitsverbänden gehalten wurden. In diesem Kriege war jedoch die Tonnage beschränkt, und jeder Soldat bedeutete grossen Materialverbrauch.

Wenn es darum ging, Truppen auszuwählen, die nach Afrika oder weit nach dem Stillen Ozean geschickt werden sollten, war es (da die Truppenkontingente notwendigerweise begrenzt sein mussten) vom militärischen Standpunkt aus natürlich, dass man nur die besten und sichersten Truppen nahm, die gewöhnlich aus Weissen bestanden, ganz einfach deshalb, weil der Lebensstandard und das Bildungsniveau der Weissen höher war. Diese Politik war somit erklärlich und, vom rein militärischen Standpunkt aus sicher auch gerechtfertigt. Jetzt ist es zu spät, sie zu ändern. Die Bestimmung, dass sie nicht mitkämpfen sollen, hat sich unter den Negertruppen verbreitet und deren Moral völlig zerstört.

Aber nicht nur die Soldaten, sondern die ganze Negerbevölkerung ist aufs Tiefste empört. Die Neger dürfen das heroische Erlebnis der Nation nicht teilen. Sie fühlen sich ausgestossen. Die Weissen ihrerseits fühlen sich in ihrem Irrglauben gestärkt, dass die Neger minderwertige Menschen seien.

Die gesteigerten Gegensätze im Negerproblem sowie auch die Gewerkschaftsfrage sind keineswegs ohne Einfluss auf die Einstellung der Amerikaner den Weltproblemen gegenüber. Je mehr nach dem Kriege die inneren Sorgen sich auf türmen, je weniger die Nation sich zusammenschweisst fühlt in ihren Idealen und Interessen und je mehr die Amerikaner Anlass haben, sich ihrer eigenen inneren Verhältnisse zu schämen, desto unwilliger werden sie sein, sich in die internationalen Probleme zu mischen. Kommt es in Amerika ausserdem, wie ich glaube, zu einer Wirtschaftsdepression mit Massenarbeitslosigkeit, dann wird die Bereitwilligkeit der Nation und die Möglichkeit zur Führung in der Weltpolitik noch mehr geschwächt.

III.

DIE ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

DIE KRIEGSKONJUNKTUR

Die Kriegskonjunktur in Amerika muss man im Verhältnis zu dem ökonomischen Zustand des Landes sehen, wie er in den letzten Jahren vor dem Kriege herrschte. Bei einem solchen Rückblick stehen während der dreissiger Jahre die kurzen Konjunkturschwankungen fallender und steigender Richtung, denen man in den laufenden ökonomischen Diskussionen in Amerika ein so lebhaftes Studium widmete, gänzlich zurück gegenüber der dominierenden Tatsache, dass Amerikas Wirtschaft sich während des ganzen Jahrzehnts in einer einzigen langen, tiefen und scheinbar unwiderruflichen Stagnation befand.

Als der zweite Weltkrieg ausbrach, hatte das Nationaleinkommen das Spitzenniveau noch nicht erreicht, das die Hochkonjunktur am Ende der zwanziger Jahre kennzeichnete. Diese Feststellung ist umso bedeutsamer, als in der immer noch fortschreitenden Bevölkerungsentwicklung Amerikas das Arbeitsangebot um mehr als eine halbe Million Arbeiter jährlich wächst und die technische Produktionsentwicklung Amerikas um durchschnittlich ungefähr 2,5 Prozent jährlich steigt. Man berechnet, dass die Produktivität per Arbeitsstunde während der dreissiger Jahre um insgesamt 32 Prozent gestiegen ist.

Welche Verdienste der New Deal auf sozialpolitischem Gebiet auch hatte, so muss man doch sagen, dass er als ökonomische Politik in der Erreichung seines primären Zieles, die Produktion und die Beschäftigung zu steigern, ein Misserfolg war. Die besonders interessante Frage der Ursachen zu diesem flagranten Misserfolg soll hier nicht weiter behandelt werden. Ich begnüge mich, daran zu erinnern, dass man am Anfang des zweiten Weltkrieges noch immer 10-12 Millionen Arbeitslose zählte. Und dabei sind die innerhalb der proletarischen Teile der amerikanischen Landwirtschaft unproduktiv beschäftigten Arbeitskräfte nicht mitgerechnet, die mehrere Millionen ausmachten. Faktisch arbeitete die amerikanische Wirtschaft im Jahre 1939 mit einer totalen Arbeitskraft, die trotz einer Bevölkerungszunahme von ungefähr 10 Millionen Personen 2 Millionen geringer war als im Jahre 1929.

Während der Zehnjahresperiode von 1929 bis 1938 machte im Durchschnitt die Nettokapitalbildung nur 3 Prozent des Nationaleinkommens aus, während diese Quote seit 1870 nie auch nur unter 10 Prozent gesunken ist. In unverändertem Geldwert gemessen betrug die Nettokapitalbildung während der dreissiger Jahre nur 23 Prozent der entsprechenden Ziffer für die Zehnjahresperiode 1919-1928.

Der Aufrüstung gelang das, was der New Deal niemals vermochte: Amerikas gewaltige Produktionskapazität voll auszunützen. Die Verschiedenheit zwischen den beiden Faktoren – als Stimuli zur Produktionsexpansion betrachtet – liegt vor allem in drei Umständen: 1. Die Aufrüstung bedeutet eine Kaufkraftinjektion von ganz anderer Grösse als der New Deal sie zustande bringen konnte. Der Unterschied ist grösser als das Verhältnis zehn zu eins. 2. Die Aufrüstung wird unter einer zentral dirigierten, mit Zwangsmitteln ausgerüsteten Planhaushaltung durchgeführt. 3. Die Aufrüstung und ebenfalls die Mittel für ihre Durchführung sind von den Männern des Wirtschaftslebens als eine notwendige und kluge nationale Politik akzeptiert worden, was der New Deal mit seinen bescheidenen Ausmassen niemals war.

Die amerikanische Aufrüstung, die erst nach den welterschütternden Eroberungen Hitlerdeutschlands im Frühjahr und Sommer 1940 ernsthaft einsetzte und erst nach der Pearl-Harbor-Katastrophe im Dezember 1941 mit äusserster Kraft arbeitete, hob in unglaublich kurzer Zeit Amerikas Wirtschaft aus der Stagnation und erzielte Vollbeschäftigung. Die Arbeitslosigkeit ist seit der zweiten Hälfte des Jahres 1942 praktisch auf ein Minimum gesunken und an ihre Stelle trat im Grunde genommen in den meisten Wirtschaftszweigen ein sehr fühlbarer Mangel an Arbeitskräften. Millionen von ungeschulten Arbeitskräften sind während des Krieges zu geschickten Berufsarbeitern ausgebildet worden. Gleichzeitig ist die Zahl junger Männer unter den Fahnen von einigen Hunderttausend auf jetzt fast 11 Millionen gestiegen.

Insgesamt ist die Arbeitskraft der Nation von 55 Millionen auf rund

64 Millionen gestiegen, also um 9 Millionen. (Die Totalziffern der Arbeitskraft usw. variieren etwas.) Wenn wir von der ersten Zahl 9 Millionen Arbeitslose abziehen und von der zweiten Zahl 1 Million Arbeitslose plus 10 Millionen Soldaten, dann kann die Zahl 7 Millionen ungefähr die Zunahme der in der Produktion wirklich beschäftigten Arbeiter darstellen.

Viele von diesen Arbeitern der neuen Millionen sind zu alt und sind nur unter dem Druck der Arbeiternachfrage in der Produktion geblieben. Andere sind zu jung und würden sonst in Schulen oder Ausbildungsanstalten gesessen haben. Auch die Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte bürgt für einen recht grossen Teil der Beschäftigungszunahme. Die weibliche Arbeitskraft ist von 13 Millionen vor dem Kriege (wovon ungefähr 2 Millionen Arbeitslose) auf ungefähr 18 Millionen Arbeiterinnen während des Herbstes 1943 gestiegen. Wenn man von den Soldaten absieht, beträgt der weibliche Sektor in der Produktion jetzt beinahe ein Drittel der gesamten Arbeitskraft, während er im Jahre 1940 weniger als ein Viertel ausmachte. Ausser der Zunahme an beschäftigten Arbeitern hat die Arbeitskraft in der Produktion noch eine starke Steigerung der Arbeitszeit erfahren; in der Industrie durchschnittlich von 38 Stunden per Woche im August 1939 auf 45 Stunden Mitte 1943.

In den kriegswichtigen Industrien sind für über 20 Milliarden Dollars neue Fabriken gebaut worden. Die Grösse dieser Investierung versteht man, wenn man weiss, dass der ganze Wert des industriellen Anlagekapitals vor dem Kriege nur 26 Milliarden Dollars ausmachte. Der gesamte Wiederanschaffungswert ohne Abschreibungen des alten Industriekapitals betrug ungefähr 50 Milliarden Dollars.

Der totale Produktionswert in Amerika (ohne Berücksichtigung von Geldentwertung usw.), der noch 1940 unter 100 Milliarden Dollars lag, hat nach einer Berechnung für Dezember 1943 ein Jahresniveau von 200 Milliarden Dollars erreicht. Auch nach allen mit Rücksicht auf die Preissteigerung angemessenen Reduktionen bedeutet dies gegenüber der Vorkriegszeit eine effektive Steigerung des Landes-Produktionsvolumens um mindestens 50 Prozent.

Das Einkommen, besonders in der Industrie, ist natürlich von dieser riesenhaften Produktionsausdehnung stark beeinflusst worden. Zwischen 1939 und 1943 ist der totale ausbezahlte Lohnbetrag in der Industrie mehr als verdreifacht worden. Der grösste Anteil dieser Erhöhung oder 70% ist auf die zunehmende Beschäftigung innerhalb der Industrie zurückzuführen, die ja den totalen Zuschuss an Arbeitskraft und noch mehr an sich gezogen hat. Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeitskräfte ist von 10,5 Millionen auf mehr als 18 Millionen angewachsen. Auf Grund der erhöhten wöchentlichen Arbeitsstundenzahl und dank der hohen Bezahlung der Überstundenarbeit sind die Reallöhne – per Jahr gerechnet – um durchschnittlich 45% gestiegen. Der nominelle Stundenlohn für Industriearbeiter ist durchschnittlich um 50% gestiegen, aber die Verteuerung der Lebenshaltung hat ungefähr die Hälfte dieser Steigerung verschluckt.

In gleicher Weise zeigen die Gewinne der Gesellschaften einen kräftigen Aufschwung. Für 1943 berechnet man die totalen Gewinne der Gesellschaften nach Abzug der Steuern auf über 8 Milliarden Dollars, was ein absoluter Rekord ist. Die Ziffer ist doppelt so hoch wie 1939, obgleich die Gesellschaften jetzt den zehnfachen Steuerbetrag von 1939 bezahlen müssen. Die Steuersätze sind jetzt auf ungefähr 60% gestiegen. Das Resultat übertrifft sogar den früheren Höhepunkt von 1929, als die Gewinne 7,9 Milliarden ausmachten. Vergleicht man anstelle dessen die totalen Gewinne der Gesellschaften vor dem Abzug der Steuern, dann findet man, dass die Gewinne des Jahres 1943 in Höhe von 22 Milliarden Dollars mehr als den doppelten Betrag der Gesellschaftsgewinne von 1929 und mehr als den vierfachen von 1939 ausmachen.

Die treibende Kraft in dieser gewaltigen Hochkonjunktur ist die Kriegsproduktion, die jetzt wertmässig gegen die Hälfte der Totalproduktion umfasst (im realen Produktionsvolumen etwas weniger, weil in der Kriegsindustrie die Produktionskosten und Preise – auch relativ – überhöht sind). Es mag interessieren zu wissen, dass innerhalb der eigentlichen Kriegsproduktion Verschiebungen und zyklische Bewegun-

gen stattfinden, die vom konjunkturtheoretischen Standpunkt aus besonders interessant sind. Die Kurve für die Realinvestierung, d.h. in erster Linie der Bau von Fabriken und deren Ausrüstung mit Maschinen, kulminierte schon während der zweiten Hälfte des Jahres 1942. Seit dem Sommer 1943 sind praktisch genommen keine neuen Investitionen für Fabrikanlagen vorgenommen worden. Zur Zeit sind nur sehr wenige im Gange.

Die Kriegsproduktion in ihrer Gesamtheit, welche nunmehr – ebenso wie das totale Nationaleinkommen des Landes – eine ununterbrochen sinkende Zuwachsquote darstellt, wird nach einer Berechnung in diesem Jahre ungefähr unverändert dastehen. Man erwartet jedoch, dass die Produktion für die Armee – gemessen an der Anforderung von Arbeitskräften – etwas geringer sein wird. Die Produktion für die Flotte wird nach den Plänen eine ungefähr unveränderte Arbeitskraft erfordern. Die Produktion für die Luftwaffe soll weiterhin stark erweitert werden. Innerhalb jedes dieser drei Produktionsgebiete geschehen auch Verschiebungen. Innerhalb der Produktion für die Armee z.B. – die ja nicht mehr neu aufgestellt, sondern erhalten wird – sinkt der Anteil der Schwerindustrie (Stahl, Tanks, Kanonen usw.), während im Allgemeinen der Anteil der leichten Industrie einigermassen unverändert geblieben ist.

Das Totalbild entspricht, wie man sieht, *der Konjunkturphase nach einer Investierungskulmination, obgleich der Krise und der Depression vor gebeugt wird durch eine fortgesetzte, nicht erschlaffende Nachfrage nach Industrie-Produktion*. Übersetzt in konjunkturpolitische Fachausdrücke könnte es auch heissen, dass das Umstellungsproblem innerhalb der Kriegsproduktion schon seit Langem aktuell ist, wenngleich nur in der Gestalt, die es innerhalb einer zentral geleiteten Planwirtschaft einnimmt, wodurch sowohl der Waren- wie auch der Arbeitsmarkt auch nach der Investierungskulmination hart angestrengt wird durch ungesättigte Bedürfnisse, denen Kaufkraft von aussen gegeben wird.

Während des Jahres 1943 nahm der Staat ungefähr die Hälfte des laufenden Nationaleinkommens in Anspruch. Trotzdem die Einnahmen im

Unionsbudget seit den dreissiger Jahren bald ums Zehnfache gestiegen sind, ist die Finanzierung der Kriegskosten nur zu ungefähr einem Drittel durch Steuern gedeckt worden.

Die Staatsschulden, die 1939 nach der langen Unterbilanzperiode des New Deal ungefähr 40 Milliarden Dollars betragen, waren Ende 1943 auf ungefähr 170 Milliarden Dollars gestiegen, und man berechnet, dass sie am Schluss des Budgetjahres, am 1. Juli 1944, den Betrag von 210 Milliarden Dollars erreichen werden. Gewöhnlich rechnet man jetzt bei Kriegsende mit einer Totalschuld von ungefähr 300 Milliarden Dollars. Zum Vergleich mag gesagt werden, dass die Schulden noch im Jahre 1916 nicht die Milliarde überschritten hatten und dass sie nach Schluss des vorigen Weltkrieges im Jahre 1919 ungefähr 25 Milliarden Dollars betragen.

Der grössere Teil der erhöhten Staatsschulden, genauer gesagt ungefähr zwei Drittel, ist von Finanzinstituten, Versicherungsgesellschaften und anderen Firmen übernommen worden. Die Federal Reserve Banks und die privaten Bankinstitute haben zusammen beinahe die Hälfte der totalen Schuldenerhöhung absorbiert, und es muss gesagt werden, dass die Privatbanken in steigendem Masse grosse Reservoirs für die Ansammlung von Staatspapieren geworden sind, statt Kreditvermittler zwischen Sparern und Investierenden zu sein. (Beinahe drei Viertel der Kapitalien der Privatbanken bestehen jetzt aus Staatspapieren.) Nur ungefähr ein Drittel der Schuldenerhöhung konnte im Publikum untergebracht werden, und wahrscheinlich nur ein geringer Teil dieses Drittels repräsentiert wirklich zusätzliches Sparen.

Das Zinsniveau ist niedrig gehalten worden, 1 oder 1,5 Prozent unter dem schwedischen Zinsniveau. Soweit der Zins für langfristige Kredite gilt, kann man annehmen, dass er sowohl während des Krieges wie auch nachher auf diesem sehr tiefen Niveau bleiben wird.

Viele amerikanische Bankleute hegen eine andere Auffassung und glauben, dass das Zinsniveau nach dem Kriege steigen muss. Sie motivieren diese Ansicht mit marktpsychologischen Gründen und mit dem

Bedürfnis, die Staatsschulden zu konsolidieren. Es ist jedoch schwer zu sehen, wie der Staat, nachdem er mit Lockungen und Drohungen seine Obligationen zu gewaltigen Beträgen in allen Gesellschaftsschichten zu verteilen versucht hat, eine solche Änderung des Zinsniveaus durchzuführen wagen soll, die den Vermögenswert dieser Obligationen wesentlich senken würde.

Da ausserdem die Banken – die früher gewöhnlich an relativ hohen Zinsen interessiert waren wegen der dadurch möglichen vorteilhaften Gewinnmarge – jetzt meistens Reservoirs für Staatspapiere geworden sind statt Kreditvermittler zwischen Privaten, kann man nicht mit dem Druck der Banken auf Zinserhöhung hin rechnen. Gewisse Banken würden geradezu als Resultat eines steigenden Zinsniveaus die Insolvenz riskieren. Das fiskalische Interesse des Staates, welches im Tempo des Anwachsens der Schuldsomme stieg, wie auch seit jeher die Gewinninteressen der Bauern und Unternehmer laufen zusammen, um die Aufrechterhaltung der jetzigen sehr niedrigen Zinssätze zu stützen.

Auf längere Sicht dürfte eine der bleibenden Wirkungen der gewaltigen Staatsanleihen eine beinahe festgelegte, sehr niedrige Zinslage sein. Die geringe Höhe des Zinsniveaus wie auch dessen Unbeweglichkeit werden ihrerseits bei steigender oder Hochkonjunktur die Beibehaltung anderer, direkterer öffentlicher Kontrollen der Investitionen, der Produktion und der Preise erfordern.

Aber dies war eine Abweichung vom Thema, das ja bis auf Weiteres nur eine Analyse der Kriegskonjunktur sein will. In Bezug auf die Preisentwicklung sollte man nach allen Regeln der Kunst erwarten, dass sich – nach allem, was hier über die Einkommen und vor allem über die Finanzierung der Kriegsausgaben gesagt wurde – eine gewaltige Preissteigerung ergeben würde.

Für mich war es keine Überraschung, dass den Amerikanern ihr phantastisches Kriegsproduktionsprogramm gelungen ist. Ich kannte die unerhörten Produktionsmöglichkeiten, die während der Stagnation der

dreissiger Jahre unausgenutzt bleiben mussten, und die Willenskraft und das Organisationstalent innerhalb des Wirtschaftslebens dieser jungen, progressiven Nation – wenn nur die Bestrebungen einmal koordiniert und auf ein einziges Ziel gerichtet würden! Ich muss aber bekennen, dass ich gerade auf Grund meiner Zuversicht hinsichtlich des Produktionsprogramms eine gewaltsam preissteigernde Kaufkraftexplosion erwartete. Zur teilweisen Erklärung führe ich an, dass ich früher das amerikanische Konjunkturproblem nicht intensiv studiert hatte, sondern dass ich mehr auf der Basis recht allgemeiner Erwägungen urteilte.

Desto sicherer war ich in meiner Skepsis betreffs der Durchführung des Preisprogramms, da ich sehr wohl die Mängel in der öffentlichen Verwaltung Amerikas kannte. Amerika ist ja führend hinsichtlich der Betriebsorganisationen. Selbst private Organisationen für Wohltätigkeit und andere allgemeine Zwecke sind oft in hervorragender Weise verwaltet. Aber die öffentliche Verwaltung ist häufig schwach und ungeschickt. Und in diesem individualistischen Land haben die Bürger keinen besonders hohen Respekt vor den Anordnungen der öffentlichen Verwaltung.

In Bezug auf die Preisentwicklung irrte ich mich allerdings. Im Grunde genommen sind die Preise in Amerika weniger gestiegen als bei uns und als in England. Der Index für den Lebensunterhalt ist seit 1939 nur um ungefähr 25 Prozent und der Index für Grosshandelspreise um ungefähr 40 Prozent gestiegen. Im entsprechenden Zeitpunkt während des ersten Weltkrieges lag das Niveau der Parteipreise 100 Prozent höher als vor dem Kriege.

Aus verschiedenen Ursachen – Qualitätsverschlechterung, Ausfall von Kundendienst, Rabatte sowie direkte Manipulationen mit dem Gewichtssystem bei den Indexberechnungen usw. – haben wir zwar in diesen Zeiten Grund, uns gegen alle Preisindexzahlen misstrauisch zu verhalten. Aber die amerikanischen Indexberechnungen scheinen nicht irreführender zu sein als jene anderer Länder, eher vielleicht umgekehrt.

Bei einer näheren Prüfung der einzelnen Komponenten in diesen all-

gemeinen Indexzahlen finden wir für verschiedene Warengruppen eine sehr divergierende Preisentwicklung. Allgemein kann gesagt werden, dass die Preise bedeutend mehr gestiegen sind für Waren in den ersten Produktionsstadien als für die Endprodukte. Während somit die Rohstoffpreise innerhalb des Grosshandelsindexes jetzt mehr als 60 Prozent über dem Vorkriegsniveau liegen, ist der Preis der industriellen Endprodukte um nur ungefähr 25 Prozent gestiegen. Weiter bekommen jetzt z.B. die Landwirte im Durchschnitt fast 100 Prozent mehr für ihre Produkte, während durch grosse Lebensmittelsubventionen der Kleinhandelspreis für Lebensmittel nicht mehr als 45-50 Prozent gestiegen ist.

Diese allgemeine Preisentwicklung muss mit Rücksicht auf die finanzielle und monetäre Entwicklung, die ich oben skizziert habe, als völlig unerwartet ruhig beurteilt werden. Ich muss bekennen, dass die Sache mir noch immer schwer erklärlich scheint, und ich kann hier nicht mehr auf mich nehmen als auf gewisse Faktoren hinzuweisen, die zu dem Resultat beigetragen haben müssen.

Erstens ist die Zivilproduktion trotz der hastigen und unerhörten Erweiterung der Kriegsproduktion im Grossen und Ganzen aufrechterhalten und auch im Verhältnis zur Vorkriegszeit gesteigert worden. Während man berechnete, dass die reale Konsumtion im Jahre 1942 in England 20 Prozent *unter* dem Vorkriegsniveau liegen würde, lag sie im selben Jahre in Amerika 13 Prozent *über* dem Vorkriegsniveau.

Es ist wahr, dass die Herstellung und allmählich auch der Verkauf von praktisch genommen allen Arten ständiger Konsumtionsartikel heruntergeschraubt und seit dem Jahreswechsel 1941/42 zum grossen Teil gestoppt wurde. Aber die Produktion von andern Konsumtionswaren ist nicht nur aufrechterhalten, sondern sogar im Verhältnis zu der durch Einberufungen geringer gewordenen Zivilbevölkerung gesteigert worden. Die landwirtschaftliche Produktion ist z.B. soviel grösser geworden, dass die zivile Lebensmittelkonsumtion im Grossen und Ganzen jetzt ebenso hoch steht wie 1941 und bedeutend höher als 1939 – trotz der Lieferungen an Amerikas Alliierte und trotz der grossen Forde-

rungen der Kriegsmacht. Die Rationierung ist nur notwendig geworden, um die weitere Konsumtionssteigerung abzuschneiden, die auf Grund der höheren Einkommen in Erscheinung trat. In Bezug auf viele andere Waren haben wir weiter anzuführen, dass bis zu der Pearl-Harbor-Katastrophe eine stark spekulative Lagerung stattfand. Die Lager hat man dann nach und nach angreifen können, um der erhöhten Nachfrage zu begegnen.

Aber diese Erklärung reicht nicht aus. Trotz der Erhaltung der Warenangebote ist die Kluft zwischen den laufenden Konsumenteneinkünften und dem Warenangebot immer grösser geworden. Während somit die Summe der an Private ausbezahlten Einkünfte – nach Abzug der Steuern – im Jahre 1943 bis zu 126 Milliarden Dollars betrug, berechnete man die Konsumtionsausgaben für dasselbe Jahr auf nur 88 Milliarden Dollars. Dazwischen liegt also ein «inflationary gap» von 38 Milliarden Dollars oder nahezu einem Drittel der totalen Einkommenssumme. Der grösste Teil dieses Kaufkraftüberschusses ist gespart worden, oder – nicht verbraucht. Nur zwei Milliarden sind zum Ausdruck gekommen – und auch ausgegeben – durch die Bezahlung höherer Preise auf Grund von Preissteigerungen. Dieses gewaltige Sparen, das auf Grund einer Berechnung für die Jahre 1942, 1943 und 1944 insgesamt 100 Milliarden Dollars ausmacht, ist eben das, was erklärt werden muss.

Die Summe des regelmässigen Sparens und auch das neue Sparen, zu dem durch patriotische Propaganda für «war bonds» usw. aufgefordert wurde, kann nicht mehr als einen Bruchteil davon erklären. Der wichtigere Faktor ist wahrscheinlich eine mehr automatische Reaktion seitens der Verdienner gegenüber der Kombination von starker Einkommenerhöhung auf der einen Seite und Warenmangel auf der anderen. Die Konsumtionsgewohnheiten der Menschen sind sichtlich viel steifer, als wir Ökonomen bisher angenommen haben.

Als die Menschen mit ihren steigenden Einkünften dastanden und keine Autos, Kühlschränke, Waschmaschinen und Radioapparate kaufen konnten, und als die Konfektionswaren nicht nur teurer, sondern auch von schlechterer Qualität waren, währen ein ganzer Teil laufender Kon-

sumptionswaren rationiert war, haben sie offenbar nicht genügend Phantasie und Begabung gehabt, um ihr Geld auf vernünftige Weise loszuwerden, sondern sie haben ganz einfach Geld übriggehabt. Das Geld ist angewandt worden, um Hypotheken- und Abzahlungsschulden abzutragen oder um bar zu bezahlen, wo sonst eine Verschuldung normal war, oder für neue Versicherungen. Oder es ist in einer Bank angelegt oder ganz einfach der Anlass zu einem grösseren Papiergeldumlauf geworden. Ich weise darauf hin, dass ähnliche Erfahrungen in England gemacht worden sind.

In Diskussionen mit amerikanischen Kollegen ist auch mitunter der Gedanke aufgeworfen worden, dass Amerikaner vielleicht eine etwas andere typische Reaktion vor einem Inflationsrisiko zeigen als wir Europäer. Ökonomische Erwägungen sind gewöhnlich davon ausgegangen, dass eine Flucht in die Sachwerte erfolgt, sobald die Allgemeinheit eine Preissteigerung fürchtet. Die Menschen wollen kaufen, bevor die Preise gestiegen sind. In Amerika ist seit Anfang des Krieges das Inflationsrisiko in der Öffentlichkeit lebhaft behandelt worden. Psychologisch müssten somit Voraussetzungen für eine erhöhte Nachfrage und eine Preissteigerung vorhanden gewesen sein.

Aber der Durchschnittsamerikaner würde sich in einer solchen Lage im Gegenteil eher geneigt zeigen, sich liquid zu halten, um in Erwartung der kommenden Preissteigerung für die wirklich gute Gelegenheit zum Spekulationskauf bereit zu sein. Seine Veranlagung für Hasard und Risiko würde mit anderen Worten preisstabilisierend wirken. Was für eine Realität möglicherweise in dieser Hypothese liegt, lasse ich dahingestellt. Ich habe diesen Gedankengang nur andeuten wollen, um zu zeigen, wie dunkel und ungeklärt dieser ganze Fragenkomplex um die Deutung der Ursachen zur Preisentwicklung noch immer ist.

Am Ende sind offenbar die öffentlichen Massnahmen zur Verhinderung der Preissteigerung auch in Amerika etwas wirksamer gewesen als wenigstens ich berechnet hatte. Abgesehen davon, wie man die genannten und eventuell andere inflationshindernde Faktoren koordinieren will, so ist es auf alle Fälle eine Tatsache, dass die Preissteigerung recht ge-

mässigt war und dass sie besonders während des letzten Jahres nur sehr langsam in Erscheinung trat.

Ein Umstand, der dafür spricht, dass auch während des fortgesetzten Krieges einer grösseren Preissteigerung vorgebeugt werden kann, ist die Tatsache, dass von jetzt ab in ununterbrochen zunehmendem Masse Rohstoffe und Material für die Zivilproduktion zur Verfügung gestellt werden können. Die Stahlproduktion hat bereits seit dem Herbst 1943 den Maximalbedarf der Kriegsproduktion überschritten. Einige Stahlwerke haben schon ihre Produktion herabgesetzt, und die Lager werden grösser. Dasselbe gilt für die Produktion von Aluminium und vielen anderen wichtigen Rohstoffen. Es soll eine so grosse Produktion von künstlichem Gummi vorhanden sein, dass schon jetzt ein vermehrter Autoverkehr aufrechterhalten werden könnte, wenn nicht die Autoreifenfabriken einen «Flaschenhals» bildeten. Und so verhält es sich an vielen anderen Stellen innerhalb der Produktion. Je nachdem, wie weit der Konsumtionswarenmarkt mit einem steigenden Angebot versehen werden kann, wird natürlich die Spannung zwischen Kaufkraft und Warenangebot geringer werden.

Einer einigermaßen ruhigen Preisentwicklung in Amerika während des weiteren Krieges können wir jedoch nicht ganz sicher sein. Die regierungsfeindliche Kongressmajorität reaktionärer Demokraten der Südstaaten und konservativer Republikaner, die nach der Wahl vom November 1942 entstand, verfolgt jetzt bewusst oder unbewusst eine inflationistische Politik. Das zentrale preiskontrollierende Organ – Office of Price Administration – wird auf jede erdenkliche Weise verfolgt und geschwächt. Die Vorschläge der Treasury in Bezug auf neue Steuern, um die «Kaufkraftspannung» niedrig zu halten, werden abgelehnt oder verstimmt.

Gegen die Fortsetzung der Lebensmittelsubventionen, die eingeführt wurden, um die Preise zu halten, hat die Kongressmajorität eine oppositionelle Haltung eingenommen, zu deren Bemeisterung die Regierung bisher keine Mittel gefunden hat. Sollte diese Aktion nicht zurückgetrieben werden können, dann kann sie der glücklichen Durchführung des

Preisstabilisierungsprogramme äusserst gefährlich werden. Der relative Lohnstillstand, der aufrechterhalten wurde, ist nämlich vom Lebenshaltungsindex abhängig, wobei die Lebensmittelpreise natürlich schwer wiegen. Die organisierten Arbeiter drücken kräftig gegen den relativen Lohnstillstand – auch bei dem jetzigen Lebensstandard. Sollten die Lebensmittelsubventionen abgeschafft werden und die Lebenshaltungskosten wieder sichtlich nach oben gehen, dann könnte sehr wohl die bekannte Inflationsschraube, mit Lebenshaltungskosten und Arbeitslöhnen in gegenseitiger Wechselwirkung, in Bewegung gesetzt werden.

Wie das Preisniveau sich nach Kriegsende gestalten wird, ist ohne eine eingehende Analyse der allgemeineren Konjunkturfaktoren unmöglich zu beurteilen – und die Beurteilung wird auf alle Fälle nur ein Raten sein. Indem ich vorgreife mit dem, was ich im Folgenden zu sagen habe, will ich nur erklären, dass ich persönlich einen Deflationsprozess als sehr wahrscheinlich voraussehe, wenigstens nach der kurzen Zeit des «sellers' market», die voraussichtlich unmittelbar nach Kriegschluss in Europa auftreten wird. Die Kurve kann sehr scharf und mit grossen «ups and downs» verlaufen, und sicher wird ausserdem das ganze Preisbild mehrere Jahre lang äusserst zersplittert sein.

Beiläufig gesagt und wiederum ein wenig unvermittelt sei mir hier gestattet, darauf hinzuweisen, dass ich in amerikanischen Fachkreisen keinen getroffen habe, der ein anderes *preispolitisches* Ziel hatte als die Stabilisierung des Preisniveaus ohne Inflation oder Deflation – in der Situation, die nach Kriegschluss entsteht, oder wenn eine Stabilisierung erreicht werden kann.

Ich habe es bis zuletzt aufgeschoben, einige zusammenfassende Worte über die Landwirtschaftspolitik und die Landwirtschaftsproduktion in Amerika während der Kriegsjahre zu sagen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter in der Landwirtschaft ist nicht geringer geworden, sondern beträgt unverändert ungefähr 10 Millionen. Die Produktion ist – verglichen mit dem Durchschnitt der Periode 1935-1939 – beinahe um ein Drittel gestiegen. Die Produktionssteigerung in der Landwirtschaft

ist jedoch nicht besonders auffallend, da die ganze Landwirtschaftspolitik vor dem Kriege darauf ausging, die Landwirte mit Subventionen zur Produktionseinschränkung zu verleiten. Eine umfassende Mechanisierung hat nicht stattgefunden.

Der Verkaufspreis in der Landwirtschaft hat, wie bereits gesagt, um ungefähr 100 Prozent steigen dürfen, woraus sich – da die Produktionskosten nicht ebenso stark gestiegen sind – eine durchschnittliche dreifache Steigerung der Einkünfte der landwirtschaftlichen Produzenten ergab. Durch Subventionen und besonders durch Preisüberwachungen wurde jedoch, wie schon erwähnt, die Steigerung der Kleinhandelspreise für Lebensmittel unter 50 Prozent gehalten. Aber auf jeden Fall trägt die Steigerung der Lebensmittelpreise die Hauptschuld an der Steigerung des Lebenshaltungsindex.

Hinter dieser Landwirtschaftspolitik und Preisentwicklung steht die Tatsache, dass der sogenannte Farmerblock, der gewöhnlich die Majoritätskoalition zwischen reaktionären Demokraten der Südstaaten und konservativen Republikanern manövriert, den Kongress beinahe ganz beherrschte. Auf Grund dessen erscheint es vielleicht erstaunlich, dass die Landwirte eine überwältigende Stimmenmajorität bekamen, als Dr. Roper – der für das «Fortune Magazine» die Untersuchungen über die öffentliche Meinung anstellt – im vorigen Herbst die Frage aufwarf, welche Gesellschaftsgruppe den grössten Einsatz geliefert habe, um den Krieg zu gewinnen. Die Erklärung liegt in der grossen und vorteilhaften Publizität, die der Farmerblock den Ausübenden der Landwirtschaft für die Produktionssteigerung verschafft hat. Diese Steigerung wurde jedoch, wie oben gesagt, durch die frühere Produktionseinschränkungspolitik möglich gemacht. Wahrhaftig! In Amerika sind die Bauern «got away with murder», wie die amerikanische Ausdrucksweise lautet.

Aber selbst von einem weit tiefer gründenden Gesichtspunkt aus ist nach meiner Meinung die während des Krieges in Amerika geführte Landwirtschaftspolitik ein äusserst ernster Fehlgriff. Es handelt sich um eine nicht ausgenutzte Chance, die Landwirtschaft zu sanieren. Wir dür-

fen nicht vergessen, dass die Unterbrechung in Amerikas industrieller Entwicklung während der dreissiger Jahre zusammen mit den seit Langem herrschenden hohen Fruchtbarkeitszahlen in den Landwirtschaftsdistrikten in grossen Teilen der Landwirtschaft zu einer bösartigen Übervölkerung geführt hat. In den produktionskräftigen Landwirtschaftsregionen mit einer rationell und beinahe industriell organisierten Produktion steht Amerikas Landwirtschaft auf einem hohen Niveau. Aber der grösste Teil der Landwirte in Amerika betreibt einen primitiven Ackerbau und hat einen proletarischen Lebensstandard.

Ein Drittel aller Landwirte produziert 80 Prozent aller durch die Landwirtschaft verkauften Produkte, die Hälfte produziert 90 Prozent der ganzen Verkaufsproduktion. Der Rest besteht zum grössten Teil aus verarmten Hausbedarfskleinbauern, denen durch Preissteigerungen nicht geholfen werden kann. Aber selbst die grosse Mehrzahl der für den Verkauf produzierenden Landwirte besteht aus reinen Proletariern, die einen technisch äusserst primitiven Ackerbau treiben und auf einem unglaublich niedrigen Standard leben. Dies betrifft z.B. die äusserst abhängigen schwarzen und weissen Baumwollpflanzer in den alten Südstaaten, meistens Arbeiter, «share croppers» und Kleinpächter auf den Plantagen.

Der Krieg gab nun Amerika eine gottgegebene, vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit, diese armen Ackersklaven von den überfüllten proletarischen Landwirtschaftsgebieten wegzuziehen und sie in die Kriegsproduktion und die Armee einzureihen. Die Verkaufsproduktion der Landwirtschaft ist nicht in so hohem Grade von dem Ackerbau der Armen abhängig, von denen hier die Rede ist.

Die Produktion hätte übrigens auch ohne sie bedeutend gesteigert werden können, viel mehr als es durch eine gleichzeitig einsetzende Aktion für Mechanisierung tatsächlich geschehen ist. Es wird zwar gesagt, dass die Mechanisierung der Landwirtschaft durch mehr Landwirtschaftsmaschinen in direkter Konkurrenz zu der Produktion von Tanks usw. stand. In gewissem Sinne ist es richtig. Aber man hätte dann durch Investitionen die Produktivität der Landwirtschaftsmaschinen ebenso

erhöhen können wie die der Produktion von anderen kriegswichtigen Erzeugnissen.

Aber den Plantagenbesitzern im Süden passte diese Politik nicht. So eine Sanierung würde gegen ihre Interessen gewesen sein, so wie sie sie auffassten. Durch Gesetzgebungsbestimmungen und durch ihre willkürliche und korruptierte Anwendung haben sie erreicht, dass auch unproduktiver Ackerbau als «kriegswichtig» gerechnet wurde, so dass die Bauern vom Kriegsdienst befreit wurden, obgleich selbst die Fachleute in der Washingtoner Verwaltung rücksichtslos unter die Fahnen gerufen werden, wenn sie in dem entsprechenden Alter stehen. Durch andere Bestimmungen haben sie auch die offizielle Arbeitsvermittlung daran gehindert, in diesen Landwirtschaftsdistrikten Arbeitskräfte für die Kriegsindustrien heranzuziehen, wenn nicht «the county agent» – der gewöhnlich der geschworene Anhänger des Plantagebesitzers ist – seine Erlaubnis dazu gab. Und das zu einer Zeit, da der Mangel an Arbeitskräften in der Rüstung mitunter eine überwältigende Schwierigkeit darstellte.

Das Schlimmste ist, dass diese Landarbeiter und Kleinpächter im Süden dadurch in vollständige Abhängigkeit von den Landbesitzern geraten sind, die durch einen Wink hätten erreichen können, dass sie zum Kriegsdienst eingezogen worden wären. Dadurch ist eine neue Basis für jene besondere Art von Leibeigenschaft geschaffen worden, die in Amerika «peonage» genannt wird. Während der dreissiger Jahre war sie bereits im Begriff, ausgerottet zu werden unter dem doppelten Druck überflüssiger Arbeitskräfte und der humanitären und rechtsanerkennenden Bestrebungen der Rooseveltischen Staatsverwaltung.

Über diesen Skandal in der Landwirtschaftspolitik wird in Amerika nichts gesagt, weder in Wort noch Schrift. Aus Furcht vor dem im Kongress dominierenden reaktionären Block ist Schweigen geboten. Den Skandal zu übersehen liegt auf der Linie der Kompromisse, die Roosevelt nach der Novemberwahl 1942 mit den Demokraten der Südstaaten schliessen musste, um die Nation für die grosse Kriegsanstrengung einigermassen zusammenzuhalten. Man muss die Verhältnisse kennen, man

muss mit Zahlen arbeiten und seine Freunde unter den Fachleuten angehen, um all das Ungerechte und Staatsschädliche aufs Korn nehmen zu können, das sich hinter der heutigen amerikanischen Landwirtschaftspolitik verbirgt.

Die Zurückhaltung von überflüssiger Arbeitskraft in der amerikanischen Landwirtschaft muss international verschärfend auf die grosse Überproduktionskrise innerhalb der Landwirtschaft wirken, denn alle Sachkundigen rechnen mit dieser Krise nach der Knappheitslage, die während des ganzen Krieges und wahrscheinlich auch einige Jahre danach herrschen wird.

DAS UMSTELLUNGSPROBLEM

Die Lage, welche man für das Jahr 1944 erwartete, ist bereits als eine künstliche Hochkonjunktur charakterisiert worden, getragen von der Kriegsproduktion. Das Besondere an dieser Hochkonjunktur ist nicht nur, dass sie so unerhört gestiegen ist, sondern vielleicht noch mehr, dass sie stabil gehalten wird, trotzdem die Investierungsphase längst vorüber ist.

Die Hauptbedingungen für die Stabilität dieser Hochkonjunktur sind: 1. ein kräftiger Inflationsdruck von unten, hervorgerufen durch die staatliche Nachfrage nach Waren aller Art für die Kriegführung, 2. eine harte Zwangsregelung von oben, wodurch die ganze Produktion und Preisbildung zentral dirigiert und kontrolliert wird.

Das ökonomische Nachkriegsproblem in Amerika ist: Was soll mit der Konjunktur geschehen, wenn 1. die staatliche Nachfrage für die Kriegführung nachlässt und allmählich ganz aufhört und wenn, wie man allgemein annimmt, 2. die Zwangsregelung gleichzeitig abgelöst wird von «freier Unternehmungslust»?

Ausserhalb des nationalsozialistischen Deutschlands und des kommunistischen Russlands und des Haushaltes in mehreren anderen Ländern jetzt während des Krieges – d.h. in zentral zwangsgeregelten Volkswirtschaften – gibt es keine historische Erfahrung, dass es jemals irgendwo geglückt ist, eine Hochkonjunktur zu stabilisieren. Eine Hochkonjunktur scheint in einem privatkapitalistischen Staat stets einen Übergang zu haben und in eine Krise und eine Depression zu münden. Und wie wir wissen, hat man gute konjunkturtheoretische Gründe, dass dies der Fall sein wird. Wir können hinzufügen, dass Amerika im vorigen Jahrzehnt ja einen kapitalen Misserfolg hatte mit der konjunkturpolitisch viel leichteren Aufgabe, eine Depression zu beheben.

Eine Hochkonjunktur in einer freien Wirtschaft zu stabilisieren, ist auf alle Fälle eine viel schwerere Sache. Und die amerikanische Hochkonjunktur ist künstlicher als irgendeine vorhergegangene. Sie enthält aus-

serdem viel grössere Disproportionalitätsmomente, als sich früher jemand hätte träumen lassen. Wie soll man ein Chaos verhindern können, wenn einmal der gewaltsame Inflationsdruck von unten erschläfft und gleichzeitig die balancierenden Kontrollen von oben aufhören?

Aber besonders in Amerika mit seiner grossen Arbeitslosigkeit vor dem Kriege und mit nicht nur Vollbeschäftigung, sondern einem jetzt während des Krieges vornehmlich in den breiten Schichten steigenden Lebensstandard ist es nahezu unmöglich, eine andere Meinung zu vertreten, als dass nach dem Kriege für das ganze Volk die Vollbeschäftigung sichergestellt werden kann und muss. Vollbeschäftigung bedeutet eine stabilisierte Hochkonjunktur. Gleichzeitig sieht man natürlich dem Frieden entgegen als einer Zeit, da der Staat die Produktion nicht stützt durch seine Kriegsnachfrage, die so gross ist wie das halbe Nationaleinkommen. Und man will sich allgemein befreien von Staatseingriffen und Krisenbürokratie. Darin liegt Amerikas Dilemma in Bezug auf die Wirtschaft.

Vor zwei Jahren, als die Konjunktur noch stieg und die Kontrollen ausgestaltet wurden, war die Auffassung unter Fachleuten und in der Öffentlichkeit die, dass nach dem Kriege eine Wirtschaftskrise mit schwerer Arbeitslosigkeit drohen werde, mit der man rechnen und der man zu begegnen verstehen müsse. Wenn man heute nach Amerika zurückkehrt, ist man überrascht, jetzt in Bezug auf die Konjunkturentwicklung nach dem Kriege einen weit grösseren Optimismus zu finden. Die Amerikaner glauben tatsächlich ganz allgemein, dass es ihnen gelingen wird, die Kriegskonjunktur in der Nachkriegszeit zu stabilisieren. Gleichzeitig fegt wie ein erhärtender Wind die allgemeine öffentliche Meinung übers Land, dass dies die eigene Aufgabe des Wirtschaftslebens sein solle und dass die schnelle Abschaffung der Staatskontrollen geradezu eine Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung sei.

Dieser Konjunkturoptimismus und die damit verbundene Propaganda gegen das Eingreifen des Staates haben ihre Kämpfer in den eigenen Organisationen der Unternehmer. Der brillante junge Präsident der U.S.

Chamber of Commerce, Mr. Eric Johnston, unterstreicht ständig die Verantwortlichkeit und das Vermögen des Wirtschaftslebens, die Kriegskonjunktur direkt zu übernehmen und sie weiterzuführen in eine freie stabile Friedenskonjunktur, die allen Beschäftigung gibt. Paul G. Hoffman, der Präsident der Studebaker Corporation und gleichzeitige Leiter des Committee of Economic Development, des wichtigsten Friedensplanungsgorgans der Industrie, scheut sich nicht, hervorzuheben, dass eine neue Massenarbeitslosigkeit nach dem Kriege ganz einfach nicht in Frage kommen darf: Wird keine Vollbeschäftigung erreicht, dann ist das weitere Vorhandensein eines freien Wirtschaftslebens ernsthaft gefährdet.

Dies sei die grosse Prüfung des Privatkapitalismus, sagt man, und man zweifelt nicht, dass er die grosse Prüfung mit Glanz bestehen werde. Dasselbe Evangelium predigt die National Association of Manufacturers, Amerikas grosser Industrieverband. Ich pflegte meinen Freunden in der amerikanischen Unternehmerwelt dort drüben vorzuhalten, dass sie mit dem kleinen Baby zu unachtsam waren – ich meinte den Privatkapitalismus. Es könnte ja ein gesundes Kind sein, obgleich es sich erkälten würde, wenn man es, auf diese Weise ausgezogen, in den gewaltigen Windzug setzt, der wehen wird, wenn der Kriegshaushalt liquidiert werden soll. Aber ich fand nur wenig Gehör für meine Skepsis.

Es ist vielleicht angebracht, als Indiz für diese auffallende Entwicklung zum Optimismus ein paar Untersuchungen über die öffentliche Meinung anzuführen, welche von der grossen Geschäftszeitschrift «Fortune» angestellt wurden. Beim Eintritt Amerikas in den Krieg im Jahre 1941 glaubten nur 10 Prozent der Bevölkerung an die Möglichkeit, nach dem Kriege eine allgemeine Arbeitslosigkeit vermeiden zu können. Jetzt dagegen sind vier Fünftel der Amerikaner, die heute Arbeit haben, davon überzeugt, dass sie ihre Arbeit auch nach dem Kriege behalten können.

Besonders im Geschäftsleben sieht man sehr hoffnungsvoll auf die Nachkriegsaussichten. Eine im Oktober 1943 angestellte Untersuchung über die Meinung unter amerikanischen Geschäftsleuten und Unternehmern ergab, dass 70 Prozent besonders günstigen Zeiten voraussahen,

nachdem die Umstellung von der Kriegs- zur Friedensproduktion vorgenommen sei. Dies steht im scharfen Gegensatz zu dem starken Pessimismus (in Bezug auf die Zukunft des eigentlichen freien Unternehmungsgeistes), dem dieselbe Bevölkerungsgruppe im November 1941 Ausdruck gab. Während damals 92 Prozent den freien Unternehmungsgeist nach dem Kriege vorzogen, glaubten nur 7 Prozent, dass ein derartiges System den Krieg überleben würde.

Ich habe versucht, diesen erstaunlichen Optimismus zu begreifen und psychologisch zu analysieren und bin zu ungefähr folgendem Resultat gekommen: Zum Teil ist er eine sehr anfechtbare Folgerung aus dem Erfolg des Produktionsprogrammes während des Krieges. Dieser Erfolg ist glänzend und gibt den Männern des amerikanischen Wirtschaftslebens ein sehr gutes Zeugnis in Bezug auf ihre Leistung in Technik, Organisation und Expansionsvermögen – wenn unbegrenzte Kaufkraft hinter eine unerschöpfliche Nachfrage gestellt wird. Aber so steht es ja nicht um das Nachkriegsproblem – besonders, da man gesunde Finanzen haben will. Die Expansion hatte ihre technischen und unternehmungsökonomischen Schwierigkeiten zu überwinden. Aber konjunkturpolitisch ist eine Expansion viel leichter durchzuführen, als ein Niveau zu halten, nachdem die Kaufkraftunterstützung und die Bilanzkontrollen entfernt sind.

Hinter dem Optimismus steckt auch die übliche Neigung der Amerikaner zu übertriebener Zuversicht, solange der Erfolg sie begleitet. Derjenige, welcher auch Ende der zwanziger Jahre in Amerika war, kennt diese Stimmung. Auch damals herrschte unter den Männern des Geschäftslebens allgemein die Auffassung – und leider auch unter den Nationalökonomen –, dass niemals mehr eine Depression eintreten würde. Sicherlich ist der Optimismus unter den Unternehmern selbst eine konjunkturerhaltende Kraft, soweit sie zu Risikobereitschaft und Investitionen führt. Aber das Beispiel von 1929 zeigt, dass kein Optimismus in der ganzen Welt eine Krise verhindern kann, falls die Wirtschaft ernsthaften Gleichgewichtserschütterungen ausgesetzt ist.

Die Fürsorge für die Kriegsmoral bildet auch einen Teil der Erklärung. In einem kriegführenden Land ist es nicht recht angebracht, anders als durch die rosenrote Brille in die Zukunft zu schauen. Keiner will «Defaitist» sein, und darin liegt eine Massensuggestion, die ihren Einfluss auch auf die Fachleute in ihrer Arbeit ausübt.

Dahinter stecken auch ganz sicher bewusste oder unbewusste innenpolitische Interessen. In einer Lage, da das Volk die Vollbeschäftigung verlangt, ist es, um die Verbreitung radikaler Ansichten zu verhindern, natürlich das einfachste Mittel, zu betonen, dass freier Unternehmungsgeist die Sache erledigen soll. Es ist jedoch offensichtlich, dass das ein hohes Spiel ist. Denn wird die Vollbeschäftigung auf diesem Wege nicht erreicht, dann kann die Unzufriedenheit des Volkes mit dem privatkapitalistischen System gross werden und der Radikalismus wirklich gefährlich. Ob mit Recht oder Unrecht, von seinen Interessengesichtspunkten aus ist jedoch «American business» darauf eingestellt, nach dem Kriege nur ein Minimum an staatlichen Eingriffen haben zu wollen. Und die einfachste Weise, diese Ansicht zu motivieren, ist, zu behaupten, dass diese Eingriffe nicht notwendig seien. Aber dazu ist ja Optimismus erforderlich.

Die amerikanischen Nationalökonomten teilen im Grossen und Ganzen diese Zuversicht der Geschäftswelt hinsichtlich der ökonomischen Nachkriegsprobleme. Ich habe schon durchblicken lassen, dass ich persönlich, im Gegensatz zu den meisten meiner Kollegen in Amerika, gegenüber dieser ganzen Einstellung zu den Problemen der amerikanischen Nachkriegsplanung eine ernsthafte und besorgte Skepsis empfinde. Ich will nun die allgemeinen Gründe systematischer durchgehen, die ich für meinen grösseren Pessimismus in Bezug auf die Nachkriegskonjunkturaussichten Amerikas habe. Aber zunächst möchte ich die eigentlichen äusseren Konturen für die Umstellung des ganzen Wirtschaftslebens aufzeigen, der Umstellung, die durchgeführt werden muss, wenn der Krieg zu Ende ist. Es ist vielleicht am praktischsten, die Frage zuerst vom Standpunkt der Beschäftigung aus zu betrachten.

Die Kriegsmacht muss demobilisiert werden. Sie wird dann höchstens 11,5 Millionen Mann aufgesogen haben. Die Kriegsdepartemente haben bisher in ihren Kalkulationen mit einer Friedensstärke aller Waffengattungen von 1,5 Millionen Mann gerechnet. Aber die aussenpolitische Situation verdunkelt sich ja. Wir wollen deshalb generös sein und annehmen, dass die Verteidigung nach dem Kriege statt 1,5 Millionen sicher 2,5 Millionen Mann erfordern wird. Es gilt dann, 9 Millionen in der Friedensproduktion unterzubringen.

Die Kriegsproduktion muss stark reduziert werden. Die Herstellung von Flugzeugen wird vielleicht auf 5 Prozent eingeschränkt, die Schiffsbauindustrie wird ihre Produktion auf 7-10 Prozent der jetzigen senken. Die Fabrikation von Werkzeugmaschinen ist während der letzten drei Jahre im Durchschnitt zehnmal grösser gewesen als während irgendeines bisherigen Friedensjahres. Diese Industrie hat eine Leistungsfähigkeit, die gross genug ist, um ein Land wie Italien auf sechs Wochen mit all seinen Werkzeugmaschinen zu versehen. Schon jetzt arbeitet diese wichtige Industrie mit Ausnutzung von nur 75 Prozent ihrer höchsten Kapazität. Selbst unter den günstigsten Voraussetzungen hinsichtlich des Exportes nach Russland, China und anderen industriell unentwickelten Regionen kann man kaum annehmen, dass diese Produktion mehr als 60 Prozent der jetzigen betragen wird.

Hinzu kommt die Produktion industrieller Rohstoffe. Man berechnet, dass die Fabriken für synthetischen Gummi im Jahre 1944 eine Produktion von 800'000 Tonnen erreichen, was mehr als zwei Drittel der gesamten Weltgummiproduktion vor dem Kriege ausmacht und mit mehr als einem Drittel Amerikas ganzen Vorkriegsbedarf übersteigt. Wir verstehen alle, dass diese Produktion nicht annähernd aufrechterhalten werden kann, wenn Amerika nicht eine Importsperr für Naturgummi einführt. Diese Massnahme würde aber die britischen und holländischen Interessen im Fernen Osten sehr schwer schädigen. Die Stahlindustrie hat jetzt eine jährliche Kapazität von 90 Millionen Tonnen oder 10 Millionen Tonnen mehr als vor dem Kriege. Die Produktion ist viel mehr ge-

stiegen, um 80 Prozent. Eine bedeutende Begrenzung in der Stahlproduktion kann man als sicher voraussetzen.

Die Aluminiumproduktion ist seit 1938 um das Zehnfache gestiegen, und man berechnet für das Jahr 1943 900'000 Tonnen. Von der Aluminiumproduktion gehen 80 Prozent auf die Herstellung von Flugzeugen, von deren Fabrikation wir angenommen haben, dass sie auf 5 Prozent sinken wird. Die Magnesiumproduktion ist von 2'410 Tonnen auf 300'000 Tonnen gestiegen. Nun erwartet man allgemein nach dem Kriege eine vermehrte Verwendung von Leichtmetallen in der Zivilproduktion. Und es handelt sich ja doch nicht um so grosse Quantitäten. Rechnen wir im Verwendungswert 1 Tonne Leichtmetall – 2 Tonnen Stahl, dann würde die ganze Leichtmetallproduktion nur 3-4 Prozent der Stahlproduktion entsprechen. Aber eine gewisse Freistellung von Arbeitskräften wird ohne Zweifel nötig, entweder direkt in den Leichtmetallindustrien oder als eine Sondereinschränkung des Arbeitskraftbedarfes der Stahlindustrie.

Was diese Produktionseinschränkungen an freigelegter Arbeitskraft bedeuten würden, ist schwer zu sagen. Wir wollen jedoch, um die Kalkulation zu Ende führen zu können, annehmen, dass die Herabsetzung der Arbeiternachfrage in der Kriegsindustrie ungefähr 5 Millionen Arbeiter oder etwas darüber betragen wird, wovon mindestens 80 Prozent aus den vier grossen Gruppen der Flugzeug-, Schiffsbau-, Eisen- und Stahl- sowie Maschinenindustrie kommen würden.

Die Arbeiternachfrage in gewissen anderen Industrien, die während des Krieges zurückgehalten wurden – die Papier-, Textil-, Leder-, Glas-, Möbelindustrien u.a. –, würde jedoch steigen, vermutlich um ungefähr eine Million oder etwas mehr. Die gesamte Industrie würde dann zusammen 4 Millionen Arbeiter freigeben. Dies würde einer Totalbeschäftigung innerhalb der eigentlichen Industrie von 14 Millionen Arbeitern gegenüber 18 Millionen heute und 10 Millionen vor dem Kriege entsprechen, was, mit Rücksicht auf die Entwicklungstendenzen, offenbar eine sehr optimistische Annahme ist.

Weiter können im Transportwesen beinahe eine halbe Million Mann

freigemacht werden. Die Krisenadministration und die umfangreiche föderative Verwaltung müssten mehr als eine Million Mann verabschieden können. Rechnen wir diese Posten zusammen – 9 Millionen aus der Kriegsmacht, 4 Millionen aus der Industrie, eine halbe Million aus dem Transportwesen und 1 Million aus der Staatsverwaltung – dann erhalten wir total 14,5 Millionen freigemachte Arbeitskräfte.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass diese Zahl für die notwendigen Veränderungen innerhalb der Produktion ein Minimum ist. Die ganze Kalkulation setzt ja die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung voraus. Entsteht Arbeitslosigkeit, dann wird eine entsprechend grössere Menge an Arbeitskräften freigestellt. Es ist ausserdem eine Nettozahl, die nur die Unterschiedszahl der Veränderungen zwischen den angegebenen grossen Beschäftigungsgebieten darstellt. In Wirklichkeit werden – auch im günstigsten Fall – die Umstellungsversetzungen in Amerika ungefähr die Hälfte der Bevölkerung umfassen müssen.

Wir wollen jedoch die Kalkulation weiterführen. Wo sollen diese 14,5 Millionen Arbeitssuchender in der Friedensproduktion untergebracht werden können? Wenn wir annehmen, dass 3 bis 4 Millionen Frauen, junge Menschen und zu alte Personen sich freiwillig zurückziehen aus der Produktion, dann bleiben noch 11 Millionen. Vielleicht 1 Million wird zur Landwirtschaft zurückgehen, trotzdem es von allen rationellen Gesichtspunkten aus falsch ist. Bei Vollbeschäftigung müsste der Handel 2 bis 3 Millionen Menschen mehr Arbeit geben als unter dem jetzigen Druck des Krieges auf den Arbeitsmarkt. Andere «Service-Industrien» – darin einberechnet Diener und Hausmädchen u.a. – müssten unter günstigen Verhältnissen weitere 3 Millionen absorbieren können. Dann bleiben noch 4 bis 5 Millionen.

Die Zahl der Arbeitslosen kann natürlich nicht unter 1 Million liegen wie jetzt, sondern sie wird auf 3 Millionen steigen. Dann bleiben nur noch 2 bis 3 Millionen übrig. Diese müssen in der Bauindustrie untergebracht werden. Während des Tiefstandes im Kriege beschäftigt diese Industrie nur eine halbe Million Mann. Nach dem Kriege müsste somit die

Arbeitsmöglichkeit in der Bauindustrie auf ungefähr 3 Millionen Mann gesteigert werden. Da man berechnet, dass für jede Million Bauarbeiter der jährliche Wert der auszulösenden Bausumme 5 Milliarden Dollars beträgt, würde dies ein Bauprogramm von ungefähr 15 Milliarden Dollars erfordern.

Und damit ist das Zauberkunststück vollbracht. Die Friedensbilanz in der Wirtschaft ist erreicht. Kalkulationen dieses Typs begegnet man häufig in Amerika. Variationen in den Zahlen spielen eine unbedeutende Rolle für den Zweck der Kalkulationen, die eine übersichtliche, aber realistische Vorstellung davon geben sollen, was die Friedensumstellungsaufgabe wirklich bedeutet. Aber als «Beweis» für den Friedensoptimismus sind die Kalkulationen vollkommen untauglich. Die ganze Analyse ist statisch. Sie überspringt einfach die Art, wie es zugehen soll – durch eine Entwicklung in der Zeit. Als Erklärung mit dem Zweck, Zutrauen zur Konjunktur der Nachkriegszeit zu schaffen, ist die Analyse nur ein «begging the question»: Sie setzt die Wahrscheinlichkeit dessen voraus, was wahrscheinlich gemacht werden soll.

Die Analyse setzt Vollbeschäftigung voraus und studiert bei der Realisierung dieser Voraussetzung nur das ungefähre Ausmass der Nachfrage. Nehmen wir nun stattdessen an, dass keine Vollbeschäftigung möglich sei. Dann wird in allen Industriezweigen die Freistellung von Arbeitskräften grösser. Und die Möglichkeit, die Arbeitskräfte unterzubringen, wird beinahe überall geringer. Es kommt dann zur Arbeitslosigkeit, was nur ein anderer Ausdruck dafür ist, dass keine Vollbeschäftigungsmöglichkeit vorhanden ist.

Und doch ist diese Kalkulation sehr nützlich. Sie gibt unserem planmässigen Denken Konkretheit. Wir wollen jetzt die Rechnung noch einmal machen, aber diesmal vom Einkommen- und Produktionsstandpunkt statt vom Beschäftigungsstandpunkt aus. Ich folge dabei der glänzenden Studie, die im «Bureau of Foreign and Domestic Commerce» im «Department of Commerce», Amerikas Handelsdepartement, von S. Morris Livingston ausgeführt wurde und welche in Amerika die Bibel der ge-

schäftsoptimistischen Nachkriegsplanung geworden ist: «Markets after the War», veröffentlicht im Frühjahr 1943.

Livingstons Studie ist eine Projektion auf die Friedenszeit des Begriffes «Vollbeschäftigung». Er wählt das Jahr 1946, aber die Kalkulation kann sich ebensogut auf ein anderes Jahr beziehen. Er definiert die Vollbeschäftigung ungefähr auf folgende Weise: Im Jahre 1940 gab es 9 Millionen Arbeitslose und 46 Millionen Beschäftigte. Auf Grund der Bevölkerungszunahme erhöht sich die zivile Arbeitskraft um 2,5 Millionen Personen. Der grösste Teil der Frauen, Kinder und Greise, die vor dem Kriege nicht in Arbeit standen, wird vom Arbeitsmarkt verschwinden, was einen Minusposten von 5 Millionen ergibt. Die Wehrmacht wird 2 Millionen Mann fordern gegen weniger als eine halbe Million vor dem Kriege. Man nimmt an, dass die Arbeitslosigkeit 2 Millionen Personen betreffen wird. Die notwendige Zunahme, gegenüber 1940, an Beschäftigung von Arbeitskräften bei vollem Einsatz wird dann nach dieser Definition für 1946 ungefähr 10 Millionen Mann betragen.

Man nimmt an, dass die Produktivität je Arbeitsstunde jährlich um 2,5 Prozent steigen wird. Dabei wird vorausgesetzt, dass die wöchentliche Arbeitszeit auf 38 Stunden – auf den Durchschnitt von 1940 – zurückgeht. Das Bruttonationaleinkommen, umgerechnet auf den Geldwert von 1940, wird dann ca. 142 Milliarden betragen im Verhältnis zu 97 Milliarden Dollars im Jahre 1940. Umgerechnet auf den Geldwert von 1942 wird es ca. 165 Milliarden ausmachen. Bei stabiler Vollbeschäftigung würde das Nationaleinkommen jährlich um 3 Prozent steigen, was bedeutet, dass im Jahre 1948, wenn die Berechnungen stattdessen für dieses letztere Jahr gegolten hätten, die entsprechende Zahl für das Bruttoeinkommen 149 Milliarden Dollars im Geldwert von 1942 werden würde. Durch Korrelationsberechnungen auf viele Jahre zurück verteilt Livingston danach die Totalproduktion, die der Vollbeschäftigung in verschiedenen Produktionszweigen und Produkten entspricht. Er kann dadurch das Programm der Vollbeschäftigung in konkrete Produktions- und Investierungspläne für die verschiedenen Industriezweige übertragen.

Livingston unterstreicht ausdrücklich, dass dies keine Voraussage für die Zukunft sei. Die Kalkulation zeigt nur, was Vollbeschäftigung bezüglich der Produktion verschiedener Bedarfsartikel bedeuten würde. Umgekehrt weist er nach, dass im Falle eines gleichen realen Produktionsvolumens im Jahre 1946 wie im Jahre 1940 – was durchaus kein absolut schlechtes Jahr war im Vergleich mit den dreissiger Jahren – die Arbeitslosigkeit insgesamt beinahe 20 Millionen erfassen würde, nämlich: 9 Millionen, die 1940 arbeitslos waren, *plus* 2,5 Millionen, um die die Arbeitskraft gewachsen ist, *plus* 8 Millionen, die durch die Steigerung der Produktivität per Arbeitsstunde freigemacht würden. Selbst bei einer Arbeitswoche in der Industrie von nur 33 Stunden statt 38 im Jahre 1940 und 45 heute, würde die Arbeitslosigkeit bedeutend mehr als 13 Millionen umfassen, wenn das Nationaleinkommen im Jahre 1946 das Niveau von 1940 nicht überstiegen hat.

Livingstons äusserst interessante Studie gab mir Anlass zu zwei Fragen von Bedeutung für die Beurteilung der Konjunkturaussichten nach dem Kriege. Die erste Frage ergab sich aus der Tatsache, dass eine ganze Reihe privater Industrien und Industriebranchen Livingstons Ziffern für Nationalproduktion und Nationaleinkommen übernahmen, und auf der Basis dieser allgemeinen Konjunkturvoraussetzungen eingehende Kalkulationen ihrer eigenen Produktion und Investitionen auf stellten. Ich fragte mich, wie die Resultate dieser Kalkulationen, wenn sie nachher zusammengestellt werden, mit den Totalziffern übereinstimmen. Die Antwort war, dass sie auf einer bedeutend niedrigeren Stufe stehen, als für die Erfüllung der Voraussetzungen gefordert werden könnte.

Das bedeutet, dass die Unternehmer nur an eine Vollbeschäftigung im Allgemeinen glauben. Jeder meint, alle anderen werden *so handeln*, dass es zu einer Vollbeschäftigung kommt, während in Wirklichkeit jeder für sich selbst Pläne hegt, die seinen eigenen Anteil an der entsprechenden Produktion nicht verwirklichen. Würden somit die unter der allgemeinen Voraussetzung der Vollbeschäftigung auskalkulierten Pläne verwirk-

licht, dann wäre das Resultat, dass die Vollbeschäftigung der Kriegszeit nicht beibehalten, sondern von Produktionsrückgang und Arbeitslosigkeit abgelöst würde. Die Depressionsschraube würde sich nach unten in Bewegung setzen – mit der traurigen Folge, dass die Produktionspläne nach wohlbekannter Art an allen Ecken und Kanten noch mehr beschnitten würden.

Meine andere Frage ging von Livingstons Feststellung aus, dass die Vollbeschäftigung nach dem Kriege im Vergleich zur Vorkriegslage so gut wie unmittelbar eine ungefähr fünfzigprozentige Steigerung der Totalproduktion und des Nationaleinkommens bedeuten würde. Woher sollen die Kaufkraft und Nachfrage kommen, die diese Nachkriegskonjunktur tragen sollen, wenn der Staat nicht mehr beinahe die Hälfte des Nationaleinkommens für den Krieg verlangt? Diese Frage gilt natürlich in erster Linie der Lohnbildung. Ist es wirklich wahrscheinlich, dass die amerikanischen Unternehmer vor das Land hintreten und bekümmert erklären sollen, die ernste ökonomische Lage zwingt sie, eine gewaltige Steigerung des Lohnniveaus vorzuschlagen, damit Aussicht bestehe auf eine ausreichende Kaufkraftunterlage für die Produktion bei Vollbeschäftigung? Sowas geschieht doch nicht im wirklichen Leben und kaum in der Märchenwelt.

Und wir müssen die Unternehmer als individuelle Arbeitgeber verstehen. Sie stellen jetzt stattdessen Forderungen auf Lohnherabsetzungen und heben hervor, dass während des Krieges die Preise der Industrieprodukte auf Grund der Preiskontrolle und der Konkurrenz viel weniger gestiegen seien als die Arbeitslöhne. Wenn dennoch und trotz zehnfacher Steuererhöhungen die totalen Nettogewinne der Industrieunternehmen um mehr als das Doppelte gestiegen sind, so liegt das ausschliesslich daran, dass das kräftig gesteigerte Produktionsvolumen eine verbesserte Kapazitätsausnutzung und infolge unveränderter Kosten erhöhte Gewinne zur Folge hatte. Auf die produzierte Einheit ist der Nettogewinn der Gesellschaften faktisch um ungefähr 10 Prozent heruntergegangen.

Aber da sie also in ihrer Lohnpolitik sich nicht auf eine fortgesetzte Vollbeschäftigung zu verlassen wagen oder da sie meinen, sie könne auf

alle Fälle nur durch gesenkte Produktionskosten gesichert werden, hilft es überhaupt nicht, wie sehr sie auch an die Vollbeschäftigung und an die Stabilisierung der Hochkonjunktur im Allgemeinen glauben. Dadurch, dass die Löhne nicht erhöht werden, und noch mehr durch Lohnsenkungen, beseitigt man nämlich die Kaufkraftunterlage für die Vollbeschäftigung, und die Depressionsschraube beginnt nach unten zu arbeiten.

Das Problem der Kaufkraftunterlage für eine fortgesetzte Hochkonjunktur nach dem Kriege ist jedoch noch schwieriger. Wir wollen annehmen, dass der einzelne Unternehmer aus einer Generosität, die vom Standpunkt jedes Einzelnen aus waghalsig und geradezu unverantwortlich erscheinen muss, nicht eine Lohnsenkung anstrebte, sondern sogar eine gewisse Lohnerhöhung zuliesse. Wir wollen weiter annehmen, dass der Staat durch Kaufkraftzuschüsse, erreicht durch fortgesetzte kräftige Unterbilanz im Budget, das ausfüllt, was doch möglicherweise an Einkommen fehlt, um die fortgesetzte Hochkonjunktur zu tragen. Selbst mit solchen bewusst wirklichkeitsfremden Annahmen erscheint es unglaublich, dass die Konsumenten genügend Zukunftsglauben zeigen und genügend Intelligenz, Phantasie und Kultur haben würden, um wirklich *so schnell und so sehr* ihren Lebensstandard zu steigern, wie es erforderlich wäre für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung.

Die Konsumtion um 50 Prozent steigern ist ein Kunststück, das viel höhere Anforderungen an die Konsumenten stellt, als man durchschnittlich in irgendeinem Lande voraussetzen kann. Wir dürfen nicht glauben, dass es von selbst geht. Um dieses Resultat zu erreichen, genügt es, mit anderen Worten, nicht, eine ausreichende Einkommensunterlage zu schaffen. Wenn die Konsumenten ihre Einkünfte nicht in genügendem Masse ausgeben, dann wird die Hochkonjunktur dennoch wie ein Kartenhaus zusammenfallen, wenn die Kriegsnachfrage zurückgeht.

Diese besondere Schwierigkeit, die an der mangelnden Einkommensunterlage und an den starren Konsumtionsgewohnheiten liegt, ist in Amerika gerade jetzt ausserordentlich gross aufgrund einer zehnjährigen

Stagnation vor dem Kriege. Obgleich die Produktivitätssteigerung kräftig fortsetzte, wies nämlich Amerika während der ganzen dreissiger Jahre keine entsprechende Lebensstandardsteigerung auf. Für Amerika gilt es deshalb nicht nur, das nachzuholen, worauf man während des eigentlichen Krieges verzichtet hat, sondern die akkumulierte, durch die Produktionstechnik bedingte, wenngleich während voller fünfzehn Jahre nicht verwirklichte Lebensstandardsteigerung zuwege zu bringen.

Und da die Ausgangslage eine Hochkonjunktur ist, muss diese Lebensstandardsteigerung schnell geschehen und kann nicht wie während einer Konjunktorentwicklung langsam vor sich gehen. Denn sonst wird die kumulative Depressionsschraube nach unten in Bewegung gesetzt.

DIE KONJUNKTURAUSSICHTEN NACH DEM KRIEGE

Nach diesen Anmerkungen, die zunächst an statische Fragestellungen anknüpften, will ich jetzt kurz versuchen, das Umstellungsproblem von dynamischen Gesichtspunkten aus direkter zu beleuchten, d.h. ich will die besonderen Faktoren der eigentlichen ökonomischen Entwicklung, welche die Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft mit sich bringen soll, kritisch analysieren. Der Bequemlichkeit halber scheidet ich diese Faktoren in solche, die für die Aufrechterhaltung der Hochkonjunktur günstig und in solche, die ungünstig scheinen.

Unmittelbar nach Kriegsschluss wird es eine Reihe von Umständen geben, die ihrerseits dazu beitragen könnten, die Nachfrage während der eigentlichen Übergangszeit hochzuhalten. Die Notwendigkeit, leere Lager bis zum normalen Umfang aufzufüllen, kann vielleicht für einige Jahre eine Nachfrage im Werte von 10 Milliarden Dollars schaffen.

Auf derselben Ebene liegt der aussergewöhnliche Bedarf an amerikanischen Produkten in verschiedenen Ländern und der Warenbedarf, den die Nothilfearbeit der UNRRA auslösen wird. Wie gross Amerikas unmittelbarer Nachkriegsexport sein wird, ist unmöglich exakter vorauszusagen. Aber da er sich teilweise vor allem auf Waren einstellen wird, die während der Übergangszeit auch in Amerika knapp sein werden, ist es wahrscheinlich, dass er nicht den jetzt während des Krieges hochgetriebenen und hauptsächlich von Amerika selbst durch die Pacht- und Leih-Verwaltung finanzierten Export, der vor 1943 bis ungefähr zu 13 Milliarden Dollars betrug, erreichen wird. Da wird es sich also – im Gegensatz zu dem, was die öffentliche Diskussion gewöhnlich behauptet – um eine Kaufkraftverringerung handeln.

Die grössten Hoffnungen knüpft man jedoch an die grosse «deferred demand», die Nachfrage nach allen möglichen beständigen Verbrauchsartikeln, die während des Krieges auf gespart wurden. Es handelt sich um alle Arten von Industrieprodukten, von Küchengeräten bis zu Automobilen. Im Jahre 1941 liefen z.B. 27 Millionen Personenautos. Anfang

1945 dürfte der normale Abgang den Autopark auf 20 Millionen Wagen reduziert haben. Währenddessen hat jedoch die Bevölkerung etwas zugenommen, aber andererseits ist das Autokapital weniger als normal in Anspruch genommen worden.

Der Autobedarf variiert natürlich auch mit den Konjunkturen. Sollte Livingstons Idealbild mit einem Nationaleinkommen von 142 Milliarden Dollars – Geldwert von 1940 – im Jahre 1946 verwirklicht werden, so wäre 1945 ein Wagenpark von 32 Millionen Personenautos erforderlich, um der Nachfrage gerecht werden zu können. Als weitere Illustration mag dienen, dass bei einer Untersuchung über die öffentliche Meinung 53 Prozent der amerikanischen Familien behaupteten, sie würden – «wenn der Krieg morgen zu Ende wäre» – ein oder mehrere «major articles» einkaufen, worunter sich 2⁶ Millionen Autos im Werte von 2,3 Milliarden Dollars und für ca. 1 Milliarde «household appliances» befanden.

Diesen hintangesetzten Bedürfnissen gegenüber stehen die gewaltigen Ersparnisse in liquider oder realisierbarer Form. Es ist eine offene Frage, in welchem Masse sie als Kaufkraft auf dem Markt wirklich in Erscheinung treten werden. Ich persönlich glaube nicht an eine Kaufkraftexplosion, sondern ich bin der Ansicht, dass der grösste Teil der Ersparnisse als Kapital bewahrt bleibt. Durch die grössere Sicherheit, die diese Ersparnisse verleihen, werden jedoch die Menschen im höheren Masse ihr Einkommen verbrauchen, ohne für die Zukunft besorgt sein zu müssen, was für die Entwicklung auf längere Sicht sehr wichtig ist. Auf kurze Sicht wird es auf alle Fälle genügende Mittel zu einer schnellen Befriedigung der grossen hintangesetzten Bedürfnisse geben, soweit sie sich geltend machen.

Wir müssen uns jedoch davor hüten, die Grössenordnung dieses Faktors zu übertreiben. Alvin Hansen rechnet damit, dass die totale Nachfrage nach Konsumtionskapital während der ersten zwei Jahre im Durchschnitt ungefähr 10 Milliarden Dollars betragen wird. Unter sehr günstigen Umständen könnte sie auf 13 bis 14 Milliarden steigen. Im Augenblick hält sich die Nachfrage auf ca. 3 Milliarden Dollars, und 1937 betrug sie 7,6 Milliarden.

Wir müssen ebenfalls daran denken, dass auch in diesem Falle die erhöhte Nachfrage nicht eine Beschäftigungszunahme zur Folge haben wird, sondern nur eine Einschränkung des Beschäftigungsrückganges. Die Industrien, um die es sich hier handelt, gehören zu den typischen Kriegsindustrien, und im Grunde genommen ist die Produktion von beständigen Konsumtionswaren aus diesem Anlass so stark eingeschränkt worden. Wenn somit die Autoproduktion auf 8 Millionen Wagen jährlich erweitert werden sollte (gegen 6 Millionen im Spitzenjahr 1937), so würde die Autoindustrie doch genötigt sein, mehrere hunderttausend Arbeiter zu entlassen. Dieser Umstand wird in den Diskussionen der Öffentlichkeit oft übersehen.

Zu den wichtigsten günstigen Umständen gehören die Hoffnungen auf eine lebhaftere Bau- und Anlagetätigkeit. Die ökonomische Stagnation der dreissiger Jahre und die Produktionseinschränkungen während des Krieges, die natürlich den Wohnungsbau hart betroffen haben, schaffen unmittelbar nach dem Kriege alle Voraussetzungen für eine Bau-Hausse.

Das ganze schwierige Problem, eine genügend schnelle und kräftige Steigerung des Lebensstandards zustande zu bringen, um die Produktion auf Vollbeschäftigung halten zu können, hängt im Grunde genommen von der Möglichkeit ab, einen wesentlichen Teil dieser Steigerung auf den Wohnungsstandard zu übertragen. Dies beruht auf zwei Umständen. Wohnungen als sehr beständiges Kapital erfordern Investierungskosten und folglich eine Produktion, die um das Vielfache grösser ist als die unmittelbare Lebensstandardssteigerung. Ein gesteigerter Wohnungsstandard zieht weiter viele andere Bedürfnisse an gesteigertem Lebensstandard in Bezug auf Möbel, Hausgerät usw. nach sich.

Quantitativ wird jedoch der Wohnungsbau unter den günstigsten Umständen und mit Hilfe einer kraftvollen öffentlichen Wohnungspolitik um höchstens 5 Milliarden Dollars jährlich gesteigert werden können. Eine so hohe Investierungssumme würde bedeuten, dass der Wohnungsbestand jährlich um 1,25 Millionen Familien Wohnungen zunehmen würde, was eine sehr hohe Zahl ist.

Auf Grund der grossen Investitionen in der Kriegsindustrie während des Krieges kann man kaum damit rechnen, dass die übrige private Bautätigkeit – inklusive Umstellungsinvestitionen – mehr als 2-3 Milliarden Dollars in Anspruch nehmen kann. Zum Vergleich mag angeführt werden, dass die Auslagen für die «business plant construction», darin auch die Investitionen der Landwirtschaft und des Handels inbegriffen, während der zwanziger Jahre im Durchschnitt 3,9 Milliarden Dollars jährlich betragen, während die entsprechende Zahl für die Periode 1936-39 nur 1,9 Milliarden ausmachte.

Es wäre also ein Zuschuss an öffentlichen Arbeiten – föderativen, staatlichen und kommunalen – von 7-8 Milliarden Dollars erforderlich, damit die Bauproduktion auf ein Volumen von 15 Milliarden kommt, die ich oben angegeben habe als ihren Anteil auf längere Sicht an der Totalproduktion bei Vollbeschäftigung.

Alvin Hansen, der unter den amerikanischen Ökonomen den Ernst der Lage am deutlichsten sieht und der besonders die Notwendigkeit einer kühnen Wohnungspolitik betont hat, um die Beschäftigungsprobleme der Nachkriegszeit zu lösen, hat sich mit dem Wunsche eines totalen Bauprogramms von 10-12 Milliarden Dollars begnügt und hofft, dass dies während der ersten beiden Nachkriegsjahre ausreichen wird, während die Auffüllung der Lager und der aussergewöhnliche Export nach seinen Berechnungen noch einen grossen Umfang haben werden. Danach würde jedoch das Bauprogramm für einige Jahre und bis das allgemeine Einkommens- und Lebensstandardniveau seinen frühern Stand eingeholt hätte, auf 15-18 Milliarden Dollars erhöht werden müssen, wovon dann nach Hansens Auffassung der Wohnungsbau 7-8 Milliarden beanspruchen würde, während gleichzeitig der Bau von Schulen, Krankenhäusern usw. relativ noch mehr erweitert würde. In Amerika sind die politischen Voraussetzungen für die Verwirklichung solcher Programme jedoch kaum vorhanden.

Es herrscht dagegen ziemlich grosse Einigkeit darüber, dass die Arbeitslosen diesmal eine reichlich angemessene Unterstützung bekommen müssen. Nach diesem Kriege wird es ungefähr 15 Millionen

Kriegsveteranen geben. Zusammen mit ihren nächsten Angehörigen werden sie in der Politik eine dominierende Stellung einnehmen. In mancher Hinsicht werden sie wahrscheinlich reaktionär sein. Aber in Bezug auf die Unterstützung ist zu erwarten, dass sie Generosität verlangen werden. Diese Politik wird natürlich ihrerseits zur Erhöhung der Kaufkraft beitragen.

In Amerika rechnet man allgemein damit, dass der Krieg im Stillen Ozean nach Abschluss des Europakrieges noch mindestens ein oder wahrscheinlich zwei Jahre dauern wird. Diese Vermutung wird auffallenderweise unter den günstigen Konjunkturfaktoren angeführt. Dafür gibt es zwei Gründe. Erstens können dann immer noch bis auf Weiteres zahlreiche Preis- und Produktionskontrollen aufrechterhalten werden. Zweitens werden die durch Unterbilanz und Krediterweiterung finanzierten Kriegsausgaben, die ja die gewaltsame Hochkonjunktur getragen haben, nicht so plötzlich wegfallen, sondern sie werden anfangs nur von ungefähr 100 Milliarden auf 60 Milliarden sinken.

Es ist recht merkwürdig, diese allgemeinen Argumente in Gesprächen mit Persönlichkeiten zu hören, die in der siegreichen Propaganda für die schnellste Beseitigung der Staatseingriffe und für gesunde Finanzen als notwendige Voraussetzungen, um die heilenden Kräfte des freien Wirtschaftslebens zur Geltung zu bringen, eine führende Stellung einnehmen. Die Meinung ist, dass die langsamere Abwicklung des Krieges dieser Umstellung die notwendige Frist gewährt. Es wird allgemein zugegeben, dass, wenn die Japaner so klug wären, den Kampf aufzugeben, nachdem Hitler besiegt ist, dies in Amerika zu einer Wirtschaftskatastrophe führen würde.

Von gleicher, etwas ironischer Art ist der Hinweis auf die grossen föderativen Ausgaben auch nach der Wiederherstellung des Friedens. Wenngleich die Dinge in der breiten Öffentlichkeit diskutiert werden, herrscht unter den Einsichtsvollen in verschiedenen Lagern allgemeine Einigkeit darüber, dass die staatliche Nachfrage, die sich jetzt auf der Höhe von 100 Milliarden Dollars hält und nach Beendigung des Japan-

krieges schätzungsweise auf 60 Milliarden Dollars fallen wird, nach Schluss des Krieges kaum auf unter 30 Milliarden gebracht werden kann.

Allein die Zinsen auf den Staatsschulden werden nach dem Kriege eine Mehrausgabe von ungefähr 5 Milliarden Dollars erfordern. Die im Verhältnis zur Vorkriegszeit erhöhten Verteidigungsausgaben können sich kaum unter 6 Milliarden halten. Die Pensionen und andere Entschädigungen für die Kriegsveteranen werden mindestens 2 Milliarden erfordern. Der geplante Ausbau der Sozialversicherungen – von der öffentlichen Meinung unterstützt – wird weitere 3-4 Milliarden Dollars beanspruchen.

Schon diese Ausgabenerhöhungen betragen somit 16-17 Milliarden Dollars. Hinzu kommen neue Ausgaben von annähernd gleicher Höhe für die Unterstützungspolitik, das Schulwesen, die Gesundheitspflege, die Wohnungspolitik usw. Wir müssen uns hier daran erinnern, dass das föderative Budget der dreissiger Jahre, trotzdem der New Deal eine Unterbilanz herbeiführte, um Kaufkraft zu schaffen und die Produktion anzuregen, nur ungefähr armselige 8-9 Milliarden Dollars betrug, also nur ein Drittel dieser hohen Ausgaben.

Es klingt, wie gesagt, etwas ironisch, in Gesprächen von den hohen Staatsausgaben nach dem Kriege zu hören und sie dann von den Vorkämpfern für gesunde Finanzen als Trost angeführt zu wissen. Offenbar meint man, wenn man es auch nicht gern gerade heraus sagt, dass die Staatsausgaben nicht durch die wirklichen Staatseinkommen gedeckt werden, wenigstens solange nicht Wohlstand und Vollbeschäftigung gesichert sind. Tatsache ist, dass in Amerika die Forderung nach einem ausgeglichenen Budget in der letzten Zeit immer mehr in den Hintergrund gedrängt worden ist und in Diskussionen nur eine abstrakte Formulierung findet. Stattdessen überbietet man sich in der Forderung, zum Zwecke der Produktionssteigerung Steuerherabsetzungen zu verlangen.

Gleichzeitig verbreitet sich die Auffassung, dass eine grosse und wachsende Staatsschuld ökonomisch vorteilhaft sein kann, indem sie den Amerikanern das Gefühl des Reichtums verleiht und ihre Bereitwilligkeit stärkt, ihre Einkommen zu verbrauchen, in schlechten Zeiten

auch noch etwas mehr, was alles dazu beiträgt, den Bedarf aufrechtzuerhalten und zu stabilisieren. Ich wage hier vorauszusagen, dass wir in Amerika – ganz abgesehen davon, wie die Stellungnahme der Parteien im Kongress sich entwickeln wird – auf lange Zeit oder wenigstens in diesem Jahrzehnt kein ausgeglichenes Unionsbudget wiedersehen werden.

Damit sind die von einem kurzfristig konjunkturpolitischen Standpunkt aus günstigen Konjunkturfaktoren durchgegangen. Ich gehe nun zu den ungünstigen über.

Es ist für die überoptimistische Einstellung, von der ich sprach, bezeichnend, dass die ungünstigen Faktoren in der allgemeinen Diskussion einen sehr bescheidenen Platz einnehmen. Es wird z.B. sehr selten darauf hingewiesen, dass man am Anfang der Nachkriegszeit mit einem starken Kaufkraftausfall rechnen muss. Während des Umstellungsprozesses wäre selbst dann eine grosse Arbeitslosigkeit zu erwarten, wenn es darnach möglich sein sollte, die Entwicklung der Wirtschaft ziemlich schnell in die Richtung der Vollbeschäftigung zu leiten. Die Soldaten werden zwar ihre Abschiedsprämien bekommen, und die Arbeitslosenunterstützung wird allgemein hoch sein. Aber trotz allem wird diese, als Folge der Umstellung eintretende Arbeitslosigkeit eine Einkommensverminderung bedeuten, wenigstens für kürzere Zeit.

Im Weiteren sind die Arbeitslöhne gerade in der Kriegsindustrie besonders hoch gewesen. Schon aus diesem Grunde wird das Schrumpfen der Kriegsproduktion eine kräftige Tendenz zur Senkung des durchschnittlichen Arbeitslohniveaus bedeuten. Die Rückkehr zur normalen Arbeitszeit wird ausserdem zu einem mehr als verhältnismässigen Verdienstaufschlag führen, da die Überstunden mit 50 und 100 Prozent Zuschlag bezahlt worden sind.

Nun ist es zwar wahr, dass die Menschen während des Krieges grosse Ersparnisse gemacht haben und dass ein gewisser Teil dieser zusammengesparten Mittel sich in den Händen der Arbeiterfamilien befindet. Aber der unmittelbare Rückgang der Arbeitereinkommen hat trotzdem

zur Folge, dass die Zahlen für die hintangesetzte Nachfrage und für die Sparmittel, welche die Allgemeinheit nach Kriegsschluss als aktive Nachfrage einsetzen würde, nicht den Nettzuschuss an Kaufkraft darstellen, sondern in erster Linie nur einen Kaufkraftzuschuss als Gegengewicht gegen den Kaufkraftausfall, der ein ebenso sicherer Faktor im Umstellungsprozess ist.

Es ist auch beunruhigend, dass die ganze Konjunkturdebatte – sogar Unter Ökonomen vom Fach – sich meistens nur um die Gesamtsituation dreht. Man versucht davon abzusehen, dass Amerika nach dem Kriege ja Englands «depressed areas» aus der Zeit nach dem letzten Kriege in riesenhaft vergrößerter Form bekommen muss. Seit 1940 ist die Bevölkerung in 30 sogenannten «war centers» um 10-60 Prozent gewachsen.

Wenn die Flugzeugproduktion und der Schiffsbau auf einen Bruchteil ihres jetzigen Umfangs schrumpfen, dann müssen gewisse Gebiete in den Westküstenstaaten Kaliforniens, Oregons und Washingtons sehr hart betroffen werden. Es wäre nicht unglaublich, dass jeder zweite Arbeiter in einem Staat wie Kalifornien, der sowohl an Fläche wie an Bevölkerung ungefähr ebenso gross ist wie Schweden, arbeitslos würde.

Aber die Küste des Stillen Ozeans bekommt vielleicht doch eine kleine Galgenfrist, dann nämlich, wenn der Japankrieg nach Abschluss des Europakrieges fortgesetzt werden sollte und dadurch die Weststaaten für eine Zeitlang eine relativ grössere Bedeutung bekämen. Dagegen werden die Staaten des alten Südens unmittelbarer von Massenarbeitslosigkeit betroffen werden. Dorthin sind viele Munitionsfabriken und andere Anlagen, für die man nach dem Kriege nur schwerlich Verwendung haben wird, verlegt worden. An der Küste, nach dem Golf von Mexiko zu, befinden sich auch grosse Schiffswerften. Die Überbevölkerung und die Armut in den umliegenden Landwirtschaftsbezirken werden die Situation verschlimmern. Es gibt auch andere Industriegebiete, verstreut in Neu-England und im Mittleren Westen, die von der Liquidierung der Kriegsindustrie hart betroffen werden.

Für die amerikanische Wirtschafts- und Sozialpolitik stellt sich das

gewaltige Problem, die Arbeitskräfte zwischen den Industrien und den geographischen Regionen schnell zu verpflanzen und ein neues Gleichgewicht herzustellen. In der alten, ich hätte fast gesagt «guten», Zeit, als die amerikanische Wirtschaft in raschem Wachstum begriffen war, hatte Amerika eine besonders grosse Arbeiterfluktuation. Man hört in Gesprächen und teilweise in den öffentlichen Diskussionen, dass viele Amerikaner, ohne viel nachzudenken, sich die Möglichkeit vorstellen, nach dem Kriege diese Tradition wiederbelebt zu sehen. Es ist jedoch viel geschehen seit der Zeit der expansiven freien Unternehmungslust und der Masseneinwanderung in Amerika, nicht zum wenigsten auf dem Arbeitsmarkt.

Ein beunruhigendes Zeichen mangelhafter ökonomischer Nachkriegsplanung – ein Resultat der unglücklichen innenpolitischen Situation Amerikas – erblickt man in der Unterlassung, diesem Umsiedlungsproblem klar in die Augen zu sehen und Massnahmen zu treffen, um es praktisch zu bemeistern. Selbst wenn – was ich persönlich nicht glaube – Amerika nach dem Kriege eine gute allgemeine Konjunktur bekäme, wird es sehr schwer sein, in den Distrikten der Arbeitslosigkeit die Arbeitskräfte in Bewegung zu setzen. Viele, die nach der paradiesischen Westküste gezogen sind, werden dort bleiben wollen, selbst wenn die Arbeitsmöglichkeiten geringer werden. Alle werden auf eine Veränderung hoffen und darauf, dass die Arbeitslosigkeit nicht gerade sie dauernd treffen werde.

Auch allgemeiner wird die Arbeitskraft sich als schwerbeweglich erweisen. Das ganze Volk ist dieses Mal, wie bereits erwähnt, auf sehr hohe Arbeitslosenunterstützung eingestellt. Und die 15 Millionen Veteranen, die gemeinsam mit ihren Angehörigen in der Politik Amerikas nach dem Kriege eine dominierende Stellung einnehmen werden, machen jede andere Linie unmöglich. Hohe Unterstützungen können vom sozialen Standpunkt aus gerechtfertigt und wünschenswert sein. Überdies sind sie eine gute Hilfe, die Kaufkraft und die Konjunktur zu unterbauen. Aber sie tragen nicht dazu bei, die Umsiedlungsbereitschaft der Arbeiter zu erhöhen. Werden dann ausserdem die Zeiten noch schwer durch den allgemeinen Mangel an Arbeitsmöglichkeiten, so wissen wir

von der Stagnation der dreissiger Jahre her, wie schwerbeweglich die Arbeitskraft nunmehr auch in Amerika ist.

Dieses Problem bekommt einen umso ernsteren Sinn, als man als sicher voraussehen kann, dass das Verhältnis zwischen den Partnern auf dem Arbeitsmarkt nach dem Kriege sehr schwierig werden wird. Die Arbeitgeber sind allgemein auf einen Lohnabbau eingestellt, und sie können zu ihrer Verteidigung hervorheben, dass das Preisniveau ihrer Produkte nicht annähernd im selben Masse gestiegen ist wie die Löhne. Die grossen Gesellschaftsgewinne sind, wie bereits erwähnt, in erster Linie ein Resultat der vollständigeren Kapazitätsausnutzung.

Andererseits haben die Arbeiter, die – mit vereinzelt grossen Ausnahmen in der Grubenindustrie und mehreren kleinen und kurzfristigen Konflikten überall in der Produktion – loyal die Vereinbarung, während des Krieges nicht zu streiken, eingehalten haben und sich auch der Lohnstopp-Politik angepasst haben, allgemein das Gefühl, dass sie nach dem Kriege ein Recht auf Kompensation haben. Schon jetzt haben die Gewerkschaftsführer alle Mühe, ihre Scharen zurückzuhalten. Der Umstand, dass die Arbeiter im Allgemeinen nach der Vollbeschäftigung durch die Kriegskonjunktur etwas Geld gespart haben, wird sie nicht weniger kampflustig machen.

Wenn wir dann die ganze Unruhe während des Umstellungsprozesses, die Massenarbeitslosigkeit in den besonderen Kriegsproduktionsdistrikten und mit grösster Wahrscheinlichkeit eine sehr verwirrte innenpolitische Situation gleichzeitig mit in Berechnung ziehen, kann das Resultat vielerorts eine Radikalisierung der Arbeiterkreise sein und auf dem Arbeitsmarkt wirkliche Zusammenstösse zur Folge haben. Leider muss man auch damit rechnen, dass die Rassenfrage dann in ihrer scheusslichsten Form auftreten wird. Eine Epidemie von böartigen und in vielen Fällen vielleicht blutigen Kämpfen auf dem Arbeitsmarkt – ganz abgesehen von den direkteren Konsequenzen – wird auf die Konjunkturentwicklung natürlich ziemlich deprimierend einwirken.

Diese Dinge liegen unausgesprochen wie Schatten über der ökonomischen Zukunftsdiskussion in Amerika, aber sie tragen dazu bei, ihr eine eigentümliche Stimmung von Unwirklichkeit und Illusionsmacherei zu verleihen. Es gibt einen Teil anderer Nachkriegssorgen, die man stattdessen umso eifriger diskutiert und für welche man sich auf eine praktische Planung vorzubereiten sucht, wenn man auch noch nicht weit gekommen ist. Angesichts der herrschenden politischen Lage ist es ganz natürlich, dass sie alle auf staatsökonomische Probleme zurückzuführen sind, die auch für die privaten Unternehmer Geschäftsprobleme sind.

Ein solches Problem ist die Disposition über die staatlichen Lager. Der Krieg als «going concern» bringt es mit sich, dass die Kriegsdepartemente ständig über unerhört grosse Vorräte aller Arten von Bedarfsartikeln verfügen: von Autos, Werkzeugmaschinen und Kontorausrüstungen bis zu Textilstoffen, Schuhzeug, Decken und Lebensmitteln. Man berechnet, dass diese Lager noch bei Abschluss des Japankrieges einen Wert von ungefähr 60 Milliarden Dollars oder gegen ein Drittel der jährlichen Gesamtproduktion des Landes ausmachen. Der grösste Teil dieser Lager besteht jedoch aus militärischen Vorräten, die für die zivile Versorgung nicht in Frage kommen.

Es geht offenbar darum, diese Lager in solcher Zeitfolge, an solchen Orten und zu solchen Preisen abzustossen, dass man den Markt für die laufende Produktion nicht zerstört. Der Bedarf an Nothilfe und der Wiederaufbau im zerstörten Europa und in anderen Teilen der Welt bietet natürlich Möglichkeiten zu einem humanitären Dumping grossen Ausmasses unter der Regie der UNRRA, selbst wenn daneben auch andere Auswege gesucht werden müssen. Ich selbst glaube, dass Amerika die Liquidierung der Lager sehr gut gelingen wird. Eine gewisse konjunkturdrückende Wirkung wird jedoch wahrscheinlich nicht zu vermeiden sein.

Ein anderes und vermutlich recht beschwerliches Liquidierungsproblem werden die bei Kriegsende noch bestehenden Lieferungsverträge für Kriegsmaterial bilden. Sie müssen annulliert und ein individueller Scha-

denersatz muss festgelegt werden. Man berechnet, dass bei Ende des Japankrieges noch nicht erfüllte Verträge bis zu einem Wert von 75 Milliarden Dollars bestehen werden. Diese Zahl ist zehnmal grösser als die entsprechende Endsumme nach Schluss des letzten Weltkrieges. Diese Verträge sind schätzungsweise auf ungefähr 100'000 Hauptlieferanten verteilt, aber diese haben ihrerseits mehr als zehnmal so viele Unterlieferanten, welche vertraglich mindestens ebenso abhängig sind. Der grösste Teil der amerikanischen Industrie ist somit in dieses kommende Riesenübereinkommen zwischen Staat und Privatunternehmen eingeschlossen.

Es ist natürlich eine Hauptvoraussetzung für eine geschmeidige Umstellung des Wirtschaftslebens, dass so früh als möglich völlige Klarheit darüber geschaffen wird, was jeder schuldig ist und zugut hat. Dies setzt eine Gesetzgebung voraus, über die man noch nicht einig geworden ist. Aber eine weitere Voraussetzung bildet ausserdem die umfassende verwaltungsrechtliche Abklärung, welche die Fragen im einzelnen Fall entscheiden soll. Und diese Entscheidungen müssen in den meisten Fällen nach Kriegsende getroffen werden, d.h. während der eigentlichen Umstellungszeit. Wenn die Lösung des ganzen Fragenkomplexes nicht weitsichtig vorbereitet wird, würden die resultierenden Streitfragen für lange Zeit ein weit grösseres Advokatenkorps beschäftigen können als Amerika es jetzt schon mit sich schleppt.

Die Diskussion über die Liquidierung der Verträge nach dem Kriege wird dadurch kompliziert, dass schon jetzt – und in steigendem Masse, je mehr wir uns dem Kriegsende nähern – die militärischen Anschaffungsorgane gezwungen werden, nach und nach gewisse Bestellungen zu annullieren. Neben der an und für sich schwer zu lösenden Entschädigungsfrage entsteht dabei das noch schwerere Problem, in welcher Reihenfolge die Annullierung zwischen den Unternehmen gegenseitig erfolgen soll. Das Unternehmen, welches als erstes nicht mehr an seinen Kontrakt gebunden ist, wird im Kampfe um den Nachkriegsmarkt vor den anderen einen Vorsprung haben.

Im Allgemeinen müssen nach der jetzt bestehenden Gesetzgebung die Verträge jener Unternehmen zuerst annulliert werden, welche mit den

höchsten Produktionskosten arbeiten, weil die Staatskasse dadurch Geld spart. Ein und dieselbe Ware wurde nämlich nicht nach einem Einheitspreis bezahlt. Oft wurden den Unternehmen die Selbstkosten und darüber hinaus eine gewisse Gewinnmarge, die sogenannte «cost-plus»-Klausel, bezahlt. Auch wenn ein fester Preis festgelegt war, variierte er und musste den Produktionskosten des Unternehmens angepasst werden. Gegen Kriegsende jedoch wird sich die Anwendung dieses Annullierungsprinzips als höchst unzweckmässig erweisen, weil dadurch die am wenigsten erfolgreichen Unternehmen den Vorteil erhielten, sich zuerst auf die Friedensproduktion umstellen zu können.

Das allerschwerste Liquidierungsproblem bildet jedoch die Frage, was mit den Fabriken zu geschehen hat, die dem Staat gehören. Diese Fabriken werden von privaten Unternehmen betrieben. Um die Kriegsproduktion so schnell und wirksam wie möglich in Gang zu bringen, kam der Staat grossenteils für die ganzen Kosten der Fabrikanlagen und der Maschinen auf und behielt als Entgelt das Besitzrecht an diesem Produktionskapital. Es handelt sich um ungeheure Beträge. Von den während des Krieges neu gebauten Fabriken, die ca. 20 Milliarden Dollars kosteten, besitzt der Staat jetzt drei Viertel oder ein Anlagekapital von 15 Milliarden Dollars.

Es stellt sich die Frage, wie man nach dem Kriege über diesen gewaltigen industriellen Produktionsapparat verfügen soll, in dessen Besitz der amerikanische Staat auf diese Weise gekommen ist. Auf wichtigen Gebieten dominiert geradezu der dem Staat gehörende Industriekomplex. Der Staat beherrscht beispielsweise 100 Prozent von Amerikas gesamter Produktion an synthetischem Gummi und hochwertigem Flugbenzin, 92 Prozent der Magnesiumproduktion, 90 Prozent der Flugzeugfabriken, 50 Prozent der Aluminiumproduktion, 50 Prozent der Produktion von Werkzeugmaschinen und dazu 10 Prozent der Stahlproduktion.

Diese Fabriken sind nicht von Krisenqualität, sondern ungemein solide gebaut und hypermodern ausgerüstet. Rund ein Drittel kann im Allgemeinen nicht damit rechnen, in Friedenszeiten irgendeine Verwen-

derung zu finden, sondern muss als Reserve zur Vorbereitung eines eventuellen nächsten Krieges zurückgestellt werden. Aber der Rest kann entweder ohne Weiteres in die Friedensproduktion eingesetzt oder – mit gewissen Kosten – auf Friedensproduktion umgestellt werden. Da der Kriegsbedarf durchaus dominierte, sind die Fabriken, mit Rücksicht auf den Bedarf der Friedensproduktion, jedoch nicht immer gut gelegen. Aber dieser Fehler besteht nicht durchgehend, und auch das ist letzten Endes eine Kostenfrage.

Was soll nun Amerika mit dem sozialisierten Sektor seiner Industrie anfangen? Ihn endgültig zu verstaatlichen, widerspricht völlig allen amerikanischen Traditionen. Der Staat betreibt ja in Amerika nicht einmal die Eisenbahnen und andere Verkehrsmittel, die Städte besitzen keine kaufmännisch geführten Kommunalbetriebe, sogar die Krankenhäuser sind oft privat. Für einen Übergang zu staatlich geführten Industrieunternehmen gibt es in Amerika im Augenblick überhaupt keine politischen Voraussetzungen, auch nicht für gemischtwirtschaftliche Betriebe mit nur einer gewissen staatlichen Kapitalbeteiligung. Amerikas natürlicher Ausweg wird sein, dass die Industrie die Anlagen übernimmt.

Aber dann entsteht die Frage der Übernahmepreise. Vielleicht in den meisten Fällen ist den Gesellschaften, welche die Fabriken betreiben, das Optionsrecht auf einen Übernahmepreis zugesichert worden, der den Anlagekosten unter Abzug eines gewissen Betrages für jährliche Abschreibungen entspricht. Die Industrie hat bereits bekanntgegeben, dass sie im Allgemeinen nicht imstande sei, so viel zu bezahlen und sie hat darauf hingewiesen, dass die Anlagekosten abnormal hoch gewesen seien während der stossweisen Bauzeit, dass die Fabriken nicht immer ideal gelegen sind, und dass viele umgebaut werden müssten, um für die Friedensproduktion anderer Erzeugnisse geeignet zu sein usw.

Die Allgemeinheit hat ein bedeutendes Interesse daran, dass diese Dinge so schnell wie möglich geregelt werden, damit der ganze Umstellungsprozess nicht ins Stocken gerät und die Depression nicht einsetzt. Wenn nun der Staat anfangen wollte, die Anlagen billig zu veräußern,

dann revoltierte jedoch die gesamte Landwirtschaft, wahrscheinlich einschliesslich der reaktionären Plantagenbesitzeraristokratie im Süden und vermutlich auch alle Kleinunternehmer (siehe unten). In diesem Zusammenhang erinnert man sich der viele Generationen zurückliegenden Korruptionsskandale, als der Staat an die Eisenbahngesellschaften grosse Bodengebiete verschenkte. Wenn aber auf der anderen Seite die Vertreter des Staates die Preisforderungen aufrechterhalten, werden die Fabriken unverkauft bleiben.

In diesem nicht zu umgehenden Dilemma haben viele vor geschlagen, die Fabriken an die Gesellschaften zu verpachten, um die Produktion nicht zu stoppen. Aber das ist natürlich auch keine befriedigende Lösung.

Dadurch wird ja nur ein politisch äusserst explosiver Anlass zur Unruhe unter dem empfindlichsten Grundpfeiler für die institutionelle Struktur des Wirtschaftslebens konserviert: das Besitzrecht an den Produktionsmitteln.

Die Situation wird unerhört kompliziert durch den selten angedeuteten Umstand, dass die Partner des Staates eigentlich nur die Riesengesellschaften sind. Von einer Konkurrenz auf der anderen Seite des Verhandlungstisches ist gewöhnlich nicht die Rede. Hier handelt es sich um Fabrikkomplexe von ungeheurem Ausmass, selbst wenn man auf Grund früher geltender amerikanischer Massstäbe urteilt.

Von den staatlich finanzierten Anlagen mit über 15 Milliarden Dollars liegen 12,5 Prozent in Unternehmen mit einem Wert von 100 Millionen Dollars und darüber per Anlageeinheit, 30 Prozent – hier also auch die 12,5 Prozent mit eingerechnet – in Anlagen von 50 Millionen und darüber. Nur 4 Prozent des gesamten Investierungskapitals liegen in – wie man sie in Amerika jetzt vielleicht nennen kann – kleinen Anlagen mit einem Wert von weniger als 1 Million Dollars. Die in Amerika häufig zu hörende Forderung, dass die Kleinunternehmen bei der Disposition über die dem Staat gehörenden Anlagen begünstigt werden müssten, ist eine reine Illusion. Kleinunternehmen können diese kolossalen Industrieanlagen nicht übernehmen und betreiben.

Dies bringt mich auf das Verhältnis zwischen Grossunternehmen und Kleinunternehmen in Amerika, ein anderes, sehr brennendes Nachkriegsproblem. Der Krieg hat eine weitere Akzentuierung der Tendenz zu Grossunternehmen mit sich gebracht, im ganzen Wirtschaftsleben die Oberhand über die Kleinunternehmen zu gewinnen.

Allein in den beiden Jahren 1941 und 1942 verringerte sich die Zahl der Arbeitnehmer bei Unternehmen mit weniger als 7 Angestellten um 35 Prozent und bei Unternehmen mit 8-20 Angestellten um 18 Prozent. In sämtlichen Kleinunternehmen – bis zu 125 Angestellten – hielt sich die Zahl der Arbeitnehmer in der Zeit vom Januar 1941 bis zum Januar 1943 konstant. Gleichzeitig stieg die Zahl der Beschäftigten in der eigentlichen Industrie um ungefähr 70 Prozent. Die Gesamtzahl der in den Vereinigten Staaten beschäftigten Arbeitskräfte nahm von Anfang 1941 bis Ende 1943 um 15 Prozent zu, d.h. sie stieg von 46 Millionen auf 53 Millionen Arbeiter.

In der Industrie wird dieser Prozess teilweise damit erklärt, dass die Verteilung der Verträge für die Kriegsproduktion die Grossunternehmen notwendigerweise besonders darum begünstige, damit das Produktionsprogramm so rasch als möglich durchgeführt wird. Während des Halbjahres nach dem Zusammenbruch Frankreichs bekamen die hundert führenden amerikanischen Grossunternehmen wertmässig 86 Prozent der Staatsbestellungen. Noch im Sommer 1943 lagen 70 Prozent der Verträge bei den hundert grössten Unternehmen. Allein der General-Motors-Konzern hatte Bestellungen für insgesamt 8,5 Milliarden Dollars erhalten. Gleichzeitig traf die während der Jahre 1941 und 1942 vorgenommene Einschränkung der zivilen Produktion die Kleinindustrie am härtesten.

Als die Grossunternehmen während der zweiten Hälfte des Jahres 1942 und während des Jahres 1943 gezwungen waren, sich nach Untertierlieferanten umzusehen, bot sich der Kleinindustrie dennoch eine Chance. Das Resultat ist, dass die Kleinindustrie augenblicklich, soweit sie es überlebt hat, die Beschäftigungsmöglichkeiten vermehren konnte, dass sie aber gleichzeitig in ein starkes Abhängigkeitsverhältnis zur Grossindustrie geraten ist.

Gleichzeitig mit der Ausbreitung der Grossunternehmen, in Amerika wie in anderen Ländern, haben monopolistische Gebilde einen grossen Schritt vorwärts tun können. Es ist ja notwendig gewesen, das Wirtschaftsleben mit den alten Instrumenten der Kartelle: den Produktions- und Preiskonventionen zentral zu regeln. Die Abteilung im Justizdepartement, deren Aufgabe es ist, im amerikanischen Wirtschaftsleben die Monopole niederzukämpfen – die *Anti-Trust Division* im *Department of Justice* – bereitet sich auf eine grossangelegte Nachkriegskampagne vor, um die Monopolringe zu brechen. Solche Bestrebungen sind in Amerika seit jeher sehr populär und in diesem Departement meint man, den Kongress sicher hinter sich zu bekommen.

Es können auch gewisse Tendenzen während des Krieges erwähnt werden, die ihrerseits nachher in antimonopolistischer Richtung wirken werden. Auf gewissen Gebieten hat die Zahl der selbständigen Unternehmungen zugenommen. Es gibt jetzt z.B. vier Gesellschaften, die Aluminium produzieren, gegen eine einzige früher. Die Erfahrungen bei den Produktionsumstellungen während des Krieges werden weiter wahrscheinlich zu einem niedrigeren Grad an fester Spezialisierung führen und damit zu einer grösseren gegenseitigen Konkurrenz zwischen den verschiedenen Industrien, die sich nicht so sehr an gewisse Produkte gebunden fühlen werden wie früher.

Vor allem weist man darauf hin, dass die Grossindustrie jetzt allgemein begriffen hat, dass die Existenz einer lebenskräftigen Kleinindustrie eine sehr wichtige ideologische Bedeutung für die Grossindustrie hat, der es sonst schwer fallen wird, sich hinter den alten individualistischen Prinzipien der Rolle des privaten Unternehmers und der Bedeutung des freien Unternehmens zu verschanzen. Ein grosser Kampf mit vielen Komplikationen steht jedoch an der Monopolfront bevor. Andere Interessenkonflikte werden aus dem Gegensatz zwischen verschiedenen Regionen und zwischen Industrie und Landwirtschaft usw. resultieren.

Ein sehr beunruhigender Umstand ist es, dass nicht nur die Lösung all dieser Probleme der Lager, der Verträge, der dem Staat gehörenden Fabriken u.a., sondern die ganze ökonomische Nachkriegsplanung bis Ende 1945 durchgeführt werden soll.

Wie ich nachgewiesen habe, ist dazu die politische Situation gerade jetzt und seit dem Herbst 1942 mehr zugespitzt als normal. Die Nation ist sich nur über die restlose Durchführung des eigentlichen Kriegsprogramms politisch einig. In den meisten innenpolitischen Fragen und besonders in Bezug auf solche, welche die Nachkriegszeit betreffen, ist die Regierung lahmgelegt durch einen gänzlich unschlüssigen, aber aufrührerischen Kongress.

Ich komme nun dazu, die zusammenfassenden Schlüsse aus meiner Analyse der Konjunkturaussichten zu ziehen. Die Schlussfolgerungen sind folgende:

Es ist sehr wahrscheinlich, dass Amerika nach dem Europakrieg eine sehr unruhige ökonomische Entwicklung erleben wird. Auf gewissen Gebieten wird Knappheit herrschen und in anderen Sektoren U eher Produktion. Die Preisentwicklung ist unsicher, und das Preisbild wird wahrscheinlich äusserst zersplittert aussehen. Innerhalb grosser Regionen wird sicher grosse Arbeitslosigkeit herrschen. Auf dem Arbeitsmarkt sind vermutlich schwere Unruhen zu erwarten. Es ist jedoch möglich, dass verhältnismässig allgemein ein «sellers market» bestehen wird, dass einer unmittelbaren allgemeinen Depression vorgebeugt wird. Aber es ist wahrscheinlich, dass innerhalb eines Zeitraumes von etwa sechs Monaten bis drei Jahren die Entwicklung in eine Krise übergehen wird. Diese Krise kann eine Kumulation der Deflationskrise vom Anfang der zwanziger Jahre und der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 bedeuten. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft ist eine weitere Produktionsknappheit zu erwarten, dazu hohe Preise während vielleicht zweier Jahre nach Schluss des Europakrieges. Aber danach droht eine Überproduktionskrise. Sie kann umso bösartiger werden und verschlimmern auf die Industriekonjunktur wirken, wenn diese ungefähr gleichzeitig droht, in Krise und Depression überzugehen.

Diese Konjunkturprognose ist natürlich unsicher wie alle Konjunkturprognosen. Die Geschichte ist niemals bestimmt, bevor sie erlebt ist. In der Zwischenzeit kann viel geschehen, das den Gang der Entwicklung verändert.

Ich will hinzufügen, dass ich die theoretische Möglichkeit eines ökonomischen Plans durchaus nicht leugne, der stattdessen die optimistischen Hoffnungen auf eine stabilisierte Vollbeschäftigung sichert, wenn diese Aufgabe für Amerika auch unermesslich schwer sein würde. Aber Amerikas politische Entwicklung wird eine solche Planung mit grösster Wahrscheinlichkeit nicht zulassen.

Die ökonomische Entwicklung Amerikas wird für die ganze Welt ernsthafte Konsequenzen haben. In erster Linie wird Amerikas Importvermögen sinken.

Amerikas Import beträgt nur ungefähr einige Prozent seines National Einkommens, aber Amerika ist trotzdem das zweitgrösste Importland der Welt. Dieser Import, der gegen 70 Prozent Rohstoffe und Halbfabrikate für die Produktion umfasst, variiert in direktem, aber etwas vergrössertem Verhältnis zur Totalproduktion.

In einer Folgestudie zu Livingstons Untersuchung, «Foreign Trade after the War», veröffentlicht im Oktober 1943 und verfasst im *Department of Commerce* von August Maffry und Hal B. Lary, wird der ganze Import für 1948 auf 6,3 Milliarden Dollars im Geldwert von 1942 berechnet, wobei Vollbeschäftigung und eine Totalproduktion im Werte von 175 Milliarden Dollars vorausgesetzt werden. Andere Zahlungen sowie Darlehen ans Ausland werden, nach dieser Berechnung, unter den gleichen, äusserst günstigen Voraussetzungen jährlich 4 Milliarden Dollars erreichen, was bedeutet, dass dem Auslande ungefähr 10 Milliarden Dollars zur Verfügung gestellt werden. Amerikas Export würde in diesem Fall jährlich bis zu 7 Milliarden Dollars betragen. Diese Zahl ist doppelt so gross wie jene von 1937, dem Spitzenjahr des letzten Jahrzehntes. Amerika war vor dem Kriege das grösste Exportland der Welt.

Die besonders interessante Frage des internationalen Handels und der

Kreditpolitik Amerikas kann hier nicht behandelt werden. Aus den angeführten sehr hypothetischen Höchstzahlen für Amerikas Aussenhandel nach dem Kriege, bei angenommener Vollbeschäftigung, ergeben sich natürlich zwei allgemeine Überlegungen.

Die eine führt zu dem Hinweis auf den bekannten Umstand, dass der Aussenhandel – auch wenn man die Möglichkeit seiner Erweiterung ins Auge fasst – für Amerikas eigene ökonomische Entwicklung auf kurze Sicht eine relativ untergeordnete Rolle spielt. Es ist zwar wahr, dass viele von Amerikas zentral gestellten Grossunternehmen für ein grösseres Interesse am Weltmarkt schon gewonnen sind. Es ist dieser Umstand, der in Unternehmerkreisen hinter der Entwicklung zu einer freihandelfreundlichen Einstellung stehen dürfte. In einem früheren Stadium des Krieges machten sich auch sehr weitgehende Pläne geltend in Bezug auf Kreditgewährung und weitgehenden Export nach wirtschaftlich noch unentwickelten Ländern. Wie aus den angeführten Höchstzahlen hervorgeht, zeigt sich jetzt eine viel kühlere Beurteilung dieser Möglichkeiten. Im Allgemeinen rechnet man nicht mit dem Aussenhandel als einem wesentlichen Hebel, um nach dem Kriege die Beschäftigung in der amerikanischen Industrie hochzuhalten.

Die andere Überlegung ist folgende: Die für Amerika kleinen Zahlen sind gross für die Welt. Gerät Amerika in eine Krise und Depression, so neigen Import und Kreditgewährung zu einer kräftigen Senkung, und das Resultat wird sein, dass die Lebensmöglichkeiten daher in der ganzen Welt verschlechtert werden. Ende der zwanziger Jahre betrug die jährliche Summe, welche Amerika der Welt durch Warenankauf und Dienste sowie durch langfristige Investitionen zur Verfügung stellte, über 7 Milliarden Dollars. 1932 war diese Summe auf 2,4 Milliarden oder auf nur ein Drittel der Summe von 1929 gesunken. 900 Millionen dieser 2,4 Milliarden bestanden aus solchen Zinsbeträgen und Kreditamortisationen, welche von den ausländischen Kreditnehmern nicht erlegt wurden. Diese Millionen waren, mit anderen Worten, ein erzwungener Kapitalexport. Wären die Zahlungen erfolgt, dann würde Amerika im Jahre

1932 der Welt einen Dollarbetrag zur Verfügung gestellt haben, der nur einem Fünftel der Summe von 1929 entspricht.

Für die Bilanz der Weltwirtschaft ist es von verhängnisvoller Bedeutung, dass – vom amerikanischen Standpunkt aus – die internationalen Geschäfte verhältnismässig bedeutungslos sind. Wie wir wissen, sind Bestrebungen im Gange, sich durch eine internationale Organisation gegen diese Weltgefahr zu sichern. Aus der im nächsten Abschnitt folgenden Darstellung der internationalen Verhandlungen über die Nachkriegsprobleme der Welt werden wir jedoch leider nicht die feste Überzeugung gewinnen, dass sie innerhalb der kurzen Zeit, die uns bleibt, um grossem ökonomischem Unglück vorzubeugen, zu einem positiven Resultat führen werden.

IV.

DIE INTERNATIONALEN VERHANDLUNGEN

DAS PROBLEM

Überall in der Welt scheint man der gleichen Ansicht zu sein, dass der zweite Weltkrieg in der Geschichte des internationalen Wirtschaftsverkehrs Epoche machen wird. Niemand scheint auf dem Weltmarkt, für den internationalen Handel, die Kapitalbewegungen, die Valuta Verhältnisse und Warenpreisbildung, eine Rückkehr zu den Verhältnissen der Zwischenkriegszeit zu erwarten. Wenige würden es wünschen, denn jene Verhältnisse werden allgemein als äusserst unbefriedigend und labil angesehen.

Für die allermeisten Beobachter gehören sie zu den ungewollten Kräften, die zum zweiten Weltkrieg führten.

Innerhalb des Kreises der Sachverständigen herrscht weiter eine relativ grosse Einigkeit über die spezifischen Irrtümer in der internationalen Wirtschaftspolitik, wie man sie in verschiedenen Staaten während des verhängnisvollen Interregnums zwischen den beiden bisher grössten Kriegen der Weltgeschichte beging, und über die allgemeine Richtung, in welcher Reformen sich entwickeln müssen. Diese Einsicht ist als allgemeine These tiefer in die Volksschichten eingedrungen als je zuvor.

Unser gesamtes Wissen über die hierhergehörenden Dinge ist bedeutend umfassender als zur Zeit des letzten Friedensschlusses. Viele Experten arbeiten emsig daran, dieses unser Wissen zu erweitern und es in praktische Vorschläge zu internationalen Übereinkommen umzusetzen. Sie sind von der gemeinsamen Überzeugung getragen, dass – wenn nicht sofort nach dem Kriege eine haltbare neue Struktur für den internationalen Wirtschaftsverkehr geschaffen wird – dem internationalen Handel die Gefahr eines autarkischen Starrkrampfes droht – ein starkes Dahinsiechen der Kapitalbewegungen und eine schädliche Politisierung dessen, was übrigbleibt, völlige Unordnung auf dem Valutagebiet, inflatorische und deflatorische Krisen- und Depressionsentwicklungen der nationalen Wirtschaftssysteme der ganzen Welt und sehr ernste internationale Spannungen, für welche der alte Ausdruck «Handelskrieg» nur eine euphemistische Umschreibung sein dürfte.

Unter diesen Voraussetzungen sollte man vielleicht erwarten, dass die internationalen Verhandlungen, die jetzt zwischen den alliierten Nationen in Washington geführt werden, sich wirklich so vorteilhaft entwickeln, wie sie uns die westliche Propaganda einreden wollte. Leider dürfte diese Auffassung unrichtig sein.

Wir können auch auf gewisse allgemeine Ursachen hinweisen, warum die Verhandlungen bisher meistens festgefahren sind und nicht vom Fleck kommen. Erstens hat natürlich dieser entsetzliche Krieg in den Menschenmassen den Barbaren losgelassen und u.a. in allen Nationen den Nationalismus gestärkt. Die sehr grossen Unterschiede in der früheren Kulturentwicklung und in den politischen Idealen der Völker, die durch historische Zufälle in den Vereinten Nationen zusammengeführt wurden, der Unterschied in den Schicksalen, die sie während des Krieges erlitten und die Ungleichheit der Bürden, die sie zu tragen hatten, waren geeignet, das gegenseitige Misstrauen zu erhöhen.

Der Krieg hat weiter Grossbritannien und Amerika, die beiden grossen Demokratien innerhalb der Vereinten Nationen, zu einer autarkischen Zwangswirtschaft genötigt, die man nicht ohne Weiteres auflösen kann. Der Handel, der geführt worden ist, und die Kredite, die unter den Vereinten Nationen gewährt worden sind, waren völlig frei von ökonomischen Motiven und standen ganz ausserhalb des Normalen. Die Zahlungsbilanzen sind in allen Ländern vollkommen aus dem Gleichgewicht gebracht worden. Die Valutakurse sind reine Fiktionen. Die Staatsfinanzen sind überall von unerhörten Schuldenlasten überbürdet. Die Banksysteme haben ihre Selbständigkeit verloren und sind meistens Reservoirs für Staatspapiere geworden, statt Kreditvermittler zwischen Sparern und Investierern zu sein.

Gleichzeitig haben alle Staaten während der Zwangswirtschaftszeit allerlei gelernt in Bezug auf die Manipulation von Produktion, Preisen, Konsumtion, Einkommen, Investitionen, Kredit und Handel. Alle Staaten sind in erster Linie verpflichtet, auf der anderen Seite der gewaltigen ökonomischen Umstellung bei Kriegsschluss ihren Nationen Vollbeschäftigung zuzusichern mit jedem beliebigen Mittel, auch dem handelspolitischen – selbst wenn die Welt untergeht.

Amerika hat eine strategische Stellung in den internationalen Verhandlungen. Washington hat die Führung übernommen. Aber in Amerika ist eine bedeutende Meinungsverschiebung eingetreten.

Vor zwei Jahren war die Einstellung des amerikanischen Volkes zu den internationalen Problemen hoffnungsvoll und sehr positiv. Amerika befand sich noch in der nationalen Krise, die durch die Pearl-Harbor-Katastrophe verursacht war. Das amerikanische Volk war damals allgemein nicht nur – wie jetzt – einig und fest entschlossen, den Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen. Man war auch bereit, seinen Einfluss zugunsten der Bestrebungen geltend zu machen, nach dem Kriege eine neue Welt aufzubauen – eine sichere, gute, demokratische Welt, frei von Not und Furcht.

Seitdem ist, wie im ersten Abschnitt dieses Buches geschildert, innerhalb und ausserhalb Amerikas viel geschehen, das die öffentliche Meinung zu einer unsicheren, beunruhigten, pessimistischen und auch national engherzigen Einstellung zu den Weltproblemen gebracht hat. Im Kongress lähmt eine Koalition von reaktionären Demokraten der Südstaaten und konservativen Republikanern Roosevelts Regierung auf innenpolitischem Gebiet und wendet sich misstrauisch gegen alle internationalen Versprechungen. Die Staatsverwaltung ist um einen grossen Teil ihrer konstruktivsten Intelligenz beraubt worden.

Die Regierung strebt emsig weiter. Ihre internationale Nachkriegspolitik sucht sie durch Propaganda und Geheimdiplomatie zu schützen. Die Politik wird nach jener Linie zurechtgelegt, die praktisch während des Krieges einzig anwendbar zu sein scheint: die neue «realistische Politik», welche ja einen Versuch darstellt, zwischen den Grossmächten Einigkeit herbeizuführen, während die universelle demokratische Organisation der verschiedenen Staaten der ganzen Welt in die Zukunft verschoben worden ist. Diese Linie ist jedoch dem moralischen Bewusstsein des amerikanischen Volkes fremd, und das erhöht die Unruhe und das Misstrauen. Als Grundlage zu dem Folgenden ist es ratsam, das zweite Kapitel über das Dilemma der Grossmachtspolitik zu lesen, das

den politischen Rahmen zu den internationalen Verhandlungen schildert, die in diesem Abschnitt näher beleuchtet werden sollen.

Auf diese Weise bereitet die eigene Logik der Geschehnisse das vor, was nun mit wachsender Wahrscheinlichkeit einer der grössten Misserfolge der Geschichte werden kann: den Frieden nach dem zweiten Weltkrieg.

DIE VALUTASTABILISIERUNG

Durch Veröffentlichung der sogenannten Keynes- und Whitepläne, Anfang April 1943, sind gewisse Ausgangspunkte für die Verhandlungen über eine internationale Valutastabilisierung einigermaßen bekannt. Eine sehr umfassende wissenschaftliche Diskussion über die ursprünglichen Pläne und das ganze internationale Valutaproblem folgte in England und vor allem in Amerika. Es wäre verlockend, über diese Diskussion etwas zu berichten und die Analyse selbständig weiterzuführen. Theoretische Geldprobleme sind ebenso interessant wie Schachprobleme. Dieser Versuchung will ich jedoch widerstehen, um stattdessen die praktische und verhandlungspolitische Seite der Sache zu beleuchten.

Soviel mag aber doch vorausgeschickt werden, dass der Keynesplan bekanntlich auf die Errichtung einer überstaatlichen Clearingbank abzielt, einer Art Zentralbank der Zentralbanken. Es sollen überhaupt keine Einsätze nötig sein, um die Bank zu gründen. Die Bank schafft sich selbst durch Kreditgewährung die Mittel, die sie braucht, und kann also niemals ohne Betriebskapital sein. Den Mitgliedstaaten sollen in der Bank im Verhältnis zu ihrem Anteil am Welthandel Quoten gegeben werden. Diese Quoten sollen nicht nur ihre Verantwortung an den Verbindungen der Bank und ihr Stimmrecht festlegen, sondern auch die Grösse der Kredite, die sie bei Bedarf beanspruchen können.

Es ist berechnet worden, dass diese Kreditmöglichkeiten bis zu einem Betrag von 25-30 Milliarden Dollars gehen könnten – oder bis zu einer noch phantastischeren Summe, wenn gewissen Andeutungen in dem Plan über den Bedarf an erweiterten Quoten nachgekommen werden sollte. Da Kredite nur im Zusammenhang mit Geschäftstransaktionen unter den Mitgliedstaaten gewährt werden sollen, würden also in Wirklichkeit die Kreditorenstaaten das ganze Kapital einfach dadurch einsetzen, dass sie Forderungen auf ihre Rechnungen in der Bank ansammeln. Die Debitorenstaaten würden diese gewaltigen Kredite im Prinzip ohne Zinsen bekommen. Eine andere Begrenzung für den Kapitaleinsatz

eines einzelnen Staates auf diesem Wege als die Grösse der Quoten aller anderen Staaten sowie die allgemeine Kreditpolitik der Bank ist nicht festgesetzt.

Das ist natürlich ein Zug in dem Plan, der besonders die Amerikaner beunruhigt, welche wie alle anderen im Allgemeinen voraussetzen, dass nach dem Kriege der Dollar in der ganzen Welt knapp wird. Keynes tröstet sie damit, dass es ihnen völlig freistehen werde, ihre Guthaben in der Bank zu verringern. Sie brauchten ja nur ihren Import zu steigern und in ihrer ausländischen Kreditgewährung freigebig zu sein, wenn sie sich nicht mehr Gold anschaffen wollten. Aber die Amerikaner lassen sich nicht so leicht trösten. Hier gehen die Interessen auseinander.

Während der Keynesplan gewaltig dehnbar ist, zeichnet sich der White-Plan durch finanzielle Zurückhaltung aus. Die überstaatliche Bank, die White vorschlägt, soll ein Grundkapital von nur 5 Milliarden Dollars haben, von welchem Betrag nur die Hälfte gleich eingezahlt werden muss. Der kleinere Teil dieses Einsatzes soll in Gold erfolgen, der Rest in der eigenen Valuta der Mitgliedstaaten und in deren eigenen Staatspapieren. Die Kreditmöglichkeiten der Mitgliedstaaten sollen nach dem Whiteplan im Allgemeinen auf denselben Betrag begrenzt werden wie deren Grundkapital. Die Kredite sollen verzinslich sein. Kein Staat soll bei der Bank anders als freiwillig sich über das Grundkapital hinaus Forderungen beschaffen müssen oder gezwungen werden können, seine Valuta gegen andere Valuten zu verkaufen.

So wie Keynes darauf gesehen hat, dass nach seinem Plan Grossbritannien unter den Nationen die höchste Stimmzahl bekommt, so sorgt White dafür, dass die Vereinigten Staaten diese Machtstellung bekommen, indem er auch an die Nationaleinkommen anknüpft. Der Sicherheit halber fügt White eine Bestimmung hinzu, die den Vereinigten Staaten in der Praxis das Vetorecht in allen wichtigen Fragen gibt.

Beide Pläne etablieren eine neue monetäre Recheinheit («Bancor» resp. «Unitas»), die zum Gold in Beziehung gebracht wird, im Keynesplan jedoch mit einer betonteren Möglichkeit zu verändertem Goldwert.

Beide Pläne beabsichtigen eine Stabilisierung der Wechselkurse, schaffen aber doch einen Mechanismus für Kursänderungen bei Bedarf. Der Whiteplan scheint die Wechselkursänderung etwas schwerer zu machen als der Keynesplan, aber der Unterschied ist nicht gross. Beide Pläne zielen auf eine Expansion des internationalen Handels und auf eine Möglichkeit der gradweisen Abschaffung von Valutakontrollen, Valutasperren, eingefrorenen Krediten, verschiedener Kurse für die gleiche Valuta in verschiedener Anwendung, zweiseitiger Clearingarrangements und anderer neuer Moden auf dem Valutagebiet aus der Zeit der dreissiger Jahre, überhaupt aller Hindernisse für den internationalen Wirtschaftsverkehr.

Seitdem durch diese beiden Pläne der Grund gelegt war, wurden die Diskussionen zwischen den Engländern und Amerikanern in Frühjahr 1943 fortgesetzt. Während des Vorsommers wurde der Verhandlungskreis auf die anderen Staaten innerhalb der Vereinten Nationen ausgedehnt, die dann jeder für sich und in Gruppen die Frage mit der Treasury diskutieren konnten. Dabei wurden mehrere neue Varianten geschaffen. Die wichtigste war der kanadische Plan, der ein Kompromiss sein sollte, sich aber weitgehend an den Whiteplan anlehnte.

Die Treasury stellte danach im Juli einen umgearbeiteten amerikanischen Plan und einen eingehenden Textkommentar auf. Der umgearbeitete Plan unterscheidet sich nicht viel vom ursprünglichen. Im September setzten dann zwischen den Engländern und Amerikanern neue Verhandlungen ein. Es bestand die Absicht, über eine praktische Lösung einig zu werden, die danach allen Regierungen der übrigen Staaten zur Bestätigung und eventuellen Detailänderungen hätte unterbreitet werden können. Der Versuch missglückte.

Das Resultat war im Grossen und Ganzen nur eine Präzisierung der Meinungsverschiedenheiten, welche nicht öffentlich erfolgte. Die Amerikaner hielten kaum mit ihrer Ansicht zurück, dass die endgültige Stellungnahme der Vereinigten Staaten entscheidend sein werde für die Gestaltung der überstaatlichen Valutabank, da Amerika der Gläubiger der ganzen Welt ist und bleibt, während Grossbritannien nur der grösste

hilfsbedürftige Staat ist. Der Keynesplan war bereits abgetan, und die Diskussion geht seitdem nur um verschiedene Modifikationen des White-Planes.

Die Sowjetunion, die sich vorher von der Teilnahme an diesen Diskussionen zurückhielt, hat sich nach der Begegnung in Moskau durch eine Valutadelegation vertreten lassen, mit der die Treasury verhandelt hat.

Als diese Schrift in Druck ging, erreichte uns ein Telegramm, dass amerikanische und britische Experten sich über einen gemeinsamen Plan geeinigt hätten, der im Sommer 1944 einer Konferenz vorgelegt werden soll. Die Sachverständigen von 32 anderen Staaten, unter ihnen die Sowjetunion, haben sich dem Kompromiss angeschlossen. Dieser folgt im Grossen und Ganzen dem Whiteplan. Der Kapitalfonds ist jedoch auf 8-10 Milliarden Dollars erhöht worden. Mit Rücksicht auf den britischen Standpunkt sind auch verschiedene Modifikationen vorgenommen worden.

Zum Unterschied von den ursprünglichen Plänen wird jetzt in Bezug auf den Kompromissplan erklärt, dass dieser erst in Kraft treten soll, wenn die speziellen Probleme der ersten Nachkriegsjahre gelöst seien. Man erfährt nichts von einem Übereinkommen, wie diese späteren Probleme gelöst werden sollen. Man hat sich scheinbar auch nicht über bestimmte Prinzipien einigen können, wie die Wechselkurse fixiert werden sollen. Es wird unterstrichen, dass die Veröffentlichung des Kompromissplanes nicht als ein verpflichtendes Übereinkommen zwischen den Regierungen verstanden werden dürfe.

Wenn wir versuchen wollen zu erklären, warum die Engländer und Amerikaner in der Valutafrage sich nur schwer einigen konnten, ist es vielleicht angebracht, mit einer Aufzählung aller jener Dinge zu beginnen, über die sie sich leicht einigten. Die Amerikaner haben ein grosses Interesse daran, dass das Gold nicht demonetarisiert wird. Sie haben jetzt in ihren Gewölben für 23 Milliarden Dollars Gold – mehr als zwei Drittel des Goldes der ganzen Welt.

Wir können somit erwarten, dass die Amerikaner sehr daran interes-

siert sind, das Gold hochzuhalten – auch im Whiteplan merkt man dieses Bestreben deutlich. Aber die grössten Goldgruben liegen in Südafrika, und das Interesse des britischen Imperiums geht daher in derselben Richtung, wenngleich kaum ebenso stark, was man ja am Keynesplan merkte. Da die Goldproduktion auch in der Sowjetunion gross ist, kann man konstatieren, dass die «Grossen Drei» sich gemeinsam bemühen, dem Gold im Geldsystem der Welt einen gesicherten Ehrenplatz zu verschaffen.

Auffallenderweise sieht es so aus, als ob auch der Pfund-Dollar-Kurs Anlass zu schwereren Interessenkonflikten geben sollte. Man könnte vielleicht annehmen, dass die Engländer, die den grössten Teil ihrer einträglichen Auslandsinvestitionen verloren haben und auch aus anderen Gründen in Bezug auf ihre zukünftige Zahlungsbilanz unerhörten Schwierigkeiten entgegensehen, interessiert seien, den Pfundwert zu senken, um den Export anzuregen und den Import einzudämmen. Aber die Engländer sollen sich nicht auf diesen Standpunkt gestellt haben.

Eine Pfund ab Wertung zu vermeiden scheint für die Engländer zunächst eine Ehrensache zu sein. Bei der Beurteilung dieses Motivs müssen wir daran denken, dass «Ehre» in diesem Fall nicht ein leerer Stolz zu sein braucht. Es handelt sich ja darum, den Respekt der Welt vor der englischen Valuta und vor der City als dem internationalen Geldmarkt in einer Lage aufrechtzuerhalten, da Grossbritannien selbst bei günstigster Entwicklung tatsächlich für Jahre eine illiquide Nation bleiben muss. Eine Abwertung des Pfundes in einer solchen Situation könnte gewiss ein gefährliches Abenteuer werden.

Weiter befürchten die Engländer mit Recht, dass eine Pfund-Abwertung auf die Beziehungen zwischen Export- und Importpreis ungünstig einwirken könnte. In Pfunden gerechnet könnten die Importpreise steigen, während die Exportpreise nicht mitgingen, was für England eine verschlechterte internationale Tauschbilanz bedeuten würde.

Ausserdem bereiten sich offenbar die Engländer darauf vor, den Schwierigkeiten der Zahlungsbilanz durch verschiedene Arten innerer und äusserer handelspolitischer Massnahmen zu begegnen. Da die Ab-

wertung, auch wenn sie durch Verminderung des ausländischen Vertrauens in das Pfund der Zukunft diese Schwierigkeit nicht vergrössert, sie auf alle Fälle nicht bedeutend verringern würde, erscheint es natürlich, die geplanten Massnahmen so kräftig zuzuschneiden, dass sie auch ausreichen, eine sonst mögliche Abwertung zu ersetzen.

Schliesslich rechnen wohl die Engländer mit der Wahrscheinlichkeit einer fortgesetzten Preissteigerung in Amerika, während sie glauben, ihr eigenes Preisniveau kontrolliert halten zu können. Sollte eine solche Entwicklung zu weit gehen, dann könnte Grossbritannien geradezu daran interessiert werden, den Wert des Pfundes im Verhältnis zum Dollar zu steigern.

Da die Amerikaner aus Konkurrenzgründen keine Pfundabwertung haben wollen und – wenigstens augenblicklich – nicht gut eine Pfundaufwertung verlangen können, sind offenbar für die Einigkeit in der Frage des Pfund-Dollarkurses gewisse Voraussetzungen vorhanden. Für die Russen können ja Fragen der Valutakurse überhaupt kein grösseres Interesse haben, da sie ihren Handel zentral und monopolistisch regeln und deshalb immer die Möglichkeit haben, die Kursveränderungen durch Änderungen der Preise zu kompensieren.

Von aussen betrachtet müsste auch die Frage der Wechselkurse anderer Länder keinen Anlass bilden zu allzu grossen Meinungsverschiedenheiten zwischen Amerikanern und Engländern. Die Engländer sind zwar jetzt während des Krieges in ein weit stärkeres ideologisches Abhängigkeitsverhältnis zu dem manipulatorisch eingestellten Lord Keynes geraten und sie hegen offenbar ganz allgemein eine Vorliebe für grössere Freiheit und Beweglichkeit im Geldsystem als die mehr orthodoxen Amerikaner.

Aber man scheint recht allgemein darüber einig geworden zu sein, dass den jetzt okkupierten Staaten grosse Freiheit gelassen werden soll. Das gilt auch für die Staaten, die von einem einseitigen Export abhängig sind und die man ihre Valuten regeln lassen will, wie sie es für gut befinden – nur mit der Sicherheitsgrenze, dass man ihnen nicht gestatten will, auf eigene Faust in eine Inflation überzugehen, und auch nicht, dass

sie in der kurzsichtigen nationalen Konkurrenz um die Exportmärkte Wechselkursänderungen als handelspolitische Waffe anwenden. Andere Staaten dagegen, wie z.B. Schweden, müssten nach englischer und amerikanischer Auffassung dazu gebracht werden, feste Kurse zu halten.

Die amerikanische Forderung eines begrenzten Kapitalfonds, eines gewissen Kapitaleinsatzes in der überstaatlichen Valutabank, eines wesentlichen Goldeinsatzes und einer streng begrenzten Kreditgewährung jedes einzelnen Landes stiess dagegen auf den Widerstand der Engländer. An und für sich erscheinen allerdings die Forderungen angemessen. Aber der Grund für das eigentliche Interesse der Engländer am ganzen Plan und besonders ihr Interesse, ihn extensiv auszulegen, liegt natürlich in erster Linie darin, durch ihn jenen grossen und billigen Valutakredit zu bekommen, den sie notwendigerweise unmittelbar nach dem Kriege benötigen, um ihre Zahlungsbilanz stabil zu erhalten. Der Whiteplan würde ihnen zu wenig Kredit gewähren. Und darum sind offenbar die Verhandlungen stecken geblieben.

Der Aussenstehende fragt sich natürlich, warum eine so einfache Sache so kompliziert gemacht worden sei. Wenn man Grossbritanniens akuten Bedarf an einem grossen Liquiditätskredit ausscheiden und zufriedenstellen würde, dann müsste das ganze Valutastabilisierungsproblem unerhört vereinfacht werden können und vor allem nicht eine so gewaltige Kreditbasis erfordern, wie die Engländer sie verlangt haben.

Hierauf ist zuweilen von Seiten der Privatbanken hingewiesen worden. Leon Fraser, der Präsident der First National Bank of New York, ist so taktlos gewesen, als ersten Schritt in der Valutastabilisierung einen Goldkredit von 5 Milliarden Dollars an Grossbritannien vorzuschlagen (und ausserdem eine unmittelbare Abschreibung der Kriegskredite aus dem letzten Kriege und der Netto Verbindlichkeiten gegenüber Amerika auf Grund der Lieferungen entsprechend dem Pacht- und Leihgesetz während des gegenwärtigen Krieges). Aber sein Ruf verklang ungehört.

Offenbar wollen die Engländer ihre Liquidität nicht mit einem regulä-

ren Kredit erreichen. Man kann auch verstehen, dass Grossbritanniens Kreditbeziehungen – mit den immer noch nicht abgetragenen Kriegsschulden gegenüber Amerika aus dem ersten Weltkrieg, einer gewaltigen jetzt während des zweiten Weltkrieges neuhinzugekommenen inneren und äusseren Anleihe und dazu den zahlenmässig immer noch nicht festgestellten, aber ständig wachsenden Pacht- und Leihschulden an Amerika – so verwickelt sind, dass eine weitere Kreditkategorie gefährlich werden kann.

Als jedoch die Amerikaner sich in der Frage der überstaatlichen Valutabank nicht in die expansionistische Richtung drängen liessen, wurden die Engländer auf die Fragen der amerikanischen Konjunktur- und Handelspolitik und der Konkurrenz um den Weltmarkt gestossen. Welche Märkte für den britischen Export könnten die Amerikaner den Engländern garantieren, wenn sie gezwungen wären, ihre verzweifelte Zahlungsbilanz nach dem Kriege ohne die weitläufigen Unterschussarrangements des Keynesplanes zu ordnen?

Damit hat die Diskussion die spezifische Valutafrage verlassen und ist in die ganze ungelöste Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit übergegangen. Wenn dann die Amerikaner in ihrer Verzweiflung die Hände ringen und die Engländer damit antworten, dass sie ihre hoffnungsvollen Ideen von einer bilateralen Handelsregelung innerhalb eines wieder aufgerichteten und verstärkten Sterlingblocks sowie ihre ganze protektionistische Kartellpolitik skizzieren, was alles auf die Amerikaner wie ein rotes Tuch wirken muss, dann ist die Aussprache festgefahren.

Nun ist es klar, dass die Verhandlungen im Allgemeinen nicht diese Linie bis zu Ende verfolgen. Gewöhnlich diskutiert man wohl irgendein technisches Detail. Aber die Hauptfragestellung ist die hier angegebene.

Ein mindestens ebenso grosses Hindernis wie die mangelnde Einigkeit zwischen Engländern und Amerikanern bildet jedoch der Widerstand der Bankwelt und des Kongresses. Wie bereits erwähnt, hat von amerikanischer Seite die Treasury die Valutaverhandlungen monopolisiert. Experten von anderen Abteilungen der Staatsverwaltung – haupt-

sächlich von der Federal Reserve Board (Zentralbank) und dem State Department (Ausserministerium) – sind nur herangezogen worden, um sich zu besonderen Teilproblemen zu äussern. Die Machtkonzentration ist im Grunde genommen vollständiger, da sich in der Treasury Dr. Henry D. White, Unterstaatssekretär beim Secretary Morgenthau, zum unumschränkten Herrscher auf diesem Gebiet gemacht hat. Whites Machtstellung gründet sich auf Morgenthaus vorbehaltlose Unterstützung.

Der amerikanische Unterhändler kann nicht garantieren, dass sein Land ihm wirklich folgen wird, wenn ein Übereinkommen zustande kommt. Man muss sich erinnern, dass Mr. Morgenthau und die ganze Treasury im Kongress eine sehr schwache Stellung haben und dass fast all ihre wichtigen Vorschläge regelmässig abgelehnt oder umgeändert werden. Man misstraut ihnen beiden in der Bankwelt.

Im Verhältnis zum Kongress war es natürlich ein taktischer Fehlgriff, dem Vorschlag den Namen einer Person ausserhalb des Kongresses und noch dazu eines Beamten der schlecht angesehenen Treasury zu geben. Es war ausserdem ein Fehler der Treasury, der Valutabank ein bis in die Einzelheiten ausgearbeitetes Statut wie den Whiteplan zu präsentieren, statt eines Sachverständigen-Gutachtens, worin die eigentlichen Probleme klargestellt und prinzipielle Linien für deren Lösungen festgelegt worden wären. Der Whiteplan enthält überhaupt nichts Derartiges. Ihm fehlt jede Motivierung. Er ist mit einer «bill» im Kongress verglichen worden, obgleich ohne «preamble».

Der Kongress hat – übrigens nicht ohne Grund – den Verdacht, dass das, was die Treasury hier ohne eine zur Diskussion gestellte Motivierung durchzusetzen versucht, etwas ganz anderes sei als es scheine. Es wird als Valutastabilisierungsplan bezeichnet, aber unter diesem unschuldigen Mäntelchen steckt offenbar ein Riesenkredit an Grossbritannien und andere illiquide Staaten. Im Kongress fragt man sich, warum man das nicht offen sage. Wäre es nicht klarer, an die bedürftigen Staaten einen regulären Kredit vorzuschlagen und die Sache erst zu erwägen, um dann zu überlegen, was möglicherweise getan werden muss, um die

Valuten auf längere Sicht zu stabilisieren?

Man richtet sich somit gegen die Vermischung von lang- und kurzfristigem Kreditbedarf, der in den englischen und amerikanischen Valutaplänen unleugbar vorliegt, und gegen die Zusammenfassung unter einer Formel, in welcher die beiden artverschiedenen Probleme der beiden Pläne vereinigt werden: Wie eine provisorische internationale Ordnung nach dem Kriege wieder auf gerichtet und wie diese dann gradweise stabilisiert und verbessert werden kann. Im Kompromissplan ist man dieser Kritik offenbar begegnet, indem man sich auf eine Organisation für die spätere Zeitperiode beschränkt. Aber bis eine zufriedenstellende Lösung für die Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit gefunden ist, trägt der ganze Plan einen ausgesprochen akademischen Charakter.

In der Bankwelt begegnet man einer ähnlichen Kritik. Im Allgemeinen sieht man es für das Wichtigste an, dass zwischen Grossbritannien und Amerika ein Valutaübereinkommen auf der Basis des Goldmünzfusses und eine feste Pfund-Dollar-Beziehung zustande gebracht wird. Die anderen Länder können dann leicht ihre Gleichgewichtslage finden im Verhältnis zu dieser Valutaachse.

Allerdings bleibt dann immer noch eine ganze Menge schwieriger internationaler Kreditfragen übrig, die nach dem Kriege gelöst werden müssen. Aber man misstraut der Treasury und der weitläufigen Organisation, die White ausspekuliert hat. Soll eine internationale Bank geschaffen werden, muss sie aus den eigenen Bedürfnissen und Intentionen des Kreditmarktes erwachsen. Es darf kein Schreibtisch- und Verhandlungsprodukt sein.

Die Ansichten wechseln natürlich, aber mit dem hier Gesagten habe ich wohl eine Hauptlinie der Auffassungen auf gezeigt, die man in Bankkreisen hegt. Ich persönlich glaube, dass man dort die Notwendigkeit einer überstaatlichen Organisation auf dem Valutagebiet während der Übergangszeit unmittelbar nach dem Kriege und auf längere Sicht unterschätzt. Auf der anderen Seite will ich meine Überzeugung nicht verheimlichen, dass die Keynes- und Whitepläne sachlich und politisch

falsch konstruiert sind – gerade darin, dass sie in fast unwiderruflicher Weise die Valuta-, Illiquiditäts- und Kreditprobleme während der Zeit unmittelbar nach dem Kriege und auf längere Sicht vermischt haben.

Sie haben das Gegenteil von dem getan, was eine wissenschaftliche Analyse soll, nämlich klarlegen. So geht es übrigens häufig, wenn Experten Politiker sein sollen. Sie werden leicht politisch zu naiv und suchen nach opportunistischen Lösungen. Mitunter glückt es ihnen, Sachfragen und Politik zu verwirren. Was Keynes mit seiner genialen, ironischen, aber im Grunde sehr positiven Menschenkenntnis betrifft, so überrascht dies tatsächlich. Seine Begabung für scharfsinnige Intelligenzkonstruktionen hat diesmal offenbar seinen gesunden Verstand übermannt. Was White betrifft, so besteht allgemein die Auffassung, dass er einen wesentlichen Teil der Schuld daran trägt, dass diese weltbedeutende Angelegenheit zur Zeit ins Hintertreffen geraten ist.

Die Treasury wird auch fernerhin für eine vorteilhafte internationale Publizität ihrer Valutastabilisierungspläne sorgen. Ich persönlich schätze die Wahrscheinlichkeit einer politischen Lösung in diesem Jahre kaum höher als zehn Prozent.

DIE INTERNATIONALE INVESTIERUNGSBANK

Seit Langem sind verschiedene Entwürfe zu einer überstaatlichen Investierungsbank intern diskutiert worden. Während der sehr positiven Stimmung für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit nach dem Kriege, die im ersten Jahre nach Pearl Harbor herrschte, bestand in Amerika ein lebhaftes Interesse für grosse Kredite an fremde Länder. Diese Pläne waren ein Teil des Programmes, mit welchem man den «Frieden gewinnen» wollte durch Aufbau einer friedlichen, demokratischen, glücklichen Welt, in der alle Völker frei sein sollten von Not und Furcht und wo der Standard der armen und exploitierten Länder auf ein menschenwürdiges Niveau gesteigert werden sollte.

Vor allem wollte man durch Bereitstellung von Kapital und Technik die Industrialisierung kräftig unterstützen und das ökonomische, hygienische und kulturelle Niveau in den weniger entwickelten Gebieten der Welt, wie China, Indien und ganz Asien, Afrika und Südamerika, erhöhen. Der zerrissene europäische Kontinent wurde zu jener Zeit von diesen Plänen nicht prinzipiell ausgeschlossen. Der grosse Kapitalbedarf der Sowjetunion wurde jedoch besonders hervorgehoben.

Diese Investierungskredite sollten gleichzeitig dazu dienen, für die gewaltige Produktionskapazität Amerikas und der anderen hochindustrialisierten Länder Absatz und Vollbeschäftigung zu schaffen. Diese Leistungsfähigkeit hat ja nicht zuletzt in der Metall- und Maschinenproduktion während des Krieges ungeheuer zugenommen. Es handelte sich ganz einfach darum, durch internationale Zusammenarbeit neue industrielle Expansionsgebiete zu schaffen, nachdem die alten «überausgebaut» waren. Als man die Frage vom Standpunkt des Welteinkommens aus betrachtete, mussten kleinliche Rentabilitätsrücksichten weichen, so wie sie früher weichen mussten, wenn Investierungsprojekte innerhalb der einzelnen Staaten vom Standpunkt des Nationaleinkommens aus beurteilt wurden.

Leider ist seit dem ersten Aufblühen dieser Pläne viel geschehen, was den Glauben der Amerikaner an den Frieden, der jetzt mit jedem Tage

näher rückt, herabgesetzt hat und damit auch ihre Generosität gegenüber der Welt.

Die Klarheit darüber, dass die Engländer und die anderen koloniebesitzenden Staaten Europas an der Liquidierung des Kolonialimperialismus nicht interessiert sind, ist dabei von sehr grosser Bedeutung gewesen, obgleich dies in den öffentlichen Diskussionen nur selten berührt wird. Die Amerikaner wären bereit, viel zu tun für freie, arme, vorwärtstrebende Völker, aber sie tun es nicht, um das britische Imperium zu stützen, gar nicht zu reden von dem belgischen, holländischen oder französischen. Afrika und grosse Teile des Fernen Ostens liegen deshalb jetzt abseits des Investierungsinteresses der Amerikaner.

Die Sowjetunion beunruhigt, wie bereits gesagt, das amerikanische Gewissen durch ihre Grenzforderungen. Die Geschäfte mit der Sowjetunion lösen sich auf alle Fälle aus dem Zusammenhang des allgemeinen Investierungsplanes und werden zu einer Frage für sich.

Die lateinamerikanischen Republiken sind höchst unzufrieden mit dem monopolistischen Druck, den Amerika und England während des Krieges auf ihre ganze Wirtschaft ausüben. Ausserdem sammeln sie jetzt Valutareerven und werden immer anmassender. Sie betrachten das freundliche Investierungsinteresse der Amerikaner mit einigem Misstrauen.

Wenn China jetzt für eingeweihte Amerikaner aus dem romantischen Nebel der ersten Kriegsbrüderschaft heraustritt, zeigt es sich natürlich als eine gepeinigte, zersplitterte, wenig vertrauenswürdige Macht mit geringen Aussichten auf einen schnellen Wiederaufbau einer festen und progressiven Ordnung, wie man sie voraussetzt, wenn grosse Investitionen mit einem angemessenen Grad an Sicherheit vorgenommen werden sollen.

Für grössere Wiederaufbaukredite an Europa ist das Interesse diesmal nicht besonders stark gewesen. Die Erinnerungen an Deutschlands zynische Verschuldung werden im Gläubigerlande nicht so leicht vergessen. Die wachsenden Möglichkeiten, dass Europa in eine britische und eine russische Interessensphäre auf geteilt wird, sind geeignet, Amerika die Investierungsinteressen für Europa, soweit sie noch vorhanden sind, zu nehmen.

Inzwischen ist in Amerika auch das eigentliche Interesse für einen Exportüberschuss gedämpft worden. Alle Eingeweihten wissen natürlich, dass Amerika niemals etwas zurückbekommen wird von den immer noch unregulierten Kriegskrediten des ersten Weltkrieges oder von den Nettoguthaben auf Grund der Lieferungen des Pacht- und Leihgesetzes während des zweiten Weltkrieges. Die Verständigen werden sich sagen, dass es auch in Amerikas Interesse liegt, sie so rasch wie möglich abzuschreiben.

Aber nicht einmal diese wohlwollende Einstellung ist geeignet, die Amerikaner für neue Kredite zu interessieren. Wie sollten die Amerikaner sie jemals zurückbezahlt bekommen? Die öffentliche Meinung ist nämlich nicht reif für die recht radikale und selbstverleugnende Ansicht, dass Amerika Jahr für Jahr in Gestalt von Krediten einen gewaltigen Exportüberschuss verschenken sollte, nur um seine Produktion aufrechtzuerhalten und im Übrigen die Welt progressiv zufriedengestellt und friedlich zu bewahren.

Auch an und für sich erscheint vielen Amerikanern ein grosser Export durchaus nicht wünschenswert, besonders nicht unmittelbar nach dem Kriege. Er würde sich dann zum grossen Teil auf knappe Waren erstrecken und inflationstreibend wirken. Auch in Expertenkreisen hört man immer häufiger, dass das Ausland nicht bestimmen könne, was und wieviel es aus Amerika importieren wolle.

Ich habe schon darauf hingewiesen, dass ein grosser Export gewöhnlich nicht unter jenen Faktoren vertreten ist, die Amerika für die Erhaltung der künstlichen Hochkonjunktur der Kriegszeit als günstig aufzählt. Auch in exportinteressierten Kreisen begnügt man sich nunmehr mit sehr mässigen Beträgen, wenn man den Export der Zukunft und die Kredite an fremde Länder berechnet.

Durch die seit den Herbstwahlen 1942 eingetretene Entwicklung der Innenpolitik zum Konservativismus, haben die Vertreter der Privatbanken einen weitersteigenden Mut und erhöhten Einfluss bekommen. In der amerikanischen Bankwelt steht man aus natürlichen Gründen den

Plänen einer weitläufigen sozialpolitischen Kreditgewährung im Weltausmass sehr skeptisch gegenüber. Was an Krediten für das Ausland eingeräumt werden soll, will man ausserdem am liebsten selbst bestimmen, wenngleich vielleicht mit dem Staat als Risikoträger. Gegenüber den ungewissen Plänen einer überstaatlichen Investierungsbank verhält man sich auf Seiten der Banken ebenso kritisch.

Während dieser politischen und psychologischen Entwicklungsprozesse ist die projektierte überstaatliche Investierungsbank in den sukzessiv sich folgenden Entwürfen ununterbrochen auf ihre natürlichen Proportionen zusammengeschrumpft. Die Zinssätze sind stattdessen gestiegen, und die Forderungen bankmässiger Garantien verschärft worden. Die Anpassung an die Interessen der privaten Finanzinstitute ist vervollständigt worden.

Da Grossbritannien keine Kredite entbehren kann – sondern nur im günstigsten Falle zusammen mit den Vereinigten Staaten als Kreditvermittler dienen wird → ist die Verantwortung für die Ausgestaltung dieses Plans fast ungeteilt auf die Amerikaner gefallen und damit vor allem auf die Treasury, d.h. Mr. White. Der Plan in seinen Einzelheiten soll noch im Herbst 1943 nicht einmal mit den Engländern diskutiert worden sein.

Die Veröffentlichung des Projektes wurde vom innenpolitischen Standpunkt Amerikas aus nicht in der glücklichsten Weise vorgenommen. Die Kongressmitglieder, die von allen Seiten von dem Plan einer Investierungsbank seitens der Treasury gehört hatten, ihn selbst aber nicht studieren konnten, drangen im Herbst 1943 auf eine Erklärung dessen, um was es hier ging. Im Oktober beging dann eine englische Finanzzeitung die Indiskretion, über einen Entwurf zu berichten.

Dass man den Engländern gestattet, «scoop» zu machen, ist jetzt in Amerika ein allgemeiner Anlass zur Unzufriedenheit. Die Treasury musste rasch ein Communiqué ausfertigen: «Guiding Principles for a Proposed United Nations Bank for Reconstruction and Development» und im November einen etwas vollständigeren Entwurf veröffentlichen,

der gleichzeitig den Finanzministern aller Vereinten Nationen zugestellt wurde. Das Projekt soll im Zusammenhang mit den kommenden Valutaverhandlungen in Erwägung gezogen werden.

Nach diesem Plan sollte die Investierungsbank ein Grundkapital von 10 Milliarden Dollars haben. Nur 20 Prozent sollten unmittelbar einbezahlt werden, der kleinere Teil in Gold und der Rest in nationaler Valuta. Das Aktienkapital sollte unter den Vereinten Nationen nach einer Formel verteilt werden, die ein Drittel des Einsatzes den Vereinigten Staaten auferlegt. Mit Erlaubnis des betreffenden Staates soll die Bank ihre eigenen Obligationen oder andere Wertpapiere, die sie erworben hat, ausgeben und verkaufen dürfen. Das Verwaltungsstatut der Bank usw. ist sozusagen parallel zu den entsprechenden Regeln für die Valutabank ausgearbeitet worden.

Die Motivierung für die Gründung der Investierungsbank ergibt sich ziemlich von selbst. Diese Bank ist notwendig, damit die Valutabank nicht schon von Anfang an in eingefrorenen Krediten ersticken soll. Sie ist weiter notwendig, um im gemeinsamen Interesse die Wiederaufbauarbeit in den vom Kriege zerstörten Ländern zu erleichtern und um die Industrialisierung in zurückgebliebenen Gebieten anzutreiben. Viel allgemeiner ist eine Stockung in den internationalen langfristigen Krediten zu befürchten, wenn die Staaten nicht organisierend und garantierend eintreten.

Man hat sich mit der Ausarbeitung des Planes sichtlich Mühe gegeben, um die Privatbanken zu beruhigen.

Die Bank soll am Anfang keinesfalls die Befriedigung jenes Investierungsbedarfs konkurrieren, dem das Privatkapital ohne Dazwischentreten der überstaatlichen Bank bereitwillig Rechnung tragen will.

Ihr Hauptziel soll nur sein, private Finanzinstitute dazu zu bringen, sich auf solche Investitionen im Ausland einzulassen, die sie sonst nicht erwägen würden.

Zu diesem Zweck soll die Bank ihre Garantie als Pfand bieten können. Sie soll auch gemeinsam mit privaten Finanzinstituten mit eigenen Mitteln an der Kreditgewährung teilnehmen können. Im äussersten Fall,

d.h. wenn Privatkapital nicht einmal mit der Bürgschaft und dem Bestand der Bank zur Verfügung steht, soll die Bank selbst Kredite gewähren.

Die Bank soll in ihrer Kreditgewährung nur ökonomische Gesichtspunkte vertreten und sich nicht mit finanziell ungesunden Investitionen belasten. Sie soll in dem Lande, wo die Investitionen vorgenommen werden, von der Regierung für Kapital und Zins stets volle Bürgschaft verlangen, soweit der Kredit nicht der Regierung selbst gewährt worden ist. Die Bank soll sich eine angemessene Entschädigung für das Risiko vorbehalten, das sie durch Kredite oder Bürgschaft eingeht. Das bedeutet, dass die Kredite viel kostspieliger werden müssen, als man in früheren Entwürfen berechnet hat.

Man kann annehmen, dass die Engländer gegen die Gründung einer solchen Bank nichts einzuwenden haben werden. Das Kapital, das durch die Bank faktisch mobilisiert wird, muss ja letzten Endes zum grössten Teil von Amerika kommen. Es muss auch Märkte für den britischen Export schaffen können. So wie die Bank skizziert wurde, schränkt sie nicht einmal die Möglichkeiten der City ein, als Kreditvermittler zu wirken, denn die Bank soll ja die private Banktätigkeit nicht konkurrieren. Durch die Bank können weiter britische Investitionen finanziert werden, vor allem in den Kolonien. Die Sowjetunion kann an der Schaffung eines weiteren Kreditorgans nur ein positives Interesse haben.

Die privaten Finanzinstitute in Amerika dürften, nach dem wie die Bank jetzt aussieht, auch keinen allzu grossen Grund haben, sich abweisend zu verhalten, dagegen wichtige Interessen, sich die Verwaltung der Bank und deren finanzielle Grundlage genau anzusehen. Wenigstens bis Weihnachten 1943 erschien in den Bankzeitschriften keine so vernichtende Kritik über die überstaatliche Investitionsbank wie früher über die Valutabank.

Die grösste Schwierigkeit entsteht aufs Neue durch den Kongress. Es handelt sich ja zuerst darum, den Kongress für die Auffassung zu gewinnen, dass Amerika überhaupt bereit sein muss, nach dem Kriege für das

Ausland hohe Kredite zur Verfügung zu stellen. Wie ich bereits erwähnte, blies der Wind im letzten Jahre nicht in dieser Richtung.

Weiter gilt es, die Bereitschaft des Kongresses zu erlangen, diesen Kredit durch eine überstaatliche Investierungsbank fließen zu lassen, statt durch eine rein amerikanische Staatsbank. Eine derartige amerikanische «Export-Import Bank» ist ja bereits geschaffen worden und bei den südamerikanischen Geschäften in Aktion getreten.

Ein Argument zu Gunsten der überstaatlichen Bank – statt einer rein amerikanischen Exportbank – ist, dass Amerika dann für das ganze Risikokapital nicht allein aufzukommen braucht. Ein Gegenargument – welches umso schwerer wiegt, weil Amerika ja nicht nur für ein Drittel des Grundkapitals, sondern wohl für den Hauptteil des wirklich für die Kreditgewährung bestimmten Kapitals aufkommen muss – ist natürlich, dass die Kredite dann dem amerikanischen Export nicht vorenthalten bleiben.

Der Boden ist für die Verwirklichung dieses Projektes durchaus noch nicht vorbereitet. Der Beschluss, diese Bank zu gründen, ist kaum in nächster Zeit zu erwarten. Was hier bemerkt wurde zu den politischen Aspekten des Valutaproblems, gilt zum grossen Teil auch in Bezug auf die überstaatliche Investierungsbank.

Von unserem Standpunkt aus ist es vor allem wichtig, das Statut der Bank mit Rücksicht auf die Freiheit des internationalen Handels genau zu prüfen, weil die Kreditgewährung unabhängig davon erfolgen soll, in welchem Lande die Einkäufe getätigt werden. Sonst ist zu befürchten, dass die Bank nur ein Instrument für den wirtschaftlichen Grossmachtsimperialismus wird.

Der Entwurf der Treasury ist sehr bestimmt in diesem Punkt. Aber wie bei der vorgeschlagenen Valutabank, wird es auch bei der Investierungsbank für uns nicht nur sehr bedeutungsvoll sein, wie der Buchstabe des Statuts auf dem Papier lautet, sondern auch, wie die Leitung und Verwaltung der Bank faktisch gehandhabt werden.

INTERNATIONALE ROHSTOFF-PREISKARTELLE

Eine der grössten Wahnvorstellungen im politischen Denken der Zwischenkriegszeit war die These von der Knappheit der Rohstoffe. Sie wurde gleich zahlreichen anderen ökonomischen Verrücktheiten in die antirationale nationalsozialistische Ideologie eingefügt und war somit nicht ohne Schuld an dem Entstehen des zweiten Weltkrieges. In Wirklichkeit gründete sich die Weltdepression der dreissiger Jahre u.a. auf die Überproduktion von Rohstoffen. Es gab viel zu viel Rohstoffe. Sie waren zu billig, und das war der ganze Kummer. Die Rohstoffe produzierenden Länder jenseits des Ozeans verarmten, die Kredite froren dort ein. Ihre Valuten kamen in Unordnung. Für uns waren jene Länder als Märkte für unsere Industrieprodukte zerstört.

Es bestehen alle Aussichten, dass nach dem zweiten Weltkrieg dasselbe tragische Wechselspiel in forciertem Tempo sich wiederholt, wenn nicht internationale Massnahmen ergriffen werden, um die Rohstoffpreise zu erhöhen und zu stabilisieren. Der Krieg selbst hat in vielen Beziehungen das mangelnde Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Gebiet der Rohstoffe weiter vergrössert. Es ist natürlich, dass zu jenen Fragen, über die man jetzt in Washington verhandelt, auch diejenige gehört, die man dort, mild ausgedrückt, «Commodity Agreements» oder «Commodity Arrangements» nennt, was auf gut Deutsch so viel wie «internationale Rohstoffpreiskartelle» bedeutet. («Kartell» ist in Amerika ein hässliches Wort, seitdem der kühne Monopolbekämpfer und jetzige Richter Thurman Arnold vor zwei Jahren damit begann, das bis dahin in Amerika nur wenig gebrauchte Wort geschickt anzuwenden, um die Vorstellung von einem deutschen, furchtbaren und heimlichen Anschlag gegen die Menschen und ihr Glück zu suggerieren.)

Massnahmen, die internationalen Rohstoffmärkte zu regulieren, sind nichts Neues. Darüber könnte man eine sehr lehrreiche Geschichte schreiben. Von diesen Eingriffen wurden Zucker, Gummi, Zinn, Kaffee,

Fleisch, Weizen und eine Menge anderer Waren betroffen. Sie sind häufig staatlich sanktioniert worden. Die Methoden umfassten Lagerung und regulierte Produktionsbegrenzung, Preisbindung und Aufteilung der Märkte. Die Übereinkommen, welche mitunter auch die Importländer einschlossen, waren mit Importzöllen, Steuern, Exportprämien und verschiedenen Arten von Doppelpreissystemen verbunden.

Diese Massnahmen litten im Allgemeinen an mangelndem national-ökonomischem Scharfblick. Kurzsichtige Produzenteninteressen erhielten die Vorherrschaft, oft zum eigenen Schaden der Produzenten, und führten mitunter gar zu ihrem Ruin. Manchmal hat man buchstäblich das Unmögliche versucht und demzufolge Misserfolg gehabt. Die Massnahmen haben oft nicht einen hinreichend grossen Teil von Angebot und Nachfrage umfasst. Häufig standen keine genügenden Kapitalreserven dahinter. Die internationale Zusammenarbeit ist aus den Fugen geraten. Wenn einmal die Geschichte darüber geschrieben würde, so könnte sie sich teilweise als Freihandelspredigt eignen. Trotzdem dürfen wir nicht vergessen, dass der Freihandel allein das Problem nicht lösen kann.

Der zweite Weltkrieg hat alle normalen Handelsbeziehungen abgebrochen und gibt die Möglichkeit zu neuem Start. Ein Ausgangspunkt für die Diskussion waren gewisse Vorschläge des grossen Rohstoffimportlandes Grossbritannien, das ja ausserdem bedeutende Produzenteninteressen jenseits der Meere hat. Keynes und Robbins warfen den Gedanken auf, dass das Rohstoffpreisproblem ganz einfach durch eine Lagerung gelöst werden könnte, deren Ausmass mit der Höhe der Preise zu wechseln hätte.

Ein System mit «buffer stocks», die bei niedrigen Preisen wachsen und bei hohen ausverkauft werden müssten, würde gegen den Grundsatz des Freihandels nicht verstossen. Keine angemessene Lagerung könnte nämlich auf die Dauer solche Preisstürze verhindern, die durch veränderte Produktions- und Konsumtionsverhältnisse bedingt sind. Aber die Saison- und Jahresfluktuationen könnten beseitigt werden.

Die Antwort der Produktionsländer unterstrich, dass die «buffer

stocks» zwar gut wären, das Problem aber nicht lösen. Das Problem besteht nämlich nicht nur darin, dass die Preise auf nachteilige Weise fluktuieren. Ausserdem sind die Preise zu niedrig, was die Produktionsländer in Armut versetzt. Diese müssen daher Zusammengehen und die Produktion regulieren, d.h. einschränken. Sie würden nicht so weit zu gehen brauchen in der Produktionsregelung, wenn die Importländer ihre Märkte öffnen und mehr kaufen wollten. Die Grundfehler sind: überfüllte Produzentenländer, unterindustrialisierte Gebiete, während die Importländer eifrig bemüht sind, durch protektionistische Massnahmen eine teure Produktion aufrechtzuerhalten und damit durch die hohen Preise die Konsumtion zu verringern.

Von Seiten der Produzenten wurde auch hervorgehoben, dass die Produktionsländer allein gezwungen werden, ins Kartell einzutreten, wenn nicht eine Produktionskontrolle durch internationale Übereinkommen errichtet werden kann. Aber am liebsten wollte man auch die Importländer ins Übereinkommen einbeziehen.

Während der jetzt stattfindenden Verhandlungen bildet sich eine Theorie darüber, wie das Rohstoffpreisproblem geordnet werden könnte. Ein Kartellsystem ist notwendig, aber es muss saniert werden, indem es auf die Ebene allgemeiner Staatsübereinkommen erhoben wird.

Man denkt sich im Allgemeinen ein überstaatliches Organ, parallel zur Valutabank und Investierungsbank. Dieses Organ soll die Markt- und Produktionsregelung der Kartelle überwachen und den Ausbau neuer Kartelle fördern. Manche sind so kühn, dass sie dieses überstaatliche Organ den internationalen Rohstoffhandel oder wenigstens die Lagerung von «buffer stocks» selbständig regeln und finanzieren lassen wollen.

In diesen internationalen Kartellübereinkommen müssten die Importländer zusammen eine ebenso grosse Stimmenzahl haben wie die Exportländer in Bezug auf zu treffende Massnahmen und vor allem auf die Fixierung der Maximal- und Minimalpreise, in welche die Preisbildung für Rohstoffe eingeschlossen werden soll. In dieses Übereinkommen

müssten auch Massnahmen aufgenommen werden gegen Exportsubventionen und ebenso gegen Importzölle und andere Einfuhrhindernisse.

Überhaupt muss Ziel und Zweck sein, eine natürliche Verteilung der Produktion vom ökonomischen Standpunkt aus und dazu eine Erweiterung der Konsumtion zu erreichen. Weiter müssen Bestimmungen ausgearbeitet werden, die den Arbeitern der Produktionsländer einen angemessenen Anteil an den höheren und stabilisierten Produktpreisen in Gestalt verbesserter Löhne und Arbeitsverhältnisse sichern.

Es gibt bereits einige internationale Übereinkommen, die diese neuen Gedanken über einen «organisierten Freihandel» zu Ende führen. Eins davon ist das internationale Weizenabkommen vom Sommer 1942.

Das ist nicht der erste Versuch, den internationalen Weizenhandel zu regeln. Im Jahre 1932 wurde zwischen 22 Nationen ein Weizenabkommen getroffen, aber es zerschlug sich innerhalb eines Jahres. Die Komitees und das Sekretariat überlebten es, und sie waren gerade vor Kriegsausbruch mit ihren Vorbereitungen zu einem neuen Abkommen weit vorgeschritten.

Durch den Krieg wuchsen am Anfang die Weizenlager ausserordentlich. Die vier grössten Produktionsländer – die Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und Argentinien – verhandelten 1941 und 1942 in Washington mit Grossbritannien, dem grössten Importland. Ein Vorschlag für ein internationales Weizenabkommen, der in vieler Beziehung den oben angedeuteten neuen Grundsätzen folgt, wurde im Juli 1942 veröffentlicht. Er soll nach dem Kriege zu gegebener Zeit einer Konferenz mit Vertretern aller am Weizenhandel interessierten Staaten unterbreitet werden.

Die genannten fünf Staaten verpflichteten sich gleichzeitig gewisse Bestimmungen des Abkommens unmittelbar auf sich anzuwenden, so u.a. eine Klausel über die Abstossung eines Riesenfonds an Weizen für die Nothilfearbeit. Es wurde ein internationaler Weizenrat errichtet.

Der Weizenüberschuss, der unerhörte Masse anzunehmen drohte, ist danach durch Produktionsbestimmungen und Verfütterung an Schweine

heruntergebracht worden. In Argentinien, das nur wenig Kohlen hat, sind ausserdem grosse Mengen Weizen als Brennmaterial verwendet worden. Trotzdem wird – wenn der Krieg nicht zu lange dauert und die diesjährige Ernte nicht zu schlecht ist – Weizen wahrscheinlich zu den wenigen Lebensmitteln gehören, an denen während der Nothilfezeit kein Mangel bestehen wird.

Es gab auch solche, die darauf bestanden, dass man diese Zeit der Abhängigkeit für die ökonomisch entwickelteren europäischen Staaten einfach dazu benutzen sollte, ihnen ihren vom weltwirtschaftlichen Standpunkt aus unvernünftigen irrationalen Starrsinn kräftig abzugewöhnen, teuren Weizen zu produzieren, obgleich die transozeanischen Länder nur allzu bereit sind, den Weizen viel billiger an sie zu liefern. Das könnte erreicht werden, indem man im Rahmen der Nothilfe unbegrenzte Mengen Weizen so billig verkaufte, dass es sich für sie nicht lohnen würde, diese Produktion fortzusetzen. Man könnte ihnen gleichzeitig Mittel geben für den Ankauf von Weizen. Die Menschen könnten es sich ja nicht erlauben, eine Nothilfe abzuweisen. Und sie müssten billigerweise daran gehindert werden, die Nothilfe über selbstauferlegte Zölle und andere Handelshindernisse klettern zu lassen.

Ein anderer Komplex internationaler Übereinkommen, der in dieselbe Richtung weist, umfasst die Beschlüsse anlässlich der Konferenz in Hot Springs im Mai und Juni 1943. Es handelte sich um die Produktion und Konsumtion aller Arten von landwirtschaftlichen Produkten. Die Resolutionen empfahlen allgemein die Pläne der Rohstoff Preiskontrolle jenes Typs, der oben mit dem Schlagwort «organisierter Freihandel» bezeichnet wurde.

Die Konferenz wurde ganz von konsumentenfreundlichen Bestrebungen beherrscht und gab der Expansionsforderung ein besonderes Gewicht. Als praktisches Resultat ergab sich die Bildung eines Interimskomitees, das nun den Vorschlag für eine überstaatliche Landwirtschafts- und Lebensmittelorganisation vorbereitet, der mit den Valuta- und Investierungsbanken und mit dem Rohstoffkartellorgan parallel laufen

soll. Diese Organisation soll u.a. das Internationale Landwirtschaftsinstitut in Rom übernehmen.

Es ist offenbar, dass die Engländer und Amerikaner sich gegenüber den mehr revolutionären Vorschlägen der Konferenz im Allgemeinen einigermaßen reserviert verhalten. Sie haben «kalte Füße» bekommen, wie die Amerikaner sagen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass das Interimskomitee mit einem ausgearbeiteten Vorschlag in Bezug auf eine überstaatliche Landwirtschafts- und Lebensmittelorganisation kommen wird und dass eine konstituierende internationale Konferenz einberufen werden soll. Aber selbst wenn die Organisation zustande kommt, werden ihre Funktionen anfangs beschränkt sein auf fromme Studien und auf Vorschläge zu neuen Konferenzen. Man wird ihr kaum irgendwelche exekutiven Funktionen zubilligen.

Ein Grund meiner eher pessimistischen Ansicht über die Lösung der Landwirtschafts- und Lebensmittelfrage der Welt ist Amerikas eigene Landwirtschaftspolitik, wie sie sich während der allerletzten Jahre entwickelt hat. Es sah eine Zeit so aus, als ob Amerika nach dem Kriege seinen Einfluss geltend machen würde, um die internationale Landwirtschaftspolitik zu sanieren, u.a. durch die Beseitigung von Exportsubventionen usw. Jetzt steuert Amerika selbst los auf eine hochprotektionistische Landwirtschaftspolitik mit Exportprämien, doppeltem Preisniveau, Antimargarinegesetzen und dem ganzen landwirtschaftsprotektionistischen Register. Wir sehen die Spuren der Machtstellung des Farmerblocks in der amerikanischen Politik nach der Novemberwahl 1942.

Mit dem guten Einfluss in der Welt ist also nicht mehr zu rechnen. Aber einige Jahre nach Kriegsschluss kommt die grosse Überproduktionskrise. Damit rechnen viele reformatorisch eingestellte Experten als der Zeit der grossen Möglichkeiten. Dann können vielleicht die Nationen der Welt zu einer gemeinsamen Anstrengung gebracht werden, endlich mit dieser verdrehten Politik aufzuräumen, welche die Preise der Landwirtschaftsprodukte niedrig ansetzt für die wichtigsten Produzenten und hoch für die meisten Konsumenten und welche das Paradoxon der gleichzeitigen Überproduktion und Unterkonsumtion in der Welt auf-

recht hält. Aber vielleicht wird die nächste Überproduktionskrise wie die letzte nur die Nationen noch mehr in verarmte Landwirtschaftsautarkien zersplittern.

Wir wollen jedoch auf die Hauptfrage der Rohstoffpreiskartelle zurückkommen. Unter den Sachverständigen herrscht durchaus keine Einigkeit über die schöne Theorie der zukünftigen Gestaltung, wie sie weiter oben von uns skizziert wurde. Manche befürchten, dass dabei trotz aller Sicherheitssperren doch übermäßige Monopolpreise herauskommen. Man hebt hervor, dass – selbst wenn man den Ländern mit Unterproduktion die gleiche Stimmenzahl wie den Überschussländern gibt – dennoch die Produzenten die Preise bestimmen werden. Auch in den Ländern mit Unterproduktion werden es somit die protektionssuchenden Produzenten sein, die interessiert sind und sich vordrängen, während die Konsumenten in den meisten Ländern nicht organisiert sind.

Man hebt weiter hervor, dass die Kartelle das Übel nicht an der Wurzel packen und dass sie – wie alle Kartelle – unrentable Produktion und alle Arten Gleichgewichtsstörungen konservieren werden, besonders wenn die Preisentwicklung nach unten geht. Manche meinen, dass höhere Produktpreise nur zu höheren Bodenwerten führen und die wirklichen Produzenten, d.h. die Arbeiter, in ihrer Armut belassen. Sie verlassen sich, mit anderen Worten, nicht auf die Wirksamkeit der vorgeschlagenen sozialpolitischen Klauseln. Andere wieder meinen, dass international sanktionierte Rohstoffpreiskartelle die Stellung der Regierungen schwächen werden, wenn es sich darum handelt, den Industriekartellen entgegenzutreten.

Einen einheitlichen politischen Standpunkt in der Frage der Rohstoffkartelle hat Amerika nicht eingenommen. Die Frage ist aus den hinter geschlossenen Türen angestellten Überlegungen der Sachverständigen nicht genügend herausgetreten und ins Volk gedrungen. Eine Gruppe Experten arbeitet energisch daran, diese Frage weiter zu bearbeiten. Dazu gehören viele der Jüngeren und Modernen. Die Experten der alten Schule verhalten sich häufig kritischer.

Man kann vermuten, dass Amerika im Begriff ist, Rohstoffkartelle für Waren wie Weizen und Baumwolle anzuerkennen. Es handelt sich da – so hebt man hervor – um Produkte, von deren Verkaufspreis der Lebensstandard grosser, armer Bevölkerungsschichten abhängt. Der kritische Beobachter bemerkt vielleicht giftig, dass die genannten Waren zufällig auch solche Produkte sind, die für Amerika selbst vom Exportstandpunkt aus interessant sind. Aber das verringert ja nicht die Glaubwürdigkeit des Interesses.

Kommen die Kartelle für einige Waren dieses Typs zustande und hat das Experiment Erfolg, so können wir schon mit einer Fortsetzung rechnen. Es würde mich nicht wundern, wenn in zehn Jahren der ganze Rohstoffmarkt überstaatlich geregelt wäre. Dagegen habe ich einige Zweifel, inwieweit diese Regelung mit der schönen Theorie vom «organisierten Freihandel» übereinstimmen wird.

Internationalen Industriekartellen – selbst und nicht zum wenigsten, wenn sie durch Staatsabkommen geregelt sind – steht die amerikanische öffentliche Meinung feindlich gegenüber.

EINE ÖKONOMISCHE MAGNA CHARTA

Das Problem des internationalen Handels steht im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Nachkriegsplanung. Ich habe bereits angedeutet, wie die Valutastabilisierungspläne an dieser Klippe gescheitert sind.

Der allgemeine Mangel an Dollars, der wie ein Alpdruck auf allen internationalen Wirtschaftsverhandlungen lastet, rührt vor allem daher, dass das hochprotektionistische Amerika vom Ausland nicht genügend importieren will. Amerikas steigender Unwille, fremden Ländern Kredite zu gewähren, gründet sich letzten Endes auf denselben Umstand. Weil Amerika nicht importieren will – wie sollen dann die Kredite zurückbezahlt werden? Die Amerikaner werden daher von allen Seiten mit Mahnungen überhäuft, ihre Zölle zu senken.

Während der ganzen dreissiger Jahre hat der alte Cordell Hull mit zäher Standhaftigkeit seine vorsichtige freihandelsfreundliche Politik durchgeführt. Er hatte sich die Genehmigung des Kongresses beschafft, bilaterale Handelsverträge auf der Basis der Meistbegünstigungsklausel abzuschliessen, wodurch Amerikas Zolltarife langsam herabgedrückt wurden. Aber in vieler Hinsicht sind sie noch immer prohibitiv.

Hull hatte im Frühjahr 1943 einen grossen Erfolg, als der Kongress die Fortsetzung dieser langsam wirkenden Politik billigte. Er wurde damals von der Geschäftswelt unterstützt. Sowohl die National Association of Manufactures als auch die U. S. Chamber of Commerce standen auf seiner Seite. Er hatte weiter die beiden gewerkschaftlichen Dachorganisationen Amerikas hinter sich.

Gewisse Zeichen deuten darauf hin, dass die amerikanische Grossindustrie jetzt in die Entwicklungsphase getreten ist, welche die britische Industrie vor über hundert Jahren erreichte: eie sieht sich abhängig vom Weltmarkt, wenn sie ihre Kapazität voll ausnutzen will. Das führt zu einer mehr freihandelsfreundlichen Einstellung.

Diese Tendenz darf jedoch nicht übertrieben werden. In der U.S. Chamber of Commerce zeigt sich bereits eine Reaktion.

Die Industriellen im ganzen Lande, u.a. gewisse Grossunternehmer, beginnen Schutz oder doch erhöhten Schutz gegen den Import aus Ländern mit niedrigen Arbeitslöhnen zu verlangen* Neue Zölle oder erhöhte Zölle zum Schutz der während des Krieges forcierten Produktion von Ersatz waren, z.B. synthetischem Gummi, gehören zu dem, wofür man auch schon agitiert hat.

Wenn wir aber annehmen, dass diese neuen Zollforderungen unterdrückt werden können, dass Hulls vorsichtige Zollsensungstaktik durchgeführt werden kann, so müsste das als ein grosser Erfolg für den Freihandelsgedanken betrachtet werden. Für eine bedeutendere Zollsensung in Amerika bestehen überhaupt keine innenpolitischen Voraussetzungen – jedenfalls nicht, solange sie nicht in ein grosses Weltabkommen aufgenommen wird. Das ganze Inland, die Industriellen, die Arbeiter und Bauern würden sich dagegen erheben.

In Amerika hebt man in Bezug auf die Zölle hervor, dass diese für eine Importerhöhung nicht das wichtigste Hindernis sind. Die Europäer verstehen sich nur auf den Verkauf auf dem amerikanischen Markt, wenn es sich um gewisse traditionelle Waren, meistens Rohstoffe und Halbfabrikate handelt. Durch eine bessere Verkaufsorganisation würden sie ohne Weiteres ihren Export nach Amerika steigern, vielleicht sogar vervielfachen können.

Das Argument ist übertrieben, aber es ist doch etwas daran. Hätten wir Schweden z.B. eine bessere Exportorganisation für den Verkauf von Möbeln, Glas, Armaturen usw., dann würden wir in Amerika trotz aller Zölle einen gewaltigen Markt erobern können. Aber die genannten Produkte werden vor allem in der Kleinindustrie hergestellt, die allein keine erfolgreiche Exportorganisation aufbauen kann.

Die Amerikaner weisen selbst darauf hin, dass die erfolgreichste Art, Amerikas Import zu steigern, die Erhaltung einer hohen Konjunktur mit Vollbeschäftigung und hohen Einkommen ist. Der Import steigt mit dem Nationaleinkommen mehr als proportional. So etwas lässt sich sagen, aber wir Ausländer verfügen ja nicht über Amerikas innere Konjunktur.

Und einige von uns haben trotz des augenblicklichen grossen Optimismus in Amerika düstere Ahnungen in Bezug auf eine kommende Riesen-depression.

Vor allem heben die Amerikaner hervor, dass – wenn Amerika in Bezug auf die Zölle hochprotektionistisch ist – das Land ungewöhnlich unschuldig ist in Bezug auf die andere Instrumententafel moderner Handelspolitik: Quoten, Valutakontrolle, zweiseitige Handelsabkommen usw. Diesem Argument verleiht man nunmehr eine offensichtliche Spitze gegen Grossbritannien. Man erinnert sich dessen, dass nicht nur Hitler für die ganze zunehmende handelspolitische Verwilderung während der dreissiger Jahre verantwortlich war, sondern ausserdem gerade Grossbritannien, obgleich man die Versündigungen dieses Landes auf Grund seiner feineren Lebensart und seiner hohen Prinzipien nicht so sehr wahrnahm.

Was Amerika betrifft, so können wir davon ausgehen, dass es weiterhin in diesen anderen Beziehungen freihandelsfreundlich sein wird. Die Geschäftswelt ist nämlich so misstrauisch gegen öffentliche Kontrolle und Regelung, dass sie sich schon aus diesem Grunde einer solchen Handelspolitik widersetzt, die ja viel intensivere Eingriffe voraussetzt.

Aber nachdem all dies gesagt ist, stehen wir dennoch nur auf dem status quo. Was die Welt braucht, sind mehr Dollars. All die anderen schönen Pläne sind im Begriff, an Amerikas Importunwilligkeit zu zerschellen. Man muss den Amerikanern zustimmen, dass die Engländer mit ihren recht kompromittierenden dreissiger Jahren und ihren jetzt immer lebhafteren Sympathien für Kartellierung und allerhand Massnahmen für ihren eigenen Aussenhandel nach dem Kriege, nicht gerade die erfolgreichsten Fürbitter sind, wenn es sich darum handelt, die Amerikaner zu grösserer Freihandelsfreundlichkeit zu bewegen. Aber es muss etwas getan werden.

Kommt alles so, wie anzunehmen ist, dann geht die Welt jetzt über in eine Entwicklung zu gesteigerter Autarkie, besonders wenn, was wahrscheinlich ist, all die schönen Pläne einer Valutastabilisierung, einer in-

ternationalen Investierungsbank u.a.zunichte werden. Wie kann man verlangen, dass Amerika allein seine Zölle aufgeben soll? Und würde das allein wirklich genügen, um der Welt eine gesunde Wirtschaft zu geben?

An diesem Punkt der Erwägungen kommt man natürlich auf die Forderung einer kühneren internationalen Handlungsweise. Wäre nicht ein kräftiger oder geradezu revolutionärer Schritt möglich zur Freimachung des ganzen Welthandels unmittelbar nach dem Kriege? Eine solche Aktion müsste offenbar mehr Staaten als nur Amerika betreffen. Dieser Gedanke taucht hin und wieder auf während der Verhandlungen, und es gibt in der amerikanischen Staatsleitung eine Gruppe – vielleicht nicht weit entfernt von dem alten Ehrenmann Cordell Hull –, die auf dieser Linie arbeitet.

Der Plan ist ungefähr folgender: Ein internationales Abkommen sollte getroffen werden, wodurch in allen Staaten eine gewisse unmittelbare Senkung aller Zollsätze gleichzeitig durchgeführt würde. Hier erheben sich eine ganze Reihe technisch sehr schwerer Fragen, unabhängig davon, ob die Zollsenkung nach einem gewissen allgemeinen Prozentsatz oder bis zu einer gewissen untern Grenze gedacht ist. Aber wenn nur der Wille vorhanden wäre, so könnten die technischen Fragen sicher gelöst werden.

Weiter sollten alle Arten von anderen Handelseinschränkungen durch Valutakontrolle, zweiseitige Abkommen, Quoten, Präferenzen usw. – also die ganze Handelspolitik, an der das hochprotektionistische Amerika unschuldig ist – verboten werden. Das Verbot kann offenbar nicht ohne Weiteres bewerkstelligt werden. Darum sollte eine internationale Organisation für die Regelung des internationalen Handels geschaffen werden. Diese Institution sollte die Macht haben, in gewissen Fällen, für gewisse Staaten und für begrenzte Zeiten eine Abweichung von der Regel zu gestatten.

Im gleichen Abkommen sollten die Kriegsschulden aus dem ersten Weltkrieg und ebenfalls die Verbindlichkeiten aus den Lieferungen des Pacht- und Leihgesetzes dieses Krieges geregelt werden. Möglicherweise sollte eine aussergewöhnliche internationale Kreditgewährung ar-

rangiert werden, um die anfangs illiquiden Länder von den akuten Sorgen in Bezug auf die Zahlungsbilanz zu befreien.

Wären der Handel eröffnet, die alten Schulden geregelt und die Illiquidität geheilt worden, so würde es eine relativ einfache Sache sein, mit dem gleichen Abkommen eine Valutastabilisierungsbank zu errichten, der man dann eine sehr massvolle Gestaltung geben könnte. Der Fehler der früheren Valutastabilisierungspläne à la Keynes und White war, dass sie dieses ausserordentlich komplexe, technische und verwickelte Problem angriffen, ohne die anderen grundlegenden Fragen gelöst zu haben. Dadurch missglückten diese Pläne natürlich.

Durch das gleiche Abkommen sollte auch eine internationale Investitionsbank geschaffen werden. Gewisse begrenzte internationale Rohstoffpreiskartelle sollten errichtet werden. Und damit ist der Plan klar. Er sollte im Prinzip von den Grossmächten entworfen und auf übliche Weise den anderen Staaten der Vereinten Nationen zur Genehmigung vorgelegt werden.

Die Arbeitshypothese bei all den besonderen Verhandlungen ist bisher so gewesen, dass man alle anderen Probleme als gelöst betrachtete – nur nicht das, an dem man gerade arbeitete. Aber diese Hypothese funktionierte nicht, denn man hatte es faktisch bei allen Verhandlungen mit allen Problemen zu tun. Das Resultat war, wie wir gesehen haben, dass die besonderen Pläne ins Unendliche wuchsen und schliesslich doch zunichte wurden.

Da ist es besser, meinen manche, sich zu einer grossen Kraftanstrengung auf breiter Front zu sammeln und das Problem des ganzen Wirtschaftsverkehrs wirklich anzupacken und zwar als ein einheitliches Problem, das es in Wirklichkeit ist. Ich brauche nicht zu verheimlichen, dass dies auch meine Auffassung ist.

Nicht zum wenigsten vom politischen Standpunkt aus ist diese Taktik überlegen. Amerika wird sich nie zu einer einseitigen grossen Senkung seiner eigenen Zölle bereitfinden und ist mit Recht äusserst misstrauisch gegenüber all den anderen verwickelten und technischen Projekten in Spezialfragen. Aber in der Gesamtheit ist es einfacher. Durch das Ganze leuchtet auch die Tatsache, dass man einen Gegenwert bekommt. Das Ganze ist gesund und braucht nicht diskutiert zu werden, obgleich die

Teile dubios und sogar phantastisch sind.

Wie ich das amerikanische Gemüt kenne, anerkennt man in Amerika eher einen grossen Plan als Detailpläne, die in Expertentechnik eingewickelt sind. Dies haben viele tüchtige amerikanische Techniker an ihrem eigenen Volk niemals verstanden. Sie sind kurzsichtig und vor lauter Bäumen sehen sie den Wald nicht.

Und wahrscheinlich ist es in England ebenso. Die englische Geschäftswelt kann vom Monopolismus und Protektionismus noch zurückgekauft werden. Aber das geht nicht mit Keynesplänen und Rohstoffpreiskartellen. Es kann möglicherweise dadurch gemacht werden, dass auf diese Weise die Zahlungsbilanz auf lange Sicht gesichert wird, indem ein unbegrenzt grosser und freier Weltmarkt sperrangelweit geöffnet wird, was andererseits die Unterbauung der Zahlungsbilanz auf kurze Sicht durch Schuldenregelung und Kredit angemessen erscheinen lässt. Die Russen dürften nichts einzuwenden haben. Und kein kleines Volk würde es wagen, die ausgestreckte Hand abzuschlagen.

DIE UNRRA

Wenn der Krieg vorüber ist, wird es sich sicher zeigen, dass die harte Hungerblockade gegen die okkupierten Länder Europas von Seiten der Alliierten einer der schwersten taktischen Fehlgriffe war. Vielleicht mehr als alles andere, das während dieser verhängnisvollen Jahre geschehen ist, wird diese Politik die schon aus vielen anderen Gründen bestehende Opposition in Europa gegen Grossbritannien und Amerika, welche diese Blockade durchgeführt haben, und gegen die schwachen Exilregierungen in London, die sich damit abfinden mussten, steigern.

Wir dürfen uns von der Tatsache nicht beirren lassen, dass die Flüchtlinge, die von der norwegischen Heimatfront zu uns nach Schweden herübergekommen sind, sich gewöhnlich mit der Blockade zufrieden erklärt haben. Erstens gehört Norwegen nicht zu den Teilen des okkupierten Europas, wo die Not bisher am schlimmsten war. Zweitens glauben die Norweger in Norwegen – und in geringerem Grade die kämpfenden Patrioten in anderen besetzten Ländern –, dass sie durch Entbehrungen den Krieg gewinnen helfen. Wenn einmal klar gestellt sein wird, dass der Krieg nicht durch ihren Hunger gewonnen wurde und noch mehr, dass man dies die ganze Zeit über wusste, dann kann die Reaktion furchtbar werden.

Lebensmittel sind ja in diesem Kriege nicht auf dieselbe Weise strategische Waren wie z.B. Schlaf und Wohnungen. Die Deutschen werden nicht verhungern und am allerwenigsten die Soldaten. Die Völker der okkupierten Länder werden durch Hunger nicht stärker in ihrem inneren Widerstand – eher umgekehrt.

Weiter kann eine Nothilfeaktion so organisiert werden, dass die Deutschen sich nur ein imbedeutendes Minimum zugutekommen lassen können. Das beweist die Griechenlandhilfe, die ja ursprünglich gegen den Willen Grossbritanniens durchgeführt wurde, indem die Türkei die Alliierten vor ein *fait accompli* stellte. Und es gibt noch viel mehr Beispiele aus diesem und dem letzten Kriege. Die Hilfe kann ja z.B. nur schwangeren Frauen, Kindern und Kranken vorbehalten bleiben. Sie

kann zum grossen Teil geleistet werden durch Arzneien und Schutznahtmittel, die in diesen Ländern jetzt gar nicht erhältlich sind.

Es ist möglich, dass Hitler eine Nothilfe nicht zulassen würde, die so organisiert wäre, dass die Alliierten in diesem Punkte völlig sicher sein könnten. Aber dann wäre es von deren Standpunkt aus wichtig, das Angebot gemacht und die Ablehnung bekommen zu haben und somit die moralische Verantwortung in vollem Umfange auf Hitler abwälzen zu können.

Norwegen liegt ja besonders günstig für ein solches Experiment, da es mit Deutschland keine Landgrenze hat und da sich hinter seiner langen Landgrenze ein neutraler Staat mit sehr hoch entwickelter Verwaltung befindet, der die Nothilfe durchführen und kontrollieren könnte.

Wir Schweden haben uns nun mehrere Jahre erboten, Tonnage zur Verfügung zu stellen und die ganze Aktion zu führen und zwar in der Art, wie die Alliierten es vorschreiben würden. Aber jedesmal, wenn die Sache zur Sprache kam, begegneten wir einem blanken Nein. Unsere Regierung hat wegen ihrer beschränkten Hilfe in Norwegen unverschuldet norwegische und schwedische Kritik ertragen müssen, obgleich die Kritik nach London hätte adressiert werden sollen.

Die Verantwortung für diese Politik trägt vor allem Grossbritannien und da in erster Linie Churchill selbst, der sich im Sommer 1940 für dieses Prinzip entschied und späterhin trotz aller Vernunftargumente daran festgehalten hat. In England haben viele Privatpersonen und Gruppen dagegen protestiert und um eine neue Überprüfung des ganzen Problems gebeten. Besonders lebhaft war die Opposition unter Geistlichen und Ärzten.

Aber Churchill hat sich nicht erschüttern lassen. Als zuletzt im März 1944 die Frage im Oberhaus erneut behandelt wurde, hatte der Handelskriegsminister Lord Selbome die Aufgabe, gegenüber allen sachlichen Gründen abzuwinken. Er schloss damit, dass man in dem Bestreben, den Gesundheitszustand der aufwachsenden Generation in Europa zu fördern, nicht das Risiko auf sich nehmen dürfe, den Krieg auch nur um einen einzigen Tag zu verlängern.

In der Praxis kann es schwieriger gewesen sein, etwas bei den amerikanischen Blockadebehörden zu erreichen als bei den britischen. Aber das liegt nur an dem, was die Amerikaner selbst ihren unglücklichen «red tape» nennen, d.h. die mangelnde Geschmeidigkeit, die in Amerika sonderbarerweise jede öffentliche Verwaltung auszeichnet. Im Grunde genommen ist der öffentliche Widerstand in Amerika verbreiteter gewesen als in England. Es ist allgemein bekannt, dass Roosevelt und viele seiner Mitarbeiter in der höchsten Kriegsleitung eingesehen haben, wie falsch gedacht und gefährlich die ganze Blockadepolitik ist. Da aber Churchill nicht zu überreden war, hat man sich in diesem Punkte anpassen müssen. Grossbritannien soll ja auch in erster Linie die Verantwortung für die «Region Europa» tragen. Es hat sich jedoch in Amerika eine Oppositionsbewegung organisiert, die ihre stärkste Stütze in den Kirchen hat. Der Senat nahm kürzlich eine Resolution gegen die Lebensmittelblockade an.

Aber dabei ist es bis auf Weiteres geblieben. Wenn wir erklären wollen, warum die Protestbewegungen in Amerika und England trotz ihrer Stärke auf sachlichem Gebiet nicht weiter gekommen sind, dürfen wir nicht vergessen, dass Krieg ist und dass die Menschen im Allgemeinen die Neigung haben, solche Fragen an die Peripherie zu verschieben. Die Exilregierungen, welche die leidenden Völker vertreten, sind zu schwach gewesen, um sich geltend zu machen. Unter den norwegischen Seeleuten, die während des ganzen Krieges unter grosser Lebensgefahr Lebensmittel nach England verfrachtet haben und die wussten, wie ihre Angehörigen daheim in Norwegen hungern mussten, hat es Ansätze zu Proteststreiks gegeben. Aber sie sind unterdrückt worden.

Das Frühjahr und der Sommer 1944 – ehe die neue Ernte kam – dürften die schwerste Zeit gewesen sein. Gerade in diesem Halbjahr wurden dem aufwachsenden Geschlecht in Europa die schlimmsten Schäden zugefügt, weil die Lebensmittelblockade nicht gebrochen wurde. Dies ist der politische Grund, warum diese alten und ziemlich selbstverständlichen Dinge hier erneut wiederholt werden.

Aber die Lebensmittelblockade gehört auch wesentlich zu dem Hintergrund der ganzen Arbeit für die Vorbereitung einer zentralisierten internationalen Nothilfeaktion nach dem Kriege, der Organisation der UNRRA, the United Nations Relief and Rehabilitation Administration. Man kann geradezu sagen, dass die Organisation des britischen Wiederaufbaukomitees vom Jahre 1940 unter der Leitung von Sir Frederick Leith-Ross eine politische Notwendigkeit war. Als die okkupierten Länder von der Lebensmittelzufuhr während des Krieges abgeschnitten wurden, mussten ihnen wenigstens Zusicherungen gegeben werden, dass Vorbereitungen getroffen wurden, um sie unmittelbar nach Kriegsende reichlich mit dem zu versehen, was sie während des Krieges entbehren mussten.

Das sogenannte Leith-Ross-Komitee, welches im Herbst 1940 in eine interalliierte Organisation umgewandelt wurde, hatte daher in der britischen Propaganda für Europa schon von Anfang an eine gänzlich zentrale Aufgabe. Diese Aufgabe beeinflusste auch die Richtung ihrer Vorarbeit, welche sich in erster Linie mit der Untersuchung und der Festsetzung des eigentlichen Bedarfs an Hilfe befassen musste. Man ermahnte die verschiedenen Exilregierungen, ihre Kalkulationen einzureichen. Um sicher zu gehen, kalkulierten sie in gegenseitiger Konkurrenz weit im Übermass.

Hohe Summen wurden zusammengerechnet und grosse Pläne wurden skizziert, die danach in all unseren Wunschträumen dieser Jahre eine wichtige Rolle spielten. Ununterbrochen wurde hervorgehoben, dass es nicht nur gelte, die Hungrigen zu sättigen und die Not in den kriegverheerten Ländern zu stillen, sondern in all diesen Ländern das Wirtschaftsleben dauernd zu rationalisieren und den Lebensstandard über das Vorkriegsniveau zu steigern.

Als Amerika in den Krieg eingetreten war, schafften die Amerikaner sich ihr eigenes Nothilfeorgan, die sogenannte Lehman-Organisation. In Übereinstimmung mit ihrer allgemeinen Politik, die internationalen Verhandlungen nach Washington hinüberzuziehen, strebten die Amerikaner von Anfang an beharrlich danach, die Lehman-Organisation unter Hint-

ansetzung des Leith-Ross-Komitees zu dem politisch wichtigsten Planungsorgan auszugestalten. Dahinter steckte wohl auch der richtige Gedanke der Amerikaner, dass sie letzten Endes den grössten Teil der Rechnung zu bezahlen hätten.

Die Lehman-Organisation betrachtete es frühzeitig als eine ihrer Hauptaufgaben, Kalkulationen aufzustellen. Dabei machten sich jedoch von Anfang an zwei Meinungsrichtungen geltend. Die eine verfolgte eine sparsame Nothilfelinie und sah ihre Aufgabe nur darin, dem schlimmsten Hunger abzuhelpfen, Epidemien vorzubeugen und eine geordnete Rückkehr der vom Kriege Vertriebenen durchzuführen. Die andere setzte sich ausserdem das Ziel, kräftig Beistand zu leisten, um in den bombardierten Ländern möglichst rasch ein erfolgreiches Wirtschaftsleben aufzubauen. Die letztere Linie stimmte am besten mit der Propaganda überein. Aber je mehr die Pläne sich der Welt der politischen Realitäten näherten, desto mehr setzte die erste Linie sich durch. Sie wurde definitiv festgesetzt an der Konferenz in Atlantic City.

Das Vorspiel zu der Konferenz war ja auch politisch nicht ganz ohne ernsthafte Friktionen gewesen. Schon in dem ersten Vorschlag zur Nothilfeorganisation, der im Sommer 1943 unterbreitet wurde, war den «Grossen Vier» eine vollkommen beherrschende Stellung eingeräumt worden. Kleinstaaten wie Norwegen und Holland kritisierten den Vorschlag von diesem Gesichtspunkte aus. Sie erreichten gewisse kleine Ausgleichungen, indem der allgemeine Rat, in welchem alle Staaten wie Guatemala, Island, Liberia, Luxemburg usw. vertreten sind, grössere formelle Befugnis bekam. Aber das exekutive Organ sollte weiterhin nur durch die Vereinigten Staaten, Grossbritannien, die Sowjetunion und China repräsentiert werden. Damit mussten die Kleinstaaten sich abfinden.

Von Anfang an machten sich viele Interessenkonflikte geltend. Die Kleinstaaten Nordwesteuropas, die früher einen relativ hohen Lebensstandard gehabt hatten, fürchteten auf einen internationalen Substandard heruntergedrückt zu werden. Das Problem ist in gewisser Hinsicht hoff-

nungslos. Denn es ist im höchsten Masse die tatsächliche Aufgabe der UNRRA, internationale Gerechtigkeit auszuüben und vor allem darauf zu achten, dass nach dem Kriege die bessergestellten Staaten sich nicht auf Kosten der armen Staaten den Löwenanteil der knappen Vorräte nehmen.

Aufgabe der UNRRA ist es im Grunde, eine internationale Rationierung der knappen Vorräte durchzuführen. Da die nordwesteuropäischen Kleinstaaten nicht nur einen höheren Lebensstandard gehabt haben, sondern auch erwarten, nach dem Kriege mit Valuta, Kredit und guten Nachbarn rechnen zu können, und da man aus dem gleichen Grunde damit rechnet, dass sie für ihre Lieferungen bezahlen werden können, ist es klar, dass diese Staaten für die UNRRA kein lebhafteres Interesse hegen. Ihr Hauptinteresse ist im Gegenteil, dass die UNRRA so schwach werden möge, dass sie bei ihren Einkäufen die UNRRA soweit wie möglich umgehen können. Die armen Staaten ohne Valuta, Kredit und gute Nachbarn fürchten dagegen, vergessen zu werden. Dieser recht offensichtliche Interessenkonflikt bildet im Grunde eine äusserst grosse Gefahr für den Erfolg der ganzen Organisation.

Die südamerikanischen Staaten, die selbst arm sind, sind natürlich von dem Gedanken nicht sonderlich erbaut, dass sie jetzt Europa helfen sollen. Sie übten ihren Einfluss auf die Konferenz hinter der «Sparsamkeitslinie» aus. Sie haben auch andere Gründe, der UNRRA misstrauisch zu begegnen, besonders wenn die Organisation ihre Ambitionen weiter ausdehnen sollte als bis zu der unumgänglichsten Nothilfe. Diese Staaten gehören ja zu den wichtigsten Produzenten vieler jener Waren, die unmittelbar nach dem Kriege besonders knapp sein werden. Während des Krieges ist ihr Wirtschaftsleben unter die monopolistische Käuferkontrolle der Alliierten geraten. Sie fürchten, dass die UNRRA sich bis in die Friedenszeiten hinein zu einer Verteidigung dieser ihnen verhassten Politik entwickeln wird.

Die verschiedenen Exilregierungen haben alle das gemeinsame Hauptinteresse, dass jede für sich in ihrem Lande so unkontrolliert wie möglich über die Verteilung der Waren verfügen kann, die ihnen zur Verfügung gestellt werden. Für jene Regierungen, die glauben, bei ihrer

Rückkehr einigermaßen willkommen zu sein und überzeugt sind, selbständig rasch eine erfolgreiche Staatsverwaltung aufbauen zu können, ist dieser Wunsch natürlich. Er ist jedoch ebenso natürlich für die anderen, welche die Nothilfe als eine Waffe im Kampfe um die Macht in der Heimat ausnutzen wollen.

Grossbritannien und Amerika waren nicht bereit, ihre Macht, die sie während des Krieges über die Warenversorgung erworben hatten, an die UNRRA abzutreten. Die UNRRA musste sich daher zwei Schritt entfernt halten von den Waren, die planmässig verteilt werden sollen. Die Organisation kann nur bei den Combined Supply Boards, die von Grossbritannien und Amerika beherrscht werden, Anträge stellen. Diese «boards» selbst sind jedoch nur Verteilungsorgane. Die Waren sind von den Regierungen in Grossbritannien und Amerika in weitem Umfange monopolistisch aufgekauft worden. Diese beiden Staaten haben sich daher ihr ausschliessliches Bestimmungsrecht sehr wirkungsvoll gesichert.

Die Exilregierungen hatten vor der Heimatfront das Propagandabedürfnis, gegenüber den feindlichen Ländern eine harte Diskriminierung zu verlangen. Sie siegten bei den Abstimmungen – gegen Amerika, Grossbritannien und die Dominions und China – mit Hilfe der Sowjetunion. Die feindlichen Länder sollen keine Hilfe bekommen, wenn sie nicht im Voraus dafür bar bezahlt haben. Diese Bestimmung ist natürlich absurd und wird wohl, wie man hoffen kann, später beiseitegeschoben werden.

Die Sowjetunion war sonst für die intrigierenden Länder des Westens das grosse Mysterium der Konferenz. Alle fürchteten, dass die Russen durch irgendeine unvermutete Aktion das ganze Spiel zerschlagen würden. Als die Russen jedoch nichts unternahmen, wurden sie zu den Helden des Tages. Unter den jetzigen Verhältnissen eine erfolgreiche russische Aussenpolitik zu führen, ist mitunter sehr leicht.

Aber trotz aller Interessenkonflikte und trotz aller menschlichen Schwächen wurde die UNRRA Wirklichkeit und bekam feste Formen.

Die erste neue überstaatliche Organisation und die unumgänglich notwendigste nach dem Europakrieg ist tatsächlich gebildet worden und funktioniert bereits. Es herrscht nunmehr kein Zweifel darüber, dass die UNRRA die Organisation ist, welche die zentrale Verantwortung für die internationale Nothilfe nach dem Kriege tragen muss. Auch wenn die Interessen vieler grosser und kleiner Staaten darauf eingestellt sein werden, die UNRRA zu umgehen und allgemein ihre kontrollierende Befugnis zu verringern, so wird sie doch einen grossen Einfluss auf den ganzen Wirtschaftsverkehr während der bedeutungsvollen Übergangszeit nach dem Abschluss des Europakrieges ausüben – Handel, Seefahrt, Valuta und Kapitalbewegungen.

Ein wichtiger Grund, weshalb die UNRRA sich durchsetzen und trotz aller Schwierigkeiten verhältnismässig erfolgreich arbeiten wird, ist der Umstand, dass Herbert Lehman ihr Leiter geworden ist, einer der erfahrensten, geschicktesten und rechtschaffensten Verwaltungsmänner und Politiker der Welt, ehemals Gouverneur im Staate New York. Nach dem Statut der Organisation hat der Generaldirektor sehr ausgedehnte exekutive Befugnisse bekommen. Die zersplitterten Interessen geben ihm die Möglichkeit, das allgemeine Weltinteresse hervorzuheben, indem er die Sonderinteressen gegeneinander ausspielt.

Nachdem die revolutionären Pläne – bekannt durch die frühere Propaganda – das ganze Wirtschaftsleben der bombardierten Länder zu rationalisieren und ihren Lebensstandard über das Vorkriegsniveau zu steigern, jetzt sicher auf gegeben sind, liegt das allgemeine Interesse in erster Linie ganz einfach in einer einigermaßen haltbaren und gerechten Verteilung jener Waren, die während der Übergangszeit sehr knapp sein werden.

Niemand rechnet mit einer vollständigen Ausgleichung. Es steht schon jetzt fest, dass Amerika nach dem Kriege für andere Länder sich nicht besondere Entbehrungen auf erlegen wird, die den Lebensstandard wirklich herab drücken würden, sondern dass es nur Dollars und Waren von seinem Überfluss zur Verfügung stellen wird. Dasselbe gilt von den meisten Ländern in Bezug auf die Waren, die sie selbst produzieren. Un-

ter diesen Umständen kann man es Grossbritannien nicht verdenken, dass es vor allem daran interessiert ist, sich selbst Rohstoffe zu beschaffen, um die Friedensproduktion innerhalb seiner eigenen Industrie anzukurbeln und dazu in England eine angemessene Steigerung des Lebensstandards zu erreichen. Wohlbestalltere Länder wie Norwegen und Holland werden sich auf verschiedenen Wegen besser versorgen können als z.B. Polen.

Aber es ist die Aufgabe der UNRRA, unter Akzeptierung dieser politischen Notwendigkeiten trotzdem einen solchen Druck auf die Waren Verteilung auszuüben, dass die schlechter gestellten Länder nicht zu kurz kommen. Dieser Druck muss durch die Organe der alliierten Kriegführung ausgeübt werden, von denen ich oben sprach und die auch während der Knappheitsperiode arbeiten werden: durch die Combined Supply Boards. Sie werden, wie gesagt, von Grossbritannien und Amerika fast ganz beherrscht. Letzten Endes hängt der Einfluss der UNRRA davon ab, ob diese beiden Staaten ihrer Direktive nachzukommen gewillt sind.

Was die internationalen Kontrollen betrifft, die dabei in Frage kommen, so hat man Grund zu bezweifeln, dass die Kontrolle über die Seefahrt besonders wirksam sein wird. Durch die ungeheuren Schiffsbauten in Amerika hat die Welttonnage bereits ein Ausmass erreicht, das grösser ist als vor dem Kriege. Und ^damals war es zu gross. Der grösste Teil der neugebauten Schiffe ist sicherlich nicht von solcher Beschaffenheit, dass sie unter normalen Verhältnissen auf dem Frachtmarkt wirtschaftlich konkurrieren könnten. Aber in der Notlage nach dem Kriege sind sie ebenso gut zu verwenden wie während des Krieges.

Es ist wahr, dass man eine Fortsetzung des Japankrieges erwartet. Er wird aber nicht so viel Tonnage verbrauchen, wie man mitunter annimmt. Im Stillen Ozean werden nämlich keine Konvois gefahren. Wahrscheinlich wird mehr Tonnage in Anspruch genommen werden, um die Armeen von Europa zurückzuführen. Aber selbst wenn man diesen Bedarf mitrechnet, so wird unmittelbar nach dem Kriege wahrscheinlich doch kein Tonnagemangel entstehen, was natürlich die Aufrechterhaltung einer internationalen Warenrationierung durch das einfache Mittel erschwert, das

eine Rationierung der Tonnage sonst bieten würde.

Die direkte Kontrolle über den Warenmarkt, die England und Amerika sich durch gewaltige Lageraufkäufe verschafft haben, wird wahrscheinlich auch nicht lange halten. Es kommen neue Ernten, und die süd-amerikanischen Staaten werden die erste Gelegenheit benutzen, um sich von der Zwangsjacke zu befreien und sich zukünftige Märkte selbständig zu suchen.

Wenn Grossbritannien und Amerika dann nicht vorziehen, nach Schluss des Europakrieges gegenüber Europa die Kriegsblockade aufrechtzuerhalten, nur um die internationale Rationierung zu sichern – was eine Möglichkeit ist –, dann bleibt kein anderes Kontrollmittel als in Amerika die Valutasperre fortzusetzen. Sie könnte mit Grossbritannien wahrscheinlich im besten Einvernehmen durchgeführt werden, das schon allein aus Liquiditätsgründen Schwierigkeiten haben wird, einen völlig freien Geldmarkt wiederherzustellen.

Ein solcher Ausweg wird zwar in Amerika auf Widerstand stossen. Er ist ja nicht die günstigste Reklame für den Dollar als Weltvaluta. Ziemlich ironisch wäre es auch, nach all den stolzen Plänen einer internationalen Valutastabilisierung in der Welt, wenn die Nachkriegszeit mit einer allgemeinen Valutasperre beginnen sollte. Aber ganz unmöglich ist es nicht, und wir tun gut daran, wenn wir uns an diesen Gedanken gewöhnen.

Es gibt zwar, wie ich schon sagte, eine weitere Möglichkeit, nämlich, dass Grossbritannien und Amerika ihre Kriegsblockade Europas aufrecht-erhielten, auch nachdem ihr militärischer Zweck erreicht ist. Es wäre natürlich ganz völkerrechtswidrig und würde auf sehr ernsthafte Weise das restliche Vertrauen der Welt noch mehr schwächen und ihre Hoffnung untergraben, dass jemals wieder eine ökonomische Weltordnung auf rechtlicher Basis aufgebaut werden kann. Es würde die verschiedensten Perspektiven der Stärkung eines tatsächlich ungeheuren wirtschaftlichen Grossmachtimperialismus eröffnen. Es würde definitiv jedem einzelnen Land unweigerlich Grund geben, für die Wirtschaftspolitik unmittelbar den höchstmöglichen Grad an Autarkie als führendes Prinzip aufzustellen.

VÖLKERBUND UND INTERNATIONALES ARBEITSAMT

Wo passen die alten internationalen Organisationen aus der Zwischenkriegszeit – der Völkerbund und das Internationale Arbeitsamt – in diese Pläne und Intrigen hinein, in diese Verhandlungen und Organisationsversuche? Aufrichtig gesagt, passen sie gar nicht gut hinein. Ihr Einfluss ist minimal, ihre Zukunft ungewiss.

Ich will hier zunächst an die lange, heroische Leidenszeit des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes, vom Versailler Frieden bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges, erinnern. Amerika hatte sich ja von der Vaterschaft des Völkerbundes schon vor der Geburt des Kindes losgesagt und gleichzeitig seine Garantieverpflichtungen in Europa zurückgenommen. Frankreich antwortete damit, den Völkerbund beinahe einzig als Mittel zum Aufbau seines weitläufigen Intrigen- und Alliansystems im Interesse seiner nationalen Sicherheit zu benutzen. Grossbritannien taumelte zwischen müder Gleichgültigkeit und schlecht geführter Grossmachtpolitik.

Trotzdem hatte der Völkerbund anfangs gewisse Erfolge. Erst zu Ende der zwanziger Jahre begann seine Tätigkeit wirklich endgültig unbedeutend zu werden. Und die Schuld lag nicht beim Völkerbund, sondern bei den Grossmächten und in erster Linie bei Grossbritannien und Frankreich. Es ist mitunter interessant, auf die Art zurückzublicken, wie man einst den Verlauf historischer Ereignisse beurteilte, während sie sich abspielten. Im Herbst 1931, als das ganze mühsam wieder aufgerichtete internationale Geldsystem unter dem Druck der beginnenden Weltdepression gesprengt worden war, schrieb der Verfasser dieses Buches die folgende allgemeine Charakteristik gewisser Grundfaktoren der internationalen Krise, die damals noch im Anfang stand und die der Völkerbund nicht bemeistern konnte:

«Zuerst das noch immer nicht gelöste Reparationsproblem. Weiter die von fast allen Gesichtspunkten aus unzufriedenstellenden Grenzregelungen. Die internationale Organisationsarbeit in Genf missglückt immer systematischer. Dieser Misserfolg ist psychologisch umso gefährlicher, als die internationalen Organisationsbestrebungen zu einem früheren

Zeitpunkt doch tatsächlich gewisse Erfolge buchen konnten und damit Hoffnungen erweckten. Ich denke an die Zeit, als Österreichs Finanzen geordnet, Deutschlands Valuta stabilisiert, die griechischen Flüchtlinge von der Türkei in ihrem Vaterland kolonisiert wurden usw. – alles schöne Erinnerungen, auf welche die Männer von Genf ständig zurückgreifen, wenn die Rede auf die Misserfolge der internationalen Organisation kommt. Im Jahre 1927 wird in Genf in einer ‚Atmosphäre von Freihandelszuversicht‘ eine Weltwirtschaftskonferenz abgehalten, die unter lebhaftem Beifall der Intelligenz und des Idealismus der ganzen Welt die Prinzipien für die Sanierung der Weltwirtschaft festlegt. Als es gleich darauf gilt, die Prinzipien einigermaßen zu verwirklichen, vermag man nichts anderes als absolut nichtssagende und inhaltlose Konventionsvorschläge vorzubringen, und es glückt nicht einmal, den ganz unschuldigen Erfolg zu gewinnen, der in ihrer internationalen Billigung läge. Die Minoritätenfragen werden immer brennender. Man wagt sie kaum zu berühren, noch weniger sie definitiv zu regeln. Deutschlands innenpolitische Lage spitzt sich seit einigen Jahren von Woche zu Woche mehr zu. Das einzig Sonderbare ist, dass es bis heute, da dies geschrieben wird, gelungen ist, den offenen Bürgerkrieg zu vermeiden. Dasselbe gilt von anderen Staaten in Ost- und Südeuropa. Die Wirtschaft der Sowjetunion steht im Zeichen der Fünfjahrespläne und ist von allen Gesichtspunkten aus ein Unruhe-Element. Anfangs bedeutet es, dass der russische Export von Getreide, Bauholz usw. einen neuen Aufschwung erlebt. Und selbst wenn er bis auf Weiteres im Allgemeinen nicht Zahlen erreicht, die über jene der Vorkriegszeit hinausgehen, so kommt diese Wiederaufnahme des russischen Rohstoffexportes jedenfalls zu einem für die kapitalistischen Staaten besonders ungünstigen Zeitpunkt und heisst ‚dumping‘. Weiter kann man noch nicht recht sagen, ob der sowjetrussische Fünfjahresplan zum Scheitern verurteilt ist oder ob man stattdessen befürchten soll, dass es gelingt, ihn durchzuführen. Im ersteren Falle hat man mit den welterschütternden Rückwirkungen einer neuen russischen Revolution oder Konterrevolution zu rechnen. Im an-

deren Falle hat man wiederum, besonders in Zentraleuropa, den höchst stimulierenden Wirkungen des russischen Erfolges auf den Radikalismus der Arbeiterschaft entgegenzusehen. Und die wachsende Arbeitslosigkeit verbessert den Boden mit jedem Tag. Auf jeden Fall ist die Sowjetunion schon jetzt als ein wichtiger Faktor in die internationale Politik eingetreten und kann in Genf unmöglich noch länger ignoriert werden. Der russische Aussenminister hat ausgesuchte Gelegenheiten, Salz in die Wunden zu streuen, indem er die kapitalistischen Staaten pathetisch ermahnt, zur Vernunft zu kommen und in den gemeinsamen Schwierigkeiten zusammenzuhalten, alle selbstverständlich gesunden, aber leider politisch unmöglichen Reformen durchzuführen, z.B. abzurüsten, die Zollmauern zu regeln, sich gegenseitig Geld zu leihen und Grenzstreitigkeiten zu lösen usw. Und zu all dem verspricht er begeistert die Unterstützung der Sowjetunion – eine herrliche Ironie und ein makabrer Scherz, zu dessen Würdigung das Abendland kaum die richtigen Nerven hat. Währenddessen scheint die Abrüstung, um diese Frage schliesslich auch noch zu berühren, immer mehr ins Hintertreffen zu geraten. Es ist die Frage, ob nicht die Abrüstungskonferenz, die nun endlich im Februar zusammentreten soll, ein richtiges Fiasko wird, das einen Punkt hinter das Genfer Märchen setzt, wenigstens hinter das erste Kapitel. Vielleicht werden die politischen und ökonomischen Verhältnisse die Abhaltung der Konferenz nicht einmal zulassen. Die gerüsteten Staaten haben jetzt einen besonderen Grund, mit der Abrüstung vorsichtig zu sein: Sie dürfen die Arbeitslosigkeit nicht durch eine Depression in der Rüstungsindustrie erhöhen! Unterdessen hat der Internationale Gerichtshof in Haag, diese grosse moralische Stütze der internationalen Organisationen, einen erheblichen Teil seiner Autorität verloren, weil seine Mitglieder sich offenbar in einer wichtigen oder unwichtigen Rechtsfrage politisch und nicht ‚rein juristisch‘ gruppiert haben und vielleicht noch mehr, weil sein Gerichtsbeschluss in der wichtigen Frage der deutsch-österreichischen Zollunion durch die nationalistische Politik des französischen Blocks ganz beiseitegeschoben wurde. Vom Internationalen Arbeitsamt wollen wir gar nicht reden: Etwas Ratloseres und Unwesentlicheres als

diese wochenlangen Diskussionen über die allgemeine soziale Lage und speziell über die Arbeitslosigkeit kann man sich kaum denken. Es sei denn, dass der Direktorenrapport den Diskussionsstoff bildete. Aber ich will die Exemplifikation nicht weiterführen. Ich will nur hinzufügen, dass die Schwarzmalerei dieser kurzen Übersicht nicht etwa an einer ‚bias‘ gegen Genf und die internationale Wiederaufbauarbeit, die dort begonnen wurde, liegt. Der Verfasser ist zufällig ein Anhänger dieser Politik und glaubt trotz allem immer noch, dass die Erlösung der Welt, die Konsolidierung der Wirtschaft und die Bewahrung des Friedens durch eine internationale Organisationsarbeit erreicht werden muss, für die Genf doch die Richtlinie bietet. Aber so eine politische Einstellung darf uns nicht blind machen gegenüber der Tatsache, dass die Bestrebungen bisher in fast jeder Frage von grösserer Bedeutung systematisch gescheitert sind.»

Dann ging es ja immer schlechter und schlechter. Den Nationalsozialisten wurde es möglich gemacht, Deutschland mit Intrigen und Terror zu «übernehmen», man gestattete ihnen, den Völkerbund zu verhöhnen und im Laufe der Zeit die richtige Grosskriegsausrüstung zu starten. Japan hatte die Obstruktionshetze gegen den Völkerbund und das Internationale Arbeitsamt mit Mukden begonnen. Deutschland und Italien folgten nach. Deutschland trat aus dem Völkerbund aus.

Schon vorher hatten die Grossmächte sich daran gewöhnt, alle wichtigeren Fragen in besonderen Konferenzen ausserhalb des Völkerbundes zu beraten, der dadurch sein politisches Prestige immer vollständiger verlor. Leider konnte diese Praxis auch damit nicht entschuldigt werden, dass die Konferenzen auch nur im geringsten Grade erfolgreich waren. Die Völkerbundsprozeduren wurden unterdessen im Grossmachtszynismus ertränkt.

Wir Kleinstaaten versuchten, so gut wir konnten, gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Aber im Laufe der Zeit wurde es ja für uns sehr wichtig, dass wir uns von der formellen Verantwortung für eine Organisation lossagten, die Grossbritannien und Frankreich in ganz opportunist-

tischer und völlig willkürlicher Weise für ihre imperialistischen Tagesinteressen benutzen.

Besonders in England warnte die Intelligenz der Nation vor dieser Vergeudung der Möglichkeiten des Völkerbundes, eine Organisation für die ‚Kollektive Sicherheit‘ zu sein. Es gehört zu Churchills unvergänglichen, aber fruchtlosen Verdiensten, die Regierung seines Landes zeitig und häufig darauf aufmerksam gemacht zu haben, dass Grossbritannien es sich nicht erlauben könne, den Völkerbund, das internationale Sicherheitsorgan, so verfallen zu lassen. Aber er predigte tauben Ohren.

Inzwischen liess man die Einheit der Weltwirtschaft zerfallen. Amerika verliess unter Roosevelt auch die Goldwährung. Das bedeutete, dass Amerika seine Geldpolitik aufgab, nicht im Einvernehmen mit der Welt, wie Amerika mit seinen gewaltigen Goldvorräten es gekonnt hätte, ohne irgendwie seiner gleichzeitig begonnenen nationalen Expansionspolitik zu schaden, sondern aus Trotz gegen die Welt. Amerikas Auftreten anlässlich der Weltwirtschaftskonferenz in London 1933 sucht seinesgleichen in Bezug auf blinde nationalistische Widerspenstigkeit. Aber das Auftreten der anderen Staaten war nicht viel klüger.

Frankreich bekam mit Blum eine ehrenhafte Reformregierung, was in diesem Lande natürlich ein aufsehenerregender und an und für sich vielversprechender neuer Ansatz war. Aber leider war die Ehrenhaftigkeit mit einem soliden ökonomischen Unverstand verbunden. Man versuchte das Unmögliche, die deflationistische Goldwährungspolitik fortzusetzen und gleichzeitig eine Menge äusserst kostspieliger und inflationstreibender sozialer Reformprojekte einzuführen.

Die Ursachen zu dem Misslingen dieses Planes wurden überall in der Welt in allen ökonomischen Proseminarien klargestellt. Hugh Dalton, der Schreibende und einige sozialistische Nationalökonomien in verschiedenen demokratischen Ländern einigten sich auf ein warnendes, eingehend motiviertes Memorandum an Blum und seinen Finanzminister. Aber unsere realistische Analyse liess die französischen Politiker gänzlich unberührt.

In dieser Lage wurde Frankreich natürlich in eine starre Importpolitik

mit Quoten usw. hineingezwungen. England, das mit seiner durch die letzte Nachkriegskrise konservierten und durch die Weltkrise vergrößerten Arbeitslosigkeit kämpfte, wurde 1931 zum Protektionismus bekehrt und begann eine sogenannte aktive Handelspolitik mit zweiseitigen Handelsabkommen und Ähnlichem zu führen.

Aber es war Hitler und Schacht vorbehalten, aus der neuen nationalistischen Handelspolitik ein wirkliches System zu machen. Für die Nationalsozialisten war die Autarkie mehr als ein Notzwang. Sie wurde eine Methode für unblutige Eroberungen.

Der internationale Handel schrumpfte natürlich zusammen. Die internationalen Kapitalbewegungen waren praktisch genommen seit Langem erstickt worden. Der Weltmarkt wurde ein Niemandsland zwischen den staatlichen Importsperrern und Exportprämien. Die Valutakurse wurden eine Beute für die konkurrierenden Regulierungsmassnahmen der Staaten.

Währenddessen war das Spiel der Grossmächte auf dem politischen und militärischen Gebiet immer zynischer und gleichzeitig von Seiten der grossen Demokratien zu einem immer hilfloseren Aufgeben geworden. Nachdem man toleriert hatte, dass Japan China kränkte, war man reif geworden, um Italien – durch seinen ehrlosen Räuberkrieg gegen Abessinien – ein Kaiserreich werden zu lassen. Damals hatten die halben Sanktionen nicht die Aufgabe, den Kleinstaat Abessinien vor der fremden Unterdrückung zu retten, sondern nur das Prestige der Völkerbundsmächte zu wahren. Die Nichteinmischungskomödie während des siegreichen deutsch-italienischen Versuchskrieges gegen den jungen freien spanischen Staat hatte eine ähnliche Aufgabe.

Jetzt war Europa reif für Österreichs Untergang. Grossbritanniens aktive Teilnahme an den Vorbereitungen zur Auslieferung der Tschechoslowakei durch den Chamberlain-Mussolini-Hitler-Pakt im Herbst 1938 war der Gipfel an Schamlosigkeit. (Wie kann man sich da wundern, dass die tschechischen Patrioten sich jetzt, da der zweite Weltkrieg seinem Ende entgegengeht, immer exklusiver nach der Sowjetunion orientieren? Ein Volk, das München und seine Folgen erlitten hat, kann kein schlechtes Gedächtnis haben.)

Der beste Dienst, den man dem Völkerbund während dieser Entwicklung leisten konnte, bestand darin, dass man ihn von den hochpolitischen Fragen fernhielt. Aber Chamberlain glaubte, dass der «Friede in unserer Zeit» gerettet sei, während alle klugen Menschen bereits damals wussten, dass es ein furchtbarer Irrtum war. Der grösste Teil des englischen Volkes empfing jedoch Chamberlain bei seiner Rückkehr von den verhängnisvollen Zusammenkünften mit Hitler mit Dankbarkeit, manche gar mit gerührtem Jubel. Für die Kleinstaaten lag jedoch ein umso ernsthafterer Realismus in Chamberlains Feststellung vor dem Parlament, dass jetzt jeder kleine Staat auf eigene Faust seine Sicherheit wahren müsste, so gut er könnte.

Ein Engländer oder Amerikaner wird heute dieses Urteil über die missglückte Grossmachtspolitik der Zwischenkriegszeit Wort für Wort unterschreiben. Viele taten es ebenso offen wie ehrlich, während diese traurige Entwicklung noch nicht abgeschlossen war. Alle sind sich einig in der Notwendigkeit, dem Irrtum klar ins Auge zu sehen, wenn einer Wiederholung vorgebeugt werden soll.

Aber vor allem die Einwohner in einem kleinen, etwas abgelegenen Lande (wie Schweden) tun gut daran, diese jüngste Weltgeschichte nicht zu vergessen. Mit diesen Erfahrungen hinter uns dürften wir kein Recht haben, allzu rosig in die Zukunft zu sehen, selbst wenn die internationalen Organisationsversuche sich jetzt scheinbar besser gestalten als es tatsächlich der Fall ist. Der Krieg bildet eine Epoche, das ist wahr. Alles verändert sich. Aber wird es besser und genügend besser?

Diese Ereignisse mussten ausserdem hier angedeutet werden, um den Hintergrund des Völkerbundsicksals während des Krieges zeichnen zu können. Wir unterstreichen jedoch wiederholt, dass die Schuld an dem Unglück nicht den Völkerbund trifft, sondern die kurzsichtige Grossmachtspolitik. Der Völkerbund durfte nicht in Aktion treten.

Der Völkerbund hat während der dreissiger Jahre versucht, sich anzupassen, indem er immer grösseres Gewicht auf die Arbeiten der technischen Sektionen legte, d.h. auf die ökonomischen Untersuchungen des

Lebensstandards und der Landwirtschaftspolitik, der Wohnungsfrage, der Gesundheitspflege, der Narkotika, des weissen Sklavenhandels usw. Der Kernpunkt dieser damaligen Versuche zur Reformierung der Organisation war, diese technische Tätigkeit soweit wie möglich von den politischen Konjunkturen des Bundes loszulösen und trotzdem den Bund als eine nützliche internationale Organisation zu bewahren.

Der Kriegsausbruch paralyisierte natürlich den Völkerbund als politische Sicherheitsorganisation endgültig. Die ordentliche Ratsversammlung, welche im September 1939 abgehalten werden sollte, wurde abgeblasen. Dagegen traten der Rat und die Versammlung im Dezember desselben Jahres zusammen, um zu bestimmen, die Sowjetunion sollte wegen des Überfalls auf Finnland aus dem Bund ausgeschlossen werden.

Das war die letzte müde politische Geste des Völkerbundes. Die Sowjetunion hatte damals ihren Pakt mit Hitler, der Grossbritanniens und Frankreichs Feind war. Diese Länder erklärten sich ja damals sogar bereit, Truppen nach Finnland zu schicken. Aber Schweden rettete sie damals davor, in einen Krieg mit ihrem zukünftigen Bundesbruder zu geraten, indem es den Durchzug verbot. Von der Wirksamkeit der geplanten Hilfsaktion konnte die Welt sich bald darauf durch den britisch-französischen Feldzug gegen die Deutschen in Norwegen ein Bild machen.

Nach Frankreichs Kapitulation im Sommer 1940 wurde die Situation für den Völkerbund natürlich besonders kritisch. Der Generalsekretär des Bundes, der Franzose Joseph Avenol, der dabei mit der Vichyregierung unter einer Decke steckte, schickte im August 1940 an die Mitgliedstaaten eine Mitteilung, die man als die Feststellung deuten konnte, die Tätigkeit des Völkerbundes sei eingestellt worden.

Im Sommer 1940 glückte es dem Chef der Wirtschafts-Sektion, A. Loveday, gemeinsam mit elf höheren Beamten der Sektion, nach Amerika zu kommen, wo sie sich im Institute for Advanced Study, Princeton, New Jersey, etablierten, von dem sie eine Einladung erhalten hatten. Die

Sektion für Opiumkontrolle liess sich in Washington nieder. In Genf werden immer noch einige laufende Geschäfte erledigt.

Der Völkerbund wird vorübergehend, nach einem früher ordnungsgemäss gefassten Beschluss, von einer Supervisory Commission geleitet, deren neuer Generalsekretär Sean Lester ist, nachdem Avenol abgesetzt worden war.

Das Internationale Arbeitsamt hat ein ähnliches Schicksal erlitten. Das Arbeitsamt hat seinen offiziellen Sitz noch immer in Genf mit einem kleineren Personalstab, der hilft, Europa zu beobachten, Veröffentlichungen zu drucken und zu verteilen usw. Aber der grösste Teil seiner vielen Büros befindet sich in Montreal (Kanada), wo ein Arrangement mit der McGill University getroffen wurde.

Als die Sowjetunion im Winter 1940 aus dem Völkerbund ausgeschlossen wurde, fasste das Internationale Arbeitsamt automatisch denselben Beschluss. Die Vereinigten Staaten gehören dem Internationalen Arbeitsamt an, aber nicht dem Völkerbund.

Während des Krieges haben die beiden Organisationen sich mit der Sache der Vereinten Nationen vollständig identifiziert. Am deutlichsten gab das Internationale Arbeitsamt dieser Tatsache Ausdruck durch gewisse Resolutionen seiner Konferenz vom Herbst 1941. Die Resolutionen wurden von der amerikanischen Regierung forciert. Amerika war zu jener Zeit noch nicht im Kriege, aber die Regierung wollte auch dieses Instrument benutzen, um die amerikanische öffentliche Meinung auf die Kriegsteilnahme vorzubereiten.

Der Völkerbund, welcher seit Dezember 1939 mit dem Rat oder der Versammlung keine Zusammenkunft gehabt hat, sah keinen Anlass, zum Kriege ebenso öffentlich und ausdrücklich Stellung zu nehmen. Aber in ihren für die Zukunft geplanten Vorarbeiten gehen sowohl Völkerbund wie Internationales Arbeitsamt von dem Sieg der Vereinten Nationen aus.

Trotzdem sind beide Institutionen im Grossen und Ganzen von einem Einfluss auf die internationale Politik ferngehalten worden. Die ursprünglichen Organe für Zusammenarbeit der Vereinten Nationen wurden für die gemeinsame Tätigkeit in der eigentlichen Kriegführung ge-

schaffen, und der Ausschluss der alten internationalen Organisationen war in der ersten Phase des Krieges natürlich. Als danach die Nachkriegsplanung das Hauptinteresse beanspruchte, wäre es angebrachter gewesen, die Erfahrungen und den Apparat des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes auszunutzen.

Aber das ist nicht geschehen. Beide Organisationen wurden von den Landwirtschafts- und Lebensmittelkonferenzen in Hot Springs völlig ferngehalten, trotzdem besonders der Völkerbund früher an diesen Problemen gearbeitet hat. An der Arbeit des Interimskomitees haben jedoch ein paar Sachverständige des Völkerbundes mitwirken dürfen. Zu der internationalen Nothilfekonferenz in Atlantic City glückte es nicht einmal dem Internationalen Arbeitsamt, zum vornherein eine offizielle Einladung zu bekommen. Aber das Arbeitsamt wurde später von der Konferenz selbst eingeladen, eine Delegation von Beobachtern zu schicken. Verhandlungen über Valutastabilisierung, die überstaatliche Investitionsbank, die internationalen Rohstoffkartelle usw. sind ganz ohne Mitwirkung des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes geführt worden.

Wir können diese schroffe Einstellung gegenüber den alten internationalen Organisationen besser verstehen, wenn wir uns erinnern, dass diese auf Grund ihres Statuts, ihrer Mission und ihrer Geschichte von einem internationalistischen Geiste getragen sind. Die internationalen Verhandlungen in Washington sind im Gegenteil, wie wir gezeigt haben, sehr exklusiv eingestellt. Nicht nur die feindlichen Länder, auch die neutralen Staaten sollen prinzipiell ferngehalten werden. Dieses Prinzip muss in gewissem Sinn den Völkerbund und das Internationale Arbeitsamt hemmen, da sie an ihren internationalistischen Ambitionen festhalten müssen.

Ein anderer grundlegender Unterschied zwischen dem Völkerbund und dem Internationalen Arbeitsamt auf der einen Seite und der Art Organ, wie es innerhalb der Vereinten Nationen existiert oder vorbereitet wird, ist, dass die ersteren auf ein demokratisches Organisationsprinzip bauen, während die letzteren auch in Bezug auf die eigentlichen Organi-

sationsformen immer mehr vom Grossmachtsimperialismus beherrscht werden. Die kleinen Mächte haben wiederholt Kritik geübt – z.B. gegen die Machtkonzentration in der UNRRA – bisher jedoch ohne grösseren Erfolg. Ein erheblicher Teil der Interessenkonflikte und die ideologischen Streitigkeiten innerhalb der Vereinten Nationen scheinen jedoch im Begriff zu sein, sich um den Gegensatz zwischen Grossmächten und Kleinstaaten zu gruppieren.

Die Sowjetunion, die ja im Winter 1939 aus dem Völkerbund und dem Internationalen Arbeitsamt ausgeschlossen wurde, wo früher die sowjetrussischen Vertreter vom Standpunkt der internationalen Organisationen aus regelmässig als besonders loyale Mitarbeiter auf getreten waren, hat nach ihrem Eintritt in den Krieg stattdessen konsequent das Prinzip der Machtkonzentration betont. Es war somit vor allem auf Grund der ständigen Weigerung der Sowjetunion, sich mit einer anderen Ordnung abzufinden, dass die Leitung der UNRRA den «Grossen Vier» übergeben wurde.

Es war ebenfalls die Sowjetunion, die darauf bestand, dass der Völkerbund und das Internationale Arbeitsamt nicht zur Hot-Springs-Konferenz eingeladen werden sollten. Amerikas State Department und ebenfalls Grossbritanniens Foreign Office haben es vorgezogen, die Forderung der Sowjetunion anzuerkennen, trotzdem es bekannt ist, dass wenigstens das Foreign Office in den beiden genannten Fällen gegenüber den Kleinstaaten gern eine günstigere Haltung eingenommen hätte.

Es ist offenbar, dass sich unter den Kleinstaaten das Interesse für den Völkerbund und das Internationale Arbeitsamt im Steigen befindet. Die seitens der alliierten Grossmächte in der Handhabung der gemeinsamen Angelegenheiten der Vereinten Nationen immer mehr hervortretende imperialistische Tendenz hat den Wert des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes für die Kleinstaaten zunehmen lassen, weil diese innerhalb der Organisation der Vereinten Nationen als ein mögliches Gegengewicht gegen die Grossmächte dastehen. Dies bezieht sich auf Staaten wie Norwegen, Belgien und Holland.

Ähnlich ist es mit den meisten lateinamerikanischen Staaten, welche innerhalb des panamerikanischen Blockes ausserdem die Macht der Vereinigten Staaten fürchten. Sowohl der Völkerbund wie auch das Internationale Arbeitsamt haben während des Krieges ihre praktische Beratungstätigkeit auf Südamerika konzentriert und scheinen mit den lateinamerikanischen Republiken einen recht lebhaften und zufriedenstellenden Kontakt erreicht zu haben. Die Arbeit an den Steuerreformen dieser Republiken, die vom fiskalischen Komitee des Völkerbundes geleistet worden ist, und auch die Expertenhilfe des Internationalen Arbeitsamtes bei den Sozialreformen haben es mit sich gebracht, dass diese Staaten zu einer engeren Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen gekommen sind als jemals vorher.

Betreffend Frankreich meint man im Völkerbund und im Internationalen Arbeitsamt, dass ein wieder auf gerichtet es Frankreich grosses Interesse haben wird, die alten internationalen Organisationen zu stützen, um den Verlust seiner ehemaligen Position einigermassen zu kompensieren. Zeichen dafür, dass diese Interessen erkannt wurden, erblickt man darin, dass die Vichyregierung während der zweijährigen Kündigungsfrist nach dem Austrittsgesuch, welches nach Frankreichs Kapitulation im Sommer 1940 eingereicht wurde, ihre finanziellen Verpflichtungen weiterhin erfüllte und ebenso an der Mitteilung des Französischen Befreiungskomitees, das vor Ablauf der Frist den Austrittsbeschluss für ungültig erklärte.

Grossbritannien hat sich gegenüber dem Völkerbund und dem Internationalen Arbeitsamt relativ wohlwollend verhalten. Das Budget des Völkerbundes ist während des Krieges hauptsächlich von Grossbritannien und den Dominions getragen worden. Die Dominions sind Kleinstaaten und stellen sich offenbar in steigendem Masse kritisch zu der Machtkonzentrationstendenz innerhalb der Organe der Vereinten Nationen. Grossbritannien als Kopf des Imperiums muss auf die Einstellung der Dominions Rücksicht nehmen. Auch in erweiterter Bedeutung liegt es im englischen Interesse, nach dem Kriege bis zu einem gewissen Grade als Gönner und Führer der Kleinstaaten aufzutreten.

Entscheidend für das Zurücktreten des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes von der Friedensplanung ist die im Grossen und Ganzen negative Politik der Vereinigten Staaten gewesen. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass eine der Ursachen hiezu die bisherige Einstellung der Sowjetunion gegenüber der Zusammenarbeit mit diesen Organisationen und deren Vertretung des Machtkonzentrationsprinzips gewesen ist. Die Vereinigten Staaten, die es auf sich genommen haben, die Nachkriegsplanung zu leiten, wobei die Teilnahme der Sowjetunion eine politische Notwendigkeit ist, haben es nicht vermeiden können, in dieser Frage auf die Politik der Sowjetunion Rücksicht zu nehmen.

Aber Amerikas Interesselosigkeit und Abneigung gegen die internationalen Organisationen haben ihren tieferen Grund in der amerikanischen öffentlichen Meinung. Trotzdem man sagen kann, dass der Völkerbund die unmittelbare Folge des amerikanischen Idealismus war, gewann Präsident Wilson bekanntlich im Senat nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit, und die Vereinigten Staaten nahmen nicht teil. Während der isolationistischen Ära zwischen den beiden Weltkriegen hatte der Völkerbund wie auch der ganze Versailler Frieden im Grossen und Ganzen eine schlechte Presse in Amerika. Der Ausbruch des zweiten Weltkrieges, die Pearl-Harbor-Katastrophe und der Zusammenbruch des Isolationismus gaben jedoch allgemein der Auffassung Raum, dass die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten während der Zwischenkriegszeit falsch gewesen sei und im Grunde genommen eine Hauptursache bilde, warum der Krieg nicht habe vermieden werden können. Es gehörte zu dieser Sinnesänderung, wenn man bedauerte, dass die Vereinigten Staaten den Völkerbund nicht aktiv unterstützt hatten.

Aber diese Sinnesänderung und das schlechte Gewissen gegenüber dem Völkerbund führten kaum zu einer erhöhten Sympathie und Würdigung dessen, was von der Vorkriegszeit von den internationalen Organisationen noch übrig war. Die Reaktion war nicht nur logisch. Man könnte sie vielleicht am besten vergleichen mit der Einstellung zu einer geschiedenen Frau. Der Völkerbund ist für den Durchschnittsamerika-

ner ein Gewissenskomplex, eine unangenehme Erinnerung, die er in Gleichgültigkeit zu hüllen versucht.

Eine Tatsache ist, dass die jetzige Tätigkeit des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes in Amerika in nur sehr geringem Masse bekannt geworden ist. Die Zeitungen opfern so wenig Platz wie möglich für deren Publikationen, die mit allgemeinen Redewendungen gepriesen werden, aber nur ganz en passant und verschämt.

Es muss jedoch gesagt werden, dass auch die Vereinten Nationen in Amerika keinen richtigen Publikumserfolg hatten. Die Vereinten Nationen sind für den Durchschnittsamerikaner ein offiziöser und abstrakter Begriff, der noch kein Leben und keine Konkretion hat. Eingehende öffentliche Diskussionen über die gross-imperialistische Tendenz der Organe der Vereinten Nationen, über die zukünftige Rolle des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes in der internationalen Politik, über die Konkurrenzsituation, die zwischen den ersteren und den letzteren entstanden ist usw., kommen nicht vor.

Diese unklare Lage in der amerikanischen öffentlichen Meinung ist natürlich alles andere als stabil. Die Schuld an deren Entstehung trägt ausserdem zum grossen Teil die zweifelnde und ablehnende Einstellung der offiziellen Stellen, wo man sich bisher inständig geweigert hat, die öffentliche Meinung zu führen. Lange glaubte man, es läge an der «State Department policy», wie man sie in Amerika charakterisiert. Aber man erklärt jetzt bestimmt, dass die Unklarheit und besonders die negative Einstellung auf die «White House policy» zurückgeführt werden müssen.

Nach der Auffassung vieler hegt jedoch Roosevelt persönlich starke Sympathie für die alten internationalen Organisationen und für die Prinzipien, die sie verkörpern. Bekanntlich bemühte er sich während der Zwischenkriegszeit ausserordentlich, den Anschluss der Vereinigten Staaten an den Internationalen Gerichtshof und an den Völkerbund vorzubereiten, und er hat sich stets für die Arbeit der Vereinigten Staaten innerhalb des Internationalen Arbeitsamtes interessiert.

Er will Wilsons Irrtum nicht wiederholen, will das Land nicht zum

Internationalismus zu führen suchen, sondern er zieht es vor, die Opposition sich in dieser Richtung bewegen zu lassen. Er weiss, dass noch viel Isolationismus – in der einen oder anderen Verkleidung – vorhanden ist. Und er fühlt, wie der Isolationismus im Steigen begriffen ist. Die Forderung der Machtkonzentration seitens der Sowjetunion ist in dieser Lage in Washington nicht auf grossen Widerstand gestossen. Deutlicher tritt die Tendenz hervor, diese Linie zu benutzen, um Amerikas Forderung zu sichern, in der Friedensplanung einen dominierenden Einfluss auszuüben.

Die Möglichkeiten einer Umorientierung der amerikanischen Aussenpolitik in internationalistischer und demokratischer Richtung werden jedoch offengehalten. In allen weitgreifenden aussenpolitischen Deklarationen der Wortführer der Staatsverwaltung in Bezug auf die internationale Nachkriegsordnung gibt man mit allgemeinen Worten – jedoch mit offensichtlicher konsequenter Auslassung der Namen «Völkerbund» und «Internationales Arbeitsamt» – gerade den Prinzipien Ausdruck, die für die alten internationalen Organisationen von grundlegender Bedeutung sind. In dieser Lage ist es weiterhin bezeichnend, dass ein Teil der Opponenten in der Staatsverwaltung vorsichtig den Standpunkt zu vertreten begonnen hat, der Völkerbund wie auch die anderen internationalen Organisationen müssten in Gebrauch genommen werden. Für diese Auffassung ist neben anderen auch der führende konservative Republikaner und frühere Isolationist Senator Taft eingetreten.

Für den Völkerbund und das Internationale Arbeitsamt ist es unter diesen Bedingungen ein Lebensinteresse, die Sowjetunion wiederzugewinnen. In Bezug auf den Völkerbund wird das bis auf Weiteres nicht möglich sein. Für das Internationale Arbeitsamt dürfte es leichter sein, mit Rücksicht auf seine mehr technische und weniger politische Funktion wie auch auf Grund der Mitgliedschaft Amerikas, die ja einen mächtigen Helfer bedeutet.

Bisher sind die Versuche jedoch misslungen. Die 1943 zusammengetretene Konferenz ist unaufhörlich verschoben worden in der Hoffnung, die Sowjetunion für einen Anschluss gewinnen zu können. Als nach der Moskauer Konferenz Anfang Dezember 1943 diese Versuche immer

noch ohne Erfolg geblieben waren, glaubte man mit der Einberufung dieser Konferenz nicht länger warten zu können. Aber die Bestrebungen, die Sowjetunion für das Internationale Arbeitsamt zu gewinnen, wurden fortgesetzt und werden auch nicht aufgegeben.

Das Spiel dieser Kräfte ist so voller Unsicherheitsmomente, dass man unmöglich voraussagen kann, ob der Völkerbund und das Internationale Arbeitsamt Aussichten haben, die Nachkriegszeit zu überleben und dann in der internationalen Politik eine bedeutende Rolle zu spielen.

Zweifellos hat das Internationale Arbeitsamt eine stärkere Stellung als die Mutterorganisation selbst. Einmal sind die Vereinigten Staaten Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes, aber nicht des Völkerbundes. Weiter wird das Internationale Arbeitsamt von der Arbeiterbewegung in den meisten alten Mitgliedstaaten gestützt. Es ist politisch weniger belastet als der Völkerbund und hat mehr rein technische Aufgaben. Es scheint tatsächlich in allen Kreisen ziemlich grosse Einigkeit darüber zu herrschen, dass die zukünftige Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik vom Internationalen Arbeitsamt geführt werden muss. Das Internationale Arbeitsamt sollte zu diesem Zweck den übrigen internationalen technischen Organen, die jetzt geplant werden, an die Seite gestellt werden: der Valutabank, der Investierungsbank, der Rohstoffkontrollorganisation, der Landwirtschaftsorganisation usw.

In den Monaten April-Mai 1944 hielt das Internationale Arbeitsamt eine Konferenz in Philadelphia ab. Die wichtigste Aufgabe dieser Konferenz war die Bestimmung der Formen für die zukünftige Tätigkeit der Organisation. Es wird viel davon gesprochen, dass das Internationale Arbeitsamt nach dem Kriege weniger nach internationalen Konventionen streben wird, dafür aber den einzelnen Staaten als konsultierendes Expertenbüro zur Verfügung stehen soll. Auch eine Dezentralisierung auf regionale Organe wird vorbereitet. Was die ökonomischen Probleme betrifft, so wird es immer deutlicher, dass das Internationale Arbeitsamt diese ganz und gar anderen Organen überlassen soll und selbst nur die

sozialen Aspekte verschiedener ökonomischer Fragen prüfen wird.

Die Zukunftsaussichten des Völkerbundes sind bedeutend ungewisser. Es ist weniger wahrscheinlich, dass das Statut des Völkerbundes – auch nach starken Abänderungen – in Bezug auf die allgemeine internationale Organisation den Wünschen der Grossmächte entsprechen wird, die man neben den verschiedenen Organisationen für spezielle technische Aufgaben vorbereitet. Diese letzteren Organisationen werden im Übrigen den Völkerbund gewisser alter Aufgaben entheben.

Um funktionieren zu können, ist der Völkerbund natürlich weiter auf ganz andere Weise vom Anschluss der Sowjetunion abhängig. Ausserdem müssten auch die Vereinigten Staaten um ihre Aufnahme ersuchen und gewählt werden, was dem Hochmut der Amerikaner zu nahe gehen dürfte. Aus diesen und anderen Gründen rechnet man im Allgemeinen nicht damit, dass der Völkerbund ohne Weiteres weiterleben kann. Man denkt sich stattdessen, dass eine neue internationale Organisation errichtet werden muss, wahrscheinlich, indem man der Institution der Vereinten Nationen eine festere Struktur gibt.

Der Völkerbund sollte jedoch nicht einfach zu existieren aufhören, sondern selbst beschliessen, in der neuen Organisation aufzugehen, die dann auch sein Personal, seine Reserven, Forderungen und Verpflichtungen übernehmen würde. Auf diese Weise könnte in der Zukunft die Kontinuität bewahrt werden. Die näheren Formen für die Durchführung dieses Planes sind noch nicht festgelegt worden.

Die Prognose für den Völkerbund muss bis auf Weiteres eingeschränkt werden auf die beiden negativen Feststellungen, dass es nämlich einerseits wahrscheinlich ist, dass der Völkerbund in seiner bisherigen Form nicht weiterexistieren wird, dass es aber andererseits ebenso unwahrscheinlich ist, dass der Völkerbund ganz einfach aufgelöst wird. Darüber hinaus müssen zunächst alle Pläne als Spekulationen angesehen werden.

Währenddessen haben die beiden Organisationen im Stillen weitergearbeitet. Sie haben mehrere teilweise recht wertvolle Studien über verschiedene Nachkriegsprobleme veröffentlicht.

FAZIT

Wir haben uns hier an einige jetzige internationale Verhandlungen und Organisationsversuche gehalten, die zentrale und allgemeine ökonomische Probleme betrafen. Wären wir auf mehr spezifische Fragen eingegangen, wie z.B. den internationalen Luftverkehr und seine Flugbasen, die Tonnage Versorgung und ihre Verteilung unter den seefahrenden Nationen oder auf die Öl-, Zinn- und Gummiprobleme der Welt usw., so würden wir nur neue Exemplifikationen zu den allgemeinen Schlussfolgerungen gesammelt haben, die wir jetzt im Begriff sind zu ziehen.

Das ganz Entsprechende gilt auch für die tastenden Versuche, eine Lösung der über allem anderen stehenden Frage zu finden in Bezug auf die Sicherheit der Nationen vor einem neuen Krieg. Verschiedene Projekte für eine allgemeine Weltorganisation wirbeln in Form von mehr oder weniger offiziellen Memoranden herum. Durchgehend enthalten sie den Gedanken, dass die drei Grossmächte für die militärische Sicherheit gegen Angreiferstaaten gemeinsam verantwortlich sein sollen.

Dabei wird als selbstverständlich angenommen, dass ein Konflikt zwischen diesen drei Grossmächten – den Vereinigten Staaten, Grossbritannien und der Sowjetunion – ausgeschlossen ist und dass sie allgemein ein wirkliches Muster an Friedlichkeit und Freundschaft sind. Der kritische Leser jener Aktenstücke stellt sich die Frage, worin denn eigentlich die Schwierigkeit für eine friedliche Organisation der Welt besteht. Sollten die «Grossen Drei» auf diese uneigennützig Weise Zusammenhalten, dann dürfte der Weltfrieden wohl gesichert sein.

In Wirklichkeit sind natürlich die Sorgen darin begründet, dass man von einer Grundvoraussetzung ausgeht, an die man überhaupt nicht glaubt, und dass man dazu gedrängt wird, in der eigentlichen Organisationsform Garantien für das zu schaffen, was man eben vorausgesetzt hat. Man muss hinzufügen, dass wohl ein Teil dieser Projekte die Abrüstung der kleinen Nationen vorsieht, wogegen die Kleinstaaten jedoch protestieren – aus ganz verständlichen Gründen.

Innerhalb dieser weltumfassenden Sicherheitsorganisation werden alle möglichen Arten von regionalen Aufteilungen vorgeschlagen, oft mit einer mehr oder weniger versteckten Abgrenzung der Interessensphären der entsprechenden Grossmächte. Mitunter spekuliert man z.B. mit einer «Region Europa». Aber das Sonderbare ist, dass niemand etwas davon hören will. Ich sehe dabei ab von Hitlerdeutschland, das ja die Sache auf die ihm eigene barbarische Weise durchführen wollte, jetzt aber nicht gefragt wird.

Grossbritannien will natürlich nicht zu Europa gehören – höchstens als aussenstehendes Ehrenmitglied und Schutzpatron – und verweist auf den Kanal und die Interessen seines Imperiums jenseits der Ozeane. Norwegen ist bekanntlich eine Atlantikmacht und wurde längere Zeit kaum zu Skandinavien, noch weniger zu Europa gerechnet. Holland, Belgien und Frankreich wollen, um leben zu können, nicht an Europa gebunden werden, d.h. an das besiegte Deutschland. Währenddessen hat die Sowjetunion im Stillen auf verschiedenen Wegen einen osteuropäischen Teil nach dem anderen an sich gezogen.

Ebenso ist es an anderen Enden der Welt. In den Jahren 1940 und 1941, als man in Amerika noch ernstlich mit der Möglichkeit eines Hitlerschen Sieges rechnete, bestand z.B. ein lebhaftes Interesse für eine festere Form, die man dem panamerikanischen Zusammenschluss geben müsse. Aber die lateinamerikanischen Staaten zeigen nur ein – milde gesagt – laues Interesse.

Es ist auch der Vorschlag gemacht worden, im Fernen Osten und in Afrika irgendeine Art regionaler zwischenstaatlicher Koordination der verschiedenen Kolonialinteressen zu erreichen. Diese Vorschläge stellten (vor allem in Amerika) zu einem gewissen Zeitpunkt einen Rückzug dar gegenüber den früheren, noch kühneren Plänen einer vollständigen Internationalisierung der Kolonialpolitik im eigenen Interesse der weniger entwickelten Völker. Auch diese nicht so weit gehenden Vorschläge einer regionalen Koordination werden jetzt von den entsprechenden Staaten immer bestimmter sabotiert, je näher der Sieg rückt.

Am allerwichtigsten ist natürlich die grundlegende Tatsache, dass wir

noch keine feste Hoffnung und noch weniger einen praktischen Plan für eine organisierte Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den angelsächsischen Grossmächten sehen können. Aus diesen Gründen schwebt die ganze Diskussion über die Sicherheitsordnung in der Nachkriegszeit noch immer vollkommen im Ungewissen. Da das Sicherheitsproblem somit ungelöst ist, fehlt eine der Grundlagen für eine erfolgreiche praktische Diskussion über die grossen Wirtschaftsprobleme.

In der Diskussion über die Nachkriegszeit kann man gewisse grosse Illusionen unterscheiden. Sie erfüllen zwar eine Propagandaufgabe, aber auf die Expertenarbeit und die praktischen Verhandlungen üben sie offenbar einen schädlichen Einfluss aus. Wie alle Illusionen sind auch diese direkt oder indirekt Wunschgedanken.

Die grösste Illusion ist natürlich die Vorstellung von einer festen Interessengemeinschaft und einem festen Zusammenschluss nach dem Krieg zwischen den Vereinten Nationen und da besonders zwischen den drei Grossmächten Amerika, Grossbritannien und der Sowjetunion.

Ich betone besonders, dass ich mich nicht gegen diesen gewünschten Zusammenschluss wende. Er ist in gewisser Weise die wichtigste Forderung der ganzen Welt. Könnte dieser Wunsch verwirklicht werden und der Zusammenschluss auch nach dem Kriege durch eine kluge Politik für längere Zeit stabilisiert werden, so hätten wir wahrscheinlich in der menschlichen Geschichte eine Ära von Frieden und Fortschritt gesichert. Dann brauchten die angemessenen Pläne von gesteigertem Lebensstandard und erhöhter Kultur in allen Ländern der Welt nicht unerfüllt zu sein. Wären die Voraussetzungen für ein berechtigtes Vertrauen auf die Erfüllung dieses Wunsches gegeben, dann würde die Ausgangslage für die internationalen Wirtschaftsverhandlungen in Washington eine andere sein als jetzt.

Wogegen ich mich aber wende als eine für die praktische Friedensplanungsarbeit schädliche Wahnvorstellung, das ist die Illusion, dieser Zusammenschluss sei für die Zukunft schon tatsächlich garantiert. Meine

vorangegangene Schilderung hat Punkt für Punkt die Unhaltbarkeit gerade dieser Vorstellung angedeutet. Jeder gewissenhafte Zeitungsleser kann diese Kritik Tag für Tag bekräftigt sehen, wenn er nur die allgemeinen Propagandaerklärungen beiseiteschiebt und die Notizen über die Entwicklung der eigentlichen Sachfragen liest.

In den ehrlich überzeugten Proklamationen der kleinen abhängigen Exilregierungen liest es sich besonders pathetisch, wie sie sich auf das unauflösliche Einvernehmen unter allen grossen und kleinen Staaten innerhalb der Vereinten Nationen blind verlassen. Und es gibt ja auch an und für sich verständige und urteilskräftige schwedische politische Autoren, die ihrer Überzeugung Ausdruck geben, dass die Beibehaltung dieser zufällig entstandenen Kriegskoalition auch nach dem Kriege ein neues Prinzip in der Geschichte bedeute.

Diese grosse Illusion ist auch in England und Amerika ein vaterländischer Grundsatz.

Auf etwas merkwürdige Weise glückt ihr die Verteidigung eines selbständigen Daseins im menschlichen Gemüt neben einer wachsenden lebhaften Wahrnehmung aller ungelösten Interessenkonflikte, der peinlichen Zwistigkeiten und des zunehmenden Pessimismus in der Frage des Friedens.

In der Sowjetunion verhält man sich bekanntlich viel reservierter.

Wir tun klug daran, uns völlig klar zu machen, dass die nunmehr nahezu fünfzig kleinen und grossen, abhängigen und unabhängigen Staaten, welche die «Vereinten und Assoziierten Nationen» – um die ausführlichere offizielle Bezeichnung anzuwenden – bilden, in Wirklichkeit nur deshalb vereint sind, weil sie bei ganz verschiedenen Gelegenheiten durch den Gang der Ereignisse mit denselben Feinden in Krieg gerieten. Der Mangel an tieferer politischer und kultureller Einheitlichkeit und an gemeinschaftlichen Interessen auf längere Sicht wird systematisch in Propaganda ertränkt durch verhüllte allgemeine Charakteristiken von recht zweifelhafter Beschaffenheit, wie z.B. dass sie «the peace-loving and democratic nations of the world» seien. Die bescheidene Wahrheit

ist leider nur, dass ihre gemeinsamen Feinde – ausser Finnland – gewiss weder friedliebend noch demokratisch sind.

Manchmal, wenn amerikanische Freunde von den Vereinten Nationen allzu feierlich sprachen, habe ich scherzhaft darauf hingewiesen, dass dieser Bund, als «Klub» betrachtet, offenbar nicht besonders wählerisch gewesen sei. Als Bedingung für die Mitgliedschaft ist weder Vermögen, Einkommen, Bildung oder gar guter Lebenswandel und untadliger Charakter gefordert worden. Die Mitgliedschaft ist ja überhaupt nicht freiwillig und von keiner Abstimmung im «Klub» abhängig. Die Mitglieder sind alle, eins nach dem anderen, dadurch hineingekommen, weil Hitler oder die japanische Regierung sie auserwählt hatten. Ich sah dabei von den Dominions ab, die dem Mutterlande folgten und nahm unwidersprochen als selbstverständlich an, dass Grossbritannien und Frankreich ja nicht wegen Danzig oder des Polnischen Korridors oder überhaupt zum Schutze Polens gegen Hitler in den Krieg zogen.

Dies soll durchaus nicht als eine Kritik an den Vereinten Nationen aufgefasst werden. Sehr ähnlich verhält es sich auch mit einer anderen bunten Assoziation, die ebenso wenig freiwillig gebildet worden ist, nämlich mit der Menschheit. Mancher von uns hat zwar in diesen Jahren mit dem norwegischen Skalden empfunden, der da klagte, dass er «auf dem falschen Erdball gelandet» sei. Trotzdem kann ja niemand seinen Austritt aus diesem Planeten anmelden, sondern hier leben wir und müssen die Welt eben nehmen, wie sie ist.

Die grosse Friedensaufgabe ist, innerhalb der heterogenen und teilweise suspekten Schar von Völkern, welche die Menschheit bilden, ein Einvernehmen zu schaffen. Wir wären in diesen Bestrebungen schon sehr weit gekommen, wenn eine erträgliche Zusammenarbeit innerhalb der Vereinten Nationen wirklich zustande gekommen wäre. Zu diesem Zwecke wäre es eine erste Voraussetzung, dass die drei Grossmächte sich untereinander einigen könnten.

Ein Einvernehmen der «Grossen Drei» ist eine Lebensnotwendigkeit. Die Aufgabe der grossen Politik ist es gerade, diesen Wunsch zu verwirklichen. Aber diese Politik erfordert mehr als nur Überzeugung. Sie

fordert eine mutige, beharrliche und vor allem intelligente Arbeit, um die Vorurteile und Interessenkonflikte zu lösen. Und dabei darf man nicht damit beginnen, die Lösung als gegeben vorauszusetzen. Man soll lieber damit anfangen, kalt-kritisch den Mangel an Einvernehmen zu konstatieren und zu analysieren.

Bei ihrer Durchführung würde eine solche Politik *eine gewisse Souveränität im Griff, einen gewissen Willen zur Grosszügigkeit* erfordern. Das Unglückliche an der Situation ist jedoch, dass die Nationen, und besonders die grossen Nationen, im Grossen und Ganzen versuchen, die abstrakte Illusion einer selbstverständlichen Zusammenarbeit in Nachkriegsproblemen mit einer kleinlichen Interessengebundenheit zu verbinden, sowie es zu konkreten Fragen kommt. Wir haben diese Sache ja reichlich illustriert. Wie gewöhnlich betrügt der Egoismus die Weisheit.

Dieser entsetzliche Krieg kostet die Menschheit jeden Tag faktisch Milliarden, dabei nicht mitgerechnet, was er an vernichteten Menschenleben und zerstörtem menschlichem Glück kostet. Aber wenn die verantwortungsbelasteten Regierungsvertreter und Sachverständigen sich am Verhandlungstisch treffen, dann rechnen alle in Pfennigen. Jeder verteidigt für sich beharrlich seine kleinen Sonderinteressen und alle verlieren gemeinsam das grosse Gesamtinteresse aus den Augen.

Es gibt eine Art Unverstand, der gefährlicher und bornierter ist als das diffuse Unwissen des Durchschnittsmenschen. Es ist diese Art von expertenmässigem und von Statistiken unterstütztem Unverstand, den die Staaten in internationalen Verhandlungen an den Tag legen. Ich glaube, es war diese Art Unverstand, die der Prophet meinte, als er sagte: «Wen der Herr vernichten will, den schlägt er mit Blindheit.»

In dem Masse wie der Nationalismus bei allen Völkern wächst, zeigt der nationale Egoismus eine steigende Tendenz. Ihm wird auch immer mehr Raum gegeben, wenn die Völker anfangen, sich sicher zu fühlen, weil der Sieg für die eigene Seite garantiert scheint. In allgemeineren Formen erkennen wir hier die Mechanik des politischen Prozesses,

wodurch – gegen den inneren Willen eines jeden – die Möglichkeiten des Friedens sabotiert werden.

Wir wollen jedoch zurückkehren zu der Hauptillusion des unerschütterlichen Einvernehmens innerhalb der Vereinten Nationen und besonders zwischen den angelsächsischen Grossmächten und der Sowjetunion. Das Bedürfnis, diese Illusion intellektuell zu stützen, ruft eine Serie anderer Illusionen hervor, welche, wie alle Irrtümer in Bezug auf die faktische Wirklichkeit, das Denken verdrehen und das politische Handeln irreleiten.

Eine solche opportune Illusion ist z.B. die Vorstellung, dass Deutschland auch nach dem Kriege für die ganze Welt aggressiv und unerhört gefährlich sein werde. Man sucht daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, dass aus diesem Grunde alle Staaten Zusammenarbeiten müssen, um Deutschland kontrollieren und zurückhalten zu können. Auf diese Weise bekommt man eine Erklärung für die nationalen Interessen, sich militärische Stützpunkte, Basen und strategische Grenzen zu schaffen. Natürlich rüsten die alliierten Grossmächte nicht gegeneinander! Sie rüsten sich nur gegen die Gefahr, die von Deutschland und anderen Angreifermächten droht.

Diese Illusion wird ausserdem psychologisch gestützt durch den Hass und die Rachsucht in all den tief gekränkten unglücklichen Nachbarvölkern und durch die Spekulationen, eine stützende Motivierung für Schadenersatz und andere ökonomisch vorteilhafte Arrangements in Bezug auf Deutschland zu bekommen.

Professor Frank W. Notestein hat im Auftrage des Völkerbundes durch eingehende bevölkerungsstatistische Untersuchungen gezeigt, was man schon auf Grund viel summarischerer Kenntnisse einsehen konnte, dass nämlich Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg niemals mehr eine Angreifernation werden könne. Dieser Krieg war tatsächlich Deutschlands letzte Möglichkeit zu einer Weltherrschaft. Es wird nie mehr eine Soldatengeneration aufstellen können, die sich mit der sowjetischen messen kann.

Deutschland wird zwar mit aller Wahrscheinlichkeit in mancher an-

deren Hinsicht eine Gefahr für die Welt sein. Das deutsche Volk wird politisch krank sein und es lange bleiben. Das kann man mit Sicherheit voraussagen, insbesondere wenn die unpsychologischen Unterdrückungsmethoden angewandt werden sollten, die gerade mit der hier diskutierten Illusion motiviert werden. Es würde geradezu ein Wunder sein, wenn Deutschland und grosse Teile des übrigen europäischen Kontinents lange Zeit nicht ein einziger gärender geistiger und politischer Seuchenherd blieben. Dagegen wird es kein praktisches Problem sein, Deutschland an einem neuen Angriff gegen die Welt zu hindern.

Aber in Bezug auf diese einfache Wahrheit verhalten sich die Experten und Unterhändler in Washington merkwürdig unwissend. *Sie denken an den Frieden mit den Begriffen des Krieges*, was ein furchtbarer Irrtum ist. So ist es auch einfach, die Vereinten Nationen gegen Deutschland zu sammeln. Überhaupt ist es ja leider immer leichter, Menschen *gegen* etwas als *für* etwas zu sammeln.

Die Sammlung gegen Deutschland ist jedoch tatsächlich die einzige Zusammenarbeit unter den Vereinten Nationen, die man bisher mit Erfolg durchgeführt hat – also die Sammlung im Kriege. Es ist bequem, ihre Zusammenarbeit nach dem Kriege auf derselben Basis zu planen. Aber diese Basis ist illusorisch, was natürlich sehr bald klar hervor gehen wird, wenn Deutschland besiegt sein wird.

Ist es dann nicht gelungen, einen anderen Grund für die Zusammenarbeit zu schaffen, dann wird sie unfehlbar scheitern.

In der Nachkriegsdebatte wird viel von den Erfahrungen nach dem letzten Friedensschluss gesprochen, und auf diese vertrauenerweckende Weise werden die bedenklichsten Prinzipien motiviert. Die Menschheit hat jedoch den tragischen Fehler, dass sie ausserhalb eines engen Gebietes exakter Wissenschaft und Technik nur äusserst kleine Voraussetzungen besitzt, aus den historischen Erfahrungen zu lernen. Wenn auf die Erfahrung Bezug genommen wird, dann handelt es sich fast unfehlbar um gefährliche Trugschlüsse. Deshalb scheint sich der moralische und

politische Zustand in der Welt – wenigstens auf internationalem Gebiet – im Laufe der Generationen nicht zu verbessern.

Man sagt jetzt z.B., die Erfahrungen des letzten Males zeigten, dass die Probleme des Weltfriedens nicht mit idealistischen Prinzipien gelöst werden sollten. Man will stattdessen praktisch – und stillschweigend offenbar zynisch – vorgehen. Aber das ist natürlich ganz verrückt gedacht. *Der Fehler des letzten Males war nicht, dass wir damals zu idealistisch waren. Der Fehler war vielmehr, dass wir die Ideale enttäuschten. Und wir würden sie wahrscheinlich noch mehr enttäuscht haben, wenn wir nicht ausdrücklich gewisse bestimmte Normen für unsere Handlungsweise aufgestellt hätten.*

Die Richtigkeit dieser Kritik tritt deutlich hervor, wenn wir eine kurze Exemplifikation der neuen Handlungsnormen vornehmen, die jetzt häufig auf diese Weise motiviert werden. Dahin gehört zunächst die verflachende Deutung der Atlantic Charter, der wir vor allem in Grossbritannien begegneten.

Die Prinzipien dieses Dokumentes sollen zunächst nicht buchstäblich genommen werden, sagt man, sondern sie sollen offenbar nur eine allgemeine Sonntagsreligion sein, gegen die man sich vergehen kann, wenn es einem so passt. Sie sollen weiter auf die feindlichen Völker nicht angewendet werden, oder jedenfalls sollen sich diese Völker nicht auf sie berufen können. Sie sollen somit eigentlich nur für die Regelung von Konflikten unter den Vereinten Nationen gelten, was unzweideutig neue und erstaunliche Perspektiven auf die Deklaration selbst und auf den zukünftigen Weltzustand, wie man ihn sich jetzt denkt, eröffnet. Gerade so nun lautete die Deutung nicht, die man der Deklaration in ihrer ersten und eigentlichen Rolle gab, da sie die Amerikaner für den Kriegseintritt gewinnen sollte.

Die Motivierung wird oft bestärkt durch eine sehr ungerechte Kritik an Wilsons «Vierzehn Punkten» und deren Rolle im Laufe der Geschichte. Es gehört z.B. schon zum guten Ton, sich gegenüber der Fürsorge für die politischen Minoritäten während der ersten Zwischenkriegszeit kritisch einzustellen. Aber da muss man sich die Frage stellen,

wie es mit der Freiheit in der Welt aussehen soll, wenn man den neuen Frieden in diesem Punkte mit Zynismus beginnt.

Die Verleumdung des Versailler Friedens wird nunmehr von den Intellektuellen in Amerika und Grossbritannien gründlich besorgt. Man stellt z.B. sehr eifrig fest, dass die Mandatskontrolle über gewisse Kolonialgebiete nicht gut funktionierte, und dies soll ein Argument gegen die internationale Kontrolle des Kolonialimperialismus sein. Aber erstens brachte das Mandatssystem an gewissen Stellen sehr viel Nutzen, der in der grossen Bilanzrechnung nicht vergessen werden soll. Zweitens lag die Erklärung dafür, dass es nicht besser funktionierte, nicht in erster Linie im System, sondern darin, dass es von den interessierten Staaten sabotiert wurde. Der Völkerbund hatte nicht genügend Macht hinter sich.

Ich habe bereits im zweiten Kapitel über die illusionsdurchsetzte Verleumdung der Kleinstaaten gesprochen. Es ist jetzt ganz üblich geworden, dass man Europas Aufteilung in selbständige Kleinstaaten für die Zukunft als eine Absurdität betrachtet. Man wendet sich gegen Wilsons Fürsorge um die Freiheit der Nationen und um die internationale Demokratie als gegen weniger realistische Prinzipien, die dem Aufbau der neuen Weltordnung im Wege stehen.

Man scheint dabei nicht zu verstehen, dass ein grosser Teil der Erklärung, warum Grossbritannien und später die beiden angelsächsischen Demokratien in alten Zeiten im Abendland eine führende Stellung hatten, nicht nur in der militärischen und finanziellen Macht dieser Staaten zu suchen ist, sondern ebenso und letzten Endes noch mehr darin, dass diese Staaten die Träger der liberalen Ideale waren. Geht die Entwicklung in Amerika und Grossbritannien auf dem Wege der neuen «realistischen Politik» noch etwas weiter, dann können viele Minoritäten und ganze Nationen in Europa und auch viele Kolonialvölker in anderen Weltteilen dazu getrieben werden, in Bezug auf ihre elementaren nationalen Freiheitsinteressen in das früher so misstrauisch betrachtete Sowjetrussland grösseres Vertrauen zu setzen.

Wilson bekämpfte auch die Geheimdiplomatie. Er glaubte als Ameri-

kaner an das Volk und an die Offenheit gegenüber dem Volke. Jetzt gibt es in Amerika und England nicht viele in höherer Stellung, die verkünden, dass dieses Ideal eine grosse Tragkraft besitze. In den politischen Debatten glänzt diese Frage durch Abwesenheit. Was sich jetzt entwickelt, ist wiederum eine Geheimdiplomatie und ein Intrigenspiel, das seinesgleichen in der Geschichte sucht.

Der alte Geschichtsprofessor glaubte ausserdem an eine Rechtsordnung. Ihm lag daran, nach dem Kriege so schnell wie möglich überall eine feste staatliche und zwischenstaatliche Ordnung zu schaffen. Auch dieses Ideal hat an Prestige verloren. Im Allgemeinen denkt man sich jetzt, dass Jahre vergehen werden, ehe ein neuer Friedensvertrag festgelegt wird, und für die Gestaltung der neuen Staatsverfassungen zeigt man wenig Interesse. Abkommen und internationale Rechtsregeln werden immer leichterem Herzens verletzt. Es erwächst allmählich ein gefährlicher Aberglaube an das, was man im Gegensatz zu Wilsons harten Prinzipien eine «organische Entwicklung» nennt.

Es ist richtig, dass grosse Teile der Welt und besonders in Europa nach diesem Krieg so zerstört sein werden, dass es einfach nicht möglich sein wird, zu einem raschen formellen Friedensschluss, zu festen Staatsbildungen und geordneten Rechtsverhältnissen zu kommen. Aber das Gefährliche ist die relativ übliche Genugtuung, dass eine lange rechtlose Zeit vergehen wird, während der man sich nach Gelegenheit einrichten und vortasten kann. Denn dann besteht nämlich die Gefahr, dass man die Friedenskrise permanent macht. Bevor die Menschen nicht wissen, wie die Grenzen verlaufen und welches Recht gilt, kann das Wirtschaftsleben nicht in Gang kommen.

Nun sind es natürlich nicht so viele, die diese hier kritisierten Ansichten in den extremen Formen, wie sie hier wiedergegeben wurden, hegen. Aber es genügt, dass es ausreichend viele sind, um einen auf die öffentliche Meinung nicht unwesentlichen Einfluss auszuüben. Und noch schlimmer ist es, dass die öffentliche Meinung, nicht zuletzt unter den Experten und Staatsmännern, gegenüber festen moralisch-politischen Prinzipien deutlich auf eine allgemeine Skepsis zutreibt. Der National-

sozialismus wird niedergeschlagen, aber sein Geist marschiert trotzdem durch die Geschichte.

Ich möchte behaupten, dass *der verlorene Glaube an die Ideale eine Schwächung der menschlichen Voraussetzungen zu den jetzigen Nachkriegsverhandlungen ist.*

Das ist vielleicht letzten Endes die tiefste Ursache, warum man nicht weitergekommen ist. Gerade weil Staatsmänner und Experten meistens ohne Begeisterung und höhere Ziele ans Werk gehen, verfallen sie so hilflos der nationalen Kleinlichkeit, was seinerseits die Haupterklärung dafür ist, warum die grossen gemeinsamen Interessen verloren gehen, während jeder einzelne die kleinen nationalen Interessen verteidigt.

Es erscheint mir nicht unwahrscheinlich, dass ein zukünftiger Kulturhistoriker, der erklären soll, warum der Friede nach dem zweiten Weltkrieg verloren wurde, das Hauptgewicht auf diesen moralischen Faktor legen wird. Die Staatsmänner wagten nicht den grossen Griff zu tun und die befreiende Generosität zu zeigen, weil sie nicht mehr genügend fest an die ererbten abendländischen Ideale glaubten. Das Unglück ist, dass ursprünglich vielleicht die Völker selbst für eine bessere Politik und ein anderes Schicksal bereit waren.

Was Amerika betrifft, so scheint es mir offenbar zu sein. Ich zeigte zwar im ersten Kapitel dieses Buches, wie die öffentliche Meinung in Amerika jetzt sehr zweifelnd, unruhig, pessimistisch und egoistisch geworden ist. Diese Einstellung der öffentlichen Meinung ist jetzt natürlich eine der Kräfte, welche die amerikanische Politik immer mehr an den Idealen zweifeln lässt. Aber dieser verlorene Glaube an die Ideale ist das Resultat gerade der Entwicklung auf dem Gebiet der internationalen Politik und besonders des Mangels an einer idealistisch orientierten staatsmännischen Führung. Vielleicht wäre eine andere Entwicklung der Politik und der öffentlichen Meinung möglich gewesen.

Die Amerikaner werden auch nicht mit einem Frieden einverstanden sein, der die Ideale kompromittiert. Sie werden sich dann auf den Isolationismus zurückziehen, was den Frieden endgültig zu einem verlorenen machen wird.

Die Lage der internationalen Verhandlungen über die Nachkriegsprobleme ist immer noch äusserst labil. Alles kann geschehen. Auf der einen Seite bestehen weiterhin Möglichkeiten zu einem grossartigen Übereinkommen, das seinerseits Sicherheit in der Welt und in allen Ländern Freiheit und Fortschritt bringen kann. Wir wissen und sind uns im grossen Ganzen darüber einig, was eine solche Lösung bedeuten würde und was sie voraussetzt. Auf der anderen Seite besteht das Risiko, dass es uns missglückt und dass der Frieden verloren wird.

Viel hängt in diesen Monaten von dem ab, was die Amerikaner «intelligent and courageous leadership» zu nennen pflegen und dem sie in ihrer politischen Theorie und Praxis mit Recht eine ausschlaggebende Bedeutung beimessen. Sehr viel hängt deshalb von Amerika ab, das nach Pearl Harbor in der internationalen Nachkriegsplanung die Führung übernommen hat. Es besteht somit Anlass, jetzt zum Schluss einige zusammenfassende Anmerkungen über die innenpolitische und ökonomische Entwicklung in Amerika anzubringen. Diese Entwicklung wird nämlich bestimmen, in welchem Geiste und mit welcher Kraft Amerikas Regierung handeln können wird.

Die Aussichten sind leider nicht rosig. Während des ganzen Jahres 1944 war die amerikanische Regierung wegen der bevorstehenden Präsidenten- und Kongresswahlen ziemlich kraftlos. Es ist ein nicht unberechtigter Tadel, dass vor vier Jahren nicht nur Amerikas Aufrüstung mit der ganzen damit verbundenen Umstellung des Wirtschaftslebens, sondern auch die moralische Vorbereitung des Volkes auf eine realistische Einstellung zur Kriegsentwicklung von Roosevelt mit Rücksicht auf die bevorstehende Präsidentenwahl um ein ganzes Jahr hinausgeschoben wurde. Dieses Mal ist es die Vorbereitung des Friedens, die in Amerika auf eine Wahl warten muss.

Wie ich vorher gezeigt habe, wurde gerade im Jahr 1944 diese sozusagen normale Kraftlosigkeit durch eine äusserst unglückliche innenpolitische Lage vergrössert. Der Kongress hat sich in allen Fragen, die nicht die Kriegführung betreffen, zu einem offenen Konflikt mit dem Präsidenten organisiert. Dieser Faktor wiegt schwer bei der Erklärung, warum

die internationalen Verhandlungen in Washington bisher nicht mit größerem Zielbewusstsein geführt wurden und warum es zu so mageren Resultaten gekommen ist.

Gleichzeitig befindet sich die allgemeine öffentliche Meinung in einer Entwicklung zu einer aussenpolitisch immer zweifelssüchtigeren, pessimistischeren und national egoistischeren Einstellung. Der Richtpunkt der Entwicklung ist offensichtlich ein neuer Isolationismus nach dem Kriege – kein pazifistischer Isolationismus wie in der Zwischenkriegszeit, sondern ein gegen die Aussenwelt gewappneter Isolationismus mit Interesse für strategische und imperialistische Verteidigungspositionen in der ganzen Welt.

Diese Entwicklung der öffentlichen Meinung schreitet vorwärts in ständiger Wechselwirkung mit dem desillusionierenden Gang der internationalen Verhandlungen selbst. Beide Entwicklungen scheinen nach unten zu führen, und sie verstärken sich gegenseitig. Je weniger positive Resultate bei den Verhandlungen zustande kommen, desto weniger unterstützt die öffentliche Meinung eine internationalistische Aussenpolitik. Aber desto unmöglicher wird es dann für die Regierung, die Initiative zu ergreifen und die Beschlüsse zu fassen, welche in der internationalen Politik die Möglichkeiten zu guten Lösungen fördern könnten. Wir erkennen hier die Art von kumulativem, ursächlichem Zusammenhang, der in der gesellschaftlichen Mechanik überall dazu neigt, eine einmal begonnene Entwicklung in der ursprünglichen Richtung weiterzutreiben. Das allgemeinste Gesetz der Sozialwissenschaft ist der *circulus vitiosus*.

Auf Grund dieser politischen Voraussetzungen in Amerika und dieser Tendenz der Entwicklung der öffentlichen Meinung scheint nunmehr wenig Anlass zu der Hoffnung zu bestehen, dass eine Verlängerung des Krieges die Möglichkeiten eines befriedigenden internationalen Übereinkommens wesentlich erhöht. Vor einem Jahre war es ja verlockend, mit dem Paradoxon zu spielen, dass man fürchtete, der Krieg werde zu Ende sein, bevor wir für den Frieden reif sein würden. Das war ja z.B. Willkies These in seinem Buche «Untheilbare Welt».

In Bezug auf die innere ökonomische Entwicklung sind die Amerika-

ner im Allgemeinen optimistisch. Wie ich in einem vorhergehenden Abschnitt gezeigt habe, glauben sie, dass es ihnen glücken werde, eine stabile Nachkriegskonjunktur auf einem hohen Produktions- und Beschäftigungsniveau zu sichern und dass sie für die Durchführung dieser Politik ziemlich unabhängig von der Umwelt seien. International gesehen ist ihr Optimismus in dieser Hinsicht an und für sich ein ungünstiger Faktor.

In der augenblicklichen Lage trägt nämlich der ökonomische Optimismus der Amerikaner dazu bei, ihnen ein Gefühl der Selbstgenügsamkeit zu geben. Sie stellen sich vor, dass ihr eigenes Schicksal nicht von der weltpolitischen Entwicklung abhängt. Bei den internationalen Nachkriegsverhandlungen fühlen die Amerikaner allzu sehr – trotz allgemeiner konventioneller Redewendungen entgegengesetzten Inhaltes –, dass das ganze Problem eigentlich nur darum geht, wie der Rest der Welt vor dem Chaos bewahrt werden kann.

Sie sind die Ärzte und Wohltäter der Welt. In gewissem Masse haben sie ein Recht auf diese Position. Sie sind gross und stark, ökonomisch und militärisch. Und auch, wenn wir sie kritisieren, dürfen wir doch nicht vergessen, dass sie, durchschnittlich gesehen, sich den Problemen mit mehr Klugheit und Generosität nähern als die meisten anderen Nationen. Aber ihr Irrtum ist, dass sie sich innerlich sicher und unabhängig fühlen. Das ist der Stimmungshintergrund zu der brüskten Einstellung, mit der sie mitunter ihre eigenen Lösungen und Vorschläge im Geiste eines «take it or leave it» betreiben.

Eine eingehende Analyse der ökonomischen Situation in Amerika zeigt nun, dass diese Sicherheit illusorisch ist. Amerika geht nach dem Kriege wahrscheinlich einer sehr unruhigen ökonomischen Entwicklung entgegen. Es ist sogar anzunehmen, dass die amerikanische Wirtschaft in recht kurzer Zeit in eine tiefe Depression mit Massenarbeitslosigkeit verfällt. Vielleicht wäre es möglich, einer solchen Katastrophe vorzubeugen und die amerikanische Wirtschaft auf einem hohen Produktions- und Beschäftigungsniveau zu stabilisieren. Aber dies würde eine solche Nachkriegsplanung erfordern, welche die politische Machtstellung ihrerseits verbietet.

Die Feststellung, dass der Wirtschaftsoptimismus der Amerikaner sich wahrscheinlich als unbegründet erweisen wird, ist aber vom internationalen Gesichtspunkt aus nur ein Trost für ein Tigerherz. Haben bei Kriegsende die Verhandlungen in Washington nicht zu solchen Übereinkommen zwischen Amerika, Grossbritannien und der Sowjetunion geführt, die eine befriedigende rechtliche und wirtschaftliche Weltordnung sichern, und hat dann Amerika gleichzeitig seine eigenen schweren Sorgen mit seiner Wirtschaft, die in hohem Masse das Interesse der Nation in Anspruch nehmen, so wird die unmittelbare Nachkriegszeit wahrhaftig keine günstige Gelegenheit zur Wiederaufnahme der Versuche bieten, die zu einem grossen internationalen Übereinkommen führen sollen. Eine Depression in Amerika erhöht ausserdem die ökonomischen Schwierigkeiten in der ganzen Welt, vielleicht nur mit Ausnahme der Sowjetunion, deren Wirtschaft beinahe ganz unabhängig ist.

Nun könnte man vielleicht denken, dass – wenn die ganze Welt in diese Depression gerät – alle Staaten darin einen deutlichen Fingerzeig sehen sollten, untereinander zu einer besseren internationalen Wirtschaftsordnung zu kommen zu suchen. Die Erfahrungen der dreissiger Jahre sprechen jedoch im Gegenteil für die Voraussage, dass die Verhandlungssituation dann besonders festgefahren sein wird und dass alle Staaten im Interesse der Stabilisierung ihrer eigenen Wirtschaft und vor allem, um der Massenarbeitslosigkeit zu begegnen, zu autarkischen Massnahmen getrieben werden, welche die internationale Wirtschaft völlig zerstören.

In Bezug auf Amerika selbst bin ich auf etwas längere Sicht nicht pessimistisch. Eine Depressionsentwicklung in Amerika wird die Nation früher oder später zu einem neuen New Deal treiben. Dieser wird dann wahrscheinlich bedeutend radikaler gestaltet werden als zur Zeit der dreissiger Jahre und müsste daher auch die Möglichkeit haben, als Wirtschaftspolitik wirksamer zu werden. Experten, Politiker und die Allgemeinheit haben durch die finanziellen Phantastereien des Krieges gelernt, mit viel grösseren Budgetbeträgen zu kalkulieren als mit denen, die während der dreissiger Jahre erstaunlich waren. Die gelegentlich ge-

äusserte Ansicht, dass Amerika unter dem Druck einer Depression zum Faschismus getrieben werden könnte, erscheint mir nicht glaubhaft. Die amerikanische Freiheitsliebe ist tief verwurzelt. Sie ist beinahe primitiv.

Es ist dagegen schwer, in Bezug auf die Weltwirtschaft den gleichen Optimismus zu hegen, nicht einmal auf längere Sicht. Einmal können die schädlichen Auswirkungen einer Depression auf alle internationalen Wirtschaftssysteme sehr ernst und dauernd sein. Weiter kann eine expansionistische Politik in Amerika, wenn sie einsetzt, eine bestimmte Zeit brauchen, bevor es ihr gelingt, die amerikanische Wirtschaft aus der Tiefe zu heben. Und es ist ausserdem alles andere als sicher, ob in Amerika die Richtung eines neuen New Deals internationalistisch sein wird.

Es ist für die Welt gefährlich, dass Amerika und die Sowjetunion von der Aussenwelt eigentlich unabhängig sind und dass für diese Länder der Aussenhandel keine besonders grosse Rolle spielt. Es ist noch gefährlicher, dass wenigstens die Amerikaner in ihren eigenen Vorstellungen ihre Selbstgenügsamkeit übertreiben. Sollte es nach dem Kriege in Amerika zu einer Depression kommen, dann wird diese Erfahrung die Amerikaner nicht unbedingt umlernen lassen. Die Depression hängt am meisten davon ab, was in Amerika während des Krieges und unmittelbar nachher geschehen sein wird. Damit wird sie auch erklärt werden können. Insbesondere, wenn dann das ganze Weltklima durch den Notzwang der Depression autarkisch geworden sein wird, kann es sich zeigen, dass ein neuer amerikanischer New Deal nationalistisch sein wird.

Der alte New Deal war es auf mehreren Gebieten, z.B. in der Geldpolitik. Auf dem Gebiet der Handelspolitik war er stattdessen schwach internationalistisch. Aber die Erklärung hiezu war vielleicht hauptsächlich Cordell Hulls eigenes Freihandelspathos. Dies war jedoch ein sehr zufälliger persönlicher Faktor in der amerikanischen Politik, der vielleicht das nächste Mal kein Gegenstück finden wird.

Diese Perspektiven für eine Weltwirtschaftsordnung nach dem Kriege sind nicht gerade ermunternd. Ich bin gegen meine Absicht durch

Studien zu diesen pessimistischen Schlussfolgerungen gekommen. Ich glaube, sie enthalten eine grosse Wahrscheinlichkeit. Ich bin der Ansicht, dass es nützlich und notwendig ist, wenn wir bei der Aufstellung unserer Richtlinien und beim Entwurf unserer Pläne nüchtern mit diesen Möglichkeiten rechnen.

Aber bis auf Weiteres sind es nur Möglichkeiten. Die Situation ist labil und enthält auch die Möglichkeiten eines ganz entgegengesetzten Verlaufes. Die Geschichte ist niemals bestimmt, bevor sie nicht durchlebt ist. Wer nicht in der engen materialistischen Geschichtsauffassung denkt, weiss, dass die Kräfte und allgemeinen Tendenzen, die eine sozialwissenschaftliche Analyse klarlegt und mit einer gewissen Sicherheit in die Zukunft weist, durch menschliches Denken und Wollen durchkreuzt werden können. Dieses persönliche Moment in der Weltgeschichte der nächsten Jahre kann heute durch keine Beobachtungen und Überlegungen enthüllt werden. Wir wollen hoffen, dass es uns angenehme Überraschungen bereiten wird.

V.

SCHWEDENS POLITIK

NATIONALE UND INTERNATIONALE NOTWENDIGKEITEN

Schwedens Interesse an der Weltpolitik ist offenbar. Unsere Nation ist internationalistisch. Wir erstreben eine durch Recht geregelte, demokratische und überstaatliche Weltordnung. Wir wollen vor Krieg gesichert sein. Wir wollen freien Handel, ungehemmten Kapitalverkehr, stabile Valuta Verhältnisse und eine rationelle Arbeitsverteilung unter den Nationen.

Innerhalb einer solchen internationalen Ordnung wären wir unsererseits bereit, in unserer Souveränität wesentliche Einschränkungen auf uns zu nehmen.

Könnte eine internationale Valutastabilisierung wirklich erreicht werden und könnte eine internationale Organisation für die Koordinierung der Währungspolitik auf gebaut werden, dann wollten wir gern zugeben, dass die Frage der Valutakurslage eine internationale Frage ist, die international geklärt werden sollte und nicht national.

Wir würden uns nichts Höheres wünschen als ein Übereinkommen über die allgemeine internationale Abrüstung. Könnte der Frieden gesichert werden, so würden wir uns dankbar mit einer internationalen Regelung unserer militärischen Einrichtungen und deren Einordnung in eine internationale Polizeimacht abfinden.

Von unserem Standpunkt aus ist allerdings eine internationale demokratische Weltordnung die Voraussetzung. Damit meinen wir nicht, dass den Grossmächten nicht eine grössere Stimmenzahl und grösserer Einfluss zuerkannt werden soll. Sonst wäre es nach schwedischer Auffassung kaum eine wirklich demokratische Ordnung, und noch weniger eine realistische Politik. Aber wir müssen fordern, dass die internationalen Organisationen auf der Basis des Rechtes auf geb aut werden und dass uns, wie allen kleinen Staaten, eine Stimme zuerkannt wird.

Die Mehrheit der schwedischen Stimmberechtigten gehört einer politischen Partei an, der sozialdemokratischen, die seit der Zeit, da ihre Weltanschauung zuerst ausgestaltet und programmatisch festgelegt wurde, den Internationalismus als verpflichtendes Traditionserbe zu

wahren hat. In der gesamten politischen Erziehung, die diese Partei danach während zweier Generationen dem schwedischen Volke angedeihen liess, sind die internationalistischen Ideale stets als Hauptsache hervorgehoben worden.

Aber in Schweden ist der Internationalismus keine Parteifrage. Mit Ausnahme von einigen politisch völlig unbedeutenden kleinen Kreisen, die sich auch ausserhalb der demokratischen Grenzen befinden, ist das ganze Volk internationalistisch.

Es liegt auch in der Natur der Sache, dass gerade eine kleine Nation – wenn sie die geistige Reife hat und ihre eigenen Interessen versteht – die Ideale des Internationalismus zu ihren eigenen machen muss. Wir können uns nie zum politischen Militarismus und ökonomischen Imperialismus verleiten lassen. Unsere Interessen sind ganz offensichtlich mit Frieden, Recht, internationaler Demokratie und freiem Handel verbunden.

Bei der jetzigen Entwicklung der modernen Kriegstechnik hat eine kleine Nation keinen anderen Schutz als die Achtung vor der Majestät des Rechts in der ganzen Welt. Wenn Abkommen verletzt und internationale Rechtsregeln ausser Acht gelassen werden, bedeutet das für uns in Schweden eine Gefahr für unsere Existenz als freie Nation. Dessen sind wir uns klar bewusst. Wir können einen solchen Prozess der Herabwürdigung des internationalen Rechts niemals opportunistisch beurteilen. Wir dürfen selbst niemals der Versuchung erliegen, uns am Recht zu vergreifen, um einen vorübergehenden Vorteil zu gewinnen.

Unsere elementarsten Interessen sind auf diese Weise mit der internationalen Rechtsordnung eng verbunden. Wir Schweden sind unverbesserlich festgelegt in dieser Anschauung – auch aus dem Grunde, weil wir eine sehr alte freie Nation sind, die eine tausendjährige Schöffenkultur hat und die Gesetzlichkeit als eigentliches Grundprinzip in ihrem Staatsaufbau anerkennt. Wir können mit Stolz daran zurückdenken, dass Schweden in der internationalen Politik auch stets die Rechtsprinzipien hervorgehoben und gefördert hat. Dadurch, dass wir nicht in den Krieg hineingezogen wurden, konnten wir uns vor dem schädlichen Einfluss eines übertriebenen Nationalismus schützen.

Unser ökonomischer Fortschritt beruht auf der Möglichkeit, dass wir in freier Konkurrenz unsere Produktionskosten senken, unsere Exportwaren über die ganze Erde verkaufen und unsere Importwaren erwerben, wo wir sie am billigsten bekommen. Herrschen im internationalen Wirtschaftsverkehr Unordnung und nationalistischer Starrkrampf, dann werden unsere Versorgung und unser Lebensstandard umso mehr beeinträchtigt, als wir eine kleine seefahrende Nation sind mit grossem Aussenhandel und relativ geringen Voraussetzungen für die wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit. Wird der Monopolismus das Prinzip für die Regelung des Weltmarktes, dann werden wir zu den Ausgebeuteten gehören.

Die politischen Kenntnisse des schwedischen Volkes stehen relativ hoch. In vielen anderen Staaten gibt es zwar eine Intelligenzschicht von in aussenpolitischen Fragen ausgezeichnet orientierten Persönlichkeiten, die wir in Schweden leider im Grossen und Ganzen vermissen. Aber wir vermissen auch die politisch indifferenten Massen der meisten anderen Länder.

Da unsere Interessen somit eindeutig sind und im Volk als Ganzem für die Erkenntnis seiner Interessen ungewöhnlich gute Voraussetzungen vorhanden sind, kann man mit Sicherheit Voraussagen, dass Schweden in der Nachkriegszeit internationalistisch sein wird und dass es nach Massgabe seiner Kräfte die Bestrebungen stützen wird, eine vernünftige politische und wirtschaftliche Ordnung in der Welt zu schaffen. Die mitunter in unseren innenpolitischen Debatten ausgesprochene Befürchtung, dass Schweden in Verfolgung seiner während des Krieges geführten Neutralitätspolitik nach dem Kriege eine isolationistische Linie einschlagen könnte, erscheint völlig unbegründet.

Während ich hier von unseren internationalistischen Interessen spreche, mag der Hinweis angebracht sein, dass diese Einstellung besonders in ihrer schwedischen Gestaltung auch in der Welt prestigeschaffend wirkt. Es verhält sich nämlich so, dass die Ideale des internationalen Rechts und der Freiheit faktisch allgemein anerkannt sind. Man hat ihnen früher in allen Ländern und auch heute in allen Reden und Resolutionen gehuldigt. Gerade das hat der tragischen weltpolitischen Ent-

wicklung während der letzten Generation ihren ironischen Charakter gegeben: dass man überall in der Welt es besser wusste und mitunter auch besser gewollt hat.

Aber es hat auch bedeutet, dass ein Land wie Schweden seit Langem in der Achtung gestiegen ist, gerade deshalb, weil unsere Interessen so offensichtlich an die Bestrebungen geknüpft sind, Ordnung, Sicherheit und Freiheit in der Welt zu schaffen, und weil wir nach aussen stets für den internationalistischen Standpunkt eingetreten sind. Es ist dieser interessegebundene Internationalismus, der, zusammen mit dem relativ hohen Lebensstandard und der entwickelten Kultur, unserer ganzen Gruppe von kleinen Nationen in Nordwesteuropa ihre besondere Stellung in der Welt gegeben hat.

Schwedens internationales Prestige – das ja nach meiner Meinung immer sehr gut gewesen ist und es in Zukunft auch sein wird – beruht somit nicht nur auf dem, was wir hierzulande aus unseren Möglichkeiten und unserem Zusammenleben gemacht haben. Es beruht auch darauf, dass die ganze Welt sicher wusste: wir sind friedlich und bedrohen niemanden, wir haben unweigerlich unsere Abkommen gehalten, wir haben jeden vernünftigen Versuch zur Sicherung der internationalen Ordnung gestützt, wir haben uns nach bestem Vermögen der internationalen Entwicklung zur Autarkie widersetzt und wir sind das geblieben, was man allgemein als ein Freihandelsland bezeichnet.

Nicht nur auf Grund bekräftigter Ideale und offensichtlicher Interessen, sondern auch mit Rücksicht auf unser Prestige in der Welt sind wir also an den Internationalismus gebunden.

Aber wir müssen uns auch klar machen, dass gerade jetzt unsere Möglichkeiten, dem Ideal des Internationalismus zu dienen, sehr begrenzt sind. Die Ansicht, der man oft begegnet, – und die auch der Verfasser früher gehabt hat –, dass wir baldigst den Kontakt aufnehmen sollten, um an der internationalen Planungsarbeit und den Verhandlungen über Nachkriegsprobleme, die im Rahmen der Vereinten Nationen stattfinden, teilzunehmen, gründet sich nicht auf die Wirklichkeit.

Wie ich früher gezeigt habe, konnten die Grossmächte und Kleinstaaten auf der alliierten Seite sich wirklich aus innerstem Herzen über das Prinzip einig werden, dass die neutralen Staaten zu diesen internationalen Friedens Vorbereitungen keinesfalls zugelassen werden sollen. Wir sind also von der Pflicht befreit zu erwägen, ob so eine Teilnahme mit unserer Stellung während des Krieges zu vereinbaren wäre.

Nach meiner Meinung bedeutet dies jedoch keineswegs, dass wir an dieser Arbeit uninteressiert sein sollen. Im eigenen Interesse und um nach unserem Können dem Weltinteresse zu dienen, müssen wir alles wachsam und kritisch verfolgen, was auf internationalem Gebiet vorbereitet wird. Wir müssen die Probleme studieren und uns über die verschiedenen vorgeschlagenen Lösungen ein selbständiges Urteil bilden. Und wir müssen unseren Ansichten offen Ausdruck geben.

Der schwedische Staat müsste die Stellung deklarieren, die unser Land gegenüber den Valutaproblemen, den Kreditproblemen, der Handelspolitik und zu den internationalen Rechtsfragen einnimmt. Da jetzt alles in der Schwebe ist, liegt es jedoch in der Natur der Sache, dass diese Deklarationen, vorsichtig formuliert, auch ganz allgemeinen Charakter tragen müssen.

Aber in einer lebendigen Demokratie soll es eine öffentliche Diskussion geben. In einer Demokratie ist es Pflicht der meinungsbildenden Kräfte im Lande – sowohl der redenden als auch der schreibenden –, noch bevor die Zeit für Staatsaktionen reif ist, die öffentliche Meinung vorzubereiten und auch nach aussen dem Willen und der Ansicht des Volkes Ausdruck zu geben.

Die internationalen Probleme werden demnach die alles andere beherrschenden Probleme unserer Generation. Die Summe all dessen, was wir in Schweden tun können, um uns selbst zu sichern und unsere inneren Verhältnisse in bester Weise zu ordnen, bedeutet nicht viel für uns im Vergleich zu den Wirkungen dessen, was im Auslande geschehen wird.

In diesem Sinne wird die Welt nach dem Krieg weit mehr internationalistisch werden, ganz abgesehen davon, wie gut oder schlecht es gelingt, eine befriedigende internationale Ordnung aufzurichten. Die inter-

nationale Abhängigkeit ist im Laufe der Generationen durch die Entwicklung der Transporttechnik und der Kriegstechnik langsam gestiegen. Diese Abhängigkeit wird sich nun mit explosiver Gewalt in eine intensive Wirklichkeit wandeln – und zwar auf Grund der allgemeinen, stark dynamischen Notlage der ganzen Welt, die das Resultat des Krieges ist und leider kaum so bald vorübergehen wird.

Die Einsicht in die stark erhöhte internationale Abhängigkeit kann uns allerdings nicht von der Pflicht entbinden, unsere eigenen inneren Angelegenheiten so verständig wie möglich zu behandeln. Wir haben allen Anlass, in unserer Innenpolitik unser Allerbestes zu tun, da es um unsere Sicherheit gehen kann und nicht nur um unseren Wohlstand und unsere Kultur. Aber wir haben Grund, viel mehr unseres Interesses und unserer Bestrebungen der Umwelt zu widmen.

Wir müssen deshalb einen grösseren Teil unserer Intelligenz dem Studium der internationalen Fragen widmen. Unsere ganze höhere Kultur und unsere ganze Volksbildung müssen sich in dieser Richtung bewegen. Es ist natürlich völlig verkehrt, dass in unserer akademischen Forschung und im Unterricht praktisch genommen z.B. Gegenwartsge-
schichte oder internationales Recht fehlen. Wir haben zur Zeit nicht einmal die Voraussetzungen, um genügend junge Leute so auszubilden, damit sie in den internationalen Organisationen bedeutende Posten übernehmen könnten.

Wir Schweden haben ein besonders starkes und positives Interesse an einer besseren Weltordnung, und unsere Stellung ausserhalb der Konflikte gibt uns gute Voraussetzungen für eine kühle Objektivität, so dass eine schwedische Diskussion der Weltprobleme, wenn sie nur auf einem höheren intellektuellen Niveau geführt wird, wichtige Beiträge leisten könnte. Mitunter würden z.B. die Schweden aus diesem Grunde besser die Genialität des Kindes im Märchen besitzen, das zu sehen wagt und ausruft, dass der Kaiser nackt ist. Gerade die internationale Debatte, auch auf dem Sachverständigenniveau, hat ja sonst aus natürlichen Gründen die unglückliche Neigung, in kraftlose Verlogenheit gehüllt zu werden.

Aus demselben Anlass müsste es uns Schweden leichter als den meisten anderen Völkern fallen, uns als Weltbürger zu fühlen und uns mit den Interessen der Menschheit zu identifizieren. Das Unglück in der Welt ist ja der Nationalismus. Die Verhandlungen kommen nicht vom Fleck, weil jeder die kleinen Sonderinteressen seines Landes vertritt, während alle zusammen das grosse gemeinsame Interesse aus den Augen verlieren.

Für uns Schweden ist es daher selbstverständlich, dass wir niemals und in keinem Zusammenhang ein politisches Sonderinteresse haben.

Wir sind durch die Geschichte unseres Landes und durch unsere äusseren Verhältnisse besonders geeignet, die Advokaten des Weltinteresses zu sein.

Für uns selbst ist es daher recht unwesentlich, wie die Einzelheiten der Valutastabilisierung geregelt werden. Wir selbst könnten uns einem Keynesplan oder einem Whiteplan oder jedem beliebigen anderen fügen. Welche Rolle dem Gold zugemessen wird, welche näheren Regeln die Kreditpolitik bestimmen usw. – das sind vom rein nationalen Standpunkt aus Fragen von sekundärer Bedeutung.

Für uns ist es das Wichtigste, dass der Plan vernünftig ist, dass die Verwaltung so organisiert wird, dass sie erfolgreich arbeitet, und dass die Frage so ausgearbeitet wird, dass ein Vorschlag die Möglichkeit hat, von anderen Ländern mit ausgesprochenen Sonderinteressen oder nationalen Vorurteilen akzeptiert zu werden. Wir haben, mit anderen Worten, ein rein sachliches Interesse an der Valutastabilisierung.

Genauso ist es mit der Handelspolitik. Unser Wunsch ist ganz einfach, überall freikaufen und verkaufen zu können, Frachten nach allen Häfen annehmen zu können. Wir haben keine Kolonien und wollen keine haben. Alle Märkte sind für uns wichtig, und nirgends verlangen wir Oberhand. Gegenüber einer vernünftigen Organisation der Rohstoffmärkte, welche die Preise und Einkommen in den Rohstoffländern halten und stabilisieren, haben wir als Käufer keine starken Interessen, besonders auch da wir in diesen Ländern gleichzeitig Verkäufer anderer Produkte sind.

Im Flug- und Ozeanverkehr ist es unsere grösste Chance, in freier Konkurrenz wetteifern zu dürfen. Die internationale Organisation, die erforderlich sein wird, beurteilen wir ausschliesslich vom Standpunkt der Vernunft und Zweckmässigkeit aus und auch davon aus, ob sie unseren eigenen und anderen Kräften die Freiheit gewährt.

Unsere verhältnismässig kleinen Sonderinteressen sind ganz unbedeutend im Vergleich mit unserem relativ grossen Anteil am Weltinteresse. Für uns als kleine Nation muss es daher natürlich sein, dass wir die grosse Politik allgemein vertreten. Die Grossmächte dagegen sind in Sonderinteressen gefangen, und die ganze Welt um uns herum ist mit Nationalismus durchsetzt. Die Verhandlungen sind resultatlos, weil der grosse Schwung und die vernünftige Generosität fehlen.

Wir müssen unsere Chance erkennen. Wir müssen unsere Rolle spielen und unseren Standpunkt vertreten. Wir müssen es tun, selbst wenn wir nur die ästhetische Befriedigung und die Ehre, recht gehabt zu haben, dabei gewinnen.

Wir müssen uns aber auch wirklich klar machen, wie die Welt aussieht, in der wir leben. Für eine einigermassen zufriedenstellende Lösung des Weltproblems in naher Zukunft sind die Möglichkeiten äusserst gering. Das hindert nicht, dass wir für jene Richtlinien eintreten müssen, die mit unseren Interessen und jenen der ganzen Menschheit übereinstimmen. Aber den Erfolg dürfen wir nicht voraussetzen.

Der Verfasser ist in Bezug auf den Ausgang des Krieges niemals pessimistisch gewesen. Aber in Bezug auf den Frieden habe ich seit Langem düstere Ahnungen gehabt:

«Der zweite Weltkrieg wird uns, wenn er ausgetragen ist, eine zerrissene, notleidende, aufrührerische Welt als Erbe hinterlassen. Die Gefahr, den Frieden zu verlieren, wenn der Krieg gewonnen ist, ist ganz einfach unerhört. Objektiv beurteilt ist die Wahrscheinlichkeit, dass es unserer Generation gelingen wird, das Gleichgewicht wieder zu erreichen, vielleicht sehr klein. Seit 1914 befinden wir uns vielleicht im ersten Fünftel einer Ära von gewaltigen Konvulsionen, die durch einander

sich ablösende Krisen, Revolutionen und Weltkriege unter unsagbaren Leiden für alle Völker und unter Zerstörung unserer Kultur die Bedingungen total umgestalten werden, unter denen die Menschen auf unserem Planeten Zusammenleben. Wenn wir aber Pläne schmieden und handeln, erheben wir uns ja alle bis zu einem solchen Grad von Zuversicht, dass wir trotz allem eine Chance für Zusammenarbeit, Frieden und gesicherten Fortschritt voraussetzen – wenn wir nur die Probleme zweckmässig und mutig durchdenken. Aber die erste Voraussetzung ist, dass wir den ganzen Ernst der Situation erkennen.»

Der Krieg ist eine Hölle, unbeschreiblich teuflisch. Für die Menschen ist er in einer solchen Masse moralisch niederschmetternd, dass nur wenige von uns so viel Einbildungskraft besitzen, um ihn voll erfassen zu können und noch weniger den Mut, um ihm kalt in die Augen zu sehen.

Es gibt eine verständliche Erklärung dafür, dass wir so tun, als ob das Leid läutere und veredle. Es ist natürlich, dass wir so reden, wenn wir einen Kranken trösten. Aber unter uns gesunden Menschen wissen wir natürlich, dass es – von einzelnen Ausnahmen abgesehen – durchaus nicht so ist. Wissenschaftliche Untersuchungen bringen zu Tage, was wir schon aus alltäglicher Erfahrung wissen, dass nämlich im Durchschnitt das Leid ganz im Gegenteil die Moral des Menschen verschlechtert.

Der Kranke, der Unglückliche ist meistens nicht besonders gut, wenn gleich wir es uns aus Mitleid einreden und es ihm vor allem gern sagen möchten. Harmonische und gute Menschen sind im Allgemeinen das Resultat von günstigen, konfliktfreien Jugendjahren, von Gesundheit und Erfolg. Wir beweisen alle, dass wir es eigentlich in diesem Sinne meinen, wenn wir die Bedingungen für die Erziehung unserer Kinder umreissen.

Der konventionelle Gedanke, der in unserer öffentlichen Diskussion gepflegt wird, dass nämlich die okkupierten Völker um eine Erfahrung reicher seien, die sie moralisch erhoben habe, ist im Wesentlichen nur eine fromme Lüge. Leider – müssen wir hinzufügen, denn die Friedenss Aussichten würden viel rosiger sein, wenn die Lüge Wahrheit wäre. Aber eine zerfallende Rechtsordnung und der Zwang, unter ständigen

Impulsen zu leben, sich entweder anzupassen oder zu protestieren gegen eine ungerechte Gewaltherrschaft, eine gelähmte Presse und eine eingeschränkte Redefreiheit, geschlossene oder korrumpierte Schulen, aufgelöste Heime, Mangel, Krankheiten usw., haben natürlich diesen Völkern auf lange Zeit moralisch geschadet.

Es werden sich ihnen unerhörte Probleme stellen, um die Befolgung der Gesetze, Rechtssicherheit und soziale Sicherheit in ihren Staaten auch nur einigermaßen wieder herstellen zu können. Sie werden unmittelbar mit allem Ernst eingreifen müssen, damit nicht grosse Scharen der Jugend unerzogen durchs Leben gehen. Die heimkehrenden Flüchtlinge werden individuelle und soziale Wiederanpassungsprobleme aufwerfen, über deren Ernst nur wenige sich eine Vorstellung machen können.

Diese Völker werden weit nationalistischer sein in der negativen Bedeutung von Hass gegenüber dem Ausland. Sie werden dagegen nicht sehr zur nationalen Einheit zusammengeschmolzen sein, wie die konventionelle These lautet. Ganz im Gegenteil wird die Ruhe des Staates durch unzählige, teilweise sehr schmerzhaft Affären zwischen Individuen und Gruppen gestört werden. Es werden sich alle Arten von Zersplitterungstendenzen geltend machen.

Die alten politischen Parteien sind zum grossen Teil kompromittiert. Im gewissen Sinne wird die ganze alte Gesellschaftsordnung problematisch dastehen. Auch in den traditionellen Demokratien wird es notwendig sein, gegen verschiedene Diktaturentendenzen einen harten Verteidigungskampf zu führen. Diese Tendenzen werden auch durch die Notwendigkeit begünstigt werden, zur Sicherung der Landesversorgung und Ordnung im Anfang irreguläre Regierungsmethoden anzuwenden.

Während des Krieges und der Okkupation hat der Zwang, alle geistigen Kräfte zur Verteidigung gegen die Gewaltherrschaft einzusetzen, eine konstruktive Weiterbildung der nationalen Ideologie und Kultur verhindert. Die befreiten Völker werden nicht nur mit einem geschädigten Wirtschaftsleben, sondern auch mit einer geschädigten Moral und einer verkrüppelten geistigen Kultur starten müssen.

Ich bin mir wohl bewusst, dass es grausam ist, diese Zeilen niederzu-

schreiben. Die unglücklichen Völker, die durch den Krieg vergewaltigt worden sind, brauchen doch den Glauben, dass sie – mit allem, was sie durchgemacht haben – etwas mehr als die Freiheit zurückgewonnen haben. Aber diese Worte sind wahr. Die Wahrheit kann niemals schaden. Nur Illusionen führen uns ständig irre.

Das Gesagte betrifft auch die kriegführenden Nationen, die vom Feinde nicht okkupiert wurden, z.B. die Briten und Amerikaner. Auch dort sind Schulen geschlossen worden, Heime aufgelöst, die Ordnung gestürzt, die Kulturarbeit gehemmt. Privates Heldentum und Menschenliebe haben mehr Platz in einer Notzeit, das ist wahr. Aber es ist ein Irrtum zu glauben, dass ein Volk durch den Krieg im Durchschnitt besser und klüger werde.

Die Sozialwissenschaft arbeitet eben mit Durchschnitt und Summen, während die Dichter die Ausnahmen verherrlichen mögen. Sie schaffen dadurch erhebende Ideale, die in gewisser Masse dem allgemeinen Verfall entgegenarbeiten können. Die Sozialwissenschaft versäumt nicht, diese aufbauenden individuellen Anstrengungen zu beobachten. Sie haben ihre Bedeutung. Aber sie geben nicht die Wahrheit wieder.

Die Gewohnheit zu töten und getötet zu werden ist asozial. Ich habe die blanken, unruhigen Augen der armen britischen und amerikanischen Jungen gesehen, die jetzt mit ihren Bombenlasten über Europas Städte geschickt werden. Dieser Krieg ist in seinen Methoden roher als der intelligenteste Verbrecher sich in seinen Träumen vorgestellt haben könnte. Die Handbücher für die Kommandotruppen übertreffen in ihren wissenschaftlich systematisierten Anweisungen für den Nahkampf die sadistischsten Dinge, die wir in unseren Kriminalmuseen haben. Die Grausamkeiten sind notwendig, um den Krieg zu gewinnen. Aber es geschieht nicht ungestraft, dass sich die Nationen in einen Wettkampf stürzen, in dem sie sich an Barbarei zu übertreffen suchen.

Die Summe des Krieges besteht in allen Ländern aus gewaltsam veränderten privaten Menschenschicksalen. Moralstatistisch zeichnet sich das Resultat des Krieges ab in steil ansteigenden Kurven für Alkoholisumus, Gewalttaten, Eigentumsverbrechen, Ehebruch, Geschlechtskrank-

heiten, Prostitution und allgemeine Liederlichkeit, Homosexualität und alle Arten von Perversitäten. Krieg bedeutet Inflation und schwarze Märkte. Unter den üblichen Moralindizien ist es sicher nur die Selbstmordkurve, welche sinkt.

Die innere Demoralisierung ist ein fruchtbarer Boden für die Unsicherheit nach aussen. Der Nationalhass steigt nach allen Richtungen. Wie die Untersuchungen über die öffentliche Meinung zeigen, sind die Japaner für den durchschnittlichen amerikanischen Soldaten im Stillen Ozean «Teufel in Menschengestalt». Die primitiven Stämme, welche befreit werden, sind «kaum mehr als Tiere». In Afrika sind «alle Araber» schmutzig und gierig. «Alle Italiener» sind korrumpiert und ihre Frauen leicht käufliche Huren.

Es ist keine Kunst sich vorzustellen, wie der durchschnittliche Amerikaner oder der britische Soldat «alle Franzosen», «alle Deutschen» sehen wird, ja, selbst «alle Norweger», «alle Dänen», «alle Holländer und Belgier». Wie man andererseits die Amerikaner und Briten auffassen wird, ist leicht zu verstehen. Bei der Befreiung des europäischen Kontinents und seiner Besetzung werden sie bei allen Völkern vor allem einen allgemeinen Unwillen ernten. Es wird lange Zeit dauern, um allmählich diesen Unwillen dämpfen zu können.

Wir dürfen nicht vergessen, dass auch in friedlichen Zeiten Touristen oft Antipathie erwecken. Auf der anderen Seite hat kaum mehr als ein Prozent der Bevölkerung in den höchstkultivierten Nationen jene Bildung des Geistes und des Herzens, dass sie in fremden Ländern reisen können und die Völker verstehen und lieben, die dort leben.

Der durchschnittliche Soldat besitzt nicht diese Bildung. Die Bedingungen, unter denen er reist, sind auch wahrhaftig nicht geeignet, mit den Völkern, mit denen er in Berührung kommt, den guten menschlichen Kontakt zu fördern. Er wird bigotter nationalistisch in sein Land zurückkehren als er ursprünglich gewesen ist, und er wird von «Erfahrungen» sprechen. Die Völker, welche er verlässt, werden stärkeren Anlass zum Hass gegen die Nation haben, der er angehört.

Wir wollen im Mitleid und Miterleben dieses unglücklichen Krieges nicht vergessen, was wir immer gewusst haben und was wir immer glaubten, dass nämlich der Krieg etwas Böses ist, dass Krieg nicht nur ökonomisch und sozial ruiniert, sondern auch moralisch und politisch niederschmetternd wirkt. Und wir wollen nicht der Illusion zum Opfer fallen, dass Krieg und Unglück aufbauende Kräfte erzeugen könnten.

Es gibt eine Berufsgruppe in Schweden, die genau weiss, worüber ich hier gesprochen habe. Es sind die Militärs, soweit sie eine zufriedenstellende Fachausbildung genossen haben. Es ist meine Auffassung, dass sie nicht nur zur allgemeinen politischen Bildung im Lande beitragen sollten, sondern dass sie auch die entschlossene Einigkeit um unsere Verteidigung erheblich stärken könnten, wenn sie das Blatt vom Munde nehmen wollten, indem sie die konventionellen Phrasen aufgaben und dem Volke klarmachten, welch ein verrohendes Inferno der moderne Krieg in Wirklichkeit ist und wie über alle Massen glücklich wir Schweden sein können, wenn es uns gelingen sollte, uns bis zum Schluss von diesem blutigen Elend fernzuhalten.

Wir müssen uns schliesslich auch von der kleinen Illusion befreien, der Krieg habe sogar in Schweden aufbauende Wirkungen gehabt. Im verkleinerten Masse haben wir ja auch in unserem Lande die Entwicklung der moralstatistischen Kurven erlebt, wie ich sie oben andeutete. Auch in Schweden ist die Entwicklung der Kultur etwas gehemmt worden.

Die nationale Einigkeit, von der wir sprechen, ist ein zweifelhafter Wert. Im Wesentlichen bedeutet sie ja nur die selbstverständliche Registrierung einer gemeinsamen grossen Gefahr und die damit folgende Ermattung unseres Interesses für innere kulturelle und politische Probleme.

Wenn in Schweden sogar alte Pazifisten jetzt in der Illusion leben, der Krieg selbst biete den aufbauenden Kräften in der Welt eine Chance, so beruht das nur darauf, dass der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Nur durch unseren Willen vermögen wir, die wir in dieser schweren Zeit leben, das grenzenlose Unglück zu erfassen.

Ein Teil der Erklärung liegt auch darin, dass wir Schweden gegenüber

den kämpfenden Völkern ein schlechtes Gewissen haben. Auch diese moralische Bewertung ist nicht frei von Illusionen. Für unsere Kriegs- und Nachkriegsbereitschaft ist es kein unwesentliches Erfordernis, dass wir als Schweden unser moralisches Selbstvertrauen stärken. Mit dieser Motivierung sollen jetzt in Bezug auf die moralische Beurteilung der Neutralität einige kühle Betrachtungen angestellt werden.

Es ist wahr, dass es die Siege der alliierten Mächte sind, die uns vor der Eingliederung in Hitlers nationalsozialistische Ordnung bewahren. Aber es ist nicht wahr, dass sie unsertwegen kämpfen. Weder grosse noch kleine Staaten sind aus einem anderen Interesse als dem ihrer eigenen Sicherheit in diesen Krieg gezogen. Die meisten sind nur hineingekommen, weil sie überfallen worden sind. Dank der Gleichheit der Ideale und Kulturen haben die Westmächte innerlich unsere Sympathie, abgesehen davon, dass wir ihnen den Sieg wünschen, weil ein solcher Ausgang des Krieges unseren nationalen Freiheitsinteressen dient. Aber das ist eine ganz andere Sache.

Man hätte sich eine internationale Sicherheitsordnung denken können, welche die solidarische Verteidigung gegen Angreifermächte vorschreibt. Hätte sie funktioniert, so wäre es übrigens gar nicht zum Kriege gekommen. So eine Ordnung gab es jetzt aber nicht. Der Fehler lag in erster Linie bei den Grossmächten. Wie die Kleinstaaten in den Jahren vor der Katastrophe behandelt wurden, ist im Kapitel über Völkerbund und Internationales Arbeitsamt berührt worden. Wir Schweden sollten bereit sein, an einem neuen Versuch teilzunehmen und dann auch unsere Kräfte zur Verfügung zu stellen.

Die okkupierten Kleinstaaten in Europa haben unser besonders warmes Mitgefühl. Was ich oben bemerkte über die vernichtenden Wirkungen der Okkupation, kann unser Mitgefühl nur noch steigern. Wir müssten uns glücklich schätzen, wenn wir ihnen nach dem Kriege helfen könnten. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass sie nicht unsertwegen leiden. Wir mögen manche Züge menschlicher Grösse in ihrem heldenhaften Verteidigungskampf gegen die feindliche Übermacht bewundern, aber wir haben keinen Grund zu Selbstvorwürfen.

Wenn wir jetzt auf die vergangenen Jahre nüchtern zurückblicken und uns selbst in das Schicksal der überfallenen Völker hineindenken, dann besteht nur wenig Grund anzunehmen, dass die Schweden sich weniger beharrlich und tapfer verteidigt hätten als die Polen und Griechen, dass die Schweden unter einer Okkupation weniger nationalen Widerstandswillen gezeigt hätten als die Tschechen oder Dänen oder dass die Schweden im Durchschnitt weniger aufrecht vor den Erschiessungskommandos gestanden hätten als die dazu auserwählten Franzosen oder Norweger.

Von all diesen und anderen Nationen, die das gleiche Schicksal erlitten haben, kann man weiter ohne Zweifel sagen, dass sie mit Freuden unserer Politik gefolgt wären, wenn sie eine Möglichkeit gehabt hätten. Das leugnet kaum einer ihrer verantwortlichen Wortführer.

Wir Schweden können mit gutem Gewissen das Schicksal segnen, das uns vom Kriege verschont hat. Die volle Erkenntnis der niederschmetternden Wirkungen des Krieges motiviert, dass wir mit allen Mitteln versuchen müssen, uns vom Kriege fernzuhalten:

Schwedens unmittelbarste Interesse an der Weltpolitik ist, durch den ganzen Krieg hindurch den Frieden zu bewahren.

Wir wollen aufrichtig zugeben, dass die Erreichung dieses Ziels selbst bedeutende moralische Kompromisse wert wäre. Unsere Regierung hat während der schweren Jahre 1940 und 1941 Kompromisse geschlossen, um den Frieden zu bewahren. Ich denke da an die Durchreiseerlaubnis für deutsche Soldaten, an die Eingriffe der Zensur, an eine ganze Reihe gesetzlicher Massnahmen, die unseren hergebrachten Rechtsgrundsätzen allzu wenig entsprachen usw.

Der Verfasser gehörte damals zu jenen, die von Schweden eine aufrechtere Haltung forderten. Für mich waren diese Massnahmen aus dem Grunde bedenklich, weil sie unsere Moral und Kultur untergruben. Mehrere Massnahmen waren ausserdem technisch, psychologisch und juristisch schlecht durchdacht und ungeschickt ausgeführt. Es war eine schlechte Politik, die meinen schwedischen Stolz verletzte. Eine mora-

lische Schuld gegenüber dem Ausland auf Grund der schwedischen Politik jener Jahre habe ich jedoch niemals empfunden. Das Schädliche war vor allem, dass die Regierung sich eifrig bemühte, unser Handeln vernunftgemäss zu erklären, statt unserem politisch reifen Volk ehrlich zu sagen, dass wir unter Druck handelten. Ich war mir jedoch der unerhörten Gefahren und der bedrückenden Verantwortung derer, die sie zu tragen hatten, wohl bewusst. Meine Kritik formulierte ich daher mit Mässigung.

Wenn wir Schweden jetzt auf die vergangenen Jahre zurücksehen, haben wir jedoch nach meiner Ansicht kaum Veranlassung zu selbstquälender Reue. Nationen müssen wie Menschen im Grossen gesehen beurteilt werden. Wie sollte eine Nation oder ein Individuum sonst etwas anderes als Verachtung verdienen?

Selbst bei allerhärtester und meines Erachtens ungerechtester Beurteilung gewisser Sünden der Schwäche unter der ständigen Kriegsdrohung Hitlers kann Schweden jedem internationalen Vergleich gut standhalten. Man denke an die Politik Grossbritanniens während der letzten zehn Jahre. Oder an Amerika. Oder Norwegen. Ich nenne hier drei Nationen unter denen, die wir am meisten achten und lieben.

Die Vergleiche brauchen nicht bis ins Einzelne dargelegt zu werden, damit die Schlussfolgerung klar wird. Wir mögen Anlass haben, uns vor den Idealen demütig zu fühlen, aber wahrhaftig nicht vor der Welt, wie sie uns heute umgibt. Der konstruktivere Gedanke muss weiter sein, dass Nationen – ebenso wie die Menschen – nicht nach ihren Schwächen gemessen werden dürfen, am allerwenigsten nach ihren zusammengerechneten Fehlern.

Keiner von uns würde weiterzuleben vermögen, wenn wir ständig alle unsere alten Sünden auf dem Rücken tragen sollten. Wir verlangen alle, dass man uns nicht nach unseren Fehlritten beurteilt, sondern auf Grund alles Positiven, das wir im Leben geleistet haben und das wir jetzt wollen und vermögen. Letzten Endes soll eine gesunde Nation die Auffassung von ihrem eigenen Wert aus der Einstellung gegenüber den Zukunftsaufgaben bilden.

Nur ein fester Wille, seine schwachen Kräfte in den Dienst des Guten zu stellen, kann einem einzelnen Menschen oder einem Volke in dieser Notzeit den Frieden des Gewissens geben. Vor dem masslosen Unglück der Menschheit wird eine Diskussion über Schuld oder Unschuld sonst nur zu billiger Advokatur. Die unverzeihliche Sünde wäre selbstgenügsame Gleichgültigkeit.

Diese Überlegungen können geeignet sein, unser moralisches Selbstvertrauen wiederherzustellen, aber sie machen unsere Hoffnungen um die Welt nicht grösser. In der Einleitung zu diesem Kapitel ist ausführlich motiviert worden, dass Schwedens Nachkriegspolitik klar internationalistisch sein muss wie bisher. Aber in der verwirrten Nachkriegszeit wird unser unmittelbarstes internationales Interesse ganz einfach sein, dass wir uns von Tag zu Tag vorsichtig durch ein Fahrwasser lotsen, welches voller Gefahren und unerhörter Schwierigkeiten ist. Zwischen diesem kurzsichtigen und den früher berühmten weitschauenden Interessen besteht jedoch kein Konflikt.

Wir haben im Grunde genommen nicht einmal Veranlassung, die inständige Proklamierung der hohen internationalen Prinzipien zu unterlassen, welche so besonders klar mit unseren nationalen Sicherheits- und Wohlfahrtsinteressen motiviert sind. Sie sind in sehr praktischer Bedeutung auch unser Schild im Nahkampf. Soweit die Grossmächte nach dem Kriege versuchen werden, direkte Kränkungen unseres Rechts und unserer Freiheit zu vermeiden, beruht das nämlich zum nicht geringen Teil auf ihrem Respekt vor diesen Prinzipien.

Wir müssen nicht nur damit rechnen, dass eine allgemeine demokratische Weltorganisation nicht zustande kommen wird oder gar in nächster Zukunft tatsächlich funktioniert, sondern auch damit, dass die drei Grossmächte untereinander nicht zu einer befriedigenden Zusammenarbeit kommen werden. Die Gefährlichkeit unserer Lage liegt nicht zum mindesten darin, dass wir in ihre gegenseitigen Konflikte hineingezogen werden können.

Für Schweden ist es von grösstem Interesse, dass solche Konflikte

nach Möglichkeit vermieden oder durch friedliche Mittel gelöst werden können. Vom schwedischen Standpunkt aus müssen wir daher von Herzen wünschen, dass Amerika und Grossbritannien zu einer engen und reibungslosen weltpolitischen Zusammenarbeit kommen und dass eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den beiden angelsächsischen Grossmächten und der Sowjetunion erreicht werden kann. Der letztere Wunsch entspricht einem schwedischen Lebensinteresse, da wir sonst leicht in die Schusslinie geraten könnten. Die Erfüllung des ersteren Wunsches ist eine wesentliche Voraussetzung für die Verwirklichung des anderen.

Wir müssen natürlich alles tun, was wir können, um zwischen den drei Grossmächten diese Einigkeit zu fördern. Vor allem müssen wir alles unterlassen, was deren Rivalität entfachen kann. Im ersten Fall vermögen wir nur wenig. Den besten positiven Dienst, den wir dem Einvernehmen zwischen den Grossmächten leisten können, ist wahrscheinlich, dass wir in unseren öffentlichen Diskussionen ehrlich und sachkundig das Interessenfeld und die Handlungsalternativen klarlegen.

Im anderen Falle könnte unser Vermögen gross sein – in negativer Richtung. Thomas Hobbes sagte einst vor vielen Jahrhunderten: «Obgleich selbst der Stärkste nur sehr begrenzte Möglichkeiten hat, Gutes in der Welt zu tun, so hat der Schwächste doch unbegrenzte Möglichkeiten, Böses zu tun.» Dieses Prinzip bestimmt im Grunde genommen in hohem Grade die tragische Geschichte der Menschheit.

Unser Vorsatz, die Reibungsursachen zwischen den Grossmächten nicht zu vermehren, bedeutet in erster Linie, dass wir von uns aus bestimmt davon Abstand nehmen, vorübergehende Vorteile für unser Land zu suchen, indem wir die eine Grossmacht gegen die andere ausspielen. Eine solche opportune Linie für unsere Aussenpolitik wäre selbst auf längere Sicht von unserem nationalen Standpunkt aus gefährlich, da ja die Grossmächte unter sich hin und wieder Abkommen schliessen und wir die Gefahr vergrösserten, dass diese Affären leichten Gewissens auf unsere Kosten erledigt würden – falls wir uns in das Spiel gemischt hätten.

Wir müssen uns klar machen, dass ein Verzicht auf die Teilnahme am Rivalitätskampf der Grossmächte an und für sich eine Fortsetzung unserer Kriegs-Neutralität bis in die Nachkriegszeit hinein bedeutet. Dass diese neue Neutralitätspolitik nicht mit Isolationismus identifiziert werden kann, ist im Vorhergehenden genügend dargelegt worden. Das heisst jedoch, dass *unser Internationalismus nur in solchen Bestrebungen unumschränkt ist, die der Welt und der Menschheit gelten, nicht aber der Interessenpolitik einzelner Grossmächte.*

Für die Festlegung dieser internationalistischen Neutralitätslinie in der schwedischen Aussenpolitik nach dem Kriege ist es ein grosser Vorteil, dass Schweden jetzt während des Krieges von der Teilnahme an den Verhandlungen der Vereinten Nationen über die Nachkriegspolitik ausgeschlossen ist. So wie die Verhandlungen sich jetzt in der letzten Phase des Krieges entwickeln, ist es meiner Meinung nach vom schwedischen Standpunkt aus ein überwiegender Vorteil, dass wir nicht dabei sind und also nicht kompromittiert dastehen.

Es ist wahr, dass wir mit unseren internationalistischen Interessen und dem ökonomischen Wissen, das wir zur Verfügung stellen könnten, vielleicht dazu beitragen würden, die Verhandlungen zu einem befriedigenden Resultat zu führen. Aber wir dürfen den Einfluss nicht übertreiben, den wir auszuüben in der Lage wären, da die ganze Verhandlungslage ziemlich festgefahren ist. Und einen wesentlichen Teil dieses Einflusses könnten wir schon durch unsere öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussionen ausüben, wenn diese mehr auf die internationalen Probleme eingestellt und auf ein höheres, kundigeres und kritischeres Niveau gebracht werden würden.

Die internationalistische Neutralitätspolitik nach dem Kriege, für die ich hier spreche, bedeutet einen vorbehaltlosen Anschluss an alle vernünftigen Bestrebungen, eine Lösung der Weltprobleme zu erreichen auf Grund der allgemein anerkannten internationalistischen Ideale von Recht, Freiheit, Ordnung und Sicherheit, aber eine sehr bedingte Einstellung zur besonderen Interessenpolitik der Grossmächte.

Bezüglich unserer Beziehungen zu Amerika und Grossbritannien kann ich mich kurzfassen. Eine grosse und innerlich empfundene Übereinstimmung in Kultur und Idealen sichert auf einer zutiefst menschlichen Ebene das unmittelbare, volle Verständnis Schwedens für die Ziele und Schwierigkeiten dieser Nationen. Unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu diesen Ländern sind verhältnismässig lebhaft, und wir wünschen, dass sie es auch bleiben. Wir wollen, dass sie durch internationale Rechtsgrundsätze geregelt bleiben sollen, die mit unserer internationalistischen Auffassung des Wirtschaftsverkehrs zwischen selbständigen Staaten übereinstimmen. Der Kulturaustausch ist im Laufe der Jahrhunderte bedeutend gewesen, und in Schweden besteht ein starker Wille, von der angelsächsischen Welt noch mehr zu lernen.

Was die jetzigen politischen und ökonomischen Interessenkonflikte zwischen Amerika und Grossbritannien betrifft, so wünschen wir aufrichtig, dass sie auf konstruktive Weise gelöst werden können. Solange sie ungelöst sind, wollen wir uns jedoch nicht als Hilfstruppen engagieren lassen, weder vom einen noch vom anderen Lande.

Das alles überschattende politische Interesse Schwedens ist jedoch, mit der Sowjetunion gute und enge Beziehungen zu erreichen. Wir haben in der Zwischenkriegszeit in unseren Beziehungen zu diesem Land manchen Fehler begangen, und es ist ein schwacher Trost, dass andere Länder – und in erster Linie Amerika und Grossbritannien – sich noch grösserer Irrtümer schuldig gemacht haben.

Es ist selbstverständlich, dass unsere Bemühungen, mit der Sowjetunion lebhaftere Wirtschaftsbeziehungen und einen kulturellen Austausch sowie politisches Vertrauen zu erreichen, die besten Voraussetzungen haben werden, wenn in der Nachkriegszeit zwischen den angelsächsischen Grossmächten auf der einen Seite und der Sowjetunion auf der anderen Seite eine enge Zusammenarbeit herrschen wird. Dieser Umstand gibt im Grunde genommen Schweden ein ganz besonders grosses Interesse daran, dass solch eine Zusammenarbeit zustande kommt.

Aber auch wenn es nicht so kommen sollte, müssen wir in Schweden

unser Verhältnis zur Sowjetunion regeln. Und das muss auf direktem Wege geschehen. Wir können uns nicht auf die angelsächsischen Grossmächte als Vermittler verlassen.

Man stösst in Schweden mitunter – obgleich glücklicherweise nicht allzu häufig – auf die Ansicht, unser wichtigstes Interesse nach dem Kriege sei es, nach dem Westen enge Beziehungen zu erreichen. Grossbritannien und Amerika würden uns danach die Gewogenheit der Sowjetunion verschaffen oder im negativen Falle uns stützen, wenn nicht gar gegen die Sowjetunion verteidigen. Das ist ein illusorisches Denken, von dem wir uns sobald wie möglich freimachen müssen.

Es ist weiter oben hervorgehoben worden, dass wir nach dem Westen natürlich gute Beziehungen haben müssen. An und für sich liegen auch die besten Voraussetzungen vor. Gegenüber diesen Verbindungen muss jedoch insofern ein Vorbehalt gemacht werden, als wir uns nicht in die gegenseitigen Interessenkonflikte Amerikas und Grossbritanniens mischen wollen. Aber vor allem müssen wir bedenken, dass das Verhältnis zwischen den angelsächsischen Grossmächten auf der einen Seite und der Sowjetunion auf der anderen Seite wahrscheinlich nicht ganz ideal sein wird, wenn Amerika und Grossbritannien unter sich nicht zu einer einigermaßen reibungslosen Zusammenarbeit kommen. *Mit grösster Wahrscheinlichkeit wird es uns leichter fallen, auf eigene Faust mit der Sowjetunion zu guten Verbindungen zu kommen – als mit Hilfe der Vermittlung durch Amerika und Grossbritannien.*

Besonders müssen wir ein für allemal mit der schleichenden Spekulation abrechnen, dass Amerika und Grossbritannien uns gegen die Sowjetunion verteidigen würden. Keine Nation geht wegen einer anderen in den Krieg. Und wir dürfen es auch nicht verlangen. Auch abgesehen vom Krieg müssen wir uns klar machen, dass Amerika, wenigstens für längere Zeit, das Risiko nicht eingehen wird, auf dem europäischen Kontinent irgendwelche Interessen zu verteidigen. Grossbritannien dagegen hat in Europa eigene politische und militärische Interessen. Aber wir wollen hoffen, dass wir nicht dazu gehören.

Die Zukunft trägt gewiss die Möglichkeit eines dritten Weltkrieges in

sich, der dann zwischen den angelsächsischen Grossmächten und der Sowjetunion ausgetragen würde. Aber wir wollen hoffen, dass die Welt uns davon verschonen möge.

Und wir wollen uns gegen jeden verstohlenen Gedanken wehren, dass wir uns dazu gebrauchen lassen sollten, die nördliche Aufmarschfront der angelsächsischen Grossmächte gegen die Sowjetunion zu werden.

Eigentlich liegt in dem verketzerten Russenschreck, der noch in einem grossen Teil des schwedischen Volkes steckt, ein – zwar verdrehtes – Verstehen für diese Grundtatsache der schwedischen Aussenpolitik: dass unser dominierendes Interesse in den Beziehungen zur Sowjetunion liegt. Manche Zeichen deuten darauf, dass der negative Russenschreck bei den Schweden im Begriff ist, sich in positiven Willen zur Zusammenarbeit zu verwandeln.

Ich sehe nur eine einzige Gefahr, durch die dieser Entwicklungsprozess im schwedischen Volke abgebrochen werden könnte. Die Gefahr besteht darin, dass die Sowjetunion sich derartig an Finnlands Integrität vergreift, dass die Schweden aus Mitleid mit den Finnen und in eigener Todesangst zur Isolierung im Osten getrieben werden.

In Schweden war die grosse Volksmehrheit während der Ereignisse, durch die Finnland im Sommer 1941 zum Krieg gegen die Sowjetunion gebracht wurde, gegen Finnland kritisch eingestellt. Wir kennen besser als die meisten den Hintergrund zu den Ereignissen während der Zwischenkriegszeit. Dahin gehören die Sympathien innerhalb des Offizierskorps für die Deutschen, dahin gehört die Lappo-Bewegung, dahin gehört das Gerede von Gross-Finnland, das sich ja auch gegen die immer erfolgreichereren Versuche zu einer nordischen Orientierung in Finnlands Aussenpolitik wandte. Dahin gehört auch Finnlands verdächtige Isolierung gegenüber dem Osten. Dahin gehört leider auch der russische Angriff 1939, der die Entwicklung zum «Nordismus» und zur Demokratie in Finnland abbrach.

In diesem Frühjahr hat die schwedische öffentliche Meinung fast einheitlich die Bestrebungen gestützt, die geistige Isolierung zu durchbre-

chen, in der die Finnen auf Grund ihrer Kriegszensur lebten. Wir haben ihnen inständig geraten, mit der Sowjetunion ein Übereinkommen zu treffen, das Vertrauen und freundschaftliche Verbindungen für die Zukunft garantiere.

Aber all unser Scharfblick für den Teil der Schuld, den die Finnen selbst tragen an der Lage, in die sie geraten sind, könnte uns nicht dazu bringen, eine Beseitigung von Finnlands Selbständigkeit und Freiheit zu verzeihen.

Sollte Finnland unterjocht werden, so würde im schwedischen Volke eine Panik entstehen. In einer solchen Lage würden sich unüberwindliche Schwierigkeiten für den ergeben, der dann von Einvernehmen und engen Beziehungen mit der Sowjetunion sprechen wollte.

Man kann darüber spekulieren, inwieweit die Volksmeinung dann eine bestimmte Orientierung nach Westen verlangen würde – was bedeuten könnte, dass wir unser Land als Kriegsbasis der Westmächte gegen die Sowjetunion anbieten würden. Da Amerika und Grossbritannien im Rahmen einer solchen Entwicklung und nach solch einer Tat wahrscheinlich nicht mit reinen Händen dastehen würden, wäre es ebenso wahrscheinlich, dass das tiefe Misstrauen des schwedischen Volkes sich dann auch gegen diese Länder wenden würde. Dies würde für die meisten Schweden eine furchtbare Desillusionierung bedeuten, nachdem sie während des Krieges so willig auf die britische und amerikanische Propaganda gehört haben. Der erste Schlusssatz des schwedischen Volkes könnte dann der reine Isolationismus werden – und dazu der Vorsatz, alle unsere sozialen Reformpläne aufzugeben und uns zum Verteidigungskrieg ökonomisch und militärisch nur auf eine Aufrüstung bis an die Zähne einzurichten.

Wir wären dann in eine Schicksalsentwicklung geraten, die jenseits aller verstandesmässigen Erwägungen läge. Über diese Katastrophenalternative kann ein schwedischer Patriot nur einen Gedanken haben: Gott verhüte, dass sie eintritt!

INHALT

Zum Geleit	5
Zur deutschen Ausgabe	6
Einleitung	9

I. Die Aussenpolitik

Die Einstellung des Volkes	23
Das Dilemma der Grossmachtpolitik	47

II. Die Innenpolitik

Konservatives Vorrücken	63
Ein Rückblick auf die Wahlen von 1944	69

III. Die ökonomische Entwicklung

Die Kriegskonjunktur	79
Das Umstellungsproblem	96
Die Konjunkturaussichten nach dem Kriege	110

IV. Die internationalen Verhandlungen

Das Problem	133
Die Valutastabilisierung	137
Die internationale Investitionsbank	148
Internationale Rohstoff-Preiskartelle	155
Eine ökonomische Magna-Charta	163
Die UNRRA	169
Völkerbund und Internationales Arbeitsamt	179
Fazit.....	196

V. Schwedens Politik

Nationale und internationale Notwendigkeiten	217
--	-----